

L 70000

41

1916

6. IV. - 2. X.

Hilfsaktionen

B

Freiwillige Fürsorge

6

* (Eine Egon-Lersch-Stiftung.) In der gestrigen Sitzung des Komitees zur Errichtung eines Egon-Lersch-Denkmal's wies der Obmann Geheimer Rat Landespräsident a. D. Graf Josef Thun darauf hin, daß die eingelaufenen Spenden den Bedarf für einen einfachen Gedenkstein, wie er in dem Aufruf vorgesehen worden war, weitaus überschreiten. Da das Andenken eines Solchen gewiß auch durch die Schaffung einer seinen Namen tragenden Stiftung geehrt würde, und es in einer so schweren Zeit, wo namentlich nach dem Kriege so viel Elend zu lindern sein werde, kaum verantwortlich wäre, einen allzu hohen Betrag für den einen Zweck festzulegen, schlug er vor, einen Teilbetrag zur Errichtung eines würdigen Epitaphs in der Marinekirche in Pola zu verausgaben, da kein Grabstein die feuchte Ruhestätte unsrer Helden zieren kann, den Rest aber zur Schaffung einer Egon-Lersch-Stiftung zu verwenden, deren Erträge alljährlich Hinterbliebenen und Mannschaften zunächst des „U 12“, dann anderer Unterseeboote zuzuwenden wären. Diesem letzteren Zwecke wären dann auch die noch weiter einlangenden Spenden zuzuführen. Damit dürfte den Intentionen der Spender am besten Rechnung getragen werden. Diese Anträge des Obmannes wurden angenommen.

Das wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen. Der vorliegende Tätigkeitsbericht der obigen Kriegshilfsstelle über das erste Vierteljahr 1916 zeigt eine stetig steigende Zunahme des Geschäftsumfanges, der in dieser Zeit 22.602 Angelegenheiten umfaßt und sich gegen die gleiche Periode des Vorjahres um nahezu 100% vermehrt hat. Die Gesamtheit der anhängigen Privatangelegenheiten der Einberufenen seit dem Bestande des Bureaus (23. August 1914) hat bis Ostern die Zahl von 100.000 erreicht. Die Parteifrequenz war in der Berichtsperiode auf 20.053, gegen die gleiche Vorjahrsperiode auf mehr als das Doppelte, gestiegen. Ebenso weisen die Hilfsanrufe aus den Spitälern und

die schriftlich eingelaufenen Hilfsansuchen eine beträchtliche Zunahme auf. Neben Unterhalts- und sonstigen Rechtsangelegenheiten der Einberufenen und ihrer Angehörigen war das Hilfsbureau hauptsächlich mit der einigungsamtlichen Ordnung der Mietzinsachen der Eingerrückten beschäftigt. Die Zahl der Kündigung geht stetig zurück. Trotz der schwierigen Lage vieler Mieter gelang es mit stärkerer Heranziehung der Mietzinsbeihilfen der Gemeinde die Zwangsräumungen auf ein Minimum (165 in ganz Wien) zu beschränken.

Das falsche Schlagwort vom Sparen.

Von Gräfin Alexander Tschely.

Vor einiger Zeit war es, da fanden sich einige gelehrte Professoren, hohe Staatsmänner und eine Anzahl vornehmer Damen zusammen, um darüber zu beraten, wie die im Laufe des Krieges brennend gewordene Frage des Kinderschutzes am besten gelöst werden könnte. Viele schöne Ideen waren aufgetaucht; man beantragte die Aufstellung von Armenheimen, anderen schien die Errichtung von Mutter- und Säuglingsversorgungsanstalten wichtiger, ein dritter Antragsteller befürwortete die Aufstellung von Entbindungsheimen. Da nahm der Vertreter der Regierung das Wort und meinte: „Die Damen und Herren mögen nicht vergessen, daß wir nach dem Kriege in noch erhöhtem Maß sparen müssen, sparen, sparen bis zur äußersten Grenze.“ Während dieser Rede war, ohne indes den Appell gehört zu haben, der Bürgermeister Dr. Stephan Barcz in den Saal getreten. Man informierte ihn rasch über die Pläne des Komitees, da nahm Barcz lächelnd das Wort und sagte: „Ich sehe, meine Herrschaften, Sie sind nicht klar darüber, in welcher Form Sie Ihre edlen philanthropischen Absichten verwirklichen sollen. Die Lösung ist doch sehr einfach: Es müssen eben alle drei Heime aufgestellt werden. . . Vor meinen Augen erscheint das Elend des Landes, die erschreckende Sterblichkeit der Kinder, die Legion der Invaliden, Lahmen und Blinden. Ich sehe das Gespenst der Tuberkulose, sehe verwaisete Kinder, zerstörte Häuser, sehe Haß, Unwissenheit, Aberglauben. Alles das, was dieses Kanaan unseres Vaterlandes zerstört, vernichtet, entwertet. Um all dies wieder aufzurichten, in die Wege zu leiten, dazu braucht es Geld, Geld und wieder Geld. Mit Geld kann man dem großen Kindersterben begegnen, kann die Tuberkulose bekämpfen, kann Witwen und Waisen vor dem Untergang im Schlamm erretten. Denn das Geld ist ein Segen — wenn es seinen Meister findet. Im Mittelalter crachtele man das Geld als Fluch, als ein Geschenk des Teufels. An dem Tage, an welchem wir Reinlichkeit und gute Luft als den wertvollsten Schatz der Menschheit, als ihren Schutz erkannten, sahen wir, daß das Geld auch zum Segen werden könne. Sicher besaßen wir auch vor dem Kriege schon 60.000 Wirtschaftshäuser und 18.000 Schulen, aber es ging doch alles den Weg normaler Entwicklung und Sünde und Elend wurden immer mehr zurückgedrängt, behoben. Jetzt aber, da wir das Geld am nötigsten haben, will man uns die intellektuelle Tyrannei eines weitgehendsten Sparens aufnötigen.

Wir müssen den Begriff doch klarstellen. Für unsere eigene Person, namentlich für unseren wertten Magen, mögen wir sicherlich nach Kräften sparen. Denn schon die Wohlstandigkeit bringt es mit sich, daß wir für egoistische Zwecke auch nicht einen Heller ausgeben dürfen, mit dem wir das Los eines Anderen bessern können. Aber der Allgemeinheit gegenüber zu sparen, erscheint als Mord, für den Staat aber, der dieses Prinzip befolgt, geradezu als Selbstmord. Und wenn wir hundertmal kein Geld haben, wenn das Interesse der Allgemeinheit dies erfordert, muß es beschafft werden. Wenn wir vierzig Milliarden aufbringen könnten, um unsere Feinde zu vernichten, wobei doch auch unser eigenes Blut vielfach ins Elend geriet, dann muß noch eine Milliarde zur Verfügung stehen, um wieder alles neu zu schaffen, was neu geschaffen werden kann, um wieder allen auf die Beine zu helfen, die in diesem Lande noch lebend und arbeitskräftig sind. Denn, wenn wir nicht rechtzeitig helfen, werden wir wohl unser schönes Land zu retten vermögen, aber wir werden niemand mehr haben, für den wir das Land gerettet haben. Hier gibt es nur einen Ausweg: Freigebigkeit, Hilfe mit beiden Händen. Keine Verschwendung! Nicht ein Heller soll auf Luxusausgaben vergeudet werden; die neue Eisenbahnstation und das neue Stadthaus haben Zeit. Aber es gibt Dinge, die wir uns erwerben müssen. Alles Uebel kommt von Schlechtigkeit oder Dummheit, oder beiden zusammen. Gegen beide Uebel hilft das Wundermittel des Geldes. Von Fall zu Fall werden wir dieses Geld frische Luft, kräftige Nahrung, Einsicht, Vorsicht, Unterricht, oder sonstwie nennen müssen, denn es wird sich so verändern, daß wir es oft kaum mehr erkennen. Es kann auch gar nicht anders sein, denn es wird alle Retorten der Kultur, den Verstand von Nationalöko-

nomen, Soziologen, Gelehrten passieren, über die Regenbogenbrücke des weiblichen Herzens schreiten, bis es dahin gelangt, wo es der Menschheit dient: zur Rettung von Leben und Werten. Der wird unser zukünftiger Messias sein, der mit großherziger Leichtsinigkeit das kühne Wort sprechen wird: „Tun wir so, als ob dieser furchtbare Krieg, möge er wann immer beendet werden, noch drei Tage länger gedauert hätte!“ Die Kosten dieser drei Tage müssen aus der Erde herausgestampft werden, damit wir mit diesem Gelde der Kindersterblichkeit begegnen, die Massenkrankheiten eindämmen, mit einem Wort: auf daß wir wieder die Kultur in Betrieb setzen.

7. IV. 1916

4

Die Kriegsfürsorge.**Die Dänische-Decken-Arbeitsstelle.**

Samstag Vormittag erschienen Erzherzog Franz Salvator und bald darauf die Erzherzoginnen Isabella und Gabriele in der Dänischen-Decken-Arbeitsstelle in der Hofburg, um sich an Ort und Stelle von der Tätigkeit dieser segensreich wirkenden Aktion der Kriegsfürsorge zu überzeugen. Die Gäste hielten sich zwei Stunden lang auf und besichtigten eingehend alle Arbeitsräume. Sie ließen sich von den großen Fortschritten der Arbeiten unterrichten, die sich bereits auf 20 verschiedene Sorten von Ersatzkleidungsstücken erstrecken. Die Erzeugung der dänischen Holzschuhe, die gegenwärtig in großen Mengen hergestellt werden, erregten besonderes Interesse. Die Besucher spendeten dem Vorsitzenden dieser Hilfsaktion G. d. J. Gottfried Seibt Edlen v. Ringenbart und der Präsidentin des Damenkomitees Frau Generalkonsul Emmy v. Medinger und ihren Helfern und Helferinnen wärmstes Lob.

Wirtschaftliche Selbstverwaltung der Gemeinde Wien
für Privat-Abrechnungsdienstleistungen der Linienverwaltung.

10

Beilage E.

Einwendungen in Bestandsachen:

Vom 1. Jänner bis 6. Jänner 1916	2
vom 7. Jänner bis 13. Jänner 1916	19
vom 14. Jänner bis 20. Jänner 1916	40
vom 21. Jänner bis 27. Jänner 1916	6
vom 28. Jänner bis 3. Februar 1916	8
vom 4. Februar bis 10. Februar 1916	12
vom 11. Februar bis 17. Februar 1916	18
vom 18. Februar bis 24. Februar 1916	14
vom 25. Februar bis 2. März 1916	10
vom 3. März bis 9. März 1916	9
vom 10. März bis 16. März 1916	9
vom 17. März bis 23. März 1916	15
vom 24. März bis 30. März 1916	4
Summe	166

Beilage F.

Monats-Kündigungen in der Berichtsperiode:

Kündigungsfristen:

1. bis 17. Jänner 1916	4660
1. bis 17. Februar 1916	5266
1. bis 17. März 1916	4156
Summe	14082

Zwangsräumungen in der Berichtsperiode:

Räumungsfristen:

30. Dezember 1915 bis 3. Jänner 1916	56
31. Jänner 1916 bis 3. Februar 1916	65
29. Februar 1916 bis 8. März 1916	44
Summe	165

Beilage G.

Mietzinsbeihilfen

vom 1. Jänner 1916 bis 31. März 1916.

		Zahl der Fälle	hievon Geschäftsräume	Summe K h
1. Jänner bis 7. Jänner	112	5	2.799.60	
8. Jänner bis 14. Jänner	318	5	5.584.40	
15. Jänner bis 21. Jänner	210	5	4.977.70	
22. Jänner bis 27. Jänner	154	3	3.708.10	
28. Jänner bis 3. Februar	174	1	4.488.—	
4. Februar bis 10. Februar	250	9	6.494.33	
11. Februar bis 17. Februar	237	3	6.109.10	
18. Februar bis 24. Februar	244	4	6.358.80	
25. Februar bis 2. März	329	10	8.290.64	
3. März bis 9. März	274	12	7.019.70	
10. März bis 16. März	243	4	6.537.60	
17. März bis 23. März	354	12	8.981.—	
24. März bis 30. März	281	7	7.147.10	
Summe	3180	80	78.496.07	

Beilage H.

Möbeleinlagerungen

vom 1. Jänner 1916 bis 31. März 1916.

1. Jänner bis 7. Jänner	3
8. Jänner bis 14. Jänner	8

15. Jänner	24044.	Bürgerschule f. 9
22. Jänner		XVIII., Schöper
28. Jänner		straße 79 . .
4. Februa	24045.	Volkschule f. W
11. Februa		XVIII., Antoni
18. Februa	24046.	Volkschule XX
25. Februa		straße 9 . .
3. März		
10. März		Hievon ab 25 9
17. März		für das
24. März		Kreuz"

Monatliche Speisungs

24047.	Otto Beder .
24048.	Etelka Braun
24049.	Josfine Ernst
1916, Z. X-607/1	24050. Loni Feitler .
weise § 44 des B	24051. Georg Löschne
Jahre in sämtliche	24052. Frau Dr. Laurc
unter der Enns d	24053. Irma Müller
zu schließen hat. (24054. Alfred Neu .
	24055. Magistratsrat

12. IV. 1916

M

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 32. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege
vom 15. Juli 1915.

Vorsitzende: Frau Marianne Hainisch.

Anwesend die Frauen: Emmy Freundlich, Helene Granitsch, Sophie Guttmann, Josefina Kurzbauer, Dr. Alma Seitz, Hertha v. Sprung, Gräfin Berta Walterkirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt: die Frauen Exzellenz Berta Weiskirchner, Hanni Brentano, Tony Colbert, Mathilde Eisler, Fanni Freund-Marcus, Anna Raff, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich und Elvira Kott.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Azessist Drexler.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Bewilligung von Nähmaschinen.
3. Zuschrift des Kuratoriums der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für Kriegswitwen.
4. Antrag des christlichen Verbandes der weiblichen Bediensteten in Wien betreffend die Fortsetzung der Abhinnenversammlungen.

12. IV. 1916

IV.

14

Frauen-Hilfsaktion im Fring

der Unterhaltsbeiträge für Reservistenfrauen den Antrag, die Gemeinde möge alle Schritte unternehmen, um eine Durchführungs-Berordnung zu erwirken, welche die Kommissionen auffordere, einheitlich über die Auszahlung des Unterhaltsbeitrages zu entscheiden.

Frau Emmy Freundlich unterstützt diesen Antrag und teilt mit, daß allen österreichischen Tabakarbeiterinnen der Unterhaltsbeitrag gestrichen wurde.

Der Zentral-Beirat beschließt, dem von Frau Helene Granitsch gestellten Antrage bezüglich einer Durchführungsverordnung zur gleichmäßigen Behandlung der Gesuche um Unterhaltsbeiträge durch die Unterhalts-Kommissionen Folge zu geben und erklärt sich Ober-Magistratsrat Dr. Dont bereit dem Herrn Bürgermeister diesen Beschluß des Siebzehner-Komitees zur Kenntnis zu bringen.

Bezüglich der von Frau Krizhaber eingesandten hauswirtschaftlichen Anleitungen beschließt der Zentral-Beirat mit Rücksicht darauf, daß diese Anleitungen nur für den Mittelstand bestimmt sind, von einer Herausgabe unter dem Titel der Frauen-Hilfsaktion abzusehen, die Indrucklegung durch Frau Krizhaber aber durch eine Subvention zu unterstützen.

Der Zentral-Beirat beschließt ferner, die Frage des Betriebes der Markttaschen der Frauen-Hilfsaktion in die nächste Tagesordnung aufzunehmen.

Schluß der Sitzung.

Eröffnung des ersten kroatischen Soldatenheims.

Zagreb, 12. Mai.

In Anwesenheit aller amtlichen Kreise und einer großen Anzahl von Soldaten wurde hier das erste nach ungarischem Muster errichtete kroatische Soldatenheim im Zagreber Kunstpavillon durch den Banus Baron Ivan Škerlec eröffnet.

In dem Soldatenheim erhalten die Soldaten unentgeltlich Kaffee, Tee, Zigaretten, Briefpapiere, Zeitungen und Bücher.

Der Eröffnung wohnten unter anderem Erzbischof Dr. Bauer, Militärkommandant Generalmajor Seipka, Geheimer Rat Graf Kulmer, die Univeritätsprofessoren Dr. Silovic und Bazala bei. Den Banus und die Gäste begrüßte der Ausschuß zur Verköstigung der Familien mobilisierter Krieger mit der Präsidentin Frau Olga Špevec und dem Präsidenten königlichen Rat Alexander an der Spitze.

Präsident Alexander richtete an den Banus eine patriotische Ansprache, in der er darauf hinwies, daß während dieser Kriegszeit im ganzen Lande Kriegsfürsorgeinstitutionen errichtet wurden, die ihren Zweck vortrefflich erfüllen.

Banus Baron Škerlec erwiderte, es freue ihn, abermals der Eröffnung einer neuen wohltätigen Institution beizuwohnen zu können, die von dem fleißigen, auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge besonders verdienten Vereine zur Verpflegung der Familien Mobilisierter errichtet wurde. Er wünsche, daß dieses Soldatenheim seinen schönen und edlen Zweck im Interesse unserer tapferen Krieger erfüllen möge, und erklärte das Soldatenheim für eröffnet.

Nach einem halbstündigen Aufenthalte verließ der Banus das Soldatenheim unter den Ovationen der als Gäste anwesenden Soldaten.

Ein Schutzwerk christlicher Nächstenliebe.

Die Tätigkeit der katholischen Bahnhofsmission.

Die sehr verbreitete und segensreich wirkende Wiener katholische Bahnhofsmission hielt am 11. d. im Festsaale der Marienanstalt III. Jacqvingasse 4, unter dem Vorsitz der Protektorin und Präsidentin Durchlaucht Gräfin Aloisia Fünfstirchen-Lichtenstein ihre Generalversammlung ab, deren guter Besuch von dem Interesse zeigt, welches der Bahnhofsmission in Wien entgegengebracht wird. Unter den Erschienenen konnte man auch noch bemerken: Kanonikus Graf Ladislaus Sferhazy, Fürstin Descaudhi d'Orsay, Gräfin Julie Dessowky, Gräfin Reffeguer-Kinsky, Gräfin Chort, Fräulein Herzner, Vizepräsidentin Glaninger, Sekretärin Schmid, Dr. Priskyl C. Ss. R., Hochw. Remmann C. M., Rektor Remeschka, P. Aufderklamm, u. a. Die katholische Bahnhofsmission hat hauptsächlich den in einer Großstadt so überaus notwendigen Mädchenschutz zum Zwecke und läßt in dankenswerter Weise Fremden in Wien, oder aus anderen größeren Städten Oesterreich-Ungarns sowie aus dem Auslande ankommenden Personen, besonders alleinstehenden Mädchen und Frauen, Schutz, Hilfe und Rat angedeihen.

Die Vorsitzende Durchlaucht Gräfin Fünfstirchen-Lichtenstein wies in ihrer Eröffnungs- und Begrüßungsansprache auch auf die Notwendigkeit hin, das Birken der Bahnhofsmission, den Mädchen und Frauen Schutz zu bieten vor austauchenden sittlichen Gefahren, den breiten Massen der Stadt und Landbevölkerung, vor Augen zu führen, damit sie Frauen und Mädchen sorglos den Schutzfrauen anvertrauen können. Besonders wendete sich die Vorsitzende gegen die Verdächtigung, die Bahnhofsmission habe den Zweck, die Jugend in die Stadt zu locken; das liegt natürlich der Organisation vollständig ferne, sie will ja nur den Wien aufsuchenden Personen Schutz und Hilfe angedeihen lassen. Da namentlich die weibliche Jugend mehr wie je eines solchen ausgiebigen Schutzes bedarf. Die Gräfin wies auch auf die Hilfe des Vereines für die im feindlichen Ausland interniert Gewesenen hin, um die sich die Mission über Ersuchen des Wiener Magistrats besonders angenommen hat. Die Vorsitzende dankte insbesondere den ehrw. Schwestern der göttlichen Liebe für das stete Entgegenkommen und die werktätige Hilfe, dem hochw. Konsulenten für seine unermüdete Mitarbeit, den beiden Vizepräsidentinnen Gräfin Lamberg-Schwarzenberg und Frau Glaninger sowie der Sekretärin Schmid und bat um weitere rege Mitarbeit. (Lebhafte Beifall!)

Der Festredner Hochw. Remmann C. M. feierte das Werk der Bahnhofsmission als göttliche Berufung nach den

Worten des Heilands, der sagte: „Ich bin gekommen, um die verlorenen armen Schäflein wieder zu suchen.“ Der Urgrund der Tätigkeit der Mission liege in dem Bestreben, zu trachten, in die Großstadt kommende, unerfahrene junge Geschöpfe zu beschützen. Unfänglich seien die Schwierigkeiten einer Bahnhofsmissionarin, oft verkannt und angezweifelt worden, trotzdem widmen sich diese wackeren Frauen mit Begeisterung ihrer schweren Aufgaben und opfern gerade Zeit für ihre Mitmenschen. Der Opfergeist, die Sehnsucht, alles aus diesem Werke leuchtet und auch seinen Lohn finden wird. Der Redner schilderte auch den heiligen Vinzenz v. Paul, der von Papst Pius X. zum Schutzpatron über alle Werke christlicher Nächstenliebe bestimmt wurde, als den himmlischen Patron der Mission sowie als leuchtendes Vorbild christlicher Nächstenliebe. P. Remmann hat schließlich die Missionarinnen, ihren Beruf voll und ganz aufzunehmen, denn es sei dies besonders in jetziger Zeit notwendig.

Der Konsulent der Organisation Rektor Remeschka I erstattete hierauf den Rechenschaftsbericht, der ein Bild von der segensreichen Tätigkeit des Vereines im Berichtsjahre gibt. Die statistische Uebersicht über die Tätigkeit der katholischen Bahnhofsmission weist nachstehenden Bericht auf:

Es wurden 7860 Gänge zu den Bügen gemacht, dabei in 3576 Fällen interveniert, 3846 Auskünfte erteilt, 240 Mädchen wurden im Heim aufgenommen, 1321 Mal wurde Nachtlager geboten, 1170 freie Kosttage gewährt und 72 Mädchen wurden bei Schutzfrauen beherbergt. Im einzelnen wurden über den Aufenthalt junger Schweigerinnen und anderer Mädchen Erkundigungen eingezogen, Adressen unehelicher Väter ausfindig gemacht, viele Gesuche geschrieben, mehrere Dienstplätze verschafft, Postensuchende empfehlenswerten Dienstvermittlungen zugewiesen und manchmal Rechtsschutz zugewendet. Im ganzen wurden 685 Schriftstücke erledigt. Der Berichtshatter hat um weitere treue Mitarbeit, besonders um die fernere Unterstützung durch die Gemeinde Wien, ohne welcher die Mission schon öfter ihre Tätigkeit hätte aufgeben müssen. Die Organisation arbeite stets im Interesse der Stadt Wien, da es dieser gewiß zur Ehre gereichen wird, wenn die Ordnung auf den Bahnhöfen aufrecht erhalten bleibt. Der Kassabericht weist aus: Saldo Kronen 548.08. Einnahmen Kronen 5621.62, Ausgaben Kronen 5753.45, Fehlbetrag Kronen 133.83. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Präsidentin Durchlaucht Gräfin Aloisia Fünfstirchen-Lichtenstein, Vizepräsidentinnen Gräfin Eleonora Lamberg-Schwarzenberg und Anna Glaninger, Konsulent Rektor Remeschka, Ausschussmitglieder Marie Fischer, Marie Fritsch, Theresie Schlögl, Käthe Hinf, Herrenbeirat Rektor Max Dst, Superior P. Jakob Rukinski, Dr. Priskyl C. Ss. R., Pfarrer Dr. Mayer und Heinrich Fischer. In den Zwischenpausen fanden Musik- und Gesangvorträge von Böglingen der Marienanstalt statt. Mit Dankesworten schloß hierauf Gräfin Fünfstirchen-Lichtenstein die Generalversammlung. Die Kanzlei und das Mädchenheim der katholischen Bahnhofsmission in Wien befindet sich III. Jacqvingasse 5.

Oester.-ung.-Offiziers- und Militärbeamtenverein.

(Wien, I. Bezirk, Annagasse 7.)

Am 4. d. fand im hiesigen Militärwissenschaftlichen und Kasinoverein die 18. Hauptversammlung unter Vorsitz des k. u. k. Feldmarschalleutnants Johann Kattovic von Tornovacz statt, der nach Begrüßung der Anwesenden in einer kernigen patriotischen Ansprache unserer heldenmütigen Kämpfer gedachte, ihnen die innigen kameradschaftlichen Grüße mit dem heißen Wunsche entbot, daß es ihnen gelingen möge, zu den bisherigen glänzenden Siegen neue, noch gewaltigere hinzuzureichen, und schloß seine Ansprache mit einer von der Versammlung mit jubelnder Begeisterung angenommenen Huldigung an Se. k. u. k. apostolische Majestät. Auf das Huldigungstelegramm ist folgende Antwort eingetroffen:

„Se. Majestät geruhien, von der Allerhöchstdemselben anlässlich der 18. Generalversammlung des österreichisch-ungarischen Offiziers- und Militärbeamtenvereines mit warmempfundnen Worten dargebrachten Huldigung mit herzlichem Danke allergnädigst Kenntnis zu nehmen.

Im Allerhöchsten Auftrage: Generaloberst Graf Paar.“

Sodann gedachte der Vorsitzende der vor dem Feinde gefallenen und der verstorbenen Vereinsmitglieder und gab in bewegten Worten der tiefen Trauer des Vereines Ausdruck um den Verlust Sr. Excellenz des Generals der Infanterie Franz Freiherrn v. Schönauich, welcher als Ehrenpräsident stets ein sehr warmer Gönner und Förderer des Vereines war.

Das Andenken der Verstorbenen wurde durch Erheben von den Sihen geehrt.

Aus dem Rechenschaftsberichte ist zu entnehmen, daß der Verein seinen jahungsmäßigen Verpflichtungen stets nachgekommen ist. Leider hat der Verein infolge der gegenwärtigen Verhältnisse viele Mitglieder verloren, wodurch sich auch die Einnahmen verringert haben. Trotzdem hat der Verein an hilfsbedürftige Witwen und Waisen wie in früheren Jahren Unterstützungen erteilt. Ueber Initiative des Vereines wurde beim k. k. Arbeitsvermittlungsinstitut an Kriegsbeschädigte, 7. Bezirk, Neubaugürtel 32, ein militärischer Beirat aktiviert, in welchem Mitglieder des Vereines in vollkommen selbstloser Weise tätig sind. Als Obmann fungiert k. u. k. Feldmarschalleutnant Hugo v. Albaldini, als dessen Stellvertreter k. u. k. Feldmarschalleutnant Johann Kattovic v. Tornovacz.

Die Vereinsleitung sprach den Beteiligten für ihre Mühe-waltung die vollste Anerkennung und den besten Dank aus.

Um das Andenken der in heldenmütigen Kämpfen gefallenen Vereinsmitglieder zu ehren, wurde beschlossen, je einen Zweig für den Kranz in Wien und jenen in Pola der Aktion „Lorbeer für unsere Helden“ zu widmen.

Anlässlich der eingeleiteten Subskription auf die Kriegsanleihe haben einige Mitglieder den eingezahlten Betrag für Unterstützungszwecke an Witwen und Waisen gespendet, wofür ihnen der beste Dank ausgesprochen wurde.

Dem Vereinsberater Dr. Ernst Preuschl von Saldenburg, welcher nicht nur den Mitgliedern, sondern auch den Witwen und Waisen nach den Gefallenen die unentgeltliche Beratung und den Rechtsschutz gewährt, wurde ein besonderer Dank dargebracht.

Die Vereinsleitung gedachte in anerkennenden Dankesworten der Schriftleitungen der Tagesblätter und Zeitschriften für das jeweilige entgegenkommendste Veröffentlichnen von Vereinsmitteilungen, der Direktionen der Theater und sonstiger Etablissements, sowie der Firmen, welche den Vereinsmitgliedern besondere Vorteile bieten.

Nachdem der Vereinsleitung die Entlastung einstimmig erteilt wurde, fand die Wahl in den Vorstand und in den Revisionsrat statt.

Der von einem Mitgliede gestellte Antrag auf Ausgestaltung des Vereines auf eine breitere Basis wurde dem Vorstande zur weiteren Beratung überwiesen.

*** Unterstützungsfonds des Deutschmeistererjatzbataillons.** Beim Ersatzbataillon des Infanterieregiments Nr. 4 sind zugunsten von Wittwen und Waisen nach gefallenen Deutschmeistern Geldbeträge eingelaufen, die teils freiwillige Geldspenden sind, teils aus den Erträgen von Veranstaltungen zu dem genannten wohltätigen Zweck herrühren. Das Ersatzbataillon wird sowohl den vorhandenen Fonds als auch etwa noch eingehende Beträge im Sinne des Willens der Spender ohne Aufschub zur Verteilung bringen.

um dem beobachteten Notstand der Wittwen und Waisen gefallener Deutschmeister nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel unter Abkürzung aller Förmlichkeiten abzuhefen. Um eine tunlichst schnelle und den jeweiligen Verhältnissen angepasste Beteiligung der Unterstützungsbedürftigen vornehmen zu können, wird ein eingesetztes Komitee die einlangenden Gesuche sofort prüfen und seine Beschlüsse fassen, ohne daß von den Unterstützungswerbem ein Rechtsanspruch auf eine Unterstützung geltend gemacht werden kann. Unterstützungen können nur an Wittwen und Waisen nach gefallenen Deutschmeistern erteilt werden. Andere Gesuche müssen unberücksichtigt bleiben. Unterstützungsgesuche, belegt mit einer amtlichen Bestätigung der Bedürftigkeit, sind an das Ersatzbataillon des Infanterieregiments Nr. 4, Rennweger Infanteriekaserne, zu richten. Die Briefumschläge haben den Vermerk „Ansuchen um Unterstützungen“ zu tragen.

Mittelstandsfürsorge in Wilmersdorf.

Die Wilmersdorfer Stadtverordneten befaßten sich in ihrer gestrigen Sitzung im wesentlichen mit Fürsorgefragen für den Mittelstand.

Nachdem zu Beginn der Sitzung der Magistratsassessor Dr. Junghans anstelle des ausgeschiedenen Stadtrats Brohm als besoldeter Stadtrat gewählt wurde, nahm die Versammlung Kenntnis von den Mitteilungen des Magistrats über die Untretungen des Polizeibeamten Kristan, über deren Höhe die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, und von der Errichtung einer Fleischverkaufsstelle im Ortsteile Halensee.

Stadtverordneter Dr. Lewinßky begründete darauf einen Antrag auf Errichtung einer Mittelstandsküche im Ortsteile Halensee. In dieser Weise einzugreifen, sei angesichts der drückenden Verhältnisse eine dringende soziale Pflicht und man werde auch in anderen Stadtteilen mit der Errichtung derartiger Küchen beginnen müssen. Stadt. Dröse erklärt sich namens seiner Fraktion bereit, für diese Küche die gleichen Mittel zu bewilligen, wie für die andere Küche und Stadtverordneter Maswies auf die außerordentlich segensreiche Wirkung der Mittelstandsküche am Nicolsburger Platz hin, in der im Laufe der vorigen Woche 7892 gespeist wurden. Der Antrag ging an den Magistrat, dem auch eine Eingabe des Schriftstellers Sochaczewer wegen Errichtung einer größeren Anzahl von Fleischverkaufsstellen zur weiteren Veranlassung überwiesen wurde. Weniger Glück hatte eine Eingabe auf Einrichtung einer fahrbaren Stadtküche, die man namentlich im Hinblick auf die in Charlottenburg neuerdings mit dieser Einrichtung gemachten Erfahrungen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigte.

Die Magistratsvorlage auf Gewährung von Zuschüssen in Höhe von 50 Pfennigen für die Kuh und den Tag während der Dauer des Monats Mai an die ortsansässigen Molkereibesitzer wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Insgesamt kamen für 140 Kühe 2170 Mark in Betracht. Schließlich wurde ein Antrag von der Borghit betreffend Erlaß der Umsatzsteuer bei dem zur Abwendung der Zwangsversteigerung erfolgenden Erwerb von Grundstücken und auf Erwirkung von Nachlässen bei der Erhebung der Reichs- und Staatssteuer auf Grundstücke wird einer besonderen Deputation überwiesen, während eine dringliche Magistratsvorlage auf Bereitstellung von 100 000 Mark zur Fürsorge für die Fleischernährung der Bürgerschaft dem Finanzausschuß überwiesen wurde.

1875. 1916

Vom guten Willen zur Wohltätigkeit.

Im Feuilleton des „Fremden-Blatt“ vom 6. d. wird u. a. auf die enormen Anforderungen hingewiesen, die an den allgemeinen Wohltätigkeitsfönn bereits seit zwei Jahren gestellt werden: „Man möchte mit vollen Händen gern und nach seinem Vermögen geben,“ heißt es da, „aber immer mehr, immer neue der bittenden Hände drängen sich zu.“ Ja, gewiß mit vollen Händen wollte jeder, der ein fühlend Herz hat, geben, an gutem Willen hiezu fehlt es wahrhaftig nicht, um den Tausenden und Tausenden Dürftigen nach Kräften zu helfen, jedoch je mehr das Niveau von Not und Elend steigt, desto tiefer sinkt auch jenes der verfügbaren Hilfsquellen. Das zu beobachten haben alle diejenigen Gelegenheit, die ja selbst schon durch die riesige Teuerung arg in Mitleidenschaft gezogen und daher auch naturgemäß gezwungen sind, sowohl ihre eigenen Ansprüche, wie das Bestreben, da oder dort hilfreiche Hand zu bieten, man kann wohl sagen von Tag zu Tag einzuschränken. Aber trotzdem ist das Bestreben, nach Kräften zu geben, das gleich rege wie bei Kriegsbeginn geblieben; denn wenn auch die an die Bevölkerung des Hinterlandes gerichteten Aufforderungen zur Wohltätigkeit nicht immer genügend berücksichtigt werden, so beweist dies bloß, daß sich eben mancher durch den oft geradezu kategorischen Modus sehr vieler Zusendungen nicht einschüchtern, sich nicht zu einer Pflicht ermahnen läßt, deren sich jeder gute Patriot ohnehin bewußt ist, die aber nach Kräften und eigenem Gutdünken auszuüben, jedermanns freier Wille bleiben muß. Anstatt daher das Publikum mit Aufforderungen, Losen, Ansichtskarten, Marken u. dgl. förmlich zu überschütten, sollten namentlich die Karten und Verschlusmarken bei öffentlichen Verkaufsstellen und einzeln erhältlich sein. Gewiß ließe sich auf diese Weise auch ein ganz hübscher Absatz erzielen und läme hiebei noch der Wegfall eines nicht unbedeutenden, dadurch verursachten Verlustes in Betracht, daß derlei Zusendungen häufig entweder nicht angenommen oder gar in den Papierkorb geworfen werden.

M. H.

Wohnortliche Unterstützung

Wie wir hören, tritt am 29. d. unter dem Vorsitz von Herrn Bundesrat Hoffmann in Bern eine Konferenz aus Vertretern der Kantonsregierungen zusammen zur Beratung eines Konkordatsentwurfes betreffend wohndortliche Unterstützung. Dieser Entwurf entspricht dem von der kantonalen Armeedirektoren-Konferenz am 26. November 1915 festgelegten und am 13. Januar 1916 bereinigten Text. Wir entnehmen ihm folgende interessante Bestimmungen:

An die Kosten der Unterstützung der hilfsbedürftigen, transportfähigen Angehörigen der Konkordatskantone leistet der Wohnkanton 50 Proz. Den Rest hat der Heimatkanton zu tragen. Ist der Unterstützte in mehr als einem Konkordatskanton verbürgert, so fällt das Betreffnis des Heimatkantons auf denjenigen der mehreren Heimatkantone, in dem der Unterstützte (oder dessen Vorfahren) zuletzt tatsächlich gewohnt hat. Bei weniger als dreijähriger Niederlassungsdauer vermindert sich der Anteil des Wohnkantons auf 10 Proz. Für Wanderarme übernimmt der augenblickliche Wohnkanton die erforderliche Unterstützung, bis sie das Kantonsgebiet verlassen haben.

Die Verteilung der Unterstützungslasten für kantonsfremde Angehörige der Vertragskantone zwischen dem Kanton und den Gemeinden oder sonstigen ihm untergeordneten Unterstützungsstellen bleibt für jeden Vertragskanton Sache der innern kantonalen Gesetzgebung. Die Art und das Maß der Unterstützung bestimmt unter Begrüßung und im Einverständnis mit der heimatlichen Behörde die mit der Besorgung der Unterstützungsfälle betraute Behörde des Wohnkantons nach den örtlichen Verhältnissen und den für Kantonsbürger üblichen Ansätzen. Die Oberaufsicht über die gesamte Unterstützung der kantonsfremden Angehörigen der Vertragskantone übt der Regierungsrat bezw. das von ihm bezeichnete Departement des Wohnkantons aus. Die Unterstützung erkrankter, transportunfähiger Angehöriger der Vertragskantone richtet sich nach dem Bundesgesetz vom 22. Juni 1875.

Für die aus dem Konkordat sich ergebenden finanziellen Verpflichtungen haften gegenseitig ausschließlich die Kantone selbst. Sache dieser ist es, sich mit den allfälligen nach der kantonalen Gesetzgebung kostenpflichtigen lokalen Armenverbänden auseinander zu setzen.

Wenn Angehörige der Vertragskantone in einem andern als dem Heimatkanton sich niederlassen, aber nicht arbeitsfähig und an ihrem bisherigen Wohnorte bereits in dauernder Weise der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last gefallen sind, so ist der neue Wohnkanton der ihm (siehe Eingang!) auferlegten Beitragspflicht an die Unterstützung solcher Personen — die Unterstützung nach B. G. vom 22. Juni 1875 und die vorläufige Notunterstützung nach Art. 45 B. V. vorbehalten — vollständig entbunden. Eine Beitragspflicht des letzten Wohnkantons ist ebenfalls ausgeschlossen.

Durch den Beitritt zum Konkordat verzichtet der Wohnkanton gegenüber den Konkordatskantonen auf das Recht der Heimtschaffung im Sinne von Art. 45 der Bundesverfassung. Die armenpolizeiliche Heimtschaffung wird indessen ausnahmsweise zugelassen in dem Falle, wo nachweisbar die Unterstützungsbedürftigkeit immer wieder herbeigeführt wird durch arge Mißwirtschaft, unverbesserliche Niederlichkeit, gänzliche Verwahrlosung. Für das Verfahren gilt Art. 45, Abs. 3 und 5 der Bundesverfassung. Der Heimatkanton ist befugt, für seine in den Vertragskantonen wohnenden unterstützungsbedürftigen Angehörigen die Unterstützung zu verweigern und die Heimtschaffung zu gewärtigen, wenn sie in begründeter Weise der Versorgung in einer Anstalt oder in einer Familie bedürfen, oder wenn sie dauernd unterstützungsbedürftig sind und er dartut, daß diese Unterstützung in der Heimat zweckmäßiger geleistet werden kann als am Wohnort. Der Heimruf bedarf der Genehmigung der Regierung des Heimatkantons und muß der Regierung des Wohnkantons zum voraus angezeigt werden. Die bis zum Vollzuge entstehenden Unterstützungskosten verteilen sich gemäß den eingangs erwähnten Bestimmungen.

Entstehen über die Anwendung der Vertragsbestimmungen Streitigkeiten, so sind Beschwerden des Wohnkantons gegen den Heimatkanton in erster Instanz von der Regierung des Heimatkantons, Beschwerden der Heimatbehörden gegen die Wohnbehörden von der Regierung des Wohnkantons zu erledigen. Oberinstanzlich entscheidet der Bundesrat, an den innert zehn Tagen, vom Empfang des Entscheides der kantonalen Instanz an gerechnet, rekuriert werden kann. Die Rechtsprechung des Bundesrates erfolgt kostenfrei.

Das Konkordat tritt in Kraft, sobald ihm mindestens sechs Kantone, worunter wenigstens vier mit einer Wohnbevölkerung von je über 100,000 Personen, beigetreten sind. Für Kantone, die sich ihm später anschließen, tritt es spätestens zwei Monate nach Beitrittserklärung in Wirksamkeit. Jeder Vertragskanton kann unter Beobachtung einer einjährigen Kündigungsfrist auf das Ende eines Kalenderjahres von dem Konkordate zurücktreten. Die Mitteilungen betreffend Beitritt und Kündigung erfolgen beim Bundesrate, der sie den Konkordatskantonen übermittelt.

Kriegsunterstützungen der Industrie für die Familien der Kriegsteilnehmer.

Die Deutsche Parlaments-Korrespondenz berichtet: Die Arbeitgeber der deutschen Industrie haben von Beginn des Krieges an eine großzügige freiwillige Unterstützung der aus ihren Betrieben in den Kriegsdienst eingetretenen Beamten und Arbeiter und deren Familien organisiert. Außer regelmäßigen baren Zuwendungen neben der reichsgesetzlichen Familienunterstützung sind auch noch eine Reihe anderer Fürsorgemaßnahmen getroffen worden, wie die Beschaffung billiger Kohlen, Bereitstellung von Garten- und Ackerland zur Selbstbewirtschaftung und Bezug von Saatgut, Aufzucht von Schweinen im Großbetriebe und Bewährung von Prämien für Schweine-, Geflügel- und Kleintierzucht an die Tierzüchter; Beschaffung von Lebensmitteln zu Großhandelspreisen. Allein die geldlichen Aufwendungen der freiwilligen Unterstützungen betragen heute bereits weit über hundert Millionen Mark. Eine große Anzahl von Kriegerfrauen hat in den Betrieben lohnende Beschäftigung gefunden. Auch für die Kinder sind vielfach besondere Einrichtungen getroffen durch Schaffung von Kinderhorten, Speisung, Beschaffung von Schuhwerk usw. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bildet ein weiteres Ziel; so hat bereits eine Anzahl von Betrieben Ansiedlungsgelände zur Verfügung gestellt und einzelne Zweige der Betriebseinrichtungen auf die Verwendung ihrer Kriegsbeschädigten eingerichtet. Die freiwilligen Leistungen der deutschen Industrie für ihre Kriegsteilnehmer beweisen jedenfalls den hohen sozialen Geist der Arbeitgeberschaft.

Ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege.

Eine Aufgabe der Ostpreußenhilfe.

Professor Heinrich Sohnrey hat auf der vor kurzem in Berlin abgehaltenen Vertreterversammlung der der „Ostpreußenhilfe“ angeschlossenen Kriegshilfsvereine und sonstigen Organisationen einen Vortrag gehalten, der für den inneren Wiederaufbau Ostpreußens wie für das Gebiet der ländlichen Wohlfahrts- und Heimatpflege überhaupt, sehr wertvolle Anregungen bringt.

Professor Sohnrey geht bei der Entwicklung seiner Gedanken und Vorschläge von dem praktischen Beispiel aus, daß die vorbildliche Tätigkeit Pfarrer Ebel in dem ostpreußischen Grenz-Kirchspiel Muschaken geschaffen hat. Obgleich der ungewöhnliche Aufstieg, den dieses bis dahin verarmte Kirchspiel unter Pfarrer Ebel genommen hat, oft dargestellt worden ist, sei doch das Wesentlichste hier noch einmal zusammengefaßt. Das Kirchspiel, 7 Dörfer umfassend, größtenteils von Landleuten und Eigentümern bewohnt, zählte 1895 nur noch 4600 Einwohner, gegen 4800 der lehtvorangegangenen Volkszählung. Die Bevölkerung lebte in außerordentlich ärmlichen Verhältnissen; fortgesetzte Abwanderungen war eine der Folgen. Um den Ursachen der bellagerten Entvölkerung zu begegnen, gründete Pfarrer Ebel 1895 den Spar- und Darlehnsvereins Muschaken (Raiffeisen), dem nach und nach sämtliche männlichen Bewohner des Kirchspiels beitraten. Die Gesamtsparanlagen der Landarbeiter betragen im ersten Jahre nur 18, die der Bauern nur 6000 M. Sie stiegen von Jahr zu Jahr immer rascher, so daß im fünfzehnten Arbeitsjahre die Gesamteinlage der Landarbeiter und Eigentümer 296 000, die der Bauern 270 000 M. betrug, die Gesamtsumme der Spareinlagen schon 600 000 M., denen an Darlehen nur 350 000 M. gegenüberstanden. Nicht minder erfolgreich war der Warenverkehr der von Pfarrer Ebel gleichfalls begründeten An- und Verkaufsgenossenschaft des Kreises Neidenburg mit einem Warenumsatz von 7½ Millionen Mark im fünfzehnten Geschäftsjahr. Vorbildlich wirkte die Vereinsorganisation daneben besonders auf dem Gebiete der ländlichen Güterschlächtereier. Unhaltbar gewordene Höfe oder Stellen wurden in Generalvollmacht übernommen, ungeteilt oder in Teilen verkauft, wobei abzüglich geringer Vergütung der ganze Erlös dem Besitzer zugute kam. In Bedrängnis geratenen Besitzern gewährte man in allen angebrachten Fällen regelmäßig zu tilgende Entschuldungs-Darlehen, was zur Befestigung und Erhaltung des Besitzes wesentlich beitrug.

Der Erfolg all dieser Arbeit zeigte sich bald. Die alten unwürdigen Wohnungen der Instleute verschwanden fast ganz, immer mehr selbständige Landleute fingen an, sich bessere Wohnungen zu bauen. Durch freundschaftliche Hilfe beim Bauen wurde auch der schöne alte Nachbarinn wieder lebendig. Wachsender Wohlstand ermöglichte es, ohne jede merklige Belastung der Bevölkerung, jährlich große Beiträge für Wohltätigkeitsveranstaltungen und Wohlfahrts Einrichtungen zu erhalten. Siechenhaus, Jünglingsvereine, 3 Knabenfortbildungsschulen, 1 Haushaltungsschule für junge Mädchen, 3 Posaunenchor, 3 gemischte Gesangsvereine, 3 Handfertigkeitsschulen für Jünglinge, 1 Handarbeitsverein für junge Mädchen und 1 Kleintinderschule, bei der übrigens auch Staat, Kreis und Vaterländischer Frauenverein mitwirken, sind die Früchte dieser Wohlfahrtstätigkeit. Ihren Mittelpunkt finden alle diese Bestrebungen in dem 1905 errichteten Gemeindehause mit einer Volksbibliothek von 600 Bänden und Lesesimmer, Saal und Bühnenraum für Volksunterhaltungsabende, Theateraufführungen, Lichtbildervorträge und dergleichen.

Und der Erfolg? Abgesehen von der ganz bedeutenden Hebung des Wohlstandes und der gesamten Dorfkultur, ist vor allem auf die steigende Bevölkerungszahl hinzuweisen, die nach vorherigem Rückgang in den ersten fünfzehn Jahren statt weiteren Rückganges von 4700 auf 5200 Seelen wuchs, das einzige Grenz-Kirchspiel Ostpreußens überdies, das vor dem Kriege eine Bevölkerungszunahme aufzuweisen hatte. Professor Sohnrey hebt hervor, wie auch in den Schrecken des großen Krieges die Muschakener Wohlfahrtspflege ihre unverwundliche Kraft bewiesen hat.

Auf die „Ostpreußenhilfe“ angewandt, legt Sohnrey Nachdruck darauf, daß diese Hilfe, wenngleich als Wohltätigkeit begonnen, doch dadurch über sie hinaus wächst, daß sie in harmonischer Zusammenarbeit von Staat, Selbstverwaltung, Körperschaften, freier Liebestätigkeit und der neugefärten Selbsthilfe der Betroffenen hoch über das Niveau der eigentlichen Wohltätigkeit hinausgeht. Die „Ostpreußenhilfe“ verfolgt ganz natürlich zunächst rein wirtschaftliche Aufgaben zur Sicherung vor allem der Existenz: Wohnungs- und Ansiedlungsfragen, Gewerbeförderung, Regelung und Belebung des Wirtschaftslebens, insbesondere durch Ausgestaltung des Verkehrslebens und durch Pflege genossenschaftlichen Lebens, Sicherung des Ermorbenen durch Versicherung, und bei allem: Gelbbeschaffung, Gewährung von Geldmitteln oder Kredit — alles Dinge, die hier unbedingt am Anfang stehen müssen. Daneben muß aber die Erziehung zu einem gesunden Familienleben, zu vernünftigem Haushalten, zu Gartenbau und Kleintierzucht stehen. Das Gewerbe blüht ohne entsprechende volkswirtschaftliche Maßnahmen im Gewerbebestand und dem übrigen Teile der Bevölkerung nicht auf; die Kleinstädler gedeihen ohne Anleitung, Belehrung und Beratung nicht; Genossenschaften und Versicherungen nützen nicht viel, wenn die Menschen ohne Verständnis gleichgültig an ihnen vorübergehen. Andererseits nützen Belehrungen über Körperpflege nicht viel, wenn z. B. die Möglichkeit zum Baden, zum Volks- und Jugendspiel fehlt, nützt alles Reden über Krankenpflege nichts, wenn man nicht wenigstens die notwendigsten Einrichtungen dafür schafft. Und so meint Sohnrey, daß zwar die erste Arbeit der „Ostpreußenhilfe“ ruhig darauf gerichtet sein dürfe, die wirtschaftlichen Grundlagen dafür zu schaffen, daß der Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann; er müsse aber weiter auch dazu erzogen werden, daß er wirklich wie ein Mensch lebt, und man müsse ihm auch endlich die Möglichkeit bieten, in solcher Arbeit heranwachsende Bedürfnisse zu befriedigen.

Für die Durchführung der so gekennzeichneten Arbeit wird die Schaffung eines Kreis-Wohlfahrtsamtes

empfohlen, zumal nicht überall wie in Muschaken ausreichende freiwillige Kräfte vorhanden sein dürften, und der Bestand eines solchen Wertes nicht auf eine einzelne Person gestellt werden dürfe. Darum die Notwendigkeit einer festen Organisation! Während ein Ausschuss für Wohlfahrtspflege Pläne zu schmieden, Ideen zu entwickeln und die nötigen Einrichtungen zu treffen hätte, wäre es in erster Linie Aufgabe des Kreis-Wohlfahrtsamtes, für die Durchführung der Wohlfahrtsarbeit zu sorgen. Er müßte Vertreter aller Stände, Berufe und Körperschaften zu seinen Mitgliedern zählen, einen Geschäftsführer besitzen, der das bereits Geschaffene nach Möglichkeit zu weiterer Entfaltung zu bringen, den neu sich entwickelnden Bedürfnissen nachzugehen und Mittel und Wege zu ihrer Befriedigung zu suchen hätte. Ein bodenständiger, mit dem Kreise und der Bevölkerung vertrauter Mensch müßte dieser Geschäftsführer sein. Er soll nicht alles selbst schaffen, soll aber die Fähigkeit haben, zwischen dem Kreise und seinen Gemeinden einerseits und den großen Verbänden oder Körperschaften, wie Landgesellschaft, Genossenschaftsverband, Landesversicherungsanstalt, Volksbildungsorganisationen andererseits zu vermitteln und die im Kreise sich regenden Kräfte für das ihm zugewiesene Arbeitsgebiet voll auszunutzen.

Zweifelsohne sind die Richtlinien, die Sohnrey hier aufstellt und die ebenso von tiefer Liebe zum Volke wie von genauer Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen segensvoller Arbeit an der Volksgemeinschaft diktiert sind, außerordentlich beherzigenswert.

Wir brauchen Helferinnen!

von

Elsa v. Pögt.

Das freiwillige Heer der weiblichen Helferinnen hat sich allmählich gelichtet. Manche Frau war wohl doch nicht recht geeignet für die Tätigkeit, die sie sich in der ersten Begeisterung vielleicht leichter vorgestellt hatte; manche fanden nicht die Arbeit, für die ihre Fähigkeiten geeignet waren; manche hatten auch nicht die körperliche und seelische Ausdauer für eine über lange Monate sich erstreckende Tätigkeit. Die Hilfstätigkeit aber darf nicht erlahmen. Treten doch immer neue Nöte an uns heran, sind doch immer mehr Hilfsbedürftige und Trauernde zu beraten und zu trösten. Wir müssen deshalb nach neuen Kräften Umschau halten. Es gibt in Berlin gewiß noch genug Persönlichkeiten, die Zeit und Kraft für andere übrig haben; sie müssen nur gefunden und an den richtigen Platz gestellt werden.

So viel ist zu leisten. Einiges sei hier erwähnt. Da ist als eine der schwersten Aufgaben die, den Frauen beizustehen, die durch den Krieg ihres Ernährers und Beraters, des Vaters ihrer Kinder, ihres eigenen Lebensgefährten beraubt worden sind. Sie müssen den Mut zum Leben wiedergewinnen, müssen ihren Kindern noch den Vater ersetzen. Aber sie brauchen Rat, welchen Beruf sie ergreifen sollen, Beistand für die Erziehung der Kinder. Es muß ihnen das Gefühl gegeben werden, daß sie nicht ganz allein auf der Welt stehen. Nur der kann diese Aufgabe lösen, der es versteht, mit leisen Worten und zarten Händen zu helfen, die kaum ausgesprochenen Worte zu hören. Liebevolleres Mitfühlen und tatkraftiger Rat ist nötig. Ob für diese Tätigkeit nicht die Frauen geeignet wären, die selbst ein ähnliches Schicksal erlitten haben? Und ob sie durch die Sorge für andere ihr eigenes Leid nicht leichter tragen lernten?

Helferinnen werden aber auch gebraucht, die zu den Frauen hingehen, deren Männer im Felde sind, die bei der schwierigen Wirtschaftsführung raten und bei der Kindererziehung. Das kann natürlich nur jemand, der mit diesen Dingen Bescheid weiß, der die Preise der Lebensmittel kennt und in der Wirtschaftsführung erfahren ist.

Nicht ganz so viele Vorkenntnisse sind nötig für die Hilfeleistung in Volkstüchen, bei der Austeilung von Heimarbeit oder Kleidungsstücken, bei der Ausgabe von Gemüse oder Weischeinen. Aber auch hierher gehören feinfühlige Menschen, denn durch ein taktloses, unbedachtes Wort kann eine Frau, die vielleicht noch niemals etwas von anderen anzunehmen brauchte, so tief verletzt werden, daß der Nutzen des empfangenen Kleidungsstückes in gar keinem Verhältnis zu dem angerichteten Schaden steht. Frauen werden gebraucht in allen 23 Kommissionen des Nationalen Frauendienstes und in allen anderen Vereinen Berlins, die gerade im Kriege ihre Tätigkeit besonders ausgebaut haben. Auch junge, unerfahrene Kräfte können eingestellt werden und unter Anleitung viel Nützliches leisten. Da ist die Beschäftigung mit kleinen Kindern in Krippen und Kindergärten, die wohl für jedes junge Mädchen, das vielleicht selbst kleinere Geschwister hat, nur eine Freude ist. Wir brauchen junge Mädchen, die mit den Schulkindern in den Höfen lernen und spielen, oder andere, die mit einer kleinen Gruppe von Kindern spazieren gehen. Wir brauchen Helferinnen, die mit jungen Arbeiterinnen lesen oder musizieren oder ihnen nützliche Handarbeiten beibringen. Es gilt, gefährdete Kinder zu beaufsichtigen und die Eltern vernünftig zu beeinflussen; es sind Ermittlungen in der Häuslichkeit straffälliger Kinder zu machen und Schutzaufsichten über abgeurteilte zu führen. Wir brauchen noch viele Frauen, die Vormundschaften übernehmen! Dann aber wartet auch mechanische schriftliche Arbeit auf gewissenhafte Erledigung.

Schon aus dieser flüchtigen Uebersicht ist zu ersehen, wie ausgedehnt und wie verschiedenartig das Gebiet der sozialen Hilfsarbeit ist. Sicherlich sind noch viele Frauen unter uns, die gern ein kleines Opfer an Zeit und Bequemlichkeit bringen werden, wenn sie an das ungeheure Große denken, das da draußen tagtäglich und stündlich geleistet wird. Voraussetzung für jede Art von Tätigkeit ist nur pünktlichste Erfüllung der einmal übernommenen Pflichten, Einordnen in den Betrieb, in den man sich stellt, Ausharren, wenn die Tätigkeit manchmal nicht so „barbar“ ist, wie man es sich am Anfang gedacht hat! Sie mögen sich an die Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit, in der Barbarossastraße 65, wenden.

* Hauptversammlung der Frauenhilfe. Wie der Vorsitzende im weiteren Verlauf der Sitzung mitteilte, hat sich die Kaiserin bei ihrem Besuche der Hauptversammlung sehr befriedigt über die Vorträge und über die Arbeit ausgesprochen. Den Jahresbericht erstattete Pastor Viz. Cremer-Potsdam. Danach hat sich in den letzten zwei Jahren, den Kriegsjahren, die „Frauenhilfe“ entwickelt, wie nie zuvor. Seit dem 1. August 1914 ist die Zahl der Vereine um annähernd 600 gewachsen. Zum Verbands gehören jetzt 3280 Vereine. Damit ist die „Frauenhilfe“ unter allen Frauenorganisationen in Deutschland die am stärksten durchorganisierte Frauenverband, dessen einzelne Vereine bis auf das kleinste Dorf reichen. Am größten war das Wachstum der Frauenhilfe in den Provinzen Brandenburg, Ostpreußen und Westfalen. Zahlreiche Stadt- und Kreisverbände haben sich neu gebildet und sind als Zusammenschlüsse vieler Einzelvereine dadurch in die Lage gekommen, zur allgemeinen Kriegsarbeit herangezogen zu werden. Solche Arbeit ist zum Teil in Gemeinschaft mit interkonfessionellen und auch katholischen Vereinen geschehen. Die einzelnen Vereine haben sich — was in dieser Kriegszeit ganz besonders bedeutungsvoll ist — nicht nur zu Brennpunkten der Liebesarbeit entwickelt, sondern auch zu Mittelpunkten des Gemeinschaftslebens, wo die Frauen Anschluß fanden und wo der Geist des Durchhaltens in schwerer Zeit gestärkt wird.

Die Arbeiten der Frauenhilfe wurden in verstärkter Weise fortgesetzt und in besonderer Weise natürlich dem Kriege angepaßt. Ganz besonderer Wert wurde gelegt auf die Wäscherinnenpflege, die Arbeitsbeschaffung für Frauen, die Fürsorge für Kinder, die vielfach wegen Beschäftigung der Frauen auf sich selber angewiesen waren usw. Auch die Mütterberatungsstellen haben sehr gute Dienste geleistet. Die Mittel, die für alle diese Zwecke aufgewendet worden sind, lassen sich nicht annähernd feststellen, sind aber zweifellos außerordentlich hoch, wie viele Stichproben ergeben haben. Selbstverständlich haben die Vereine sich auch tatkräftig des Dienstes für unser Heer angenommen. Liebesgaben gingen in Fülle heraus, Verwundetenfürsorge, Lazarettendienst, Bahnhofsarbeit und mehr wurden geleistet. So ist auch im vergangenen Jahre wieder reiche Arbeit geschehen.

Für die Kriegswaisen.

Das Präsidium des Israelitischen Landes-Patronagevereins ersucht uns um Veröffentlichung des nachstehenden Aufrufes:

„Wir stehen vor sehr ernsten und heiligen Pflichten, deren hohe Bedeutung wir tief empfinden. Die Größe der Aufgaben kann uns nicht abhalten, unverzagt wollen wir an die Erfüllung der Pflichten schreiten.

Es handelt sich um die Waisen der gefallenen Kriegshelden!

Der Wille der Weltgeschichte hat unsere Generation vor tiefe Aufgaben gestellt und wir sind der Nachwelt verantwortlich. Bürger hinter der Front und Krieger im Schützengraben gehören zueinander. Nicht der Krieger allein hat heilige Pflichten, auch der Bürger hinter der Front. Unsere Brüder, sie opfern Blut und Leben für uns — wir haben die Pflicht: ihre Kinder zu beschützen!

Vertrauensvoll blicken wir dem fürsorglichen Walten des Staates und der hohen Regierung entgegen, doch sind wir überzeugt, daß mannigfache Pflichten auch an uns herantreten werden, und hegen die Zuversicht, daß die hohe Regierung unserem Israelitischen Patronageverein, wie bisher, auch künftighin ein gerechtfertigtes Vertrauen entgegenbringen wird. Diesem Vertrauen wollen wir gerüstet gegenüberstehen!

Drei Gruppen der Kriegswaisen sind es, die unserer Hilfe harren: Kriegswaisen, die bei der Mutter bleiben und deren staatliche Unterstützung infolge besonderer Umstände einer Ergänzung bedarf.

Ferner Kriegswaisen, die zeitweilig in einem Waisenheim untergebracht werden müssen und späterhin disloziert und unter Beihilfe und Aufsicht unseres Vereins erzogen werden.

Zum Schluß: Kriegswaisen, die mit Rücksicht auf ihre Ausbildung oder ihren Gesundheitszustand in einem Waisen-Asyl Unterkunft finden müssen.

Tief schneidet der Krieg in die Familienverhältnisse und Geschicke der unschuldigen Kinder ein. Es muß eine Zentrale für den Kriegswaisenschutz errichtet werden und eine auf fünfzehn Jahre berechnete systematische Aktion soll den ganzen Komplex der mit den Kriegswaisenschutz zusammenhängenden Pflichten bewältigen.

Wir richten den Aufruf an alle edlen, wahren Menschenfreunde, sie mögen diese hochwichtige humane Aktion mit edlem Pflichtbewußtsein unterstützen.

Denken wir an die immense Zahl der Kriegsgefallenen! Die Klippen und Hänge der Karpathen, die Felsen und Klüfte des Karstes, die Ufern der Donau, der Drina und der Save sind mit den Leichen früh hingefunkener Familienväter bevölkert — denken wir an unsere unabweißbare Pflicht, denken wir an ihre Kinder! Unsere Brüder starben für uns, indem sie uns vor Kriegsgraus und -drangsal schützten — wir wollen unseren Dank abtragen an ihren Waisenkindern!

Stiftungen, Jahresbeiträge und Spenden sind anzumelden bei der Redaktion dieses Blattes und beim unterzeichneten Präsidium.

Das Präsidium des Jsr. Landes-Patronagevereins:

Rabbiner Dr. Simon Hevesi.

Franz Székely.

• Die Ausspeiseaktion. Abt-Stadtpfarrer Arpad v. Szacsay übersandte uns folgenden Bericht über die segensreiche Tätigkeit der Ausspeiseaktion: Während im Laufe des verfloffenen Jahres die geniale Führung sowie der unvergleichliche Selbennut unserer glorreichen Armee den Weltkrieg strategisch schon jetzt zu unseren Gunsten entschieden hat, stellt die Nahrungsergänzungstaktik unserer Gegner die leitenden Kreise und die Gesellschaft unseres Landes auf wirtschaftlichem Gebiete vor so manche Probleme und Aufgaben, deren Lösung vorzüglich in den Städten nur durch eine weise Vorsicht der Behörden und durch die freundliche Opferwilligkeit der gesellschaftlichen Kreise möglich ist. Unsere Stadt war in dieser Hinsicht in der glücklichen Lage, eben im verfloffenen Herbst Ihre k. u. k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Isabella für einen längeren Aufenthalt in ihren Mauern zu beherbergen zu können. Die hohe Frau, die allen Angelegenheiten unserer Stadt ein so warmes Interesse entgegenbringt, benützte ihren hiesigen Aufenthalt dazu, um unter ihrem höchsten Protektorate die Idee einer Ausspeiseaktion zugunsten der bedürftigen hiesiger Einwohner anzuregen und dieselbe tatkräftig zu unterstützen und zu verwirklichen. Die eingeleitete Aktion hatte einen glänzenden Erfolg. Die Aktionsleitung fühlt sich nun, wo die Rechnungen abgeschlossen werden können, angenehm verpflichtet, vor der Öffentlichkeit Rechnung abzulegen und eine Uebersicht der Ergebnisse der Aktion vorzulegen. Die Ausspeiseaktion begann mit dem 15. November des verfloffenen Jahres und es wurden vier Monate hindurch, d. i. bis zum 15. März l. J. täglich 500 Gratis-Mittagstische verabfolgt. Von diesem Zeitpunkt an mußte zwar die wohlthätige Aktion eingeschränkt werden, aber es kommen noch trotzdem täglich 100 Gratis-Mittagstische zur Austeilung. Diesen schönen Erfolg hat nur jene unvergleichliche Opferwilligkeit möglich gemacht, von welcher die hiesige Bevölkerung einen erhebenden Beweis dadurch geliefert hat, als dieselbe durch das edelmütige Beispiel Ihrer k. u. k. Hoheit bewogen, mit Bereitwilligkeit ihr Herz und ihre Hand für den edlen Zweck öffnete. Die Möglichkeit dieses Erfolges ergab sich ferner auch durch den Umstand, daß hiesige wohlthätige Vereine, so die Volksküchen, das Kinderheim und das Diakonissenheim sich freudig in den Dienst der edlen Sache gestellt haben. Zur Verteilung kamen insgesamt 77.520 Mittagstische. Diese Summe teilt sich unter den einzelnen Institutionen folgendermaßen auf: die städt. Volksküche hat 28.650, die Neustädter Volksküche 24.500, das Kinderheim 12.287, das Diakonissenheim 6000, die isr. Volksküche 6000 Portionen Mittagstische zubereitet und verabfolgt. Die Summe der Einnahmen beläuft sich auf 28.086 Kronen 80 Heller, die Endsumme der Ausgaben auf 27.895 Kronen 5 Heller. Der Rest von 191 Kronen 55 Heller wird einer neuerlichen ähn-

den Aktion zugewendet werden. In die Summe der Auslagen ist auch jene Ausgabe inbegriffen, welche zur Beschaffung von Milch verwendet wurde. Auf den edlen Wunsch der hohen Schutzfrau der Ausspeiseaktion Ihrer k. u. k. Hoheit Erzherzogin Isabella und durch ihre Mithilfe ist es nämlich gelungen, Milch zu besorgen und mehrere kinderreiche Familien damit zu beteiligen. Diese Milch lieferte teilweise die Magyaro-warer erzherzogliche Domäne, teils die Teschner erzherzogliche Fabrik für kondensierte Milch. Vom Anfang des Monats Dezember an wurden im Kinderheim und im Mägdeheim täglich bei 40 Liter, insgesamt 7758 Liter Milch ausgeteilt. Wenn wir den kurz skizzierten glänzenden Erfolg der Ausspeiseaktion ins Auge fassen, so müssen wir wahrhaft mit dankerfülltem Herzen der Initiatorin, Ihrer k. u. k. Hoheit der durchlauchtigen Frau Erzherzogin Isabella gedenken. Da aber Ihre k. u. k. Hoheit in hoher Bescheidenheit jeden Dank von sich abgewiesen hat, so fügen wir uns dem hohen Wunsche, und kommen bereitwillig dem hohen Befehle Ihrer k. u. k. Hoheit nach, am im höchsten Auftrage Ihrer k. u. k. Hoheit und in Ihrem Namen den höchsten Dank und die höchste Anerkennung allen jenen Faktoren auszusprechen, die zum Gelingen der Ausspeiseaktion beigetragen haben. Insbesondere läßt Ihre k. u. k. Hoheit durch die Leitung der Ausspeiseaktion ihren höchsten Dank gnädigst zum Ausdruck bringen der Leitung der beiden städtischen Volksküchen, des Kinderheimes, des Mägdeheimes, des Diakonissenheimes, der isr. Volksküche, sowie allen denjenigen, die ihr Schärfelein zum wohlthätigen Zwecke beigetragen haben. Ein Dank ergeht auch an die hiesige Presse, die alle auf die Aktion bezugnehmenden Mitteilungen freundlichst veröffentlichte. Sie alle mögen ihren schönsten und besten Lohn in dem Bewußtsein finden, zur Linderung der allgemeinen Not das ihrige beigetragen zu haben.

Hinterbliebenenfürsorge.

Frankfurt, 25. Mai. In einer Zusammenkunft der amtlichen und nichtamtlichen Stellen für Hinterbliebenenfürsorge im Bereich des 18. Armeekorps sprach sich Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt) dafür aus, daß die amtlichen Fürsorgestellen als Bindeglieder zwischen der militärischen Reichsfürsorge und den sonstigen amtlichen und privaten Organisationen bestehen und forderte für den Korpsbereich einen Zusammenschluß und den einheitlichen Verkehr aller dieser Stellen mit den Militärbehörden. Das Kriegsministerium habe sich bereit erklärt, solche Fürsorgestellen als reine Hilfs- und Vermittlungsorgane anzuerkennen und zu benutzen. Der Leiter der städtischen Beratungsstelle für Kriegshinterbliebene in Frankfurt, Dr. Kraus, berichtete über den Geschäftsgang. Der amtliche Charakter der Frankfurter Stelle erleichtert es sehr, zuverlässige Angaben über alle aufzuklärenden Punkte zu erhalten. Man beschloß die Bildung einer Vereinigung und die Einsetzung eines Arbeitsausschusses, in dem die größeren Orte des Korpsbereiches vertreten sind.

27. IV. 1916

* **Verförgung der Armen mit Schuhwerk.** Die neueste Aktion des Centralhilfskomit6s strebt an, die arme Bev6lkerung der Hauptstadt mit Schuhen zu versehen, da die unerh6rt hohen Leder- und Schuhpreise es fast ausschlie3en, da3 sich die arme Bev6lkerung mit Schuhwerk versehen k6nne und Gefahr besteht, da3 sie barfu3 wird gehen m6ssen. Die neue Sektion des Hilfsamtes, die sich dieser Tage unter Vorsitz des Magistratsrathes Dr. Eugen M 6 r t u s und der Pr6sidentin Frau Dr. Wilhelm B 6 z s o n y i konstituiert hat, beabsichtigt die Verf6rgung mit Schuhen in der Weise durchzuf6hren, da3 sie verbrauchte Schuhe der Bev6lkerung einsammelt und herrichten l63t und 6berdies auch neue Schuhe anschafft, die sie dann den nachweislich Bed6rftigen f6r billiges Geld 6berl63t. Die Sektion wird Sammelb6gen herausgeben, um Spenden f6r diesen Zweck zu sammeln. Die Sammlung hat unter Leitung der Frau Dr. Wilhelm B 6 z s o n y i bereits begonnen und befriedigende Ergebnisse gezeitigt. Das Komit6 l63t die telephonisch oder brieflich angemeldeten alten Schuhe abholen. Diese Schuhe werden dann repariert und, sofern sie sich dazu nicht mehr eignen, deren Material zur Reparatur verwendet. Gr63ere Schuhgesch6fte werden als Sammelstellen dienen. Demn6chst wird das Publikum mittels eines k6nstlerisch ausgef6hrten Plakates zur Unterst6tzung dieser Aktion aufgefordert werden. — Gegen diese Aktion ist gewi3 nichts einzuwenden, ist die Fußbekleidung im Winter doch ebenso wichtig wie das t6gliche Brot. Nur meinen wir, da3 die Sache wieder am falschen Ende angefa3t wird. Die heutigen Verh6ltnisse zwingen selbst die gutsituierte Bev6lkerung, ihr Schuhwerk solange als nur irgend m6glich selbst zu tragen, weil die Preise der Schuhe Dimensionen annehmen, die zu bezahlen au3er dem erforderlichen Gelde einen Entschlu3 voraussetzen. Die Ernte an alten Schuhen wird also sehr mager ausfallen und von einer Beschaffenheit sein, die eine Reparatur nicht lohnen, wenn man bedenkt, da3 Deckleder der Abs63e mit 4 K. bezahlt werden m6ssen. Um wie vieles kl6ger w6re es, f6r das gesammelte Geld wasserdichte Leinenschuhe mit Holzsohlen anzuschaffen. An Gelegenheit hiezu fehlt es, wie wir aus der Unterrichtssektion erfahren, nicht, da die hauptst6dtische Hausindustrie- und Webereischule sich mit gro3er Sachkenntni3 zur Herstellung solcher Schuhe eingertichtet und mit ihren Musterschuhern gro3e Anerkennung gefunden hat. Prinzipien und Widerwillen k6nnen bei L6sung solcher Fragen nicht ma3gebend sein, sondern es gilt, das gesammelte Geld praktisch und zweckentsprechend zu verwenden, will man das gesteckte Ziel ernstlich erreichen.

(Allgemeine Kunstfürsorge.) Der unter dem Ehrenpräsidium der Fürstin von Metternich-Sandor stehenden „Allgemeinen Kunstfürsorge“, Verein zugunsten der durch die Kriegslage notleidenden Künstler aller Kunstgattungen, sind neuerlich bedeutende Spenden zugegangen. Das Präsidium bittet, um seiner Aufgabe, nicht nur die im Hinterlande verbliebenen, oft in bitterster Notlage befindlichen Künstler aller Kunstgattungen, sondern auch die Familien einberufener, verwundeter, invalid gewordener oder auf dem Felde der Ehre gefallener Künstler, in würdiger Weise zu unterstützen, weiter gerecht werden zu können, hochherzige Freunde der Kunst herzlichst um gütige Ueberweisung von Spenden an die „Allgemeine Kunstfürsorge“, 6. Bezirk, Mariahilferstraße 19/21, oder Postsparkassentonto 150.368.

Freiwillige Hilfskräfte gesucht.

Damen und Herren, die ihre freie Zeit in den Dienst des Vaterlandes stellen wollen, werden dringend gebeten, sich zu unentgeltlicher freiwilliger Mitarbeit für Schreib- und Bibliotheksarbeiten, Ausweisungen und wirtschaftliche Betätigung zu melden bei der Anmeldestelle vom Roten Kreuz, 1. Bezirk, Wallnerstraße Nr. 2 (Ecke Kohlmarkt). Bureaustunden von 10 bis 12 und 4 bis 6 Uhr.

* **Kriegslotterie.** Die erste Kriegslotterie hatte ein Erträgnis von 125.000 Kronen. Dieser überraschend große Erfolg veranlaßte das Komitee, dem Frau Alice Gräfin Harrach-Gardegg als Präsidentin, Frau Fürstin Marie Adam Lubomirska, Frau Kreszenze Markgräfin v. Pallavicini und Frau Bürgermeister Berta Weiskirchner als Vizepräsidentinnen angehören, eine zweite Kriegslotterie zu veranstalten, deren Reinertrag je zur Hälfte den Waisen gefallener Krieger und den Flüchtlingen aus dem Süden zufließt. Auch die zweite Lotterie steht unter dem Protektorate der Frau Erzherzogin Maria Josefa. Der Preis eines Kriegslosers beträgt wieder bloß 10 Heller, dagegen sind die Treffer ziemlich bedeutend. Der Gesamtwert der Treffer ist auf 50.000 Kronen erhöht worden. Der erste Haupttreffer beträgt 10.000 Kronen, welchem zwei weitere Haupttreffer mit je 5000 Kronen angegliedert sind. Diese drei Haupttreffer werden auf Wunsch gegen Bargeld abgelöst. Auch sonst sind namhafte Treffer festgesetzt. Die Ziehung findet am 26. Juli statt.

*** Vorsorgen für erwerbslos gewordene Mitglieder der Krankenkassen.** Durch die infolge der Kriegereignisse in einigen Industriezweigen, insbesondere in der Textilindustrie, eingetretene Beschränkung oder Einstellung von Betrieben ist ein Teil der Arbeiterschaft ganz oder teilweise erwerbslos und somit einer besonderen Fürsorge bedürftig geworden. Für die in der Baumwollindustrie beschäftigungslos gewordenen Arbeiter wurde von der Baumwollzentrale („Bereinigte österreichische und

ungarische Baumwollzentrale“, Arbeiterfürsorge, Wien, I., Maria Theresienstraße 34) eine von der Regierung geförderte Hilfsaktion eingeleitet. Um diesen Arbeitern im Falle der Erkrankung den notwendigen ärztlichen Beistand und Medikamentenbezug zu sichern, erscheint aber eine entsprechende Ergänzung dieser Fürsorge (selbstverständlich gleichfalls auf Kosten der Unternehmer) notwendig. Hierfür bieten sich zwei Auskunftsstellen, entweder die freiwillige Fortsetzung der bisherigen Versicherung bei den Krankenkassen (Vollversicherung) oder die Eingehung einer auf die bezeichneten Naturalleistungen (allenfalls einschließlich eines Begräbnisgeldes) beschränkten Teilversicherung. Welche der beiden bei der einzelnen Klasse zur Anwendung kommen soll, bleibt der Beurteilung der Kassenvorstände im Einverständnis mit den Betriebsunternehmern überlassen.

— Gesamthilfsausschuß für die Opfer des Krieges. Zur Fürsorge für den selbständigen Mittelstand wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der eine Beratungsstelle einrichten wird. Ihm gehören alle beteiligten Korporationen und Kreditorganisationen an. — Zur Frage der Kriegspatenschaften faßte der Gesamthilfsausschuß einstimmig folgenden Beschluß:

Für Frankfurt kann die Übernahme von Kriegspatenschaften für Kriegswaisen durch Dritte (Behörden, Vereine, Einzelpersonen) für Zwecke der Ausbildungs- oder Aussteuerversicherung nicht empfohlen werden, da der Ausschuß und die ihm angeschlossenen Organisationen diese Aufgabe in viel umfassenderer und besserer Weise schon jetzt erfüllen und künftig erfüllen können, wenn ihnen die Mittel unmittelbar zur Verfügung gestellt werden. Alle, die einer Kriegspatenschaft näher treten wollen, werden deshalb ersucht, sich vorher auf der städtischen Beratungsstelle für Kriegshinterbliebene, Braubachstraße 5, eingehend zu erkundigen.

*** Fürsorgetommission für Privat- und Handelsangestellte.** In der kürzlich unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Dr. Franz **L**ein abgehaltenen Sitzung wurde in dem von Professor Dr. Rudolf **K**obatsch erstatteten Finanzbericht festgestellt, daß die Fürsorgetommission vom November 1914 bis Mitte Mai d. J. 1,250.000 Kronen an Unterstützungen an rund 5000 Personen ausbezahlt hat. Ueber Antrag des Referenten Dr. Friedrich **L**eiter wurde im Hinblick auf die außerordentliche Verteuerung der Lebensmittel beschlossen, die monatlichen Unterstützungen, insbesondere für verheiratete Unterthine, um 25 Prozent zu erhöhen. Es wurde die Einsetzung eines Unterausschusses zu dem Zwecke beschlossen, geeignete Vorschläge zur Ueberleitung der Tätigkeit der Fürsorgetommission von der Kriegs- in die Friedenszeit zu

fassen. Insbesondere steht die Bildung eines Fonds in Erwägung, aus dem Darlehen oder eine einmalige größere Zuwendung den aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten gewährt werden soll, die zur Wiederaufrichtung ihres Haushaltes einer solchen Hilfe bedürftig erscheinen. Weiter wird der Unterausschuß sich mit der Stellungnahme der Kommission zu den Bestrebungen der Gehilfenorganisationen befassen, die dahin zielen, daß im Wege einer Verordnung eine Stundung der Zahlungsverpflichtungen für aus dem Kriege heimkehrende Angestellte verfügt werde, die von der Zeit vor der Mobilisierung her Zahlungen zu leisten haben, die sie aber unmittelbar nach ihrer Rückkehr nicht in vollem Maße zu erfüllen in der Lage wären.

Fürsorge für Kriegserwitwen.

Das Kuratorium der Berufsberatung für Kriegserwitwen (Offiziers- und Mannschafswitwen) eröffnet in nächster Zeit neuerlich Kurse für Intelligenzberufe. Witwen von Berufs-offizieren und von Angehörigen des Zivilmittelstandes (Beamten, Ingenieuren, selbständigen Kaufleuten), welche eine Erhöhung ihres Einkommens anstreben, werden hienit gebeten, sich in der Sprechstelle des Kuratoriums, 4. Bezirk, Große Neugasse 8, zwischen 10 und 11 Uhr vormittags einzufinden. Auch schriftliche Anfragen und Anmeldungen von auswärts werden gern angenommen und pünktlich beantwortet.

6. / 11. 1916

1
40

Frauen-Hilfsaktion im Kriege. Bericht

über die 35. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfs-
aktion im Kriege

vom 23. September 1915.

Vorsitzende: Exzellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Hanni Brentano, Toni Col-
bert, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Helene
Granitsch, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch,
Anna Raff, Elvira Rott, Dr. Alma Seitz, Gräfin Berta
Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Mathilde Eisler, Josefina
Kurzhauser, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich
und Hertha v. Sprung.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Arzt Dr. Drexler.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Er-
schienenen, eröffnet die Sitzung und dankt Frau Marianne
Hainisch herzlich für die Leitung des Zentral-Beirates während
ihrer Abwesenheit.

Frau Marianne Hainisch erwidert, daß ihr die Führung
des Vorsitzes viel Freude bereitet habe und sie darum auch
Ihrer Exzellenz der Frau Vorsitzenden die Zusicherung geben
könne, daß der Zentral-Beirat nunmehr auch unter ihrem Vor-
sitz einig weiterarbeiten werde. Sie danke bei diesem Anlasse
Ihrer Exzellenz für das bewiesene Vertrauen und dem Zentral-
Beirat für die eifrige und sachliche Mitarbeit während der
Sommermonate.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont verliest nachstehenden Be-
richt über den Kriegsgemüsegarten des Knabenhortes im
XVII. Bezirke.

Die Armenpflege der Stadt Berlin. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung stand die Magistratsvorlage über die Einrichtung von Armenämtern für den ganzen Stadtbezirk. Die Armenpflege der Stadt Berlin, die zur Zeit durch 4 Armenämter und 25 Armenkreise ausgeübt wird, soll in der Art umgebildet werden, daß die Stadt in 14 Bezirke geteilt wird, davon jeder ein Armenamt erhält. Die Armenkreise sollen in Wegfall kommen, dafür soll den Mitgliedern der Armen-direktion ihr Einfluß auf die Ueberwachung der pflegerischen Tätigkeit der neuen Armenämter in anderer Form erhalten werden.

Der Ausschuß (Berichterstatter Herr Stadtv. Galland (L.) empfiehlt, der geplanten Neuorganisation grundsätzlich zuzustimmen, aber die Bestimmung des Zeitpunktes für ihre Durchführung weiterer Beschlußfassung vorzubehalten. Der Ausschuß hat jedoch einige Änderungen der Vorlage beschlossen. Danach soll in den Bezirksversammlungen nicht, wie es der Magistrat vorschlägt, den beamteten Armenamtsvorstehern, sondern den Vertretern der Armendirektion der Vorsitz zustehen. Ferner soll den Mitgliedern der Armendirektion das bisherige Recht, bei der Wiederwahl von Armenärzten mitzuwirken, gewahrt bleiben. Sodann sollen die Beschwerdeführer und die beteiligten Armenkommissionen berechtigt sein, gegen die Beschlüsse des Ausschusses die Entscheidung der Armendirektion anzurufen. Schließlich soll der Magistrat ersucht werden, zu erwägen, ob und in welcher Weise es möglich ist, bei der geplanten Umgestaltung der öffentlichen Armenpflege eine engere Fühlung mit der privaten Armenpflege herbeizuführen. Die Vorlage wurde ohne Diskussion angenommen.

In einer Vorlage beantragt der Magistrat, dem Rütche-Schauberband für die geplante Neuregelung des Grob-beerener Grabens einen einmaligen Beitrag in Höhe des vierten Teiles der entstehenden Kosten bis zur Höchstsumme von 130 000 Mark zu bewilligen. Auch diese Vorlage wurde debattelos angenommen.

Für die Zentralauskunftsstelle der Arbeits-nachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg wird ein Zuschuß von 4250 M. bewilligt. — Frau Direktor Linden hat eine Summe von 10 000 M. gestiftet als Grundstock einer Bucherei für studierende Blinde im Anschluß an die städtische Blindenanstalt. Die Versammlung erklärt sich mit der Annahme der

Zuwendung dankend einverstanden. — Damit schließt die öffentliche Sitzung; es folgt eine geheime.

itung.

1916
9. Juni**Umgestaltung der Armenpflege.**

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung war nur von kurzer Dauer. Nachdem der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Cassel die Schreiben des früheren sowie des neuen Polizeipräsidenten, ferner den Dank des Stadtv. Liebenow für die Glückwünsche der Stadtverordnetenversammlung zu seinem 25jährigen Stadtverordnetenjubiläum verlesen hatte, schritt man zur Erledigung der eigentlichen Tagesordnung, in deren Mittelpunkt die Vorlage über Einrichtungen von Armenämtern für den ganzen Stadtbezirk stand.

Nach der Magistratsvorlage soll die Armenpflege der Stadt Berlin, die zurzeit durch 4 Armenämter und 25 Armenkreise ausgeübt wird, umgebildet werden in der Art, daß die Stadt in 14 räumlich ungefähr gleich große Bezirke geteilt wird, deren jeder ein Armenamt erhält. Es würden so neben den bestehenden 4 noch 10 neue Armenämter gebraucht. Die Armenkreise, in denen die Mitglieder der Armendirektion als Kreisvorsteher den Vorsitz führen, sollen in Wegfall kommen, dafür soll den Mitgliedern der Armendirektion ihr Einfluß auf die Ueberwachung der pflegerischen Tätigkeit der neuen Armenämter in anderer Form erhalten, ihnen auch sonst die Mitwirkung in den Dezerdaten der Armenpflege bewahrt werden. Insbesondere sollen sie Mitglieder der für jedes Amt neu zu schaffenden Beschwerdeauschüsse werden, die zur beschleunigten Erledigung der Beschwerdesachen wieder aufleben sollen. Die Befugnisse der Kreisvorsteher sollen ohne weiteres auf die Armenamtsvorsteher übergehen, die Mitglieder der Armendirektion sollen dafür Rodezernate erhalten. Endlich solle die Leitung der Kreisversammlung auf die Armenamtsvorsteher übergehen, wofür dann zwei Mitglieder der Armendirektion mit beschließender Stimme an den Sitzungen der Bezirksversammlungen der Armenämter teilnehmen dürfen.

Der damit betraute Ausschuß ist im wesentlichen mit den Vorschlägen des Magistrats einverstanden und empfiehlt, wie der Berichterstatter, Stadtverordneter Galland (L.), ausführt, die grundsätzliche Zustimmung zur Neugestaltung, jedoch unter bestimmten Aenderungen. Vor allem fordert er, daß die Mitglieder der Armendirektion in ihrer freien Betätigung nicht gehemmt werden. Man dürfe sie nicht in der Bezirksversammlung unter den Vorsitz des Amtsvorstehers stellen. Der Vorsitz gebühre dem Vertreter der Armendirektion. Auch sachlich sei die Abweichung von dem bisherigen bewährten Rechtszustand durch nichts begründet.

Dagegen habe der Ausschuß dem rechtskundigen Vorsteher des Armenamtes den Vorsitz im Beschwerdeauschuß belassen, weil die Beschwerdesachen häufig ein umfangreiches Tat- und Rechtsmaterial enthalten. Dabei sei in der Vorlage aber dem Amtsvorsteher als Vorsitzenden ein nicht zu billiges Vorrecht eingeräumt worden; er solle berechtigt sein, die Entscheidung des Beschwerdeauschusses, an der er doch selbst als Mitglied mitgewirkt habe, zu beanstanden und die Entscheidung der Armendirektion anzurufen. Dieses Vorrecht habe der Ausschuß einstimmig gestrichen, da es einen schweren Verstoß gegen den Grundsatz der kollegialen Beratung und Entscheidung enthalte, die nach außen hin stets einheitlich auftreten müsse; das Vorrecht würde ein Unikum im bürgerlichen und im öffentlichen Recht sein. Für das Rechtsmittel der Beanstandung könnten nur ausschließlich die Interessenten selbst, also der Beschwerdeführer und der betreffende Armenkommissionsvorsteher in Betracht kommen. Man sei im Ausschuß einig darüber gewesen, daß die bisherigen vier Armenämter im Vergleich zu den jetzigen Armenkreisen mancherlei beachtenswerte Vorzüge offenbart hätten. Durch die Armenämter werde eine eindringlichere und gleichmäßigere Armenpflege erreicht, das Interesse der Bürgerschaft des Amtsbezirks für die pflegerische Tätigkeit mehr angeregt, eine gerechtere Verteilung

Die Tätigkeit des Kriegshilfsbureaus des Ministeriums des Innern.

Das Kriegshilfsbureau hat neuerlich den Landeskriegshilfsbureau über 1.000.000 K. — die vierte seit Kriegsbeginn — ausbezahlt. Für die Verteilung auf die einzelnen Kronländer kamen die Bevölkerungszahl, der in den einzelnen Ländern beobachtete Bedarf, die Höhe der bisherigen Auszahlungen und die vorhandenen Reserven in Betracht.

Die Zentralstelle der Kriegsfürsorge im Wiener Rathaus, das Landeskriegshilfsbureau für Wien und Niederösterreich, erhielt den Betrag von 300.000 K.

Aus Anlaß dieser Auszahlung wurden die Kriegshilfsbureaus, denen im allgemeinen die Fürsorge für die Familien der Einberufenen obliegt, angewiesen, ihre Sorge auch jenen Personen nach Möglichkeit zuzuwenden, die, ohne Angehörige Einberufener zu sein, durch den Krieg in besondere Nothlage geraten sind. Ebenso wurde ihnen die Subventionierung von Suppenanstalten, Poststücken und ähnlichen der Allgemeinheit zugute kommenden Einrichtungen empfohlen, und wurden sie insbesondere auf jene Familien aufmerksam gemacht, bei denen sich Kinder befinden, die durch die in letzter Zeit erfolgte Erhöhung der gesetzlichen Unterhaltsbeiträge für Kinder nicht erleichtert erscheinen.

Die dem Kriegshilfsbureau vorgelegenen Berichte der Landeskriegshilfsbureaus ließen auch erkennen, daß in den meisten Kronländern erfreuliche Ansätze von Fonds für die Hinterbliebenen nach Gefallenen der Kronländer vorhanden sind. Die weitere Stärkung dieser Fonds wäre in gleicher Weise zu begrüßen wie jene des k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und Waisenfonds, welcher im Einvernehmen mit dem Kriegshilfsbureau an dem Ausbau der Hinterbliebenenfürsorge in allen Kronländern unter enger Anlehnung an die bereits bestehenden Jugendfürsorge-Organisationen arbeitet.

Nachdem die Hinterbliebenen der Gefallenen derzeit noch bis auf weiteres die gesetzlichen Unterhaltsbeiträge fortbeziehen und die zur Verfügung stehenden Spenden nicht derart reichlich sind, daß mit denselben verschwenderisch umgegangen werden dürfte, sind die für die Hinterbliebenenfürsorge verfügbaren Mittel vernünftigerweise möglichst für jene Zeit zu schonen, wo die Lage der Hinterbliebenen nach Einstellung der Unterhaltsbeiträge eine sorgenvollere sein wird. Daher hat das Kriegshilfsbureau die Landeskriegshilfsbureaus angewiesen, die Familien der Hinterbliebenen in gleicher Weise wie die Familien der Einberufenen im Falle besonderen Bedürfnisses zu unterstützen. In jenen Kronländern, in denen bereits Zentralstellen für Hinterbliebenenfürsorge bestehen, wurden die Landeskriegshilfsbureaus eingeladen, diesen Zentralstellen die Mittel zu geben, um die etwa bereits jetzt notwendige Hinterbliebenenfürsorge zu bestreiten und damit die notwendigen persönlichen Beziehungen mit diesen Familien anzubahnen; denn es steht außer Zweifel, daß eine gut funktionierende Hinterbliebenenfürsorge sich nicht nur auf die Verabreichung von Unterstützungen beschränken darf, sondern den Witwen moralische Hilfe und Unterstützung bei Ergreifung eines Berufes oder bei der Erziehung der Kinder angebotlich zu lassen versuchen muß.

Der Ertrag der Roten-Kreuz-Woche.

Soweit bisher der Ertrag der Roten-Kreuz-Woche überblickt werden kann, hat dieselbe drei Millionen Kronen eingebracht. Es werden dadurch zierla eine Million Kronen für Jugendfürsorge zur Verfügung gestellt, welche Summe das Kriegshilfsbureau durch einen weiteren Beitrag von 800.000 K. erhöhte. Die Landeskriegshilfsbureaus wurden neuerlich aufgefordert, behufs entsprechender Verwendung dieser Summe in den einzelnen Ländern insbesondere durch Errichtung von Tagesheimstätten für die während der Ferienzeit der Verwahrlosung besonders ausgesetzte Jugend seitens bestehender oder neuer Jugendfürsorge-Organisationen zu sorgen und der Frage der Wöchnerinnen-Hilfe ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die großen Aufgaben, die den Landeskriegshilfsbureau mit ihren relativ kleinen Mitteln zufallen, lassen die weitere Unterstützung des Kriegshilfsbureaus des Ministeriums des Innern (Postsparkassentkonto Nr. 149602, Bankkonto beim Wiener Bankverein) oder der Landeskriegshilfsbureaus dringend wünschenswert erscheinen.

Von Interesse dürfte es auch sein, daß der lautmännliche Betrieb des Kriegshilfsbureaus, die sogenannte Technische Betriebszentrale, bis zum 15. Mai es ermöglichte, der offiziellen Kriegsfürsorge (Rotes Kreuz, Kriegsfürsorgeamt, Kriegshilfsbureau) den Betrag von zwei Millionen Kronen, verschiedenen anderen Kriegsfürsorgeaktionen den weiteren Betrag von 437.000 K. auszusahlen; also auch diese Aktion, durch welche übrigens viele Gewerbetreibende und Arbeiter lohnenden Verdienst fanden, verdient die weitere Förderung des opferwilligen Publikums.

Fürsorgekommission für Privat- und Handelsangestellte.

In der kürzlich unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Dr. Franz Klein abgehaltenen Sitzung dieser Fürsorgekommission wurde in dem von Professor Dr. Rudolf Robatsch erstatteten Finanzbericht festgestellt, daß die Fürsorgekommission von November 1914 bis Mitte Mai d. J. 1,250,000 K. an Unterstützungen an rund 5000 Personen ausbezahlt hat. Auf Antrag des Referenten Doktor Friedrich Leiter wurde im Hinblick auf die außerordentliche Verteuerung der Lebensmittel beschlossen, die monatlichen Unterstützungen, insbesondere für verheiratete Unterstützte, um 25 Prozent zu erhöhen. Nachdem sowohl von den staatlichen Vertretern in der Kommission, als auch von den Vertretern der Gemeinde Wien, sowie von den Delegierten der Gehilfenorganisationen die Notwendigkeit betont worden war, daß die Kommission in geeigneter Weise auch nach dem Kriege in Wirksamkeit bleibe, wurde nach eingehender Debatte, an der sich neben dem Vorsitzenden, Vizebürgermeister Hof, ferner namens des niederösterreichischen Gewerbevereins Präsident Schiel, namens der Handelskammer Sekretär Perels, namens des Gremiums der Kaufmannschaft Sekretär Dr. Brähta, für die Pensionsanstalt der Angestellten Vizepräsident Kaller und Sekretär Dr. Buchgraber, in Vertretung der Erfaher-Institute Direktor Benedet und Sekretär Bauer, ferner in Vertretung der Gehilfenorganisationen Gehilfenobmann Bid und Sekretär Hermann beteiligten, die Einsetzung eines Unterausschusses zu dem Zwecke beschlossen, geeignete Vorschläge zur Ueberleitung der Tätigkeit der Fürsorgekommission von der Kriegs- in die Friedenszeit zu formulieren. Insbesondere steht die Bildung eines Fonds in Erwägung, aus welchem Darlehen oder eine einmalige größere Zuwendung solchen aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten gewährt werden soll, die zur Wiederaufrichtung ihres Haushaltes einer solchen Hilfe bedürftig erscheinen. Weiter wird der Unterausschuß sich mit der

Stellungnahme der Kommission zu den Bestrebungen der Gehilfenorganisationen befassen, die dahin zielen, daß im Wege einer Verordnung eine Stundung der Zahlungsverpflichtungen für aus dem Kriege heimkehrende Angestellte verfügt werde, die von der Zeit vor der Mobilisierung her Zahlungen zu leisten haben, die sie aber unmittelbar nach ihrer Rückkehr nicht in vollem Maße zu erfüllen in der Lage wären. Bei dieser Regelung der Verbindlichkeiten aus der Zeit vor dem Kriege soll den Interessen der Gläubiger und Schuldner tunlichst Rechnung getragen werden.

* **Widmungen der Metallzentrale-Aktiengesellschaft für Kriegsfürsorgezwecke.** Die Metallzentrale-Aktiengesellschaft, die schon im September v. J. 500.000 Kronen Kriegsfürsorgezwecken zugewendet hatte, hat neuerdings einen Betrag von 1.200.000 Kronen im Wege des Kriegsministeriums der Kriegsfürsorge geignet. Diese Zuweisung der genannten Aktiengesellschaft soll folgendermaßen verteilt werden: 500.000 Kronen an den Fonds zur Erzenzermäßigung für Offiziere und Beamte, 200.000 Kronen an den Witwen- und Waisenhilfsfonds der gesamten bewaffneten Macht, 100.000

Kronen für Kriegergräber, 100.000 Kronen für das Rote Kreuz, 100.000 Kronen für das Weiße Kreuz, 100.000 Kronen für die Aktion zur Errichtung von Tagesheimstätten für Kriegswaisen und Kinder und 100.000 Kronen für den Conrad v. Hötzendorf-Blindenfonds.

11./IV. 1916

* Die Regelung des Spendensammelns. Der Minister des Innern hat eine Verordnung erlassen, durch welche das Sammeln der Spenden für die Zwecke der Kriegswohlthätigkeit geregelt wird. Laut dieser Verordnung wird das Sammeln von Spenden an eine ministerielle Erlaubniß geknüpft und eine solche ist auch zur Abhaltung von Wohlthätigkeitsveranstaltungen erforderlich. Auf andere Personen darf die Bewilligung nicht übertragen werden. Privatpersonen oder Firmen können derartige Bewilligungen überhaupt nicht erhalten. Vor der Entscheidung muß genau erwogen werden, ob das Sammeln der Spenden thatsächlich einem öffentlichen Zweck dient, ob die gesammelten Gelder verrechnet werden und ob das vom Publikum gebrachte Opfer im Verhältniß zu dem gesteckten Ziel steht. **Zu widerhandelnde werden mit einer Arrest-**

strafe bis zu zwei Monaten und einer Geldstrafe bis zu 2000 Kronen bestraft. Die Sammlungen des Kriegsfürsorgeamtes des Honvedministeriums, der Landes-Kriegsfürsorgekommission, des Invaliditätsamtes, des Rothen Kreuzes und der staatlichen und städtischen Körperschaften unterstehen diesen Verfügungen nicht.

Eine Aktion des Vereines „Heimat“ für Kriegswaisen.

Das Asyl des Vereines „Heimat“ in Wien, 9. Bezirk, D'Orfaygasse Nr. 5, welches bekanntlich seit Kriegsbeginn als Rekonvaleszentenhaus für verwundete Soldaten dient, wird nach Beendigung des Krieges wieder seiner ursprünglichen Bestimmung, der Aufnahme schulploser, der Familienfürsorge entbehrender Mädchen, zugeführt werden. Der Vereinsvorstand hat nunmehr den bemerkenswerten Entschluß gefaßt, die humanitären Einrichtungen der „Heimat“ nach Beendigung des Krieges bis auf weiteres ausschließlich solchen Mädchen ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität zuzuwenden, welche Waisen nach entweder auf dem Schlachtfelde gefallenem oder infolge Verwundung oder Kriegsstrapazen gestorbener Militärpersonen sind. Um einen möglichst großen Kreis solcher doppelten Schutzes bedürftiger Mädchen, die sonst leicht den sittlichen Gefahren der Großstadt preisgegeben wären, dieser Wohlthat teilhaftig werden zu lassen, wird mit Aufwendung erheblicher Kosten eine Erweiterung des Asylgebäudes erfolgen. Da das Vereinsvermögen hiezu nicht ausreicht, sieht sich der Vereinsvorstand genötigt, an die öffentliche Mildtätigkeit mit der Bitte heranzutreten, an diesem Werk notwendigster Kriegsfürsorge mitzuwirken. Erfreulicherweise sind bereits in den letzten Tagen zuhanden des Präsidenten der „Heimat“, Kommerzialrat Emil Polacco, mehrere größere Spenden von Wohlthätern eingelangt, so von Vinzenz Vinciguerra 3000 K., von Gustav Holzer 1060 K. und eine anonyme Spende von 1000 K. u. u. Es wird gebeten, weitere Spenden an die Adresse des Vereines „Heimat“ oder im Wege des Postsparkassenkontos Nr. 47623 gelangen zu lassen.

Lebensmittelverteilung in Meidling.

Die Frauenhilfsaktion des 12. Bezirkes veranstaltete am 8. d. im Amtshause der Bezirksvertretung mit Unterstützung der Zentralstelle des Rathauses eine Lebensmittelverteilung, bei welcher über 5000 Pakete an 1200 Personen verabreicht wurden. Jede zur Verteilung gelangende Person bekam $\frac{1}{8}$ Kilogramm Kaffee, $\frac{1}{8}$ Kilogramm Teigware, $\frac{1}{2}$ Kilogramm Maisgrieß, 1 Büchse Kondensmilch, ferner Erbsen und Bohnen. Um die Verteilung machten sich besonders verdient die Leiterin der Frauenhilfsaktion Frau Wessely samt Tochter, ferner die Damen Duschek, Fehm, Klein u. a.

(Eine Aktion des Vereines „Heimat“ für Kriegswaisen.) Das Asyl des Vereines „Heimat“ in Wien, 9. Bezirk, D'Orfaygasse 5, welches bekanntlich seit Kriegsbeginn als Rekonvaleszentenhaus für verwundete Soldaten dient, wird nach Beendigung des Krieges wieder seiner ursprünglichen Bestimmung, der Aufnahme Schutzloser, der Familienfürsorge entbehrender Mädchen, zugeführt werden. Der Vereinsvorstand hat nunmehr den bemerkenswerten Beschluß gefaßt, die humanitären Einrichtungen der „Heimat“ nach Beendigung des Krieges bis auf weiteres ausschließlich solchen Mädchen ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität zuzuwenden, welche Waisen nach entweder auf dem Schlachtfelde gefallenen oder infolge Verwundung oder Kriegsstrapazen gestorbenen Militärpersonen sind. Um einen möglichst großen Kreis solcher doppelten Schutzes bedürftiger Mädchen, die sonst leicht den sittlichen Gefahren der Großstadt preisgegeben wären, dieser Wohlthat teilhaftig werden zu lassen, wird mit Aufwendung erheblicher Kosten eine Erweiterung des Asylgebäudes erfolgen. Da das Vereinsvermögen hierzu nicht ausreicht, sieht sich der Vereinsvorstand genötigt, an die öffentliche Mildtätigkeit mit der Bitte heranzutreten, an diesem Werke notwendigster Kriegsfürsorge mitzuwirken. Erfreulicherweise sind bereits in den letzten Tagen zu Händen des Präsidenten der „Heimat“, Kommerzialrat Emil Polacco, mehrere größere Spenden von Wohltätern eingelangt, so von Vinzenz Binciguerra 3000 K., von Gustav Holzer 1060 K. und eine anonyme Spende von 1000 K. usw. Es wird gebeten, weitere Spenden an die Adresse des Vereines „Heimat“ oder im Wege des Postsparkassenkontos Nr. 47623 gelangen zu lassen.

No. 14. 1916

II
54

Frauen-Arbeits-Komitee im Spring.

Zum Punkt II der Tagesordnung berichtet Ober-Magistratsrat Dr. Dont über ein Ansuchen um Verleihung einer Nähmaschine und beantragt die Ablehnung des Ansuchens.

Der Zentral-Beirat beschließt, im Sinne des Antrages des Herrn Ober-Magistratsrates Dr. Dont das Ansuchen abzulehnen.

Durchlaucht Frau Prinzessin Klementine Metternich beantragt zu Punkt III der Tagesordnung, durch eine Zeitungsnotiz alle jene Leute, welche Briefe mit Unterstützungsansuchen bekommen, zu ersuchen, diese Briefe unter Anschluß eines Betrages, der, falls der Bittsteller sich als unwürdig erweisen sollte, einem anderen würdigeren Bewerber zufallen könnte, an das Frauen-Arbeits-Komitee des betreffenden Bezirkes zu senden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bemerkt, er sei der Meinung, es wäre besser, diese Briefe unter Anschluß eines Betrages an die Armen-Abteilung des Wiener Magistrates zu senden, da diese über einen Armenkataster verfügt, der in diesen Fällen gute Dienste leisten dürfte.

Der Zentral-Beirat erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden und wird über Vorschlag Ihrer Exzellenz der Frau Vorsitzenden Frau Prinzessin Klementine Metternich ersucht, einen diesbezüglichen Artikel zu verfassen, welcher dann durch die Rathauskorrespondenz an die Tagesblätter weiterzugeben wäre.

Frau Fanni Freund-Marcus gibt bei diesem Anlasse der Anschauung Ausdruck, daß die Sammeltätigkeit bald nicht mehr genügen werde und könne der Aufwand, welchen die Kriegsfürsorge erfordere, nur durch Erlassung einer Kriegsgewinnsteuer gedeckt werden. Sie bitte daher, ein kleines Komitee zu wählen, welches sich mit der Ausarbeitung eines diesbezüglichen Memorandums zu befassen hätte.

Frau Emmy Freundlich erwidert, daß in Deutschland ein Teilbetrag der dritten Kriegsanleihe sofort der Kriegsfürsorge gewidmet wurde. Sie schläge daher vor, alle Schritte zu unternehmen, um auch in Österreich einen Teil der dritten Kriegsanleihe für die notleidende Bevölkerung sicherzustellen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung teilt Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende mit, daß der Direktor des Apollo-Theaters zugunsten der Auspreisungsaktion Nachmittagsvorstellungen veranstalten wolle, doch bitte er, daß der Kartenverkauf durch die Frauen-Arbeits-Komitees besorgt werde. Sie frage an, ob die Zentrale mit einem derartigen Anerbieten einverstanden sei.

Der Zentral-Beirat spricht sich gegen diesen Antrag mit der Begründung aus, daß durch den Kartenverkauf die eigentliche Tätigkeit der Frauen-Arbeits-Komitees zu sehr leiden würde.

Zur Belebung der Spendentätigkeit regt Frau Hertha v. Sprung noch an, eine große Propagandaversammlung gemeinsam mit dem Roten Kreuz zu veranstalten und bittet, diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen.

Über Antrag der Frau Gräfin Gertraud von Walderskirchen wird nunmehr über die Vorkommnisse bei den Unterbroisfilialen beraten und beschließt der Zentral-Beirat nach längerer Debatte, im Hinblick auf die schweren Gefahren, welche eine derartige Ansammlung von Menschen mit sich bringe, an die Gemeinde mit dem Ersuchen heranzutreten, das Mehl gleich den Kartoffeln, direkt in eigenen Abgabestellen an das konsumierende Publikum abzugeben. Es wäre ferner auch der Zusatz-Antrag von Frau Fanni Freund-Marcus zu erwägen, daß in diesen

Mehl-Abgabestellen Hilharmoniker sowie die Gemeindefromusiker Franz Hei stellen hätte.

verein Hofkapellmeister !
Frau Hertha v. Sprung, für den „Schul-
Entwurf, betreffend Vorstandsmitglieder Ph
richtskurses für böhmischembahnenbeamten-Gesam

Über Antrag Thormeister Führich,
beschließt der Zentral-Magistratsrat Karl Ho
Komitee zur Beratung der Konzerthaus-Gesellsc

inigung der Wiener Ma
(Schluß der Sitzung)
und Stauber, für
musiker Hermann,
Höllering, für die

Die Kriegsfürsorge in Steiermark.

Aus Graz, 15. d., wird uns gemeldet: Im Stadtratsaal des Rathauses fand heute auf Veranlassung der Zweigstelle Steiermark des Kriegsfürsorgeamtes die Beratung über ein einheitliches Vorgehen anlässlich der Veranstaltungen am Geburtstag des Kaisers und über die Schaffung einer ständigen Organisation der Kriegsfürsorgearbeit im ganzen Lande statt. Erschienen waren Vertreter der Militär- und Zivilbehörden und Bürgermeister zahlreicher Gemeinden. Der Obmann der Zweigstelle Steiermark des Kriegsfürsorgeamtes Ritter v. Pantz berichtete über die bisherige Tätigkeit des Amtes. Nachdem die verschiedenen Vertreter der Behörden und Gemeinden zur Frage der Durchführung des Programms Stellung genommen hatten, wurde beschlossen, sich für die Verteilung des Ertrages zugunsten der steirischen Witwen und Waisen auszusprechen und 25 Prozent den Gemeinden des Landes für Kriegsfürsorgewecke zu überlassen.

Eine Frauenfestigung im Rathaus.

Gestern fand im Rathaus in Anwesenheit des Statthalters v. Deyleben in festlicher Weise die fünfzigste Sitzung der Frauenhilfsaktion im Kriege unter dem Vorsitze der Gemahlin des Bürgermeisters Frau Berta Weistirchner statt. Der Bürgermeister dankte im Namen der Gemeinde in herzlicher Weise den Frauen, die sich in unermüdlicher Weise seit Kriegsbeginn im Dienste der Wohltätigkeit betätigten und forderte die Damen zum Ausharren auf. Dem Danke des Bürgermeisters schloß sich namens der Regierung der Statthalter an, der der Gemahlin des Bürgermeisters wie ihren Mitarbeiterinnen die Anerkennung für ihre erfolgreiche Aktion aussprach.

Frau Berta Weistirchner dankte für die ihr erwiesene Ehrung und gedachte in ihrer Rede der verdienstvollen Mitglieder der Frauenhilfsaktion, in erster Reihe der Frauen Helene Granitsch, Marianne Hainisch, Freund-Marcus, Regierungsrat Wien, Toni Colbert, Prinzessin Klementine Metternich, Josefine Kurzbauer, Dr. Alma Seib, Brentano, Marie Gutmann, Emmy Freundlich, Annie Raff und Minna Eisler.

Wir werden über den Verlauf der festlichen Sitzung noch berichten, die der Gemahlin des Bürgermeisters, die sich in aufopferungsvollster Weise seit Kriegsbeginn betätigt, sowie ihren Mitarbeiterinnen große Ehrungen brachte.

* Unentgeltliche Lebensmittelverteilung. Unmittelbar vor den Pfingstfeiertagen hat die Fürsorge (Hauptstelle Neues Rathaus) durch die 23 Frauenarbeitskomitees in den einzelnen Wiener Gemeindebezirken 12.000 Büchsen Kondensmilch, 6000 Kilogramm Maisgrieß in $\frac{1}{2}$ -Kilogramm-Päckchen, 6000 Kilogramm Teigwaren (Nudel und Nockerl) in $\frac{1}{2}$ -Kilogramm-Päckchen, 1500 Kilogramm gebrannten Kaffee in $\frac{1}{2}$ -Kilogramm-Päckchen und 60.000 Portionen Erbsen- und Bohnenkonserven an Bedürftige zur Verteilung gebracht. Die Auslagen betragen rund 56.000 Kronen; bei der Verteilung wurden insbesondere kinderreiche Familien und kränkliche Personen berücksichtigt. Zur gleichen Zeit wurden 10 Waggons, also 100.000 Kilogramm Kartoffeln unentgeltlich an arme Familien verteilt.

Die Versorgung der Kriegswaisen in Galizien.

Von Regierungsrat Friedrich Sey.

Unbeschadet der im Zuge befindlichen großherzigen Aktion für die Kriegswaisen Galiziens möchte ich mir einen Vorschlag erlauben, der mit von der Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse geboten zu sein scheint. Uns allen muß es sich doch darum handeln, den galizischen Kriegswaisen nicht bloß eine vorübergehende Unterstützung, sondern dauernde Rettung zu bringen; ihre Existenz müßte wenigstens bis zur vollen Erwerbsfähigkeit oder bis zu ihrer Großjährigkeit gesichert sein. Nun wird durch die bisherigen Aktionen für viele, aber leider nicht für alle Kriegswaisen gesorgt werden können, und es fragt sich, was bezüglich der letzteren geschehen soll. Ob es nicht ginge, diese Kinder an gutherzige Menschen außerhalb Galiziens zu verteilen? Natürlich müßten die letzteren sich verpflichten, sie ohne Entgelt bis zu ihrer vollen Erwerbsfähigkeit oder Volljährigkeit zu erhalten, zu bekleiden und von ihnen nur Arbeiten zu verlangen, welche auch andere gleichalterige Kinder zu leisten vermögen. Und es gibt ja der Möglichkeiten genug, um die nötigen Kantelen für die gehörige menschliche Erfüllung dieser Verpflichtungen zu schaffen.

Viele Tausende dieser Kriegskinder würden so in den verschiedenen Kronländern untergebracht werden können, und zahlreiche von ihnen fänden ihre lebenslängliche Versorgung und auch wohl ihr Glück.

Der vorstehende Gedanke wäre zugleich ein praktischer Schritt der Innenkolonisation und dürfte als solche die gehörige Förderung seitens der staatlichen Gewalten verdienen. Vorläufig wären Kinder beiderlei Geschlechtes, etwa bis zu 13 Jahren, zur Uebernahme und Verteilung in Aussicht zu nehmen, wobei ich bemerke, daß sie sich infolge ihrer Jugend ja auch in kürzester Zeit in neue Verhältnisse hineinfinden würden. Ein vollständiges Programm

zur praktischen Durchführung dieser Idee habe ich in Arbeit.

Ich verkenne nicht die mancherlei Schwierigkeiten, die sich der Durchführung meiner Idee entgegenstellen dürften, namentlich sind die Einwände voranzusehen, die man aus dem Titel der möglichen Entnationalisierung der Kinder erheben wird. Allein ich glaube, daß man bei näherer Betrachtung diesen Umstand wohl überschätzt. Durch die im Zuge befindlichen Aktionen wird ja sicherlich ohnehin eine stattliche Anzahl von Kindern gerettet werden, und es ist nicht zu zweifeln, daß das Land Galizien selbst seine Pflicht gegenüber diesen Unglücklichen durchaus erfüllen wird. Es kann sich also bei meinem Vorschlag gewiß nur um ein geringes Prozent von Kindern handeln.

Die Versorgung der Kriegswaisen in Galizien.

Von Regierungsrat Friedrich Sey.

Unbeschadet der im Zuge befindlichen großherzigen Aktion für die Kriegswaisen Galiziens möchte ich mir einen Vorschlag erlauben, der mir von der Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse geboten zu sein scheint. Uns allen muß es sich doch darum handeln, den galizischen Kriegswaisen nicht bloß eine vorübergehende Unterstützung, sondern

dauernde Rettung zu bringen; ihre Existenz müßte wenigstens bis zur vollen Erwerbsfähigkeit oder bis zu ihrer Großjährigkeit gesichert sein. Nun wird durch die bisherigen Aktionen für viele, aber leider nicht für alle Kriegswaisen gesorgt werden können, und es fragt sich, was bezüglich der letzteren geschehen soll. Ob es nicht ginge, diese Kinder an gutherzige Menschen außerhalb Galiziens zu verteilen? Natürlich müßten die letzteren sich verpflichten, sie ohne Entgelt bis zu ihrer vollen Erwerbsfähigkeit oder Volljährigkeit zu erhalten, zu bekleiden und von ihnen nur Arbeiten zu verlangen, welche auch andre gleichalterige Kinder zu leisten vermögen. Und es gibt ja der Möglichkeiten genug, um die nötigen Kautelen für die gehörige menschliche Erfüllung dieser Verpflichtungen zu schaffen.

Viele Tausende dieser Kriegskinder würden so in den verschiedenen Kronländern untergebracht werden können, und zahlreiche von ihnen fänden ihre lebenslängliche Versorgung und auch wohl ihr Glück.

Der vorstehende Gedanke wäre zugleich ein praktischer Schritt der Innenkolonisation und dürfte als solcher die gehörige Förderung seitens der staatlichen Gewalten verdienen. Vorläufig wären Kinder beiderlei Geschlechtes, etwa bis zu 13 Jahren, zur Uebernahme und Verteilung in Aussicht zu nehmen, wobei ich bemerke, daß sie sich infolge ihrer Jugend ja auch in kürzester Zeit in neue Verhältnisse hineinfinden würden. Ein vollständiges Programm zur praktischen Durchführung dieser Idee habe ich in Arbeit.

Ich verkenne nicht die mancherlei Schwierigkeiten, die sich der Durchführung meiner Idee entgegenstellen dürften, namentlich sind die Einwände voranzusehen, die man aus dem Titel der möglichen Entnationalisierung der Kinder erhoben wird. Allein ich glaube, daß man bei näherer Betrachtung diesen Umstand wohl überschätzt. Durch die im Zuge befindlichen Aktionen wird ja sicherlich ohnehin eine stattliche Anzahl von Kindern gerettet werden, und es ist nicht zu zweifeln, daß das Land Galizien selbst seine Pflicht gegenüber diesen Unglücklichen durchaus erfüllen wird. Es kann sich also bei meinem Vorschlag gewiß nur um ein geringes Prozent von Kindern handeln.

Die Kriegs-Hinterbliebenen-Fürsorge.

L. Der Straßburger Sozialpolitiker Dr. Kurt Blaum hat auf Grund reicher Erfahrungen auf dem Gebiete des Armenwesens und der sozialen Fürsorge, unter Zuhilfenahme privater und amtlicher Unterlagen, in der „Zeitschrift für das Armenwesen“ die Kriegshinterbliebenen-Fürsorge einer Bearbeitung unterzogen. Die großen wirtschaftlichen Vereinigungen haben bereits unter Führung des Hansabundes bei der Rentenbemessung eine Berücksichtigung des Arbeits Einkommens des Gefallenen gefordert. In seiner Sitzung vom 29. Mai 1915 hat der Reichstag einstimmig den Vorschlag gemacht, durch Gewährung von Zusatzrenten dieser Forderung nachzukommen. Die Regierung hat hierzu grundsätzlich ihre Zustimmung erteilt und für die erste Tagung nach Friedensschluß einen Gesetzentwurf in Aussicht gestellt. Als wichtiges Moment der künftigen sozialen Fürsorge darf aber das biologische Zielstreben nicht fehlen. Der Staat hat das größte Interesse bei den großen Verlusten an bestem Blut, bei der Abnahme der Tauglichkeitsziffern, vor allem aber bei einem so auffälligen Geburtenrückgang, daß die körperlich jedenfalls besser veranlagte Jugend so sehr wie körperlich gesund erhalten werde.

Dr. Blaum kommt bei seinen Vorschlägen zu dem Ergebnis, daß der Kernpunkt aller Fürsorge in der Witwen- und Waisen-Rente liegt. Die Grundlage dieser Rente ist der Schadenersatzanspruch der Hinterbliebenen. Die Schadenhöhe bemißt sich nach dem durch den Tod des Gefallenen in Wegfall gekommenen Einkommen, so weit es durch seine Person entstanden ist das gemeinhin als Arbeitseinkommen bezeichnet wird. Dr. Blaum begründet die aus den verschiedenen Schadensfällen sich ergebenden Rentensätze und zwar unter Berücksichtigung der staatlichen Pflichten sowohl wie der persönlichen Verhältnisse der hinterbliebenen Witwen und Waisen. Die festen Rentensätze sind nach drei verschiedenen Stufen des Arbeitseinkommens des Gefallenen berechnet. Die erste Stufe umfaßt das Arbeitseinkommen bis zu 1500 Mark. In jeder Stufe sind vier verschiedene Rentenbezüge berechnet, und zwar nach Prozenten, Mindestbetrag und Höchstbetrag für Witwe allein, eine Waise, zwei Waisen, drei und mehr Waisen. Für die erste Stufe ergibt sich nach dem Blaumschen Vorschlag für die erste Kategorie 50 Prozent mit 400 bis 750 Mark, für die zweite 60 Prozent mit 568 bis 900 Mark, für die dritte 70 Prozent mit 736 bis 1050 Mark, für die vierte 75 Prozent mit 904 bis 1125 Mark. Für die zweite Stufe mit einem Arbeitseinkommen von 1501 bis 2500 Mark betragen die festen Rentensätze in der ersten Kategorie 40 Prozent mit 750 bis 1000 Mark, in der zweiten 55 Prozent mit 900 bis 1375 Mark, in der dritten 65 Prozent mit 1050 bis 1625 Mark, in der vierten 75 Prozent mit 1125 bis 1875 Mark. In der dritten Stufe mit einem Arbeitseinkommen von 2501 bis 5000 Mark hätten folgende Rentensätze zu gelten: In der ersten Kategorie 40 Prozent mit 1000 bis 2000 Mark, der zweiten 50 Prozent mit 1375 bis 2500, der dritten 60 Prozent mit 1625 bis 3000 Mark, der vierten 65 Prozent mit 1875 bis 3250 Mark. Für die Vollwaisen betragen die festen Rentensätze 20 Prozent mit einem Mindestbetrag von 300 Mark und einem Höchstbetrag von 1000 Mark. Für die unehelichen Kinder die Alimentensumme des Urteils, sonst 240 Mark. Eltern, Großeltern, schuldblos geschiedene Ehefrauen erhalten als Höchstbetrag 20 Prozent bis zu 1000 Mark. Von 6000 Mark Gesamteinkommen ab tritt eine entsprechende Kürzung aller Renten ein.

Bei den Verschiedenheiten der Einzelfälle muß aber der Aufbau der Renten eine noch größere Möglichkeit des Individualisierens gewähren, wobei Härten auszugleichen sind und unter dem Gesichtspunkt der Massenfürsorge die Aufgaben für die Hinterbliebenen durch Hebung der Kindererziehung und -Ausbildung möglichst produktiv gestaltet werden müssen. Der Verfasser schlägt deshalb vor, daß das Reich zu den festen Renten den Kriegshinterbliebenen noch Rentenzuschüsse gewähre bis zur vollen Schadenhöhe und aus besonderen Mitteln auch darüber hinaus.

Zur Verwaltung von Rentenzuschüssen wie zu der Festsetzung von Renten selbst wird die Errichtung besonderer „Kriegshinterbliebenen-Ausschüsse“ vorgeschlagen, neben die dann Fürsorgestellen für die Kriegshinterbliebenen in den Städten und Landkreisen treten. Ausschüsse und Fürsorgestellen haben auch die Aufgabe, die Witwen und Waisen zu beraten.

* Fünfundsechzigtausend Kronen für die öffentliche
Auspeisung. Als Ergebnis der im letzten Monat im Wege
der Freitischablösung sowie durch die Verkäufe und Veran-
staltungen des „Schwarz-gelben Kreuzes“ erzielten Erträge
haben die Ehrenpräsidentin Gräfin Wienerth-Schmerling und
die Leitung des „Schwarz-gelben Kreuzes“ dem Bürgermeister
einen Betrag von 75.000 Kronen übergeben. Davon entfallen
50.000 Kronen auf die Freitischablösung und 25.000
Kronen auf die selbständigen Unternehmungen des „Schwarz-
gelben Kreuzes“.

* **Frauen helft!** Das Kuratorium der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für Kriegervitwen, welches unter dem Präsidium der Frauen Baronin Friedeß, Gräfin Walterskirchen und Marianne Hainich steht, eröffnet anschließend an seine Werkstätten eine Tagesheimstätte für die Kinder der in den Werkstätten beschäftigten Kriegervitwen. Es wendet sich an sämtliche Mütter mit der herzlichen Bitte, überflüssig gewordene Kinderbettchen, Kindersessel, kleine Streckfauteuils, Kinderwäsche als Heiserbewäsche für die ganz Kleinen, Bücher, Spielsachen, Kindergartenspiele und Gartenspiele für die Größeren gütigst spenden zu wollen. Jede kleinste Gabe wird mit Freude dankbarst angenommen. Adressenangabe in der Kanzlei des Kuratoriums, IV. Große Neugasse 8 (Telephon Nr. 58104) genügt, es wird alles abgeholt.

Schweizer im Ausland

Aus Wien wird uns geschrieben:
 nk. Vorige Woche fand in Wien die dies-
 jährige (59.) ordentliche Generalversammlung
 des Schweizer Unterstützungsvereins in Oester-
 reich statt. Die zahlreich besuchte Versammlung
 wurde von dem Vereinspräsidenten, dem schwei-
 zerischen Gesandten in Wien, Hrn. C. D. Bour-
 cart, eröffnet, der eine ebenso gehaltvolle als
 interessante Ansprache hielt. In formvollende-
 ter Weise wies er darauf hin, daß es für die
 Schweizer im Ausland noch leichter als in der
 Schweiz selbst sei, fest zusammenzuhalten, da
 für die im Auslande Lebenden die Frage der
 Nationalität und der Partei ganz zurücktrete.
 Vom direkten politischen Getriebe entfernt,
 könnten sie gewissermaßen abgeklärt die heimi-
 schen Verhältnisse überblicken und durch ihren
 Einfluß viel beitragen zur Ruhe und Stetig-
 keit derselben. Dagegen sei es für die Schweizer
 im Auslande, die in der Mitte kriegsführender
 Bevölkerungen leben, schwer, ganz neutral zu
 bleiben, oder aber mit vermeintlich unpartei-
 sischen Ansichten keinen Anstoß zu erregen. Der
 Kriegsführende könne und dürfe nicht neutral
 denken und fühlen. Der Gesandte appelliert
 daher an die Mitglieder des Vereins, in die-
 sen schweren Zeiten so vorsichtig und besonnen
 als möglich und in voller Sympathie mit un-
 sern liebenswürdigen Gastgebern vorzugehen.
 Nach der mit großem Beifall aufgenommenen
 Rede des Vorsitzenden verlas der Schriftführer,
 Herr Otto Keimle, den Jahresbericht. Dieser
 gedenkt zuerst der dahingegangenen Mitglieder
 und des früheren Ministers Dr. Choffat, dem
 die tiefgefühlte Dankbarkeit des Vereins für
 seine ausgezeichneten Dienste gebühre, die
 er während seines Vorstizes geleistet habe und
 infolge welcher er auch zum Ehrenpräsidenten
 ernannt worden sei. Ende 1915 bestand der
 Verein aus vier Ehrenmitgliedern, 166 zahlen-
 den Mitgliedern und 13 permanenten Mitglie-
 dern. Den Einnahmen des Vereins im Laufe
 des Jahres 1915 im Betrage von nahezu 13,000
 Franken standen Ausgaben von nahezu 11,000
 Franken gegenüber, die sich fast ausschließlich
 auf Unterstützungen beziehen. Trotz der schwe-
 ren Zeit ist der an Unterstützungen gezahlte
 Betrag 1915 nicht höher als im Vorjahre ge-
 wesen. Dies ist den vom „Hilfskomitee für not-
 leidende Schweizer in den kriegsführenden Län-
 dern“ der Schweizer Gesandtschaft in Wien so-
 wie den schweizerischen Konsulaten in Prag,
 Triest usw. in hochherziger Weise zur Verfü-
 gung gestellten Summen (die separat verwal-
 tet werden) zu danken, wodurch ein Teil der
 infolge des Krieges selbstverständlich in erhöh-

tem Maße zu gewährenden Unterstützungen ge-
 deckt werden konnte. Unterstützt wurden im
 ganzen 88 Männer und 136 Frauen. Die höchste
 Zahl der Unterstützungen fiel auf den Kanton
 Zürich, die geringste auf Solothurn. Bei den
 Unterstützungen handelt es sich teils um Heim-
 beförderungen (2544 Kronen 88 Heller), teils
 um Unterstützungen an Durchreisende (1277
 Kronen) und um Unterstützungen an Personen,
 die in Wien und außerhalb Wiens wohnen
 (6136 Kronen 95 Heller). Der Bericht spricht
 den Förderern des Vereins den Dank aus und
 erwähnt, daß wie schon seit vielen Jahren auch
 im Jahr 1915 das Vorstandsmitglied Hr. Karl
 Hagenbüchli (Thurgau) sowie seine wackere
 Gemahlin in ausopfernder Weise das Amt des
 Sammelns und der Verteilung von Kleidungs-
 stücken an bedürftige Landsleute übernommen
 haben, wofür ihnen der innigste Dank gebühre.
 Der Rechenschaftsbericht und der Kassabericht
 wurden von der Versammlung dankend zur
 Kenntnis genommen, dem erwähnten Hilfs-
 komitee der besondere Dank ausgesprochen und
 die ausscheidenden Funktionäre wiedergewählt.
 Auf Vorschlag des Vorstandes wurde sodann
 Herr Emil Gnoepff (Baselstadt), welcher
 dem Verein bereits seit dem Jahre 1865 an-
 gehört, zum Ehrenmitglied ernannt.

Die Sorge um die Kriegswitwen und -waisen.

Vorstandssitzung des k. k. österreichischen Militärwitwen- und -waisenfonds.

Am 27. d. hat im Beisein des Herrn Erzherzogs Leopold Salvator und der Frau Erzherzogin Blanka sowie des Ehrenpräsidenten Ministers für Landesverteidigung Generalobersten Freiherrn v. Georgi eine Vorstandssitzung des k. k. österr. Militärwitwen- und -waisenfonds stattgefunden, bei der ein Ueberblick über die bisherige Tätigkeit des Vereines und über seine Ziele gegeben wurde.

Nach Begrüßung der Erschienenen widmete Präsident Minister a. D. Graf Wickenburg zunächst dem dahingegangenen Vorstandsmitgliede Dr. Leonhard v. Schweigert einen warmen Nachruf, um sodann in großen Zügen die leitenden Gedanken für die Tätigkeit des Fonds zu entwickeln. Er verwies hierbei darauf, daß im Vordergrunde natürlich die Sorge stehen werde, den Hinterbliebenen der Gefallenen in der Not des Lebens beizustehen, insofern die staatliche Unterstützung sich als unzureichend erweisen sollte, daß aber die Aufgabe des Fonds über diese unmittelbare Sorge noch weit hinausreicht und das Ziel seines Strebens nicht nur den Kindern der Gefallenen, sondern auch den Ernährern, sondern, soweit dies nur immer möglich ist, auch den Vater zu ersetzen, ihnen deshalb nicht nur den dürftigen Lebensunterhalt zu gewähren, sondern ihr junges Dasein mit liebevoller Fürsorge zu umgeben, ihre Fähigkeiten und ihren Charakter auszubilden und dahin zu wirken, daß sie zu braven, ehrenhaften Menschen heranwachsen. Redner verwies auf die gegenwärtige nicht unglückliche finanzielle Lage des Fonds, betont aber, daß zur Aufbringung größerer Mittel, ebenso wie zur Ausübung einer wirksamen Fürsorgetätigkeit es unbedingt erforderlich sei, alle Kreise der Bevölkerung in allen Teilen des Reiches zur Mitarbeit heranzuziehen. Individuelle Bemühung um die Hilfsbedürftigen und ihre Unterstützung mit Rat und Tat werde in vielen Fällen den Aufwand von Bargeld ersetzen oder doch die vorhandenen Mittel wirksam ergänzen können. Ganz besonders aber müsse Wert auf die Fürsorge für die Jugend gelegt werden. Die bereits heute merklich zunehmende Verwahrlosung der Jugend zeige deutlich, wie die Aufgabe des Militärwitwen- und -waisenfonds vielfach mit jener des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge im allgemeinen zusammenfließen werde und daß daher überall dort, wo Organisationen für diese Zwecke bereits bestehen oder in der Einrichtung begriffen sind, der Fonds sich mit ihnen auf das engste verbinden müsse. Diese Organisationen bringen gewissermaßen als bestes Gerüste ihre Gliederung und die Mitwirkung der nach Amt und Stellung hiezu berufensten Persönlichkeiten mit, während der Fonds hoffen dürste, daß der alle Herzen erwärmende Gedanke der Sorge für die Kriegerwaisen diesen Organisationen neue starke Antriebe verleihen und die wertvollsten neuen Kräfte zuführen werde. Wenn aber weite Kreise der Bevölkerung durch ihre Anteilnahme am Geschehe der Kriegerwaisen auch vertraut werden mit den Aufgaben der Jugendfürsorge im allgemeinen, dann sei wohl zu hoffen, daß sie dieser auch dann, wenn es sich einst nicht mehr um Kriegerwaisen handeln werde, ihre Kräfte leihen werden und daß es solcherart dem Witwen- und Waisenfonds beschieden sein werde, durch selbstlose Verfolgung

seiner Ziele dauernd mitzuschaffen zum Segen des Vaterlandes.

Der geschäftsführende Vizpräsident Oberleutnant Baron Springer erstattet sodann einen ausführlichen Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vereines vom 31. Oktober v. J. bis zum heutigen Tage. Aus demselben geht hervor, daß die Zentrale des Witwen- und Waisenfonds und die mit ihr in Verbindung stehenden Landes- und Bezirksorganisationen seit dem Bestande des Vereines einen Betrag von zirka 14 Millionen gesammelt haben, von welchen bisher bei 2 Millionen Kronen Unterstützungen ausbezahlt worden sind. Baron Springer erwähnt dann die verschiedenen Sammlungen, welche für die Hinterbliebenenfürsorge von anderen Stellen veranstaltet wurden, darunter insbesondere die zahlreichen Sammlungen der einzelnen Truppen und Anstalten und die vom Witwen- und Waisenfonds inaugurierten Wehrmann- und Wehrschilddaktionen, deren Erträgnis der Hinterbliebenenfürsorge zugutekommen wird. Die Zentralkasse zählt bis jetzt siebenhundert Wehrschilddaktionen. Er führte ferner eingehend sämtliche geschäftliche Unternehmungen an, welche der Witwen- und Waisenfonds ins Leben gerufen hat, wobei er besonders die Kriegsversicherungsaktion, ferner die Theater- und Kinokartenzuschlagsaktion, den Verkauf der Kriegsschallplatten, die Startpapieraktion sowie die Aktion des Vertriebes von Verschluß- und Kontokorrentmarken seitens der österreichischen Banken und Bankiers hervorhob. Anknüpfend an diese Einnahmesquellen und an das Sammelergebnis besprach er noch die Erwartungen, die der Verein betreffs seiner finanziellen Zukunft hege.

Vorstandsmitglied Geheimrat Rittmeister v. Reuter erstattet sodann den Bericht über die Organisation und bemerkt einleitend, daß der Militärwitwen- und -waisenfonds auf den Standpunkt stehe, die Kriegerwaisen seien im allgemeinen möglichst im Familienverbande und zwar bei der Mutter zu belassen, beziehungsweise bei Verwandten oder in einer Pflegefamilie unterzubringen; wenn jedoch in Ausnahmefällen eine derartige Versorgung des Kindes im Hinblick auf die physische oder moralische Beschaffenheit unzulässig sei, habe die Unterbringung in einem Waisen- oder Erziehungshause zu erfolgen. Reiches Lob und volle Anerkennung sollte der Referent dem bisherigen Wirken des Vereines „Frauentriegsbeisteuer“, der den Zweck verfolgt, das Bewußtsein zu wecken, daß es vaterländische Pflicht aller Frauen Oesterreichs sei, für die Versorgung der Militärwitwen- und -waisen reichlich Mittel aufzubringen, was in erster Linie durch eine monatliche Beitragsleistung von 20 Heller erreicht werden soll. Von anderen Fürsorgeaktionen, mit denen der Witwen- und Waisenfonds in Fühlung getreten ist, nennt Rittmeister von Reuter die Kriegspatenenschaft, der für die Dauer des Krieges ein monatlicher Betrag von 7200 Kronen für 300 große Kriegspatenschaften zur Verfügung gestellt wurde, ferner die Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder und die Kommission für soziale Fürsorge. In den Tätigkeitsbereich der Kriegsversicherungsaktion habe der Militärwitwen- und -waisenfonds auch die Kriegsinvaliditätsversicherung einbezogen, durch die den durch Verletzung oder Krankheit invalid heimkehrenden Kriegern durch die sofortige Auszahlung eines Kapitals Hilfe geboten werden soll.

Die bisher für die Militärwitwen- und -waisenfürsorge gesammelten Gelder sollen im gegenwärtigen Zeitpunkte noch möglichst wenig in Anspruch genommen und für jene Zeit vorbehalten werden, wo die Unterhaltsbeiträge, deren gegenwärtig die Hinterbliebenen nach Gefallenen gleich den Kindern und Frauen der Einberufenen teilhaftig sind, nicht mehr zur Auszahlung gelangen. In Ausnahmefällen, in denen durch die Gewährung eines größeren Betrages Kriegerwitwen und -waisen die Möglichkeit zur Erwerbung oder Sicherung einer dauernden Existenz geschaffen wird, sei der Witwen- und Waisenfonds bereit, aus seinen Mitteln Unterstützungen zu gewähren.

Nach Vortrag dieser Berichte gab Minister für Landesverteidigung Freiherr v. Georgi seiner Anerkennung für die Arbeiten und Ziele des Fonds, insbesondere auch für die so wertvolle und gemeinnützige Einrichtung der Kriegsversicherung Ausdruck und bezeichnete es als wünschenswert, daß in den zu schaffenden Organisationen auch Vertreter der Militärbehörden zur Mitarbeit berufen werden. Herr Erzherzog Leopold Salvator, welcher den Ausführungen der Redner mit Teilnahme gefolgt war, belundete sein lebhaftes Interesse für die Tätigkeit des Arbeitsausschusses und sprach den Wunsch aus, dessen Arbeiten auch im Detail zu verfolgen. Bei der hierauf erfolgten Kooptierung eines Mitgliedes in den Vorstand wurde k. k. Bezirkskommissär August Graf Segur-Ghac berufen.

(„Allgemeine Kunstfürsorge“.) Am 26. d. fand unter dem Vorsitz des neuen Präsidenten, Ministerpräsidenten a. D. Dr. Freiherrn v. Bed, eine Plenarsitzung des Präsidiums der „Allgemeinen Kunstfürsorge“ statt, an der die Präsidentin des Damenkomitees Gräfin Widenbrud-Esterházy, Vizepräsidentin

Grz. Baronin Johanna Schuster v. Bonnott, der erste Vizepräsident Schriftsteller Paul Wilhelm, Vizepräsident Komponist Julius Wittner, FML. Artur Gruenzweig von Eichenrieg, Schatzmeister kais. Rat Josef Weinberger, die Schriftführer Dr. Geza Winter und kais. Rat S. Lehr, vom Ausschussrat Frau Viktoria Pohl-Meiser, Präsident des Oesterreichischen Bühnenvereines Leopold Straßmayer, Vizepräsident der Schriftstellergenossenschaft Dr. Richard Baujenswein, Verwaltungsdirektor Fried, Oberstabsarzt Dr. Adolf Drach, Schriftsteller Heinrich Glücksmann, akad. Maler Heinrich Bauhinger, Komponist Edmund Ehler und Hofkapellmeister C. M. Ziehrer teilnahmen. Schriftsteller Paul Wilhelm sprach dem neuen Präsidenten den Dank für die Uebernahme der Leitung des Vereines aus und knüpfte an eine Darlegung der ferneren Ziele des Vereines die Bitte, der neue Präsident möge nicht nur den gegenwärtigen, sondern auch den für die Friedenszeit geplanten Zielen des Vereines seine fördernde Teilnahme und Mithilfe schenken. Dr. Freiherr von Bed sprach für die Begrüßung des Präsidiums seinen Dank aus und versicherte, die von den Künstlern aller Kunstgattungen ins Leben gerufene „Allgemeine Kunstfürsorge“ mit voller Sympathie und in Würdigung ihrer Bestrebungen fördern und unterstützen zu wollen. In besonders warmen und herzlichen Worten gedachte Baron Bed seines dahingegangenen Freundes, des verbliebenen Präsidenten Dr. Gustav Marchet, dessen vornehmer Persönlichkeit allüberall ein warmes und dauerndes Andenken bewahrt bleiben wird. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden die vom Verein zunächst geplanten Aktionen besprochen. Nach eingehender Erwägung wurde der Beschluß gefaßt, den für den 8. Juli geplanten „Kunsttag“ mit Rücksicht auf den ungünstigen Zeitpunkt auf einen noch näher zu bezeichnenden Tag im Herbst zu verschieben. Ferner wurde die Inangriffnahme einer Sammelblodaktion, die vom Komitee des „Kunsttages“ über Anregung des Malers Zemy in Vorschlag gebracht wurde, vom Präsidium zur Durchführung beschlossen. Dr. Freiherr v. Bed machte Mitteilung von der jüngsten Spende des Violinvirtuosen Friß Kreisler im Betrage von 2000 Kr., mit welcher Zuwendung die den Künstlern an die „Allgemeine Kunstfürsorge“ gelangten Spenden die Summe von 10.000 Kr. erreicht haben.

30./v. 1916

68

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 37. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege
vom 4. November 1915.

Vorsitzende: Excellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Fanni Brentano, Tony Colbert, Mathilde Eisler, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Anna Raff, Josefina Kurzbauer, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich, Elvira Rott, Dr. Alma Seiß, Gertha v. Sprung und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Helene Granitsch und Gräfin Gerta Walterskirchen.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Arztassist Drexler.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Beschlußfassung über Ansuchen, betreffend die Überlassung von Nähmaschinen.
3. Beschlußfassung über den Antrag der Frau Gertha v. Sprung, betreffend die Abhaltung eines Unterrichtskurses für Köchinnen.
4. Beschlußfassung über den weiteren Antrag der Frau Gertha v. Sprung, betreffend die Gewinnung neuer Hilfskräfte.
5. Beschlußfassung über den Antrag der Frauen Freundlich-Raff-Eisler, betreffend die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Versammelten eröffnet die Sitzung und bringt zur Kenntnis, daß die Spendensammlung für die Ausspeisungsaktion sich auf den Betrag von 161.434 K effektives Geld erhöht habe; dazu kommen noch Zusicherungen von 50.000 K, 18.000 K, 6000 K, 1000 K und einige andere weniger große monatliche Spenden. Da die Spendensammlung noch nicht abgeschlossen wurde, sei eine weitere Erhöhung des genannten Betrages zu erwarten.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont macht anschließend daran die Mitteilung, daß die Zahl der Ausspeisungsbedürftigen konstant zunehme, so daß in der nächsten Woche schon über 42.000 Personen aus öffentlichen Mitteln verköstigt werden müssen. Es werde sich daher bis zu Weihnachten seiner Schätzung nach die Anzahl der verabreichten Portionen auf 50.000 bis 60.000 steigern.

1. VII. 1916

73

Ein Aufruf des Komitees „Hilfe für die Charitas“.

„An alle edlen Menschen!

Die Charitas erhebt ihre Stimme und bittet um Gehör.

Durch die lange Dauer des Krieges und seine Begleiterscheinungen ist die Charitas vor ungeheure Anforderungen gestellt, die stets sich vermehren und mit dem Ende des Krieges sicherlich nicht geringer werden.

Geringer und immer geringer sind hingegen die Mittel geworden, welche wohlthätige Herzen für die Zwecke der Privatwohlthätigkeit zur Verfügung stellen.

Viele überaus wohlthätige Werke, wie die Fürsorge für Unheilbare, Hauskranke, sittlich Gefährdete und das Wirken von Vereinen, welche sich mit der Abgabe von Kleidern und Lebensmitteln an Arme befassen, stehen der Not der Zeit machtlos gegenüber, wenn nicht finanziell geholfen wird.

Deshalb wenden wir uns an alle edlen Menschen und bitten um Spenden für die bedrohte Charitas. Wir hoffen, daß alle Stände nach Kräften helfen werden, eingedenk der Aufgaben, welche der Charitas mit Beendigung des Krieges harren, und des Umstandes, daß die Werke, für die wir bitten, allen Nothleidenden helfen und nur nach Bedürftigkeit und nicht nach Nation und Konfession fragen.

Spenden, welche in den Zeitungen ausgewiesen werden, wollen an das Komitee „Hilfe für die Charitas“, Wien, 7. Bezirk, Kaiserstraße Nr. 92, gesendet werden.

Dr. Friedrich Gustav Piffel, Kardinal; Otto Graf Brandis, Aloisia Gräfin Fünfkirchen-Riechtenstein, Karoline Gräfin S. O. S.

4. Juni 1916

74

100.000 Kilogramm Kartoffeln für die Armen.
Der Magistrat teilt soeben im Rahmen seiner Kundmachungen an die Armenräte diesen mit, daß über Verfügung des Bürgermeisters in der Zeit vom 8. bis 10. Juni 100.000 Kilogramm Kartoffeln an Arme auf Grund von Anweisungen der Armeninsitute und Armenräte an 15 Plätzen (Stockeise der städtischen Straßenbahnen) abgegeben wurden. Eine derartige Verteilung Armer mit Kartoffeln hat bereits im Dezember 1915 stattgefunden.

Die Ernte.

Niemals in Friedenszeiten hat der Großstädter mit solcher Spannung auf die Gestaltung der Witterung und auf die Nachrichten über die Ernte geblickt, wie jetzt im Kriege. Während in regelmäßigen Zeiten dem Handel die selbstverständliche und stets gelöste Aufgabe zufiel, den Ausgleich zwischen Erzeugung und Bedarf, falls notwendig, durch entsprechende Einfuhr zu schaffen, sind wir jetzt auf unsere Inlandserzeugung allein angewiesen. Die Behörden können wohl das Vorhandene verteilen, aber der Verbrauch muß sich nach den Vorräten richten, und eine Einschränkung trifft jeden einzelnen, ob arm, ob reich. Daher das allgemein gesteigerte Interesse für die Ausichten der Ernte und deren nummehrige Verwirklichung, die zum Teil von dem weiteren Verlauf der Witterung abhängt.

Die Nervosität, die sich bereits seit einiger Zeit wegen der sich täglich wiederholenden Niederschläge kundgetan hatte, war bezüglich des Gedeihens unserer Kornfrüchte unbegründet. Im allgemeinen fielen die Niederschläge immer nur strichweise und allermeist folgte ihnen stets schnell wieder Sonnenschein oder Wind. Mehr Wärme wäre vielleicht zu wünschen gewesen, denn wir haben es nun mit einer mäßigen Verspätung der Reife zu tun, denn für die Entwicklung der Felder war die unbeständige Witterung durchaus vorteilhaft, da die Feuchtigkeit zur Aufschließung aller noch im Boden vorhandenen Nährstoffe und für deren Uebermittlung an die Pflanzen beitrug, wodurch die zum Teil verminderte Düngung der Acker wettgemacht wurde. Die gegenwärtigen Ausichten sind daher für Brotgetreide gute, für Gerste und Hafer vorzügliche. Gleichzeitig haben wir sehr umfangreiche Erträge an Heu und Futterstoffen, und ebenso recht befriedigende Ausichten für die Hackfrüchte. Allerdings haben die starken Niederschläge manches Kornfeld zum Regen gebracht, was, soweit sich die Pflanzen nicht wieder aufrichten, eine Erschwerung des Schnitts bedeutet, auch wurde das Einbringen der Heuernte verlangsamt, und auf niedrig gelegenen Wiesen, wie besonders im Spreewald und teilweise im Oderbruch, ist die Bergung des Heues vielfach überhaupt infolge des auf den Wiesen stehenden Wassers noch nicht möglich gewesen. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben, und durchschnittlich sind die Ausichten auch für den zweiten Schnitt befriedigende. Der gegenwärtige Hauptwunsch geht auf nunmehrigen günstigen sonnigen Erntewetter, doch muß auch hierbei im Auge behalten werden, daß hin und wieder einige Niederschläge auch während der Ernte nicht schaden. Besonders das Brotgetreide bekommt nach alter Erfahrung durch etwas Regen in geschnittenem Zustande mehr Kleber und damit diejenigen Eigenschaften, die für gute Backfähigkeit des Mehls die Hauptrolle spielen. Delsaaten und Wintergerste sind bereits eingehelmt, und man hört überwiegend Gutes über deren Beschaffenheit; der Roggenschnitt hat begonnen und wird in den nächsten Tagen allgemein im Zuge sein.

Die Erntearbeiten sind diesmal wesentlich umfangreicher als im Vorjahre, und sie dürften die ohnehin geschwächerten landwirtschaftlichen Kräfte in einem so hohen Grade beanspruchen, daß es den Erzeugern schwer fallen wird, während der Hauptarbeitsmonate viel Getreide marktfrei zu machen. Gerade nach schnellen Zufuhren besteht aber das allgemeine Interesse, und von diesem Standpunkte aus ist es erklärlich, daß die Regierung beabsichtigt, Prämien für Lieferung in den ersten Erntemonaten zu zahlen. Noch sind keine zuverlässigen Nachrichten heraus, welche Preise für die einzelnen Artikel an die Erzeuger gezahlt werden. Beim Brotgetreide wird, wie verlautet, der letztjährige Preis wieder bewilligt; wie schon erwähnt, mit Aufgeldern für schnelle Lieferung, aber wahrscheinlich ohne Reports. Beim Hafer und bei der Gerste soll der Preis ermäßigt werden. Bezüglich der diesjährigen Verhältnisse für den Braugersteverkehr schweben zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen die entscheidenden Verhandlungen. Beabsichtigt ist, die bisherige Gerstenverwertungsgesellschaft in eine Reichsgerstenstelle in Anlehnung an das Kriegsernährungsamt und mit einem großen, hauptsächlich vom Reich gegebenen Kapital umzuwandeln. Die neue Behörde soll besonders auch die Aufgabe haben, die Versorgung der Brauereien und Malzfabriken reichlicher zu gestalten, daneben die Brauereien mit Gerste zu versehen, und möglicherweise wird ihr auch die Gerstenbeschaffung für den Heeresbedarf zugewiesen. Der Handel dient wieder als Einkäufer, doch wird das Nähere hierüber noch abzuwarten sein. Bezüglich der Braugerstenpreise bestand die Absicht, dieselben mit 390 M. beginnen zu lassen und sie allmählich auf 240 M. im Laufe des Jahres zu senken. Wir finden eine ähnliche Maßregel in den gestern bekannt gewordenen Preisen für die Kartoffeln, wobei allerdings zu beachten ist, daß sich die anfänglichen besonders hohen Preise auf die Frühkartoffeln beziehen. Diese an die Erzeuger zu bezahlenden Kartoffelpreise gehen stufenweise schon im Laufe des August von 180 M. pro Tonne auf 140 M., im September von 120 M. auf 90 M. Sie bleiben vom 1. Oktober bis 15. Februar nächsten Jahres 80 M. und von da bis 15. August wieder 100 M. Dieses Aufgeld der Kartoffellieferung vom 15. Februar ab von 20 M. für die Tonne erklärt sich daraus, daß das für das Frühjahr und den Sommer für die Kommunen notwendige Kartoffelmateriale bereits im Herbst bei den Erzeugern beschlagnahmt wird, von diesen aber auf eigene Gefahr aufbewahrt werden muß. Ist die Frucht diesmal haltbar, so bringt jenes Aufgeld den Landwirten guten Nutzen, im andern Falle kann aber aus dieser Abmachung für sie auch ein wenig günstiges Geschäft sich ergeben.

16. VII. 1916

77

Fürsorge für Kriegervitwen.

Wien, 15. Juli.

Das Kuratorium der Berufsberatung für Kriegervitwen (Offiziers- und Mannschaftsvitwen) eröffnet in nächster Zeit neuerlich Kurse für Intelligenzberufe. Witwen von Berufs-offizieren und von Angehörigen des Zivilmittelstandes (Beamten, Ingenieuren, selbständigen Kaufleuten), welche eine Erhöhung ihres Einkommens anstreben, werden hiebei gebeten, sich in der Sprechstelle des Kuratoriums, 4. Bezirk, Große Neugasse 8, zwischen 10 und 11 Uhr vormittags einzufinden. Auch schriftliche Anfragen und Anmeldungen von auswärts werden gern angenommen und pünktlich beantwortet.

**Erzherzog - Chronfolger Karl Franz Josef
Protector des Komitees der Tagesheimstätten
für Kriegerwaisen und Kinder.**

Wien, 19. Juli.

Wie uns mitgeteilt wird, hat mit Genehmigung des Kaisers Erzherzog-Chronfolger Karl Franz Josef das Protektorat der Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder übernommen.

In dieser Tatsache liegt die glänzendste Anerkennung für die bisherige Tätigkeit dieser Vereinigung, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, für Kriegerwaisen und Kinder Tagesheimstätten ins Leben zu rufen. Die Sammeltätigkeit, von den leitenden Persönlichkeiten des Komitees vor einigen Monaten begonnen und seither ununterbrochen fortgesetzt, hat bereits sehr ansehnliche Resultate zutage gefördert. Hierdurch war es dem Komitee möglich, bisher schon mehr als 1000 Kindern in den verschiedenen Heimstätten Unterkunft zu gewähren. Das Komitee hat in eigener Regie in Breitenfurt eine kleine Kolonie für Kinder von 3 bis 6 Jahren ins Leben gerufen, ferner in Döbling, Hofzeile 5, ein Heim geschaffen, in welchem Kinder, deren Mütter erkrankt sind, vollkommene Versorgung finden. Neben dies wird in den allernächsten Tagen in Neuwaldegg eine Ferienbaracke für 100 Kinder eröffnet. Außerdem sind zwei Pavillons im 16. Bezirk, Sandleithengasse, und im 10. Bezirk im Bau, die mit Schulbeginn 300 Kinder für Tagesdauer beherbergen werden.

* (Einfähriger kommerzieller Fachkurs für Witwen nach Kriegesgefallenen Offizieren.) Die Einschreibungen für den vom Gremium der Wiener Kaufmannschaft geleiteten Fachkurs finden Montag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 12 Uhr vormittags in der Sprechstelle des Kuratoriums der Berufsberatung für Kriegswitwen (Sektion Offizierwitwen), 4. Bezirk, Große Neugasse 8, statt. Für Auswärtige werden schriftliche Anfragen umgehend beantwortet. Der Unterricht wird auf die Nachmittagsstunden verlegt, um den Hausfrauen die eigene Wirtschaftsführung zu ermöglichen. Dieser Fachkurs, dem vollständig der Lehrplan des Unterrichtsministeriums zugrunde liegt, soll jüngere Offizierwitwen für die Berufsausübung bei Kometern, Banken in der kaufmännischen Praxis heranzubilden. Kursbeginn am 15. September.

Die-Kriegsversicherung des Wittven- und Waisenfonds.

500 Millionen Kronen Versicherungssumme
erreicht!

Am gestrigen Tage wurden 4778 neue Anträge mit einer Versicherungssumme von 4,738,605 K. eingereicht. Die Zahl der Kriegsversicherten ist nunmehr auf 305,392 Personen, die Gesamtversicherungssumme auf 300,015,081 K. gestiegen. Gibt es trotz dieser Riesenziffer noch immer viele Tausende von leichtfertigen Personen, die in dieser Beziehung für ihre Familienangehörigen nicht vorgesorgt haben, so muß heute dringendst der Gemeinheitsinn der großen Körperschaften, Vereinigungen, der verschiedenen Institute, Unternehmungen und Betriebe angerufen werden, für ihre ins Feld abgehenden Mitglieder, Beamten, Angestellten und Arbeiter durch Abschluß einer Kollektiv-Kriegsversicherung vorzusorgen, um so deren Familienangehörige für jeden Fall materiell sicher zu stellen. Auch die erst vor kurzem ins Leben gerufene Kriegsinvaliditätsversicherung, die bekanntlich alle Arten von Unfällen, gleichgültig, ob sie sich durch Zufall, Gewalt oder Krankheit, ob sie sich im Hinterland, im Schützengraben oder in der Gefangenschaft ereigneten, ausnahmslos entschädigt, kann bereits einen sehr schönen Erfolg aufweisen. So waren gestern allein über 1000 Neuanmeldungen zu verzeichnen, während die Versicherungssumme bereits einen Betrag von insgesamt 9,500,000 K. weit übersteigt. Beide Versicherungsarten werden bekanntlich zu ganz geringfügigen Prämienätzen, die zudem in Monatsraten abtragbar sind, abgeschlossen, während die Versicherung sofort nach Einzahlung der ersten Prämie in Kraft tritt. Ueberdies ermäßigen sich die Prämien bei gleichzeitigem Abschluß einer Kriegs- und einer Invaliditätsversicherung noch ganz beträchtlich.

Wirtschaftliches Landeshilfsbureau der Statthalterei.

In der letzten Sitzung dieses Bureaus konnte der Vorsitzende Minister a. D. Erich Graf Kielmansegg, feststellen, daß die bereits im Vorjahre wahrnehmbare Zunahme der Geschäfte im ersten Halbjahr 1916 nicht nur unvermindert anhielt, sondern noch eine weitere Steigerung erfuhr, indem sich die Zahl der Einlaufstücke während dieses Zeitraumes gegenüber der gleichen Zeitperiode des Vorjahres beinahe verdreifacht hat. Auch der Parteienverkehr hat zugenommen.

Die Intervention des Landeshilfsbureaus wurde hauptsächlich in Unterhalts- und Unterstützungsangelegenheiten in Anspruch genommen, also auf einem Gebiet, das nach der Errichtung der Hilfsbureaus zugrundeliegenden Absicht deren Aufgaben eigentlich etwas fern liegt. Außerdem wurde das Landeshilfsbureau in Wohnungs-, Mietzins- und Versicherungsangelegenheiten, ferner wegen Eintreibung von Forderungen, Stundung von Steuerrückständen und andern Schuldigkeiten, Erwirkung und Namensänderungen, Urlauben, Auflösung von Verträgen, Vermittlung von Saatgut, Aufschub oder Auflassung von Exekutionen, weiter wegen Geldsendungen an Kriegsgefangene, Vermittlung von Versorgungsgebühren usw. in Anspruch genommen.

Verhältnismäßig sehr gering war die Zahl der Fälle, in welchen die Eingekerkerten selbst sich an das Landeshilfsbureau gewendet haben, eine Wahrnehmung, die auch anderwärts beobachtet werden konnte.

Die Ursache dieser bedauerlichen Erscheinung ist darin zu suchen, daß unter den Eingekerkerten die Hilfsaktion nur wenig bekannt ist, und diese nicht wissen, daß sie sich am einfachsten und kürzesten im militärischen Dienstwege an die Hilfsbureaus wenden können.

* (Wirtschaftliches Landeshilfsbureau der Statthaltereie.) In der letzten Sitzung dieses Bureaus konnte der Vorsitzende Minister a. D. Erich Graf Kiehmanssegg feststellen, daß die bereits im Vorjahre wahrnehmbare Zunahme der Geschäfte im ersten Halbjahre 1916 nicht nur unvermindert anhielt, sondern noch eine weitere Steigerung erfuhr, indem sich die Zahl der Einlaufstücke während dieses Zeitraumes gegenüber der gleichen Zeitperiode des Vorjahres beinahe verdreifacht hat. Auch der Parteienverkehr hat zugenommen. Die Intervention des Landeshilfsbureaus wurde hauptsächlich in Unterhalts- und Unterstützungsangelegenheiten in Anspruch genommen, also auf einem Gebiete, welches nach der der Errichtung der Hilfsbureaus zugrunde liegenden Absicht deren Aufgaben eigentlich etwas ferne liegt. Außerdem wurde das Landeshilfsbureau in Wohnungs-, Mietzins- und Versicherungsangelegenheiten, ferner wegen Eintreibung von Forderungen, Stundung von Steuerrückständen und anderen Schuligkeiten, Erwirkung von Namensänderungen, Urlauben, Auflösung von Verträgen, Vermittlung von Saatgut, Aufschub oder Auflassung von Exekutionen, weitere wegen Selbstendungen an Kriegsgefangene, Vermittlung von Versorgungsgebühren usw. in Anspruch genommen. Verhältnismäßig sehr gering war die Zahl der Fälle, in welchen die Eingekerkerten selbst sich an das Landeshilfsbureau gewendet haben, eine Wahrnehmung, welche auch anderwärts beobachtet werden konnte. Die Ursache dieser bedauerlichen Erscheinung ist darin zu suchen, daß unter den Eingekerkerten die Hilfsaktion nur wenig bekannt ist und dieselben nicht wissen, daß sie sich am einfachsten und kürzesten im militärischen Dienstwege an die Hilfsbureaus wenden können.

Eine Stunde im Hilfsbureau.

Die Sorgen der Eingerückten.

In dem langen, schmalen Vorzimmer drängen sich die Leute. Meist Frauen aus dem Volke, ärmlich gekleidet, ein Tuch um die Schultern, kleine Kinder auf dem Arm oder an der Hand. Dazwischen ältere Soldaten, viele schon mit angegrauten Haaren. Rechts öffnet sich eine Tür zu einem großen, hell erleuchteten Zimmer, in dem an langen Tischen etwa zwei Dutzend junge Mädchen sitzen, die an Schreibmaschinen klappern oder große Stöße Akten vor sich anhäufen. Eine zweite Tür am Ende des Ganges öffnet sich zu einem Saal, aus dem lebhaftes Stimmengewirr ertönt. Forschende Fragen — zaghafte, zögernde Antworten.

Wir sind im Wirtschaftlichen Hilfsbureau der Gemeinde Wien, das zu Beginn des Krieges für die kostenlose Erledigung der Privatangelegenheiten der Einberufenen und ihrer Angehörigen errichtet wurde. Die Männer mit den klugen, ernstesten Gesichtern, die hier vor den aufgeschlagenen Aktenbündeln sitzen und den Frauen, die aus der langen, bis zur Tür des Wartezimmers reichenden Reihe einzeln zu ihnen an den Tisch treten, die vorgetragenen Bitten abhören, sind die Funktionäre dieses Bureaus. Lauter erfahrene Juristen, Universitätsprofessoren, Oberlandesgerichtsräte, Richter, Advokaten und Magistratsbeamte, die als Referenten des Hilfsbureaus freiwillig viele Stunden des Tages einer der aufreibendsten Arbeiten der Kriegsfürsorge widmen. Ein kleines bedrucktes und beschriebenes Blatt, das vor ihm auf dem Tisch liegt, belehrt den Referenten über die Persönlichkeit der Bittstellerin und über ihre Wünsche. Die ganze schwere Not des Krieges erhebt in diesem Zimmer ihre eindringliche Stimme. Alle diese Bitten und Wünsche sind auf einen Grundton der Hilfsbedürftigkeit gestimmt. Aber wie groß und mannigfach sind ihre Variationen!

Da steht ein Kleinwägen aus Mähren, der schon seit zwei Jahren unter den Fahnen dient. Er hat vor dem Kriege ein kleines Anwesen betrieben. Drei Joch Boden nannte er sein Eigen. Zwei Joch nahm er dazu in Pacht und brachte mit dem kleinen Erlös sich und die Seinen durch. Jetzt stockt es daheim. Die Frau muß sechs Kinder unter 14 Jahren betreuen und ernähren, und da hapert's jetzt in der kleinen Wirtschaft. Man half sich durch kleine Anleihen bei Bekannten. Aber die Schuldenlast wuchs, die Familie geriet in Bedrängnis, und jetzt soll das Rechtsbureau helfen. „Sie verdienen eine Unterstützung,“ nickt der junge Advokat dem angstvoll auf ihn schauenden Mann zu, „und Sie werden sie bekommen.“ Mit einem dankbaren Blick entfernt sich der bejahrte Landsturmann.

Dann kommt ein tschechischer Maurer aus Senftenberg an die Reihe. Die Frau ist tot. Er hat drei Kinder und ein 82-jähriges Mütterchen daheim. Verdienst ist keiner da. Der kleine Unterhaltsbeitrag reicht nicht. Auf dem kleinen Häuschen lastet eine Schuldenpost von 2800 Kronen. So geht es nicht weiter, und der Mann ist jetzt da und bittet, ihm zu helfen. Der Advokat, der ihm teilnahmsvoll zuhört, macht sich eifrig Notizen. Er wird sehen, was sich machen läßt. Dann trägt eine Frau vom Land, die ihren ganzen Winkel auf dem Rücken mitbringt und ihr halberwachsenes Kind an der Hand führt, ihr Begehren vor. Ihr Mann liegt seit Monaten schwer verwundet in einem Wiener Spital. Sie hat nichts wie den Unterhaltsbeitrag. In dieser teuren Zeit kann sie damit sich und ihr Kind nicht ernähren. Sie hat, kurz entschlossen, ihr Hab und Gut zusammengerafft und kam nach Wien. „Warum suchen Sie sich keine Beschäftigung?“ fragt sie der Advokat, „irgendeine leichte Arbeit, eine Näherei oder so etwas. Damit bringt man etwas herein.“ — „Ich bin blind, Herr Doktor,“ sagt die Frau mit einem leisen Seufzer. Ueberrascht blickt der junge Advokat der Frau ins Gesicht und bemerkt jetzt erst, daß ihn die großen, sonst fehlerlosen Augen der Frau leer anstarren. „Arme Frau,“ sagt er, „wir werden gewiß etwas für Sie tun.“

Die Frau eines Schneidermeisters schildert ihre triste Lage. Ihr Mann ist in Rußland gefangen. Ihre kleinen Ersparnisse sind weg, und sie kann den Mietzins nicht mehr aufbringen. Der Advokat wirft einen Blick auf den Informationsbogen. „Ja, ich sehe da aber, Sie haben eine große Wohnung, drei Zimmer, Kabinett und Küche. Wozu brauchen Sie das?“ „Mein Gott,“ sagt die Frau, „es ist uns ja nicht schlecht gegangen. Zuerst hatten wir nur ein kleines Geschäft, dann hat sich mein Mann die Damenschneiderei eingerichtet. Da mußten wir eine größere Wohnung nehmen. Ich wollte sie schon längst aufgeben, aber mein Mann hat mich in den Briefen so sehr gebeten, die Wohnung zu behalten, bis er zurückkommt, da hab' ich's mit dem Vermieten versucht. Aber jetzt sind auch meine Mieter eingerückt, und die Zimmer stehen leer.“ — „Verdienen Sie denn nichts?“ fragt der Advokat. — „Ja,“ sagt die Frau, „ich habe für die Flüchtlinge, die bei mir wohnten, gewaschen, aber das zahlt sich bei den teuren Seifenpreisen nicht mehr aus. Ich möcht halt bitten, Herr Doktor, ob mir der Hausherr vom Zins nicht etwas nachlassen kann.“ — „Gut, wir werden mit Ihrem Hausherrn sprechen, aber es wird doch besser sein, wenn Sie ausziehen und sich eine kleine Wohnung nehmen.“

„Anna Huber,“ ruft er dann nach der noch immer sehr großen Gruppe der wartenden Frauen hin. Eine kleine mollige Frau mit lockt frisiertem Haar tritt an den Tisch. Mit großer Zungengeläufigkeit bittet sie um eine Unterstützung. Der Advokat runzelt die Stirn. „Das wird nicht gehen, ich sehe da, Sie haben bei Siemens & Schuckert einen guten Posten gehabt. Warum sind Sie von dort weg?“ —

Die Frau schweigt. — „Wir wissen es, Sie haben Ihren Dienst leichtfertig im Stiche gelassen. Sie hätten das nicht tun sollen.“ — „Warum sollen denn die anderen etwas bekommen, und ich nicht?“ gibt die Frau etwas pikiert zurück. — „Die anderen sind halt nicht durch eigene Schuld in Not geraten.“ — Die Frau zuckt die Achseln und geht.

Jetzt hört man die Klage einer Friseurgattin. Ihr Mann ist eingerückt, der erwachsene Sohn ist ihm nachgefolgt. Sie muß dem Gehilfen 180 Kronen zahlen, und die stark reduzierten Einnahmen des Geschäftes decken nicht mehr den Zins. Sie möchte so gern das Geschäft erhalten, kann es aber nur tun, wenn ihr der Hausherr die Hälfte des Zinses, den sie bisher pünktlich entrichtet hat, nachsieht. Gut, man wird es versuchen.

Auch die Frau eines Wagnermeisters ist in Zinsnöten. 287 Kronen macht der Quartalszins, den sie am Ersten zahlen soll, und sie hat bloß 150 Kronen aufgebracht. Man wird ihr helfen. 60 Kronen wird das Hilfsbureau zum Zins beisteuern, mit dem anderen wird der Hausherr, wie er in einer Zuschrift an das Bureau versprochen hat, warten.

Aber nicht nur die Mietparteien, auch die Hausbesitzer nehmen die Hilfe des Bureaus in Anspruch. Oben tritt eine Hausfrau vor und urgiert den Beihilfsbeitrag von 50 Kronen, den vor einiger Zeit das Bureau für vier Parteien, die ihr den Mietzins schuldig sind, angewiesen hatte. Sie braucht das Geld wie einen heißen Brot, da das Gesamterträgnis des Hauses jetzt kaum 1800 Kronen ausmacht, die aber auch mit Stockungen einlaufen. Es gibt Tage, wie sie versichert, wo sie nicht einen Kreuzer in der Hand hat. Der Anwalt beruhigt sie, das Geld ist von der städtischen Kasse gewiß nur wegen der vielen Anhäufungen noch nicht abgegangen, aber sie wird es sicher in einigen Tagen haben.

Komplizierte Rechtsfälle bringen drei Frauen aus Galizien aufs Tapet, die seinerzeit nach Wien geflüchtet sind. Eine von ihnen hat alle drei Söhne beim Militär, der eine ist schwer verwundet, der zweite in Gefangenschaft. Sie bekommt seit Februar vorigen Jahres den Unterhaltsbeitrag. Er gebührt ihr aber, wie sie versichert, schon seit Kriegsbeginn, da der eine Sohn unmittelbar nach der Mobilmachung eingerückt war. Sie hat ihre Ansprüche nicht rechtzeitig und nicht in richtiger Form geltend gemacht und bittet nun das Hilfsbureau, ihr diese Nachzahlungen zu verschaffen. Eine Frau aus Kalusch behauptet ebenfalls zu kurz gekommen zu sein. Ihr Mann ist Handelsfachlehrer und zu Beginn des Krieges eingerückt. Die Frau wurde von der Russen-invasion überrascht, und konnte während der fünf Monate, da die Russen in Kalusch waren, die Stadt nicht verlassen. In dieser Zeit erhielt sie natürlich keine Unterhaltsbeiträge. Sie reklamiert nun diese Summen und nimmt dafür die Hilfe des Bureaus in Anspruch. Noch schwieriger ist der Fall einer polnischen Legionärsfrau, die nach Warschau zuständig ist. Ihr Mann, ein Maschinenschleifer, hatte sich, obwohl er russischer Staatsangehöriger war, der polnischen Legion angeschlossen. Die Frau, die zu Beginn des Krieges in angenehmen Verhältnissen lebte und über einige Ersparnisse verfügte, hatte ihren Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag gar nicht geltend gemacht. Jetzt braucht sie ihn, kann ihn aber vorläufig nicht erhalten, weil sich ein Rechtsstreit über die Frage, ob ihr Mann wirklich der polnischen Legion angehöre, entsponnen hat.

Und jetzt wieder eine, die im trüben fischen möchte. Eine alleinstehende Frau, von kräftigem Aussehen. Das Informationsblatt weiß über sie nichts Gutes zu berichten. „Warum arbeiten Sie nicht?“ fragte in unwilligem Ton der Anwalt. Sie denkt einen Augenblick nach: „Ich bin seit drei Jahren herzleidend,“ sagte sie, doch ihr Blick weicht den ungläubig auf sie gerichteten Augen des Fragers schon aus. Sie fühlt sich durchschaut und muß, wie so manche ihres Genres, erkennen, daß das Rechtshilfsbureau keinen Mißbrauch mit sich treiben läßt.

Auch einige Männer sind da. Ein ergrauter Gefreiter steht vor der Kündigung. Mit 100 Kronen ließe sich die Sache einrenken, meint er. „Das können wir nicht tun,“ sagt der Anwalt, „das Maximum, das wir Ihnen zusprechen können, sind 50 Kronen.“ Der Gefreite ist ein bißchen bestürzt. Er möchte wissen, ob er dann wenigstens im August die anderen 50 Kronen bekommen kann, um den aufgebrauchten Hausherrn zu beruhigen. Das ist nicht bestimmt, aber hoffentlich geht es. Ein anderer Reservist, ein Gemischtwarenhändler, hat ein Verhältnis mit einer Wirtschafterin gehabt. Er war schon eingerückt, als der Herr, bei dem seine Geliebte die Wirtschaft führte, starb. Um ihr einen Unterhaltsbeitrag zu verschaffen, heiratete er sie. Nun eracben sich Schwierigkeiten, weil es sich herausgestellt hatte, daß der Mann nie für seine Frau gesorgt hatte. Es fehlte also der Bemessungsschlüssel für den Beitrag, und aus diesem Dilemma soll ihm das Bureau heraus helfen.

Eine viel glattere Erledigung fand eine andere Konfubinarsaffäre. Eine Frau hatte mit einem Manne bereits vier Jahre gelebt, als er einrücken mußte. Sie hatten ein dreijähriges Kind. Der Mann periet in russische Gefangenschaft und wurde nach Sibirien an die chinesische Grenze gebracht. Beide hatten den Wunsch, einander zu heiraten und das Kind zu legitimieren. Das Hilfsbureau nahm die Sache in die Hand. In überraschend kurzer Zeit landeten die von dem russischen Gefangenentommandanten in dem fernen sibirischen Ort bereitwillig ausgestellten Dokumente ein, und die Heirat wurde vollzogen.

Die Lage der Hausbesorger ist eine besonders triste. Der größte Teil der Wirtschafterinnen, die sich an das Bureau wenden, gehört diesem Stande an. Die Benachteiligung der Hausbesorger besteht darin, daß sie keinen Mietzinsbeitrag erhalten, da die Unterstützungskommission der Ansicht ist, daß sie umsonst während das Hilfsbureau den Standpunkt vertritt, daß die freie Wohnung des

Hausbesorger ein Entgelt für geleistete Dienste ist. Ueberhaupt haben sich bei der Bemessung der Unterhaltsbeiträge große Schwierigkeiten eingestellt, besonders bei jenen Personen, die in Privatberufen tätig waren und wo sich das Einkommen des Mannes nicht ziffermäßig bis auf den letzten Heller nachweisen ließ. Besonders schwer betroffen sind die kleinen Handwerker, Gehilfen, deren Verdienst durchschnittlich, wie sich aus den Verhandlungen im Hilfsbureau ergibt, zwischen 32 und 70 Kronen in der Woche differiert, während die der Frau und den Kindern zugemessenen Unterhaltsbeiträge oft kaum die Hälfte dessen betragen, was der Mann verdient hat. Diese Ungerechtigkeiten auszugleichen, ist nun die Hauptaufgabe des Hilfsbureaus.

Der Parteienverkehr ist ein ungeheurer. Man kann sagen, daß täglich im Durchschnitt 250 Leute im Hilfsbureau erscheinen. Von den Anliegen der 120.000 Parteien, die bisher die Hilfe des Bureaus in Anspruch nahmen, betreffen etwa 52 Prozent Mietzinsangelegenheiten, und gerade hier hat das Hilfsbureau als Retter eingegriffen. In den 5000 Kündigungs-fällen, die das Hilfsbureau durchschnittlich im Laufe eines Monats beschäftigt, kommt es durch seine Intervention kaum zu 50 Zwangsräumungen. Man sieht also, zu welchem außerordentlichem Faktor sich dieses vorzüglich geleitete Institut herausgebildet hat.

25. VII. 1916

88

Bericht

über die 39. Sitzung der Centrale der Frauen-Hilfs-
aktion im Kriege

vom 2. Dezember 1915.

Vorsitzende: Excellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Fanni Brentano, Tony Colbert,
Emmy Freundlich, Marianne Hainisch, Anna Raff,
Josefine Kurzbauer, Elvira Rott, Dr. Alma Seiß,
Gräfin Gerta Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Mathilde Eisler, Fanni
Freund-Marcus, Helene Granitsch, Sophie Gutt-
mann, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich und
Hertha v. Sprung.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Azessist Drexler.

Die Kriegsfürsorge.

Kriegshilfe für die Familien österreichisch-ungarischer Krieger in Berlin.

Aus Berlin wird uns geschrieben: In wahrhaft hochherziger, väterlicher Weise hat sich Direktor Wilhelm Hartmann in Berlin der bedrängten österreichisch-ungarischen Kriegerfamilien in der Hauptstadt des verbündeten Reiches angenommen. In den weiten Räumen des „Sportpalastes“, Potsdamerstraße, die er zu diesem Zweck gemietet hat, sind in langen Reihen Tisch an Tisch aufgestellt; daran sind in mehreren Tageschichten einander ablösend tausend österreichisch-ungarische Kriegerfrauen mit leichter Arbeit und hohem Lohn für die neu aufblühende Papiersackindustrie beschäftigt. Für diese Beschäftigung ist auf die Dauer des Krieges, mag er auch noch so lange währen, gesorgt.

In wenigen Tagesstunden verdienen die Frauen so viel, daß mit ihren Kindern ihre Existenz gesichert ist. Und draußen hat Frau Direktor Hartmann mit viel Liebe und Sorgfalt einen Kindergarten geschaffen, in denen sich die Kinder der Kriegerfrauen in fröhlichen Spielen unter sorgfamer Leitung ergötzen, während für die Zeiten unfreundlichen Wetters große Spielräume bereitstehen.

Bei der offiziellen Feier am 22. d., die in der jetzt mit Parletten belegten und zu prächtigen Arbeits-

räumen umgewandelten früheren Rennbahn unter grünem Schirm und den Bannern der vereinigten Monarchie stattfand, waren zugegen: Prinzessin Sogenlohe-Schillingsfürst, Prinz Sogenlohe-Schillingsfürst, Graf und Gräfin Parisch, Baron Banffy, Frau Legationsrat Post, der Generalkonsul v. Szarvasy u. a. m.

Mit warmen Worten begrüßte der Stifter die Gäste. Der Botschafter Prinz Sogenlohe erwiderte mit herzlichen Worten des Dankes und der Anerkennung Herrn und Frau Direktor Hartmann für die viele Mühe und Sorge, mit der sie das große Liebeswerk geschaffen haben. Es ist geradezu ein vorbildliches, liebevoll durchdachtes Werk, das hier ein einzelner unter ganz ungeheuren Opfern zustande gebracht hat und beharrlich durchführt.

28. VII. 1916

Die Frauentriegsbeisteuer.

Dem Verein „Frauentriegsbeisteuer“, der bekanntlich den Zweck hat, sämtliche Frauen Oesterreichs zur Mitwirkung an der Hilfsstätigkeit für unsere Kriegswitwen- und -waisen heranzuziehen, sind namhafte Zuwendungen gemacht worden. Von dem Landespräsidenten Dr. v. Spitzmüller und Gemahlin wurden 12.000 K. gespendet, weiter haben der bekannte Großindustrielle Richard Wustl und dessen Gemahlin einen Betrag von 10.000 K. überwiesen mit der ausdrücklichen Widmung, daß dieser Betrag für Propagandazwecke zur Ausbreitung der segensreichen Tätigkeit des Vereines zu verwenden sei.

28. VII. 1916

92

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 40. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 16. Dezember 1915.

Vorsitzende: Exzellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Hanni Brentano, Tony Colbert, Mathilde Eisler, Emmy Freundlich, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Josefina Kurzbauer, Elvira Kott, Dr. Alma Seitz und Rosa Wien.

Entschuldigt: die Frauen Fanni Freund-Marcus, Helene Granitsch, Anna Raff, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich, Bertha v. Sprung und Gräfin Berta Walterskirchen.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Azessist Drexler.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Versammlungen und eröffnet die Sitzung.

Frau Emmy Freundlich bespricht den Aufruf des Kriegsministeriums, betreffend die Heranziehung der Frauen zur Männerarbeit und führt aus, daß die Gefahr einer Vergeudung von Frauenkraft naheliege. In vielen Betrieben könne die Frau nicht ohne schwere gesundheitliche Schädigungen die Männerarbeit ersetzen und gebe es Branchen, wie zum Beispiel die Metallarbeiterbranche, in welchen Männerarbeit überhaupt nicht durch Frauenarbeit vollständig ersetzt werden könne.

Frau Marianne Hainisch bemerkt hierzu, bei der Heranziehung der Frauen zur Männerarbeit müsse vor allem darauf Bedacht genommen werden, daß Kinder und Mütter dadurch nicht geschädigt werden. Das Kriegsministerium erwarte von den Frauen Vorschläge und liege es an den Organisationen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sich dafür einzusetzen, daß dieser unabweislichen Notwendigkeit Rechnung getragen werde.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende betont, es sei ein Naturgesetz, daß der Mann die Familie gründe. Da die in Rede stehende Angelegenheit über den eigentlichen Rahmen der Frauen-Hilfsaktion im Kriege hinausgehe, könne sie nur den einzelnen Organisationen raten, äußerst vorsichtig zu Werke zu gehen, denn die gemachten Schritte würden in aller Zukunft nicht mehr zurückgenommen werden können und könnte eine zu weitgehende Bereitwilligkeit unabsehbare Folgen nach sich ziehen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont teilt mit, daß der Verkauf der Markttaschen der Frauen-Hilfsaktion noch immer viel zu wünschen übrig lasse und werde er daher genötigt sein, die Verkaufshütte auf dem Naschmarkte wieder zu schließen.

Ihre Exzellenz Frau Berta Weiskirchner regt an, den Verkauf von Markttaschen während der Wintermonate überhaupt einzustellen und erst im Frühjahr wieder aufzunehmen.

Der Zentral-Beirat erklärt sich mit dieser Anregung einverstanden und wird Herr Ober-Magistratsrat Dr. Dont er-

17. VIII. 1916

11

97

Früherer Selbstkultivierung im Spreng.

begründet, daß einerseits das zur Verarbeitung gelangende Material, das ansonst für Zwecke verbraucht worden wäre, die der Allgemeinheit ferne liegen, der Armee dienstbar gemacht werden sollte und daß andererseits das in den Kaufläden der kleinen, abseits gelegenen Orte brach liegen gebliebene Arbeitsmaterial durch den Ankauf seitens der Eltern der Schüler oder der Ortsschulräte gleichfalls der Verarbeitung für die Armee zugeführt werden sollte.

Aus dem Gesagten wolle entnommen werden, daß die vom Landesschulrate eingeleitete und gepflegte unschätzbare erzieherische und ethische Werte für die Schuljugend bergende Aktion, den Handarbeitsunterricht an den niederösterreichischen Schulen in den Dienst der Kriegsfürsorge zu stellen, in jeder Beziehung auch Rücksicht auf die Allgemeinheit genommen und jede Massen- Erzeugung sowie jede Schädigung der arbeitswilligen Erwerbslosen streng vermieden hat. In dieser Erwägung muß der Landes- schulrat daran festhalten, die für unsere heranwachsende Jugend und für unsere Armee entschieden wertvolle Aktion unter den dargelegten bisherigen Bedingungen auch weiterhin bestehen zu lassen.“

Frau Marianne Hainisch stellt den Dringlichkeits-Antrag, der Zentral-Beirat möge Seiner Exzellenz dem Herrn Bürger- meister den Vorschlag unterbreiten, Frauen auch in den Armenrat und Ortsschulrat zu berufen, da in vielen Fällen nur eine Frau die wirtschaftliche und soziale Lage einer Familie beurteilen könne.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner erklärt sich bereit, dem Herrn Bürgermeister diesen Wunsch des Zentral-Beirates zur Kenntnis zu bringen.

Schluß der Sitzung.

1. VIII. 1916

98

Wirtschaftliches Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen.

Nach dem vorliegenden Quartalsberichte hat die Fürsorgetätigkeit der obigen Kriegshilfsstelle im zweiten Vierteljahre (1. April bis 30. Juni) 1916 sich dem Umfange nach auf der gleichen Höhe erhalten, die sie infolge fortschreitender Zunahme bereits im vorausgegangenen ersten Quartal d. J. erreicht hatte.

Die Gesamtzahl der anhängigen Angelegenheiten belief sich in der Berichtszeit auf 21.436, die Zahl der Parteien, die bei der Hilfsstelle persönlich vorsprachen, auf 19.424, die Zahl der Hilfsanrufe aus den hiesigen Spitälern auf 849, der Einlauf schriftlicher Hilfsansuchen von auswärtigen Eingerückten auf 1163. Das Hilfsbureau hat seit Beginn seiner Tätigkeit (23. August 1914) bis 30. Juni 1916 sich mit 116.796 Parteiangelegenheiten beschäftigt. Davon entfielen in der Berichtszeit 8166 = 38.1 Prozent auf Unterhaltssachen und damit zusammenhängende Angelegenheiten, 10.442 = 48.7 Prozent auf Wohnungs- und Mietzins-sachen, 2828 = 13.2 Prozent auf sonstige Privatangelegenheiten von Einberufenen. Die höchste Wochenfrequenz ergab sich in der Woche vom 28. April bis 4. Mai 1916 mit 1922 vorsprechenden Parteien; sie übersteigt die im ersten Quartal in der Woche vom 11. bis 17. Februar 1916 verzeichnete Parteienhöchstzahl von 1859.

Zur Wahrung der Rechte abwesender Eingerückter wurden in der Berichtszeit 117 Kuratelbestellungen erwirkt und diese Funktionen von Mitgliedern des Hilfsbureaus als unentgeltlichen Kuratoren übernommen.

In 157 Fällen wurden gegen rechtswidrige Wohnungskündigungen gerichtliche Einwendungen erhoben.

Die Unterhaltssachen, deren Anteil an der Gesamtzahl der Geschäfte im zweiten gegen das erste Quartal von 35.71 Prozent auf 38.1 Prozent gestiegen ist, nahmen die rechtsfreundliche Tätigkeit der Hilfsstelle in erhöhtem Maße in Anspruch. In zahlreichen Fällen war das Hilfsbureau veranlaßt, um Reassumierung von Entscheidungen der Unterhaltskommissionen einzuschreiten. Dank dem einsichtsvollen Entgegenkommen der Unterhaltsbehörden wurden hierbei namhafte Erfolge erzielt, indem in Wien in nahezu 95 Prozent, außerhalb Wiens in 75 bis 80 Prozent der Reassumierungsfälle die Anträge des Hilfsbureaus durchdrangen. Erheblich vermehrt wurde die Inanspruchnahme der Hilfsstelle durch die infolge der kaiserlichen Verordnung vom 11. Mai 1916, Reichsgesetzblatt Nr. 278, geltend gemachten Ansprüche auf Erhöhung des Unterhaltsbeitrages für Angehörige unter acht Jahren. Die Bemühungen des Hilfsbureaus waren in der Berichtszeit auch darauf gerichtet, eine Verbesserung der äußerst ungünstigen materiellen Lage der Familien einaerückter Haus-

besorger anzubahnen, denen — weil sie nicht auf Wohnungsmiete angewiesen sind — der Mietzinsbeitrag versagt zu werden pflegt, obgleich die ihnen eingeräumten, meist sehr ungenügenden Unterkünfte häufig nur ein Entgelt für die dem Hausbesorger oder seinen Angehörigen obliegenden Dienstleistungen darstellen und daher rechtlich als Mietwohnungen anzusprechen sind.

Im Laufe der Berichtszeit wurde die Hilfsfürsorge des Bureaus auf die Angehörigen eingerückter Bediensteter der städtischen Stellwagenunternehmung ausgedehnt. Behufs erleichterter Nachsorge im Geschäfte wurde die entsprechende Bedachtnahme bei der militärischen Verwendung eingerückter Gewerksinhaber in Anregung gebracht. Die Hilfsfürsorge des Bureaus kam fortgesetzt in ausgebehntem Maße auch Einberufenen aus den Ländern der ungarischen Krone zu statten (rund 1020 Fälle, hievon 70 Prozent von Erfolg begleitet). Wie in den früheren Zeitabschnitten hat die Wohnungsfürsorge in der Berichtszeit der Zahl nach den überwiegenden Teil der Geschäftsfälle des Hilfsbureaus gebildet. Zwar weisen die hier vor allem maßgebenden Kündigungen von Monatsmieten — in der Berichtszeit 13.111 gegen 14.082 im ersten Quartal 1916 und 16.244 im zweiten Quartal 1915 — einen erwünschten Rückgang auf. Gleichwohl hat die materielle Lage der Mieter sich infolge der Lebensmittelteuerung und nicht minder jene der kleinen Hausbesitzer infolge der Zinsrückständigkeit der ersteren so verschärft, daß es nur mit Hilfe ausgiebigerer Zuwendung von Mietzinsbeihilfen der Gemeinde Wien ermöglicht wurde, den Beharrungszustand im Wohnungswesen, der sich in der ganz geringen Zahl der Zwangsraumungen (150 gegen 165 im ersten Quartal) ausdrückt, anrechtzuerhalten. Demzufolge ist in der Berichtszeit die Zahl der Mietzinsbeihilfen auf 4384 (gegen 3180 im vorhergehenden Vierteljahr) gestiegen und hat auch der angewiesene Betrag eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Durch den Anfall der mannigfachen Privatangelegenheiten der Einberufenen ist dem Hilfsbureau eine Fülle von in die verschiedensten Gebiete des Rechtslebens und der Verwaltung eingreifenden Betätigungsfällen erwachsen, wie sie in gleicher Vielgestaltigkeit kaum anderwärts zusammentreffen dürfte. Das Betätigungsgediebt erweiterte sich neuentens durch das vermittelnde Eingreifen der Hilfsstelle zur Verhütung der wegen rückständiger Hypothekenschuldbigkeiten drohenden Zwangsversteigerungen von Realitäten eingerückter Hausbesitzer. Der Bericht gebent dankend der wohlwollenden Förderung, die der Hilfsstelle auch während der Berichtsperiode seitens der Behörden und autonomen Organe, vor allem seitens des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und des Vorsitzenden des wirtschaftlichen Landesbureaus Grafen Kielmansegg zugewendet wurde. Desgleichen wird die fördernde Mitwirkung der Publizität zur Verbreitung der im Interesse der Hilfsbedürftigen wertvollen Kenntnis des Wirkens der Hilfsstelle in der Öffentlichkeit dankbar hervorgehoben.

Die Fürsorgeaktionen im Kriege.

Der gestrige Bericht über die Tätigkeit der Stadt Wien auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge konnte selbstverständlich kein umfassendes Bild der zahlreichen Fürsorgemaßnahmen, die in den letzten zwei Jahren getroffen wurden, bieten. Einige besonders erwähnenswerte Aktionen seien im nachstehenden angeführt: Die Organisation der Brot- und Mehllieferung führte Magistratsrat Jamnisch durch, und es darf konstatiert werden, daß es vornehmlich seiner Tätigkeit zu danken ist, daß in Wien die Einführung der Karten in vollkommener klugloser Weise durchgeführt wurde. Mit besonderer Anerkennung muß auch des verdienstvollen Magistratsrates Dr. Ehrenberg, des rührigen Propagators der Kriegsgemüsegärten und des Kartoffelamtes der Gemeinde, gedacht werden. Um die Organisation des städtischen Kohlenhandels hat sich Magistratssekretär Dr. Gastenbauer die größten Verdienste erworben. Es sei noch das Wirken der Rathauskorrespondenz mit Chefredakteur Michen und Redakteur Ludwig Wiener hervorgehoben, die allen Aktionen der Gemeinde die lebhafteste Unterstützung angeeignet lieh.

Wir haben bereits im gestrigen Blatte auf den Burgfrieden hingewiesen, der im Rathhause herrschte und die Arbeiten für das öffentliche Wohl förderte. Die fortschrittliche Partei mit Gemeinderat Doktor Oslar Seiner an der Spitze ließ keine Gelegenheit vorbegehen, ohne sich der Interessen der Bevölkerung mit allem Eifer anzunehmen. Auch die Majorität hat den Burgfrieden gehalten, und es ist wohl ein charakteristisches Zeichen für das Verschwinden aller Parteiunterschiede im Rathhause, daß sämtliche Beschlüsse der Obmännerkonferenz einstimmig gefaßt wurden. In besonderer Weise haben sich gleich den Vertretern der andern Parteien die Sozialdemokraten in den Dienst der Fürsorge gestellt. Man weiß aus den Berichten des Gemeinderates, daß es keine Gelegenheit des öffentlichen Wohles gab, die nicht bei den sozialdemokratischen Vertretern die lebhafteste Unterstützung fand. Es sei hier auch auf das Wirken der Frauenorganisation hingewiesen, deren Vertreterinnen in den Bezirkskomitees der Frauenhilfsaktion im Kriege eine ebenso emsige als verdienstvolle Tätigkeit entfalten, auf die Jugendorganisationen, die einen erfolgreichen Kampf gegen die Schundliteratur führen, auf das Wirken der Kinderfreunde und so fort. Daß sich die sozialdemokratischen Vertreter im Rathhause mit dem ganzen Gewicht ihrer Persönlichkeit für die Besserung der Lage der Reservistenfrauen und die Regelung der Approvisionierungsverhältnisse einsetzen, ist bekannt.

Zu den erfolgreichsten Veranstaltungen während der Kriegszeit, die privater Initiative entspringen, von der Gemeinde Wien sowohl wie von der Staats- und Landesverwaltung aus wirksamste gefördert wurden, gehört die Wiener Aktion für die durch den Krieg postenlos gewordenen Privatangestellten männlicher und weiblicher Kategorie. Sie wurde bald nach Ausbruch des Krieges von Dr. Friedrich Leiter im Rahmen des niederösterreichischen Gewerbevereines in Anregung gebracht und Präsident Schiel des Gewerbevereines sowie Generalsekretär Professor Doktor Kobatsch zögerten nicht, die Notwendigkeit der Aktion erkennend, die erforderlichen Schritte ins Werk zu setzen. Sie fanden zunächst im Ministerium des Innern bei Sektionschef Dr. Schreyer und Sektionsrat Dr. v. Marquet vollste Unterstützung. Geheimrat Minister a. D. Dr. Franz Klein übernahm das Präsidium des Komitees, dem sich in allererster Linie die Gemeinde Wien (vertreten im Präsidium durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Vizebürgermeister Sob) angeschlossen. Der Organisation, welche unter der tatkräftigen Leitung Doktor Weiskirchners und Dr. Kleins gebildet wurde, gehören ferner an: Landesauschuß Dielehlawet namens des niederösterreichischen Landesauschusses, weiter der niederösterreichische Gewerbeverein, die Wiener Handelskammer (Konsulent Dr. Beres), das Gremium der Wiener Kauf-

mannschaft (Präsident Spizer, Generalsekretär Dr. Brichta), die Pensionsanstalt für Privatangestellte (Delegierter Sekretär Dr. Buchmüller), das Gremium der kaufmännischen Gehilfen (Obmann Bid und Sekretär Bermann), der Reichsverein der Privatbeamten (Delegierter: Vizepräsident Kailer und Gröhdahl), das Gremium der Handelsagenten (Vorstand Löwy), Vertreter der Ersahinstitute (Direktor Benedek und Sekretär Bauer), Vertreter der industriellen Korporationen (Abgeordneter Friedmann und kaiserlicher Rat Krause). Zu ständigen Referenten wurden Dr. Friedrich Leiter und Professor Doktor Rudolf Kobatsch bestellt.

Die Organisation, welcher die erforderlichen Mittel in erster Linie vom Staat, der Gemeinde Wien, dem Lande Niederösterreich, den in der Kommission vertretenen privaten Korporationen, insbesondere der Handelskammer, der Pensionsanstalt, dem kaufmännischen Gremium, schließlich von den Unternehmungen und den im Posten gebliebenen Angestellten zur Verfügung gestellt wurden, kam in die Lage solcher Art, ohne die weitere Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen, bisher an regelmäßigen monatlichen Unterstüzungen einen Gesamtbetrag von 13 Millionen zur Verteilung zu bringen und auf diese Weise den durch den Krieg postenlos gewordenen Angestellten über die Zeit der Not tunlichst hinwegzuhelfen. Die Zahl der Unterstüzungsgefuche belief sich am Beginn auf mehr als 5000, nahm dann erfreulicherweise ständig ab; nicht in letzter Linie, weil es der Organisation gelingen konnte, einen großen Teil der Postenlosen wieder in Stellung zu bringen. Derzeit ist das monatliche Unterstüzungsbedürfnis noch für nahezu 1000 Stellenlose zu bedenken. Der Erfolg dieser Aktion hat die Vertreter der Regierung, der Gemeinde Wien, der Städte und Unternehmer in dem Wunsch geeinigt, auch in der Uebergangszeit nach dem Kriegstätigkeit fortsetze, und war diese Wiener Aktion bildlich auch für ähnliche Hilfswerke in andern Städten, so insbesondere in Prag.

Zu Zuge dieser Rückschau darf der „Sawagen“ nicht vergessen werden, der sich den liebenswürdigsten und erfolgreichsten W gehört, die während der Kriegszeit in Wien Leben gerufen wurden. Vielleicht darf man so haupten, daß keine so rasch populär geworden sich dermaßen in das Herz der gesamten Wiener Bevölkerung geschmeichelt hat, daß sie sogar vielfach besungen wurde. Der Präsidentin des Sammelwagentomtees Frau Marie v. Schlumberger und ihren Mitarbeitern, Grafen Widenburg, Herrn Guidenus und Hauptmann Emmerich Teuber, sowie den andern ungewöhnlich energischen Damen des Komitees, Frau Lisette Selber, Fräulein Peratonez und Frau Dr. Schützenhofer-Rathschmidt, bleibt denn auch der lebhafteste Dank gesichert. Ferner darf man der mannigfachen Aktionen gedenken, an denen sich Frau Professor Julie Kaufmann, die Gattin unfres berühmten Malers, in so hervorragender Weise beteiligte. Nicht minder muß der vornehmen Damen gedacht werden, die ihrerseits die polnische Ausspeisung an Tiefen Graben mit so großem Erfolg ins Leben gerufen haben: Fürstin Maria Lubomirska, der Gräfinnen Zampjaska und Mycielska, die Gemahlin des Malers Professor Schwalski u. c.; dann darf man der von Frau kaiserlicher Rat Ranschburg und Frau Professor Zemy so hilfsbereit durchgeführten Wohltätigkeitsveranstaltungen und der erfolgreichen Aktion der „Dänischen Decken“, welcher Frau Generalkonsul Medinger zu einem so großartigen Erfolg verhalf, gedenken. Zuletzt, gewiß nicht an letzter Stelle, gebührt der unermüdlischen und stets hilfsbereiten Frau Sophie Grünfeld, die in Sachen der Wohltätigkeit eine führende Rolle spielt, der Dank der Öffentlichkeit.

Der jüngsten Schöpfung der Fürsorgetätigkeit im Kriege haben wir in diesem Zusammenhang bereits gedacht, der Aktion „Wiener Kinder aufs Land“, zu der die Anregung von Frau Dr. Eugenie Schwarzwald ausgegangen ist und die in den Damen Prinzessin Windischgrätz, Gräfin Berchtold, Frau v. Sussarel und Frau v. Spitzmüller, der Gattin des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner sowie Frau Professor Radermacher so unermüdlische Förderung gefunden hat.

4. Jänner 1916

100

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 42. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 27. Jänner 1916.

Vorsitzende: Excellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Tony Colbert, Mathilde Eisler, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Josefine Kurzbauer, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich, Elvira Kott, Dr. Alma Seiß, Gräfin Berta Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Fanni Brentano, Helene Granitsch, Anna Raff und Hertha v. Sprung.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Assistent Drexler.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Antrag der Frau Hertha v. Sprung auf Abhaltung von Kursen für Kriegshaushaltungen.
3. Antrag der Frauen Mathilde Eisler, Emmy Freundlich und Anna Raff auf Errichtung von Fürsorge-Institutionen für Kinder.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Versammelten, eröffnet die Sitzung und bringt zur Frage der Arbeitsbeschaffung folgende Zuschriften des Arbeitsministers und des Präsidenten der Baumwoll-Zentrale zur Verlesung:

„Euer Excellenz!

Mit Beziehung auf das geschätzte Schreiben vom 13. Jänner, betreffend die Zuweisung von Lieferungen an die Frauen-Hilfsaktion in Wien, I., Rathaus, bedauere ich lebhaftest, Euer Excellenz mitteilen zu müssen, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten mit der Baumwoll-Zentrale nicht in Verbindung steht und daher außerstande ist, auf die Vergebung der dieser Zentrale von der Kriegsverwaltung zugewiesenen Lieferungen einen Einfluß zu nehmen.

Genehmigen Euer Excellenz den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

Ernkam. p.“

„Euer Excellenz!

Ich bekenne mich zum Empfange der sehr geschätzten Zuschrift vom 13. Jänner und erlaube mir höflichst mitzuteilen, daß derzeit die Baumwoll-Zentrale keinerlei staatliche Aufträge zur Vergebung zu bringen hat. Selbstverständlich ist die genannte Zentrale gerne bereit, für etwaige Lieferungen die Näh- und Strickstube der Frauen-Hilfsaktion im Kriege, wie dies auch bisher der Fall war, in Berücksichtigung zu ziehen.

Genehmigen Euer Excellenz den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

ergebenst

A. Kuffler m. p.“

Frau Gräfin Berta Walterskirchen berichtet eingehend über die Ausgabe von Wickeln durch das Kriegsfürsorgeamt und stellt den Antrag, an das Kriegsfürsorgeamt ein Schreiben des

Fürsorge für Kriegervitwen.

Das Kuratorium der Berufsberatung für Kriegervitwen (Offiziers- und Mannschaftsvitwen) benötigt dringend freiwillige Hilfskräfte, Damen, die Zeit und Lust haben, sich dem Fürsorgedienst des Kuratoriums zur Verfügung zu stellen. Diese Fürsorgearbeit, die keinerlei finanzielle Opfer verlangt, wäre für viele hilfsbereite Damen gewiß ein dankbarer und befriedigender Samariterdienst. Es wäre auch die Mitarbeit von Damen aus Offizierskreisen sehr ersprießlich und erwünscht. Anmeldungen werden erbeten an das Kuratorium der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für Kriegervitwen, 4. Bezirk, Große Neugasse Nr. 8. Sprechstunden: Montag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 12 Uhr.

Prämienverteilung an die Sicherheitswache.] Heute vormittag fand im Festsaal des Wiener Rathhauses die Verteilung der durch den Wiener Stadtrat gewidmeten Prämien für den Hilfeleistungs- und Rettungsdienst an die k. k. Sicherheitswache statt. Anwesend waren: Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit dem Obermagistratsrat Doktor Mayer und den Magistratsräten Formanel und Dr. Ebermann, Polizeipräsident Freiherr v. Gorup, Polizeichefarzt Regierungsrat Dr. Weria, Zentralinspektor-Stellvertreter Oberpolizeirat Rzehak und sämtliche dienstfreien Wachebeamten. Polizeipräsident Freiherr v. Gorup dankte dem Bürgermeister für sein Erscheinen und bat ihn, dafür dem Stadtrat den Dank zu übermitteln, daß er, wie alljährlich, 6000 K. Prämien für jene Wachorgane gewidmet hat, die sich auf dem Gebiete des Hilfeleistungs- und Rettungswesens besonders hervorgetan haben. Er hob hierauf die Schwierigkeiten des Dienstes der Sicherheitswache gerade unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen hervor und wies auf den Umstand hin, daß vor kurzer Zeit ein Mitglied der Sicherheitswache bei einer verfrühten Lebensrettung sein eigenes Leben lassen mußte. Die Bewilligung der Prämie betrachte er nicht nur als eine Anerkennung der Verdienste der Wache auf diesem Gebiete, sondern auch als einen Beweis für das innige Zusammenwirken zwischen Polizeidirektion und Gemeinde, das besonders in den jetzigen Zeiten im Interesse der Bevölkerung eine unbedingte Notwendigkeit sei. Er richtete an die anwesenden Wachen den Appell, mit der Bevölkerung auch weiterhin durchzuhalten wie bisher. Bürgermeister Dr. Weiskirchner versprach, den Dank des Präsidenten dem Stadtrate zu übermitteln. Die Wiener Wache habe sich bei Erfüllung der großen Aufgaben, die die große Zeit an sie stelle, jederzeit bewährt und sei vollstimmlich im wahren Sinne des Wortes. Er hoffe, daß die Wache zur Erreichung der schwierigen Aufgaben, die die Zeit an die Wiener Bevölkerung stellt, auch weiterhin beitragen werde. Der Bürgermeister schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Nach der durch Oberkommissär Dr. Losil vorgenommenen Verteilung der Prämien sprach Oberpolizeirat Rzehak dem Bürgermeister den Dank des Wiener Sicherheitswachcorps für die Zuwendung der Prämien aus und gab die Versicherung, daß die Wiener Sicherheitswache wie bisher auch weiterhin selbst unter den schwierigsten Verhältnissen ihren Dienst voll und ganz versehen werde.

11. VIII. 1916

7

M2

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 43. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 10. Februar 1916.

Vorsitzende: Exzellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Hanni Brentano, Tony Colbert, Mathilde Eisler, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Helene Granitsch, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Josefine Kurzbauer, Elvira Kott, Dr. Alma Seiß, Herta v. Sprung und Gräfin Berta Walterskirchen.

Entschuldigt die Frauen: Anna Raff, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich und Rosa Wien.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Arztassist Drexler.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Versammelten und eröffnet die Sitzung mit einem ausführlichen Bericht über die Spendensammlung für die Auspeisungsaktion.

Der Zentral-Beirat nimmt diesen Bericht zur Kenntnis und Frau Fanni Freund-Marcus spricht Ihrer Exzellenz der Frau Vorsitzenden für die erfolgreiche Intervention und die glänzend durchgeführte Sammelstätigkeit den wärmsten Dank des Zentral-Beirates aus.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner gibt weiters bekannt, daß eine Regelung der Verordnung über den Unterhaltsbeitrag zustande gekommen sei und die Frauen nunmehr wieder ihren Beschäftigungen als Bedienerinnen, Büglerinnen etc. nachgehen könnten, ohne befürchten zu müssen, den Unterhaltsbeitrag zu verlieren. Sie beantrage, mittels blauer Zettel die Frauen-Arbeits-Komitees auf diese geänderte Verordnung aufmerksam zu machen und besonders darauf hinzuweisen, daß die Frauen ihre früheren Beschäftigungen wieder ausüben können.

Der Zentral-Beirat schließt sich diesem Antrage vollinhaltlich an.

Frau Helene Granitsch gibt dem Wunsche Ausdruck, auch durch die Tagespresse die Bevölkerung auf diese Änderung der Verordnung aufmerksam zu machen.

Frau Mathilde Eisler ersucht weiters, protokollarisch festzulegen, daß die Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauenorganisationen in der letzten Sitzung ausdrücklich erklärten, an den Kochvorträgen prinzipiell nicht teilnehmen zu können.

Frau Emmy Freundlich regt an, ein kleines Komitee zu wählen, welches sich mit der Ausarbeitung eines Tätigkeitsberichtes befassen solle, welcher Bericht dann allen Gemeinderäten zu übergeben wäre. Sie ersuche ferner, an den Herrn Bürger-

Frau Tony Colbert bringt zur Kenntnis, daß der XI. Bezirk keine Sitzung abgehalten habe, trotzdem eine gegenseitige Verständigung nicht erfolgt sei. Sie bitte den Zentral-Beirat, diesem Bezirke sein Augenmerk zuzuwenden.

Frau Marianne Hainisch berichtet über das Frauen-Arbeits-Komitee des III. Bezirkes.

Frau Sophie Guttmann macht Mitteilung über den Verlauf der Frauen-Arbeits-Komiteesitzung im XVII. Bezirke.

Frau Fanni Freund-Marcus ersucht, den XXI. Bezirk zur Abhaltung einer Sitzung zu veranlassen.

Diese Berichte werden vom Zentral-Beirat zur Kenntnis genommen.

Frau Fanni Freund-Marcus schildert ferner die traurige Lage der Pensionistenwitwen und beantragt die Einleitung einer Aktion für dieselben.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende beantragt sodann die Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung der Leiterinnen der Frauen-Arbeits-Komitees, der Nähstuben und der Ausspeisung am Donnerstag den 24. Februar 1916.

Der Zentral-Beirat schließt sich diesem Antrage an und wird nach längerer Beratung beschlossen, Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dunt das Referat über die Tätigkeit der Frauen-Hilfsaktion in der Zeit vom 1. Jänner bis 1. Februar für diese Sitzung zu übertragen.

Schluß der Sitzung.

18. VII. 1916

M7

125,000 Kronen für die Auspeisungsaktion von Bedürftigen zu Kaisers Geburtstag.

Aus Anlaß des Geburtsfestes des Kaisers haben die Ehrenpräsidentin Gräfin Anta von Wienerth-Schmerling und die Leitung des Schwarzgelben Kreuzes Schriftsteller Siegfried Löwy und Kommerzialrat Emil Polacco gestern dem Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner einen Betrag von hundertfünfundzwanzigtausend Kronen für die Zwecke der öffentlichen Auspeisung übermittelt. Die Erzielung dieses Betrages — von welchem hunderttausend Kronen auf die Freitischablösungsaktion der Gräfin Wienerth-Schmerling und fünfundsanzigtausend Kronen auf die Gestion des Schwarzgelben Kreuzes entfallen — konnte nur durch das Zusammenwirken der Gönner der Auspeisungsaktion, durch über Intervention des Schwarzgelben Kreuzes erfolgte Zuwendungen, endlich durch die Verkäufe des rasch populär gewordenen, mit einer Art Kriegsf-decoration versehenen neuen Abzeichens ermöglicht werden.

Allen Förderern der Zwecke, welchen das Schwarzgelbe Kreuz sowie die Hand in Hand mit dieser Kriegshilfsstelle gehende Freitischablösung dient, wird der wärmste Dank übermittelt.

Sondertagungen während der Ausstellung für Kriegsfürsorge.

Bereinigte kaufmännisch-technische Verbände.

Im Anschluß an die Ausstellung für Kriegsfürsorge veranstaltete der Kriegsausschuß der Vereinigten kaufmännischen und technischen Verbände Kölns im großen Gürzenichsaale eine Kundgebung, die sich aus den Interessentkreisen lebhaften Zuspruchs erfreute. Herr Reimartz begrüßte die Tagung namens des Ausschusses. Den Hauptvortrag hielt der Volkswirtschaftler Dr. Häfle, Berlin, über „Die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Privatangestellten“. Dem Leitgedanken seines Vortrages ist zu entnehmen: Mit der Betonung des Rentenprinzips ist die Frage der volkswirtschaftlichen Puhbarmachung der Kriegsbeschädigten nicht gelöst. Hinzu kommen das Heilungs- und Arbeitsprinzip. Die Zahl der kriegsbeschädigten Angestellten, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können, wird nicht besonders groß sein, weil bei ihnen die geistige Tätigkeit ausschlaggebend ist, zum mindesten die körperliche überwiegt. Neben den auch für andere Kriegsbeschädigten geltenden Grundsätzen der Umbildung in gegebenen Fällen besteht die besondere Bedeutung der Kriegsbeschädigtenfürsorge für die Angestellten darin, daß eine große Zahl Kriegsbeschädigter aus andern Berufen Unterkommen in den Stellungen der Privatangestellten suchen. Weiter kommt in Betracht der Erwerb der Kriegsbeschädigten durch Frauenarbeit. Sodann besteht die Gefahr der Gehaltsdrückung durch Anrechnung der Rente. Die soziale Ausgestaltung der Rentenansprüche, die Kapitalisierung der Rente im Sinne der Wohnungsfürsorge, die Unterbringung der Kriegsbeschädigten in Berufsstellungen bilden weitere beachtenswerte Gesichtspunkte. Es ist für eine möglichst gute Ausbildung Sorge zu tragen. Die Berufsberatung kann nur von Beratern übernommen werden, die den Beruf praktisch kennen. Vertreter der Angestelltenorganisationen müssen in den Ortsausschüssen zur Berufsberatung herangezogen werden. Die sogenannten „Pressen“ und Schnellkurse, sowie die Schulen für Kriegsbeschädigten verdienen besondere Beachtung. Was der Erwerb der Kriegsbeschädigten durch Frauenarbeit anlangt, so ist grundsätzlich die Berechtigung der Frauenarbeit zuzugeben, es muß nur verhütet werden, daß die Frau Lohnrückerin wird. Gleiche Ausbildung, Bezahlung nach Leistung ist anzustreben. Es ist aber leichtfertig, durch Vorpiegelung einer besonders günstigen Kriegskonjunktur die Frauen in größerem Umfange zu veranlassen, sich dem Angestelltenberuf zuzuwenden. Für die Bemessung des Gehalts darf nur die Leistungsfähigkeit auch bei Kriegsbeschädigten maßgebend sein. Die Gefahr der Anrechnung der Rente ist beim Angestellten größer als bei dem Arbeiter, der durch Tarifverträge leichter geschützt ist. Bei der Rentenfrage ist die Zubilligung einer Schonzeit nötig, in der eine Änderung der Rentenfestsetzung nicht eintreten darf. Die gemeinnützige kaufmännische Stellenvermittlung hat eine Austauschstelle für arbeitslose Handlungsgehilfen geschaffen. Ähnliche Einrichtungen werden für die Bureauangestellten und Techniker angestrebt. Private und öffentliche Arbeitgeber haben sich in großem Umfange bereit erklärt, Kriegsbeschädigte zu beschäftigen. Einzelne Organisationen haben ihre Stellenvermittlungseinrichtungen kriegsbeschädigten Nichtmitgliedern kostenlos zur Verfügung gestellt. In allen Instanzen der Kriegsbeschädigtenfürsorge: Orts-, Provinzial-, Landes- und Reichsausschüssen müssen die Angestelltenorganisationen vertreten sein. Für die Vertretung in den Ortsausschüssen sorgen am zweckmäßigsten die Ortskartelle der Angestelltenverbände, für die sonstige Vertretung die Zentralleitungen der Verbände. Der Schwerpunkt der Arbeit ruht in der Berufsberatung der Ortsausschüsse. Die Forderung der Angestelltenverbände, die Kosten der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist vom Reiche zu tragen, ist berechtigt.

Namens des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes unterstrich Herr Schröder, für den Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands Herr Sollmann die Ausführungen des Referenten. Diese wurden in einer einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt. Zum Schluß der Tagung betonte Reichstagsabgeordneter Marquardt das allgemeine gemeinsame Streben der deutschen Nation, den tapfern Kriegsbeschädigten ein möglichst glückliches Los zu schaffen.

Tagung der deutschen Gewerksvereine S.-D.

Im Tabellensaale des Gürzenichs tagte am Samstag die Delegiertenkonferenz für Rheinland und Westfalen der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Der Verbandsvorsitzende Hartmann-Berlin sowie der Leiter des rheinisch-westfälischen Gaues, Czeslik, erörterten eingehend die Aufgaben des Verbandes auf dem Gebiete der Sozialversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Ausführungen gipfelten in einer einhellig angenommenen Entschließung des Inhalts, daß der Bezirkstag den in der Kriegsbeschädigtenfürsorge wirkenden Körperschaften und dem Tätigkeitsausschuß der Rheinprovinz Anerkennung ausspricht, zur Mitarbeit sich bereiterklärt und in der Erkenntnis, daß Ersprießliches nur geleistet werden kann, wenn den Beratungsinstanzen das volle Vertrauen der Kriegsbeschädigten entgegengebracht wird, erwartet, daß auch Arbeitnehmer überall vollberechtigt zugezogen werden, wo das noch nicht geschehen ist; die sozialen Versicherungseinrichtungen müßten den Kriegsbeschädigten weitestgehendes Entgegenkommen zeigen und Anträge auf Weiterführung in der Krankenkasse, auf Krankengeld und Renten wohlwollend berücksichtigen. Eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit sei es, daß alle Gewerksvereinsmitglieder den Kriegsbeschädigten im Arbeitsverhältnis mit weitestgehender Unterstützung durch Rat und Tat zur Seite stehen.

Die Ausstellung für Kriegsfürsorge, Köln 1916, wurde gestern von 7000 Personen besucht.

Eine Bitte um Schuhe!

Wir erhalten vom Bezirksvorsteher Doktor Blasel, der sich auf kurze Zeit in Wien befindet, folgende Zuschrift: „Nur mehr eine kurze Spanne Zeit trennt uns von dem herannahenden Winter, und mit banger Sorge denkt manche Mutter daran, daß ihre Kinder wieder täglich zur Schule müssen, daß Regen und nur zu bald der Schnee sich einstellen werden, die Kleinen aber mit keinem oder nicht entsprechendem Schuhwerk versehen sind. Nässe und kalte Füße aber sind die Grundursache vieler schwerer Erkrankung, ja nur zu oft die Ursache, daß manches hoffnungsvolle Leben zugrunde geht oder der Boden für die Tuberkulose durch langandauernde Affektionen der Atmungsorgane vorbereitet wird. Nur ist die Versorgung mit gutem Schuhwerk eine schwierig gewordene Aufgabe, welche das Budget vieler Familien stark belastet oder überhaupt zur Unmöglichkeit geworden ist. Besonders stark leidet die arme Bevölkerung der Leopoldstadt, und sind keinerlei Mittel zur Linderung dieser starken Notlage vorhanden. Ich benütze daher die wenigen Tage, die ein kurzer Urlaub mir gestattet, in Wien zu verbringen, um die nimmermüden Wohltäter der Leopoldstadt, die ja bisher immer an der Spitze aller Wohltätigkeitsaktionen Wiens gestanden sind, abermals zu bitten, für unser kostbarstes Material im Staat, für die Kinder, die nötigen Mittel zu spenden, damit für die Vermissten der Armen schon jetzt die nötigen Winterschuhe beschafft werden können. Spenden in natura von den geehrten Schuhfabrikanten oder in Geld von unsern gefreudigen Wohltätern, bitte an meinen Stellvertreter Herrn A. Koll oder an Frau Hirschenhauser, Bezirksvertretung, 2. Bezirk, Karmelitergasse Nr. 9, zu senden, and werde dieselben öffentlich ausgewie-

Hochachtungsvoll

Dr. Blasel, Bezirksvorsteher.“

* * *

Segenvolle Frauenarbeit.

Die Kriegsarbeit des Vereines „Soziale Fürsorge für erwerbslose Frauen und Mädchen“.

Der Verein „Soziale Fürsorge für erwerbslose Frauen und Mädchen unter dem hohen Ehrenschutze der Frau Erzherzogin Maria Valerie“ hat in den letzten Tagen seinen Tätigkeitsbericht der Öffentlichkeit in einer Broschüre übergeben, der von der segensvollen Arbeit Kunde gibt, welche unsere österreichischen Frauen auf einem ihnen noch ganz neuen Gebiete geleistet haben.

Durch die großen wirtschaftlichen Umwälzungen, welche der Ausbruch des Krieges mit sich brachte, wurden ja zahllose Frauen und Mädchen ihres bisherigen Verdienstes beraubt und in die bitterste Not veretzt. Es galt nun jenen armen Erwerbslosen wieder die Möglichkeit zu verschaffen, sich den notwendigen Lebensunterhalt zu verdienen. Allenthalben schritt man daran, die so notwendig gewordene Hilfe in eine greifbare Form umzugestalten. Wie die erwähnte Broschüre nun mitteilt, waren es auf katholischer Seite die beiden Frauen, die an der Spitze der Arbeiterinnenfürsorge stehen, Gräfin Lola Marschall und Frau Dr. Hildegard Burjan, welche bereits am 5. August 1914 die ersten Schritte unternahmen, den arbeitslosen Frauen und Mädchen wieder zu einem Erwerb, und zwar durch angemessene Verdienstmöglichkeiten zu verhelfen. Frau Erzherzogin Marie Valerie übernahm das Protektorat über die zu gründende Aktion und ermöglichte so durch ihr mütterliches Verständnis und ihr hilfsbereites Eintreten, daß die Aktion bald vielen Hunderten brotlos gewordener Frauen guten Verdienst bei leicht erlernbarer Arbeit schaffen konnte.

Errichtung und Erfolg der Nähstuben.

Durch den Erfolg der ersten von Frau Dr. Hildegard Burjan in Meidling gegründeten Nähstube Wiens ermutigt, beschloß man im Rahmen der in Aussicht genommenen Aktion weitere solche Nähstuben einzurichten, in denen auch die ungelerten Hände zur Ausübung leichter Arbeit herangebildet werden sollten. Gräfin Stefanie Wendheim, eine der führenden Frauen auf dem Gebiete katholischer Charitas, übernahm das Präsidium; dem Sekretariate, das durch die Güte der Gräfin Rottulinsky in einem zweckentsprechenden Lokal in der Operngasse 4 unentgeltlich untergebracht werden konnte, stand monatelang Fräulein Martha Wild in unvorsichtiger Weise vor, während Vizedirektor Groh von der Stadtbuchhaltung fast durch ein ganzes Jahr die Buchführung und Kassengebarung besorgte. Das aufgebrauchte Betriebskapital ermöglichte die Anschaffung von Stoffen und anderem Arbeitsmaterial; dazu gesellten sich auch zahlreiche Bestellungen von Spitalwäsche und Armenkleidern durch Mitglieder des Kaiserhauses und des Adels, die Uebertragung großer Wäsche-lieferungen für das Kriegsministerium und für Flüchtlinge. Der Taglohn, der anfangs 1 Krone 50 Heller betrug, steigerte sich später, so daß es gelübte Hände bald zu einem Wochenverdienste von 12 bis 15 Kronen brachten, welcher sich später in einzelnen Fällen sogar bis auf 40 Kronen steigerte. Doch hatten wir durchaus nicht nur gelübte Weisnäherinnen zu beschäftigen, heißt es in der Broschüre weiter, im Gegenteil. Die sich an uns wandten, waren meist Kontoristinnen, Privatlehrerinnen, Arbeiterinnen der verschiedenen Bureaubranchen, sowie Frauen, die sich sonst nur dem Haushalt gewidmet hatten, durch die Not der Zeit aber gezwungen wurden, zur Nadel zu greifen. In rascher Folge wurden nun zwölf Nähstuben in verschiedenen Bezirken Wiens geschaffen. Klöster, katholische Vereinsheime und andere Wohltäter hatten unentgeltlich, nur gegen Ersatz der Beleuchtungs- und Beheizungskosten, schöne Räume für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Ein vom k. k. Oberstallmeisteramt gütigst beigelegter Wagen brachte die zugeschnittene Ware in die einzelnen Nähstuben und besorgte auch sonst alle damit verbundenen Transporte. In den meisten Bezirken waren es

Damen, die sich in selbstloser Hilfsbereitschaft an die Spitze der Nähstuben stellten. Für jene Frauen, die eine eigene Nähmaschine besaßen und keiner Anlernung bedurften, aber nur leichte Handnäharbeit oder Strickarbeit anfertigen konnten, wurde sowohl in den Nähstuben als auch in mehreren eigenen Geschäftsstellen Heimarbeit ausgegeben. Im ersten Kriegswinter fanden so in Wien rund 1500 Näherinnen und 1000 Strickerinnen lohnende Arbeit. Im Winter 1914 bis 1915 konnten wir einschließlich der in den einzelnen Kronländern beschäftigten 600 Arbeiterinnen im ganzen also

3100 Arbeiterinnen

beschäftigen. Die Höhe der Löhne für das Anfertigen von Militärmäsche wurden entsprechend erhöht. Als die erste Kriegszeit überstanden war und das geschäftliche und wirtschaftliche Leben wieder in geordneter Weise vor sich ging, fanden auch zahlreiche Frauen und Mädchen wieder in ihrem ursprünglichen Arbeitszweige Verwendung, andere suchten Unterkommen in den vielen neuen den Frauen eröffneten Berufen und so ergab sich nach und nach die Möglichkeit, die Nähstuben aufzulösen und diejenigen Frauen, die noch auf einen Verdienst durch die Aktion angewiesen waren, mit Heimarbeit zu versehen. Die größte Heimarbeitausgabe stellte die größte Heimarbeitausgabe im Gebäude des Fortbildungsschulrates

in der Mollardgasse Nr. 87 errichtet, wohin schon im Frühjahr 1915 die Zentrale mit dem ganzen Warenlager übersiedelt war. Krankheit oder Ueberbürdung mit anderer Tätigkeit nötigten manche eifrige Mitarbeiterin, sich zurückzuziehen. Die Kasse und Buchführung ging nun in die Hände des Buchhalters Anton Schneider über und wird auf Ansuchen des Vereines zeitweise von GR. Paulitschke und dem Buchhalter des städtischen Brauhauses Herrn Doralt überprüft. Ferner wird auch von einem Delegierten des Ministeriums des Innern, gleichfalls ständig Einsicht genommen.

Um der Aktion bei der unerwartet langen Kriegsdauer festere Form zu geben, erfolgte im Frühjahr 1915 über Beschluß des engeren Komitees der Aktion die Umwandlung derselben in einen behördlich genehmigten Verein unter dem Titel: „Soziale Fürsorge für erwerbslose Frauen und Mädchen unter dem hohen Protektorate der Frau Erzherzogin Marie Valerie“. Frau Gräfin Fünfkirchen-Liechtenstein übernahm das Ehrenpräsidium und die Leitung des neuen Vereines ging nunmehr auch der Öffentlichkeit gegenüber in die Hände der Frauen Gräfin Lola Marschall und Dr. S. Burjan über, denen seit den ersten Tagen Frau Risa Klob von Sternegg, Fräulein Laura Steffelbauer, Fräulein Leopoldine Koif und Fräulein Valentine Jacob zur Seite standen.

845.000 Kronen Arbeitslöhne.

Welche Fülle von Arbeit der Vorstand zu leisten hatte, erhellt aus folgenden Zahlen: In diesen zwei Jahren wurden 7.250.000 Wäschestücke (Militärhemden und -hosen, Spitalwäsche, Strohsäcke, Bettwäsche, Schneemäntel usw.), 1.250.000 Stück Gewehrrollen genäht und 94.500 Stück Kälteschutzmittel gestrickt. An reinen Arbeitslöhnen wurden hierfür 845.000 Kronen ausbezahlt. Trotzdem die Löhne so hoch angesetzt waren, als es sich mit den berechtigten Interessen der gewerblichen Betriebe nur immer vereinen ließ, wurden doch Ueberschüsse erzielt. Mit diesen wurden Nähmaschinen angekauft und den Frauen zum halben Preise oder gegen günstige Ratenzahlungen überlassen. Anderen wurde durch einen ansehnlichen Mietzinsbeitrag aus großer Verlegenheit geholfen, kränkliche, unterernährte Schützlinge erhielten Beihilfen zur Aufbesserung der Kost oder es wurde ihnen ein Erholungsurlaub auf dem Lande ermöglicht. Für diese Zwecke legte der Verein 52.735 Kronen aus.

Errichtung eines Erholungsheimes und eines Mädchenasyles.

In diesem Frühjahr errichteten wir, wie es in dem Berichte weiter heißt, ein eigenes Erholungsheim in Wehelsdorf im Poyzdorfer Bezirke. Unter der sorgsamsten Wartung einer angestellten Haushälterin halten sich dort ständig abwechselnd 4 bis 5 unserer Arbeiterinnen auf, um in zwei bis drei Wochen bei guter, reichlicher Kost und sorgloser, behaglichster Ruhe ihre erschöpften Kräfte zu erneuern, ihre ermatteten Glieder wieder arbeitsfähig zu machen.

Einem schreienden Bedürfnisse entsprechend, wurde gleich zu Kriegsbeginn ein Asyl für 30 Mädchen im 12. Bezirke unter der fürsorglichen Leitung der Frau Prinzessin Paula Lobkowitz-Schönborn und der tatkräftigen Mitarbeit der leider seither verstorbenen Frau Frize ins Leben gerufen. Später konnten wir im 2. Bezirk ein Heim für 30 Knaben errichten, das Fräulein Paula Koppensteiner und Frau S. Rupp vorzüglich besorgen. Die bisherigen Kosten für diese Kinderfürsorge und das Erholungsheim betragen 22.300 Kronen.

Weiters widmeten wir größere Beträge für Kriegsfürsorgezwecke und andere Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiterinnen. Im Herbst 1915, als die militärischen Bestellungen abzuflauen begannen, wurden zu noch mäßigen Preisen für rund 100.000 Kronen Stoffe und Wolle angekauft und weitere 30.000 Kronen für Arbeitslöhne bereitgestellt. Dieses Material wird nun nach und nach, wenn gerade keine andere Arbeit vorhanden ist, für 5000 Frauen- und Kinderkleider und ebensoviele Wäschestücke, Socken, Strümpfe usw. verarbeitet und die fertigen Gegenstände werden von unseren Verein an invalide, bedürftige Krieger und deren Frauen und Kinder verschenkt.

Zwei schwere Kriegsjahre sind bereits vergangen. Sie brachten dem Verein „Soziale Fürsorge“ manche sorgenvolle Tage. Aber das Bewußtsein, Tausende arme hilflose Frauen vor Not und Elend geschützt, ihnen in den Tagen der bitteren Sorgen und Verzweiflung wahre Hilfe geboten zu haben, wird dem Verein der schönste

Lohn sein und ihm die Dankbarkeit all dieser Armen sichern. Unsere katholischen Frauen haben mit dieser Kriegsarbeit jedenfalls gezeigt, wie echte deutsche Frauen ihre Pflichten in der Kriegszeit auffassen sollen.

4. IX. 1916

729

Soziale Arbeiterinnenfürsorge.

Eine der allerersten Kriegsfürsorgeaktionen, die „Soziale Fürsorge für erwerblose Frauen und Mädchen unter dem Protektorat der Erzherzogin Marie Valerie“, hat vor wenigen Tagen seinen ersten Tätigkeitsbericht herausgegeben. Die Aktion hat einen vollen Erfolg zu verzeichnen. In den verschiedenen Bezirken wurden zwölf Nähstuben errichtet, in denen unter der Anleitung tüchtiger Vorarbeiterinnen auch gänzlich ungeübte Frauen beschäftigt wurden; außerdem wurde auch Heimarbeit ausgegeben. Auf diese Weise fanden im Winter 1914/15 dreitausendeinhundert Arbeiterinnen Verdienst, der bei tüchtigeren Frauen bis zu 40 K. pro Woche betrug. Durch die lange Kriegsdauer und die dadurch gegebenen neuen Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen wurden die Nähstuben überflüssig, nur für eine Anzahl Heimarbeiterinnen blieb auch weiterhin zu sorgen. Die größte Heimarbeiters- ausgabestelle konnte durch das Entgegenkommen der Herren Bezirksbürgermeister Hof und Regierungsrat Dr. Schiffer im Gebäude des Fortbildungsschulrates, 6. Bezirk, Mollardgasse 87, errichtet werden, wohin die Zentrale mit dem ganzen Warenlager übersiedelte. Es wurden in den zwei Jahren 7250,000 Wäschestücke, 1250,000 Gewehrrollen genäht und 94,500 Stück Kälteschutzmittel gestrickt. An reinen Arbeitslöhnen gelangten hierfür 845,000 K. zur Auszahlung. Die größten Arbeitgeber waren das k. u. k.

Kriegsministerium im Wege des k. k. Gewerbe- förderungsamtes, dessen Sekretär Dr. Oskar Herz sich der Aktion mit Rat und Tat annahm, und das Ministerium des Innern, das große Quantitäten Flüchtlingswäsche anfertigen ließ. — Durch die selbstlose Tätigkeit der Damen des Vereines war es trotz der hohen Arbeitslöhne möglich, aus den Ueberschüssen der Einnahmen eine Anzahl von Wohlfahrts- einrichtungen zu schaffen und andre bereits bestehende zu unterstützen. Viele Nähmaschinen wurden angekauft und den Frauen billig überlassen, Mietzinsbeiträge und Unterstützungen für die Kinder der Arbeiterinnen konnten gewährt werden, und für die Weihnachts- bescherung mit Lebensmitteln und Kleidern für die ärmsten und kinderreichsten Familien legte der Verein allein 52,735 K. aus. In Wehelsdorf wurde ein kleines Erholungsheim errichtet, und um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, wurde für die Kinder der Arbeiterinnen unter der Leitung der Prinzessin Paula S o b l o w i t z - S c h ö n b o r n ein Asyl für dreißig Mädchen und etwas später ein Heim für dreißig Knaben ins Leben gerufen.

5./IX. 1916

130

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 45. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfs-
aktion im Kriege

vom 23. März 1916.

Vorsitzende: Excellenz Frau Berta Weiskirchner, Frau
Marianne Hainisch.

Anwesend die Frauen: Fanni Brentano, Emmy
Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Helene
Granitsch, Sophie Guttmann, Durchlaucht Prinzessin
Klementine Metternich, Elvira Kott, Dr. Alma Seitz,
Bertha v. Sprung, Gräfin Gerta Walterskirchen und
Rosa Wien.

Entschuldigt: die Frauen Tony Colbert, Mathilde
Eisler, Anna Raff und Josefina Kurzbauer.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftf. Kanzlei-Arztassist. Drexler.

5. IX. 1916

III

1732

Frauen-Festaktion im Frings.

Frau Fanni Freund-Marcus regt an, schon jetzt Vorbereitungen über die Vorträge für die kommende Obstzeit zu treffen, welche in großem Ausmaße abgehalten werden sollen, um die Bevölkerung mit der Verkochung des Obstes und seiner Verwertung im Haushalte vertraut zu machen.

Dieselbe teilt mit, daß die Stelle Hezendorf mit dem Frauen-Arbeits-Komitee des XII. Bezirkes vereinigt bleiben werde und nicht als selbständige Filiale geführt werden wolle.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t erstattet sodann einen ausführlichen Bericht über die Verwendung von Schuhen mit Holzsohlen und bemerkt, daß er gegenwärtig in der städtischen Kinderpflegeanstalt Sandalen mit Holzsohlen ausprobieren lasse. Über das Ergebnis dieser Probe werde er zeitgerecht berichten.

Frau Emmy F r e u n d l i c h macht darauf aufmerksam, daß Frauen mit unehelichen oder angenommenen Kindern, welche an die Unterhalts-Kommissionen geschickt werden, von diesen noch immer abgewiesen werden.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t ersucht, solche Fälle an die Magistrats-Abteilung XI zu weisen.

Zur Frage der Auspeisung teilt Ober-Magistratsrat Dr. D o n t noch mit, daß er wegen Verbesserung der Kost mit kaiserlichen Rat L i c h t e n s t a d t Verhandlungen gepflogen habe, welche auch tatsächlich eine Verbesserung der Suppe zur Folge hatten. Er bitte die Frauen, auch fernerhin die Auspeisestellen fleißig zu besuchen und herrschende Mißstände sowohl in der Qualität als auch in der Quantität der Speisen an die Zentrale berichten zu wollen.

Schluß der Sitzung.

Die Nähstuben der Frauenhilfsaktion.

Die Näh- und Strickstuben der Frauenhilfsaktion haben in der Kriegszeit bisher ganz respektable Leistungen aufzuweisen. Ein eben erschienenen statistischer Tätigkeitsausweis besagt, daß in 28 Stuben durchschnittlich 2103 Frauen und Mädchen beschäftigt waren, die sich damit einen Wochenlohn verdienten, der bei den Näherinnen in manchen Fällen bis 48 Kronen, bei den Strickerinnen bis 50 Kronen stieg. Interessant sind die Ziffern der von den Frauen von Einberufenen angefertigten Waren. In der Zeit vom Oktober 1914 bis Ende des Halbjahres 1916 wurden für die Seeresverwaltung, die der Fürsorgezentrale den größten Teil der Bestellungen übermittelte, u. a. 2.493.323 Stück Militärwäsche (Senden und Hosen), 1.663.500 Gewehrrollen, 1.063.729 Sandsäcke, 1.414.451 Brot-, Hafer- und Viktualienjüde, viele hunderttausend Strohsäcke, 603.123 Halstücher, 4100 Gummimäntel, 25.227 Schutzmasken gegen Gasbomben, 186.450 Schneebrillen, 17.000 Feltblätter, ferner viele tausende Decken, Uniformstücke, Pelzwäsche, Hänflinge, Armbinden, Gewehrgrurten, Papierdecken, Rucksäcke, Hosenbänder, Fußlappen, Fußwickelgamaschen, Militärleibchen, Badenfüßen und Socken, Schneehauben und Baschlifs geliefert, im ganzen 9.981.262 Stück. Dazu kommen noch für die Anstalten 441.729 Spitalwäschestücke und für private Besteller 258.967 Stück verschiedene Arbeiten. Die Gesamtsumme der seit Kriegsbeginn gelieferten Arbeiten beträgt — die Paare für je ein Stück gezählt — 10.681.958 Stück.

Z. IX. 1916

Frauenhilfsaktion Wien. Anlässlich des vollendeten zweiten Kriegsjahres ist in einem zierlichen Bändchen eine knappe Abhandlung über die Tätigkeit der Frauenhilfsaktion Wien während der beiden Kriegsjahre erschienen. In einer zusammenhängenden Darstellung wird zunächst das Wirken der Wiener Frauen auf den verschiedenen Gebieten der Kriegsfürsorge veranschaulicht, und in einem Bilde finden wir eine Sitzung der Zentrale der Frauenhilfsaktion bei Frau Bürgermeister Dr. Weiskirchner festgehalten. Die unermüdlchen aufopfernden Arbeiten der allen Frauenorganisationen Wiens angehörenden Mitglieder der Hilfsaktion kommen in statistischen Tabellen, welche dem Bändchen beigelegt sind, zum Ausdruck. Einige charakteristische Lichtbildaufnahmen zeigen die mannigfaltige Tätigkeit der Frauen in den Auspeisestellen, Näh- und Strickstuben, Helmkrippen, Kindergärten usw. Das kleine Buch ist ein wertvolles Dokument für das einträchtige Zusammenwirken aller Frauen Wiens in den Kriegsjahren 1914 bis 1916.

Bozsonyer Frauen-Hilfs-Zentrale.

Am Mittwoch, den 6. d. M. wurde in der Sitzung des Hausfrauenvereines „Unitas“, welcher sämtliche Präsidentinnen der hiesigen Frauenvereine bewohnten, der Vorschlag der Unitas-Präsidentin, eine „Frauenhilfs-Zentrale“ für die siebenbürgischen Flüchtlinge ins Leben zu rufen, mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluß erhoben.

Nach dem Vorschlag der Frau Hofrätin Hermine Tauscher-Geduly wurde die Präsidentin der Unitas Frau Jenny Scorlich zur Leiterin der Bozsonyer Frauenhilfszentrale mit Akklamation gewählt.

Gleichzeitig wurde nach dem bereits fertig gestellten Plane der Frau Scorlich die neu geschaffene Zentrale in folgende Sektionen gegliedert:

1. Mütter- und Säuglingschutz: „Verein für Frauenbildung“, Leiterinnen: Frau Dr. Rudolf Limbacher und Lili Winterstein.
2. Vorschulpflichtige Kinder: „Israelitischer Frauenverein“, Leiterinnen Frau Betti Wellisch und Frau Paula Gestettner.
3. Jugendfürsorge: „Jugendgerichtshelfer-Gesellschaft“, Leiterinnen Frau Dr. Kralik und Frau Dr. Istvan Holenki.
4. Krankenpflege: „Reformierter Frauen-Verein“, Leiterinnen Frau Hermine von Hettnay und Frau Dr. Dedön Szelenyi.
5. Bekleidung: „Hausfrauen - Verein Unitas“, Leiterin Frau Dr. Heinrich Keitscher.
6. Arbeits-Nachweis: „Verein für Frauenbildung“, Leiterinnen Frau Elisabeth Neumayer-Somossy und Frau Professor Herzfeld.

Der „Elisabeth - Frauen - Verein“ und der „Evangelische Frauen-Verein“ behalten sich vor, bei allen Sektionen, wo es gewünscht wird, helfend einzugreifen.

Weiterhin wurde der Vorschlag der Frau Scorlich, für je eine Gruppe von fünf bedürftigen Flüchtlingsfamilien eine Wohlfahrtsrätin zu bestellen und für dieses Amt sozial empfindende, arbeitsfreudige Frauen und Mädchen gewinnen zu suchen, angenommen, und wird man auch versuchen, von den siebenbürgischen, sich geflüchteten Familien, die auf Hilfe nicht angewiesen sind, für die Fürsorge-Aktion Kräfte anzuwerben.

Den Wohlfahrtsrätinnen fällt die Aufgabe zu, sich über die notwendigen Bedürfnisse der ihnen zugewiesenen Familien, resp. der Familienmitglieder zu informieren und im Bedarfsfalle an die betreffenden Sektionen sich zu wenden.

Durch eine solche Zentralisation aller vorhandenen Kräfte und Mittel werden diese in zweckentsprechendster Weise verwendet und rascheste und erfolgreichste Hilfe gewährleistet.

Außerdem wurde beschlossen, mit dem bereits bestehenden Herren-Komitee, welches für die Kost und Wohnung der Flüchtlinge sorgt, in Fühlung zu treten, um gemeinsam mit diesem die Fürsorge-Aktion zu leiten.

Die nun geschaffene „Bozsonyer Frauenhilfs-Zentrale“ erläßt folgenden

Aufruf!

An die warmherzige Hilfsbereitschaft unserer Bozsonyer Geschäftswelt und unserer Frauen wenden sich die Unterzeichneten mit der inständigen Bitte, der „Bozsonyer Frauenhilfs-Zentrale“ für die siebenbürgischen Flüchtlinge Kleidungs- und Wäschestücke, Schuhe, Seife, Soda, Kaffee, Zucker, Kämmen usw., eventuell auch Spielzeug für die Kinder gütigst zu überweisen.

Es bedarf gewiß nicht erst großer Werbetätigkeit, um den in Bozsony sich stets bewährenden Gemeinfinn aufzurütteln. Es genügt gewiß nur der Hinweis auf das beispiellose Flüchtlingselend einerseits und unsere relative Geborgenheit vor einem solchen andererseits, um alle Herzen und Hände für unsere Bitte zu öffnen. Wir sind fest davon überzeugt, daß nicht nur unsere patriotisch empfindende Geschäftswelt, sondern auch die Bozsonyer Frauen unserer innigsten Bitte um Zuwei-

sung der obgenannten, sehr nötigen Kleidung, Wäsche, Schuhe und Haushaltsartikel, sowie Spielwaren, neu und alt, nach Möglichkeit entsprechen und bitten um freundliche Zusendung derselben an die Adresse: Lokal der „Frauenhilfs-Zentrale“, Futterergasse, städtisches Gebäude.

Auch bitten wir um weitere gütige Geldzuweisungen an die vom Hausfrauenverein „Unitas“ eingeleitete Geldsammlung, aus welcher im Bedarfsfalle die einzelnen Sektionen der „Frauenhilfs-Zentrale“ die nötigen Mittel zur Hilfeleistung zugewiesen erhalten werden.

Alle Spenden werden dankbarst öffentlich ausgemessen.

Für die „Bozsonyer Frauenhilfs-Zentrale“:
Paula Gestettner, Hermine v. Hettnay, Paula Hubert, Frau Dr. Kralik, Frau Dr. Rudolf Limbacher, Elisabeth Neumayer-Somossy, Jenny Scorlich, Frau Dr. Dedön Szelenyi, Frau v. Sziklay, Hermine Tauscher-Geduly, Betti Wellisch.

Wien, IV. Mayerhofgasse 5, Telephon 5580 6.

Mittelstandsfürsorge der KFD. Als eine der wichtigsten Zeitfragen der Kriegsfürsorge hat die Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich vor allem auch seit Beginn der Kriegszeit schon die Unterstützung des Mittelstandes betrachtet. Diese Fürsorge nun muß in letzter Zeit immer mehr wirtschaftlichen speziell hauswirtschaftlichen Charakter annehmen. Gerade unter den Hirbesoldaten macht sich die Teuerung und zugleich schwere Beschaffung der Lebensmittel am drückendsten geltend. Auch die Beschränkung der Gasthausbetriebe, zugleich das Steigen der Preise in denselben, sowie die Verteuerung durch Trinkzwang und Trinkgelder machen es dem an ein bescheidenes Monatseinkommen gebundenen Handelsangestellten, Beamten, Lehrer usw. unmöglich, den täglichen Mittagstisch im Gasthause einzunehmen. Andererseits aber ist gerade in den oft kleinen Haushalten solcher Personen die Hausküche unrentabel, oft unmöglich. Der Ersatz für das Mittagessen wird dann gesucht in Kaffeehäusern oder Konditoreien, in Nahrungsmitteln, die vielleicht momentan sättigen, doch keine gesunde und nährnde Kost darstellen können. Die Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich will nun gerade jenen Kreisen zu Hilfe kommen durch ihren „**Bürgerlichen Mittagstisch**“, den sie in den Räumen ihrer Schulküche, IV. Fleischmannsgasse 2, I. Stock, Tür 15, eingerichtet hat. Die Speiseausgabestelle daselbst ist nunmehr für Herren und Damen — auch Nichtangehörige der KFD geöffnet (täglich von 1/2 12 bis 3 Uhr). Die Kost ist vegetarisch, alkoholische Getränke werden nicht verabreicht. Voranmeldungen (im Sekretariat der Katholischen Frauenorganisation, IV. Mayerhofgasse 5 oder im Lokal IV. Fleischmannsgasse 2, I. Stock, Tür 15).

Die Schuhversorgung für die Armen Wiens.

Die Hilfsaktion der Schuhversorgung für die Armen Wiens gibt hienüt eine kurze, gedrängte Uebersicht deren Details allen Gönnern in unserm Bureau, 9. Bezirk, Türkenstraße Nr. 17, jederzeit zur Einsichtnahme zur Verfügung steht, über ihre vom 15. Dezember 1915 bis 31. Mai 1916 dauernde Tätigkeit. Es wurden neue Schuhe im Werte von zirka 65,000 K. und zirka 3000 Paar gesammelte alte, in unserer Werkstätte reparierte Schuhe verteilt. Darunter kamen ganze Lederschuhe für Frauen und Männer und Lederschuhe sowie Lederschuhe mit Sohlsohlen (Kriegsschuhe) für Kinder zur Verteilung. 1200 Paar zur Reparatur nicht geeignete Schuhe wurden dem Wyl für Obdachlose geschenktweise überlassen. Berücksichtigt wurden folgende Organisationen: Die Frauenhilfskomitees sämtlicher Wiener Gemeindebezirke, die Israelitische Kultusgemeinde Wien, die Ausspießstellen: 10. Bezirk, Quellenstraße Nr. 31, 20. Bezirk, Greiseneckergasse, 18. Bezirk, Semperstraße, 20. Bezirk, Mortaraplatz, 19. Bezirk, Hofzeile und 10. Bezirk, Quellenstraße Nr. 52, die Auskunftsstelle für Wehfabrikswesen, der Frauenwohlthätigkeitsverein im 16., 17., 18. und 20. Bezirk, der Verein zur Fürsorge, der Kaiser Franz Josefs-Kinderhort, die Kleiderfammestelle 19. Bezirk, der Pestalozziverein 9. Bezirk, der Elternverein Pestalozzi 2. Bezirk, Verein Settlement, Schulverein Talmud Thora, Verein gegen Verarmung und Bettelerei, Weibliche Fürsorge, ferner das k. k. Kriegsfürsorgeamt, Kuratorium der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für Kriegserwitwen, Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide ic. ic., und zirka 400 recherchierte Einzelpetenten. Die Mittel hiezu ließen uns durch Spenden ein, welche in der „Neuen Freien Presse“ ausgewiesen wurden; ferner durch Subventionen der Stadt Wien mit 11,000 K., der Israelitischen Kultusgemeinde Wien 1000 K., des k. k. Kriegsfürsorgeamtes 500 K. und kleineren Subventionen von andern beteiligten Organisationen.

Durch eine Sammlung bei den Wiener Banken, deren Beträge bei Neueröffnung unsres Betriebes ausgewiesen erscheinen werden, wurde es uns ermöglicht, durch günstige Schuhankäufe für die Not der heutigen Zeit vorzusorgen, so daß wir zum bevorstehenden Schulbeginn für die ersten Anstellungen gerüstet sind. Unser bisheriges Ausstellungslokal, 9. Bezirk, Rotenlöwengasse Nr. 5, das uns vom Besitzer gratis zur Verfügung gestellt wurde, mußte wegen Einberufung desselben vermietet werden, so daß wir leider heute unterstandlos sind. Es ergeht daher an alle edlen Menschenfreunde und Gönner, Korporationen, Lemter ic. die dringende Bitte, uns baldigst ein passendes Lokal zum Depot und zur Schuhverteilung im 1., 2., 7. oder 9. Bezirk gütigst überlassen zu wollen, damit wir unsere Tätigkeit bald beginnen können.

Spenden an Geld, Schuhen, Leder- und Sohlenabfällen ic. erbeten 9. Bezirk, Türkenstraße Nr. 17, 2. Stiege, 1. Stock, Tür 20.

An alle edlen Menschen!

Die Caritas erhebt ihre Stimme und bittet um Gehör.

Geringer und immer geringer sind die Mittel geworden, die wohlthätige Herzen für die Zwecke der Privatwohlthätigkeit zur Verfügung stellen. Viele überaus wohlthätige Werke, wie die Fürsorge für Unheilbare, Hausfranke, sittlich Gefährdete und das Wirken von Vereinen, welche sich mit der Abgabe von Kleidern und Lebensmitteln an Arme befaßten, stehen der Not der Zeit machtlos gegenüber, wenn nicht finanziell geholfen wird.

Deshalb wenden wir uns an alle edlen Menschen und bitten um Spenden für die bedrohte Caritas. Wir hoffen, daß alle Stände nach Kräften helfen werden, eingedenk der Aufgaben, welche der Caritas mit Beendigung des Krieges harren und des Umstandes, daß die Werke, für die wir bitten, allen Notleidenden helfen und nur nach Bedürftigkeit und nicht nach Nation und Konfession fragen. Spenden wollen an das Komitee „Hilfe für die Caritas“, VII, Kaiserstraße 92, gesandt werden.

Dr. Friedrich Gustav Bissl (Kardinal), Otto Graf Brandis, Aloisia Gräfin Fünflirchen-Dichtenstein, Karoline Gräfin Goyos-Drautimandsdorf, Henriette Fürstin Dichtenstein, Markgräfin Kreszenze Pallavicini, Gräfin Seilern-Wendheim, Max Freiherr v. Wittlinghoff-Schell, Stephanie Gräfin Wendheim, Melanie Gräfin Zichy-Retternich.

15. IX. 1916

140

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 46. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 18. April 1916.

Vorsitzende: Frau Marianne Hainisch.

Anwesend die Frauen: Toni Colbert, Mathilde Eisler, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Anna Raff, Josefina Kurzhauser, Elvira Rott, Gräfin Gerta Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Excellenz Berta Weiskirchner, Hanni Brentano, Helene Granitsch, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich, Dr. Alma Seitz und Hertha v. Sprung.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Assistent Drexler.

Die Vorsitzende Frau Marianne Hainisch begrüßt die Versammelten und eröffnet die Sitzung. Sie bittet Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dont, die eingelaufenen Anträge zur Beratung zu bringen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bringt zur Kenntnis, daß nur ein Antrag eingelangt sei und behandle dieser die Entlassung von Pflegerinnen in den Flüchtlingslagern. Aus Ersparungsgründen sollen nämlich Pflegerinnen entlassen werden, die nur der größten Not preisgegeben sind.

Gräfin Gerta Walterskirchen bemerkt hierzu, daß die gleiche Nachricht auch aus den Reservespitälern komme. Die Pflegerinnen werden plötzlich entlassen. In den Spitälern in Meidling sollen 30, in Grinzing 70 und in der Felberstraße 30 Pflegerinnen entlassen werden.

Fräulein Mathilde Eisler fragt an, ob diese Pflegerinnen bezahlte Kräfte seien.

Gräfin Gerta Walterskirchen entgegnet, daß es sich durchwegs um bezahlte Pflegerinnen handle. Aus Ersparungsgründen werden freiwillige Pflegerinnen dafür eingestellt. Sie glaube, es müßte der Frage der Arbeitsbeschaffung für diese Entlassenen unbedingt nähergetreten werden.

Fräulein Mathilde Eisler regt an, die Anstalts-Direktionen jener Anstalten, in welchen solche Entlassungen geplant seien, darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht angehe, bezahlte Pflegerinnen zu entlassen und freiwillige dafür aufzunehmen. Außerdem könnte man durch die Zeitungen auffordern, jetzt die freiwillige Pflege einzustellen, weil sonst so und so viele Frauen um den Erwerb kommen.

Frau Fanni Freund-Marcus führt aus, es sei unbedingt notwendig, in irgendeiner Form diese Frage mit der Leitung des Roten Kreuzes zu besprechen. Vielleicht wäre es möglich, das Rote Kreuz zu bestimmen, in der Pflegerinnenfrage eine Enquete abzuhalten.

Es sei ihr bereits vor Monaten mitgeteilt worden, daß die bezahlten Pflegerinnen in den Spitälern direkt drangsalieren würden. Nun werde der Grund für diese Behandlung offenbar

15./IX. 1916

Frauen-Sitzung im Saal

142

Frau Marianne Hainisch berichtet hierauf in ausführlicher Weise über den II. und III. Bezirk. Beide Bezirke arbeiten glänzend. Im II. Bezirke werde aber geklagt über zu wenig Recherchentinnen. Auch der Milchmangel bringe dem Frauen-Arbeits-Komitee manche schwere Stunde. Im III. Bezirke wurde beantragt, man solle jetzt schon die Schuhe machen lassen, die für die Weihnachtsbescherung im nächsten Winter bestimmt seien. Es würde zu weit führen, alle anderen weniger wichtigen Begebenheiten in diesen Bezirken vorzubringen und habe sie daher alle sonstigen Anträge und Wünsche zusammengestellt und an Ihre Exzellenz Frau Berta Weiskirchner eingesandt.

Frau Josefina Kurzbauer bespricht nunmehr eingehend die Schwierigkeiten im Eiereinkaufe, welche durch die „Miles“ entstanden seien und beantragt, den Herrn Bürgermeister auf diese Zustände aufmerksam zu machen.

Frau Fanni Freund-Marcus unterstützt diesen Antrag und weist darauf hin, daß auch in anderen Ländern, so zum Beispiel in Salzburg, über die neugeschaffene Einkaufsstelle des Ministeriums des Innern sehr geklagt werde.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont führt aus, daß Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister bereits über diese Zustände unterrichtet sei und habe sowohl die Obmänner-Konferenz als auch der Stadtrat gegen die „Miles“ Stellung genommen.

Frau Marianne Hainisch betont, daß nicht nur die Beschaffung von Eiern schwierig sei, sondern der Einkauf mancher anderer Lebensmittel noch schwieriger sich gestalte. Manche Lebensmittel können nur durch stundenlanges Warten erreicht werden und glaube sie, der Zentral-Beirat müßte darüber schlüssig werden, wie diesem Übelstande abgeholfen werden könne.

Gräfin Berta Walterskirchen bemerkt, daß zum Aufstellen vorwiegend Kinder verwendet werden, welche dadurch in ihrer Entwicklung starke Einbuße erleiden, ja sogar krank werden.

Frau Emmy Freundlich wendet sich im Besonderen gegen die Ausgabe von Flaschenmilch und die Art der Milchverteilung durch die Molkereifilialen. Sie stelle daher den Antrag, an den Herrn Bürgermeister das dringende Ersuchen zu richten, daß die Gemeinde Wien so schnell als möglich eine Regelung der Milchabgabe durchführe.

Der Zentral-Beirat gibt diesem Antrag Folge und wird Ober-Magistratsrat Dr. Dont ersucht, Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister davon Mitteilung zu machen, daß der Zentral-Beirat sich in Ansehung der herrschenden Übelstände für die Einführung einer Milchkarte ausspreche.

Fräulein Eisler macht darauf aufmerksam, daß die vierte Kriegsanleihe in Aussicht sei. Die Vormerkungen für dieselbe könnten durch die Frauen-Arbeits-Komitees vorgenommen werden und würde der prozentuelle Ertrag wieder der Kriegsfürsorge zugewendet werden können.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, dem Herrn Bürgermeister darüber Bericht zu erstatten.

Frau Marianne Hainisch ersucht, den nächsten Sitzungstag festzusetzen.

Der Zentral-Beirat beschließt, erst in drei Wochen, also am 4. Mai 1916, die nächste Sitzung abzuhalten.

Schluß der Sitzung.

Kriegsfürsorge in Mödling.

Am 14. d. M. fand im Saale der „Mödlinger Bühne“ die gründende Versammlung des „Vereines des k. k. österreichischen Militärwitwen- und Waisenfonds“ sowie für „Kinderschutz und Jugendfürsorge“ im Gerichtsbezirke Mödling statt. An derselben nahmen teil Herr Erzherzog Leopold Salvator und Frau Erzherzogin Bianca mit ihren Töchtern, den Frauen Erzherzoginnen Maria de los Dolores, Maria Immaculata, Margarete und Maria Antonia, ferner bemerkten wir den Vertreter des Landesvertheidigungsministeriums Oberst Matschemski, den hochwürdigsten Dechant und Stadtpfarrer Franz Fuchs, den Sektionschef Mitmeister v. Neutter, die Stiftsdame Baronin Adele Riesel, Frau v. Managotta u. v. a.

Nachdem der Vorsitzende, Bezirkskommissär Graf August Segur-Cabanac den Hoheiten für ihr Erscheinen gedankt und die Anwesenden begrüßt hatte, wurde zur Wahl des Ausschusses und der Funktionäre geschritten. Einstimmig wurden gewählt: Zum Präsidenten Graf August Segur-Cabanac, zur Vizepräsidentin Gräfin Luise Ledochowska, zum Vizepräsidenten Herr Karl Pegsuh, zu Schriftführern Herr Dr. Franz Bona und Frau Marie Sengsei zu Kassieren Herr Franz Friedrich Egger und Herr Richard Fleischmann, in den Vorstand die Damen Gräfin Marie Segur-Cabanac, Jenny Egger, Gabriele Tamussino und Marie Kock und die Herren Konteradmiral Rudolf Ritter v. Benigni, Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Thomas Tamussino, Direktor Heinrich Dreßler, Direktor Karl Buhaj, Direktor Franz Rathsam, Architekt Josef Höfler, Dr. Ludwig Rieger und Mojs Köflmer, zu Rechnungsprüfern die Herren Kommerzialrat Walter Bodmeier und Gemeinderat Ludwig Keller und zu Schiedsrichtern H. M. v. Prebost und Frau Toni Erenberg.

Hierauf ergriff der Bürgermeister Herr Thomas Tamussino das Wort und führte aus, daß der Weltkrieg diese Waisen geschaffen, die um so mehr der Fürsorge bedürfen, da sie des väterlichen Beraters entbehren. Er hob die Verdienste des Grafen August Segur-Cabanac um das Zustandekommen des Vereines, welcher der erste Bezirksverein dieser Art in Oesterreich sei, hervor und trübte daran die Mitteilung, daß ihn die Stadt Mödling dafür einhellig zum Ehrenbürger ernannt habe. Zum Schlusse wünschte er namens der Gemeinde dem Vereine ein glückliches Gedeihen und ein erspriechliches Wirken.

Der Vertreter der niederösterreichischen Landesbrüdermündschaft Herr Dr. Richard Donin betonte, daß nur die Mitwirkung der breiten Massen den Jugendschutz sichern könne, der schon mit der Säuglingsfürsorge begonnen müßte. Seit dem Einsetzen der Aktion sei auch die Sterblichkeit bereits bedeutend zurückgegangen. Er schloß mit dem Wunsche, daß wo jetzt eine Keule wuchs, nach dem Kriege zwei wachsen sollen.

Graf August Segur-Cabanac sprach in längerer Rede über die Vorgeschichte des Vereines, dessen Gründung am 25. Oktober 1914 unter Mitwirkung des damaligen Kommandanten der technischen Akademie Baron Karl Wessely beschlossen wurde. Es sei ein Verein des Volkes für das Volk und nirgends könne sich der Opferwille und die Dankespflicht für die Soldaten, die an der Front kämpfen und für Kaiser und Vaterland sterben, schöner betätigen als durch die Sorge für deren Wittven und Waisen. Im vollen Verständnis dieser Tatsache haben auch die Vorarbeiten einen großen Erfolg zu verzeichnen und können die Paten, die an der Wiege des Vereines stehen, demselben ein Patengeschenk von 80.000 Kronen überreichen. Er flehe Gottes reichsten Segen für den Verein herab, aber vor allem müssen wir diejenigen gedenken, der mit weiser Herzengüte die Geschicke des Vaterlandes lenkt, des alten guten Kaisers, ihm gelte ein dreifaches Hoch. Begeistert stimmten die Anwesenden ein und hörten stehend die Volkshymne und das „Gott dir im Siegerkranz“ an. Ein weiteres Hoch galt der Stadt Mödling und ihrer Gemeindevertretung.

Nachdem noch Prinz August Lobkowitz als Mitglied der Wiener Zentrale namens derselben gedankt und ein glückliches Gedeihen gewünscht hatte, begaben sich die Allerhöchsten Herrschaften und eine große Zahl geladener Gäste in die gräfliche Wohnung des Präsidenten, um dort den Tee zu nehmen.

Die Aktion für die Soldatenkinder.

In diesen Tagen hat die Hilfsaktion des österreichischen Roten Kreuzes für die Kinder schwerverwundeter Soldaten in den Spitälern Wiens ein in seiner Art einziges Jubiläum gefeiert. Sie hat das 24.000. Soldatenkind beschenkt. Zwei Jahre sind vergangen, seit Frau Oberrechnungsrat Felinek-Walz diese Hilfsaktion begründet hat, die in der Geschichte der Kriegsfürsorge einen rühmlichen Platz sich erworben hat. Diese Dame, die Präsidentin der so segensreich wirkenden Hilfsstelle und die Seele der ganzen Aktion, besucht Tag für Tag die Verwundetenpitäler Wiens, läßt sich zu den Schwerverwundeten führen und tröstet diese braven Krieger, indem sie ihnen Gelegenheit gibt, die daheim weilenden Kinder mit Kleidungsstücken jeder Art, mit Wäsche, mit Schuhen usw. zu beschenken. Frau Oberrechnungsrat Felinek-Walz, in den Spitälern Wiens die „Kinderschwestern“ genannt, befragt die Schwerverwundeten um die Wünsche der Kinder und schickt ihnen nach den Wünschen des Vaters die Dinge, die sie brauchen. Auf den Postpaketen, die diese Geschenke enthalten, wird aber nicht das Rote Kreuz, sondern der Vater als Lufterbe bezeichnet, damit die Freude der Kinder desto größer sei und sie nicht die Empfindung haben, von Fremden ein Almosen zu empfangen. Die Hilfsaktion besteht nunmehr zwei Jahre. Sie hat in der Wiener Gesellschaft viele Förderer gefunden, die sie mit Geld und mit Liebesgaben unterstützen. Seit einiger Zeit wurde am Sitz der Hilfsaktion, Wien, 1. Bezirk, Seitzergasse Nr. 6, ein Kinderbuch aufgelegt, in das sich alle Mädchen und Knaben einzeichnen, die dort mit Spenden erscheinen. Tag für Tag kommen nun Kinder von Wiener Familien und bringen Schuhe, Wäsche, Kleider (für Knaben und Mädchen) und haltbare Geware. Es ist zu hoffen, daß angesichts der kommenden rauhen Jahreszeit dieser Hilfsaktion wieder größere Geldspenden zukommen.

20. IX. 1916

148

Die Auspeisungen in Wien. Die öffentliche und unentgeltliche Auspeisung wurde im August von rund 55.000 Personen in Anspruch genommen; die Kosten dieser Fürsorgeeinrichtung beliefen sich seit Kriegsbeginn bis Ende August auf 7.500.000 Kronen. Kriegsküchen, aus denen gegen geringes Entgelt (10 Heller für Suppe, 20 Heller für Gemüse und 30 Heller für Mehlspeise) Speisen bezogen werden können, sind bisher sechzehn errichtet; die Zahl der hier angemeldeten Personen ist noch nicht über 7000 gestiegen und somit weit geringer geblieben, als man bei der Schaffung dieser Einrichtung erwartet hatte.

* (Das 24.000ste Soldatenkind beschenkt.) In diesen Tagen hat die Hilfsaktion des Roten Kreuzes für die Kinder schwerverwundeter Soldaten in den Spitälern Wiens ein in seiner Art einziges Jubiläum gefeiert. Sie hat das 24.000ste Soldatenkind beschenkt. Zwei Jahre sind vergangen, seit Frau Oberrechnungsrat Felinek-Walz diese Hilfsaktion begründet hat, die in der Geschichte der Kriegsfürsorge einen rühmlichen Platz sich erworben hat. Diese Dame, die Präsidentin der so segensreich wirkenden Hilfsstelle und die Seele der ganzen Aktion, besucht Tag für Tag die Verwundetenspitäler Wiens, läßt sich zu den Schwerverwundeten führen und tröstet diese braven Krieger, indem sie ihnen Gelegenheit gibt, die daheim weilenden Kinder mit Kleidungsstücken jeder Art, mit Wäsche, mit Schuhen usw. zu beschenken. Frau Oberrechnungsrat Felinek-Walz, in den Spitälern Wiens die „Kinderschwester“ genannt, befragt die Schwerverwundeten um die Wünsche der Kinder und schickt ihnen gemäß den Wünschen des Vaters die Dinge, die sie brauchen. Auf den Postpaketen, die diese Geschenke enthalten, wird aber nicht das Rote Kreuz, sondern der Vater als Aufgeber bezeichnet, damit die Freude der Kinder desto größer sei und sie nicht die Empfindung haben, von Fremden ein Almosen zu empfangen. Die Hilfsaktion besteht nunmehr zwei Jahre. Sie hat in der Wiener Gesellschaft viele Förderer gefunden, die sie mit Geld und Liebesgaben unterstützen. Seit einiger Zeit wurde am Sitze der Hilfsaktion, Wien, 1. Bez., Seibergasse 6, ein Kinderbuch aufgelegt, in das sich alle Mädchen und Knaben einzeichnen, die dort mit Spenden erscheinen. Tag für Tag kommen nun Kinder von Wiener Familien und bringen Schuhe, Wäsche, Kleider (für Knaben und Mädchen) und haltbare Speisen. Es ist zu hoffen, daß angeichts der kommenden rauhen Jahreszeit dieser Hilfsaktion wieder größere Geldspenden zukommen.

* **Frauenkriegsbeistener.** Aus **Rek** schreibt man uns: Die Organisation des Bezirkes **Rek** für den Verein Frauenkriegsbeistener schreitet sehr rege vorwärts. Der Bevollmächtigte des Vereins **Kranienstetten** **Josif Wimmer** hat in letzterer Zeit folgende weitere Ortsgruppen gegründet: **Obermartertsdorf:** Vorsteherin **Frau Marie Jach**, Bürgermeistersgattin; Stellvertreterin **Frau Hermine Etl**, Oberlehrersgattin; Kasseverwalterin **Frau Victoria Graf**, Kaufmannsgattin; Stellvertreterin **Frau Anna Frey**, Wirtschaftsbefizerin; Schriftführerin **Frau Luise Seher**, Kaufmannsgattin; Stellvertreterin **Frau Agnes Grolln**, Wirtschaftsbefizerin; Werberinnen die **Fräulein Agnes und Katharina Grolln**, **Fanny Jach**, **Marie Krehan**, **Hermine Köd**, **Kathi Boyer**, **Marie Launer** und **Boldi Seher**. Ausschussmitglieder die **Frauen Marie Graf**, **Antonie Linsmayer**, **Marie Guschauer**, **Marie Wally**, **Marie Weinsopf**, **Marie Graf**, **Therese Suttner**, **Sophie Grolln**, **Julie Schäfer**, **Karoline Diem**, **Katharina Seher**, **Rosa Schiller**, **Marie Köd**, **Marie Niederer** und **Henriette Jach**; Beiräte **Bürgermeister Jach**, **Pfarrer Niederer** und **Oberlehrer Etl**. — **Deinzensdorf: Dietmannsdorf:** Vorsteherin **Frau Juliana Berch**, Oberlehrersgattin; Stellvertreterin **Frau Marie Klein**, Wirtschaftsbefizerin; Kasseverwalterin **Fräulein Franziska Gebl**; Stellvertreterin **Frau Marie Fiedler**, Wirtschaftsbefizerin; Schriftführerin **Frau Karoline Siska**, Kaufmannsgattin; Stellvertreterin **Frau Josefa Göttinger**, Wirtschaftsbefizerin. Ausschussmitglieder für **Deinzensdorf** die **Frauen Anna Laurez**, **Marie Wagner**, **Anna Gebl**, **Anna Weiß** und **Franziska Weningner**. Werberinnen für **Deinzensdorf** die **Fräulein Marie Trostmann**, **Christine Siagl**, **Anna Fegerl**, **Marie Wigner**, **Fanni Göttinger**, **Julie Bauernleind**, **Katharina Riebl** und **Boldi Widhalm**. Ausschussmitglieder für **Dietmannsdorf** die **Frauen Marie Göttinger**, Bürgermeistersgattin; **Anna Strauß**, Mühlenbesitzerin; **Marie Lutherried**, Wirtschaftsbefizerin und **Katharina Schön**, Kaufmannsgattin. Werberinnen für **Dietmannsdorf** die **Fräulein Marie Boä**, **Marie Will**, **Marie Döller** und **Fanni Scherrer**. Beiräte **Pfarrer Johann Weß**, **Bürgermeister Laurez** und **Oberlehrer Berch**. — **Oberfladnitz:** Vorsteherin **Fräulein Anna Bitter**; Stellvertreterin **Fräulein Marie Schiener**, Kasseverwalterin **Fräulein Julie Mischling**; Stellvertreterin **Fräulein Agnes Schiener**; Schriftführerin **Fräulein Marie Schmutz** und Stellvertreterin **Fräulein Marie Dittich**. Werberinnen die **Fräulein Anna Hirsch**, **Luise Steininger**, **Luise Schiener**, **Fanni Hirsch**, **Rosa Dietrich** und **Marie Berger**. Beiräte: **Bürgermeister Schiener** und die **Gemeindevräte Hirsch** und **Dietrich**. — **Unternalb:** Vorsteherin **Frau Franziska Kurzreiter**, Oberlehrersgattin; Stellvertreterin **Frau Bürgermeister Therese Köd**; Kasseverwalterin **Fräulein Marie Dittich**, Lehrerin; Stellvertreterin **Frau Julie Margini**, Tischlerwitwe; Schriftführerin **Frau Marie Bütz**, Feldwebelsgattin; Stellvertreterin **Frau Karoline Fischer**, Feldwebels-

gattin. Ausschussmitglieder die **Frauen Rosalka Dürr**, **Marie Widhalm**, **Barbara Bischniger**, **Julie Heitinger**, **Anna Rotter**, **Johanna Köd**, **Sophie Brummer**, **Leopoldine Neubauer**, **Therese Kerchbaum** und **Therese Placel**. Werberinnen die **Fräulein Marie Willater**, **Boldi Poinstingl**, **Wetti Köd**, **Agnes Willater**, **Stephanie Bischniger**, **Luise Ehrang**, **Mizzi Rotter**, **Barbara Köd**, **Kathi Kremier**, **Therese Freitag**, **Mizzi Brem**, **Kathi Widhalm**, **Julie Fiedler**, **Mizzi Baver**, **Boldi Mandlbürger**, **Sophie Wittmann**, **Marie** und **Lori Willgl**, **Anna Leutgeb** und **Anna Springer**. Beiräte: **Bürgermeister Köd**, **Pfarrer P. Romuald Blaim** und **Oberlehrer Kurzreiter**. — **Niegersburg: Felling: Mollersbach:** Vorsteherin **Frau Silda Schubert**, Oberlehrersgattin; Stellvertreterin **Frau Ida Suchanel**, Forstverwaltersgattin; Kasseverwalterin **Fräulein Martha Ciganer**, Industriellehrerin; Stellvertreterin **Fräulein Philippine Riedl**; Schriftführerin **Fräulein Boldi Stodinger**, Stellvertreterin **Fräulein Leopoldine Kriz**. Werberinnen für **Niegersburg** die **Fräulein Leopoldine Kurzreiter**, **Julie Sprung**, **Pauline Kaufmann**, **Rosa Lehninger**, **Abelheid Ensfelder**, **Mizzi Bruffal**, **Marie Steinbrecher** und **Marie Ensfelder**. Beiräte **Oberlehrer Schubert**, **Forstverwalter Suchanel** und **Sägewerksleiter Wurzbauer**, **Kassierin für Felling und Mollersbach Frau Therese Gratisch**, **Handarbeitslehrerin**. Werberinnen die **Fräulein Beria Weidinger**, **Frieda Pister**, **Marie Ensfelder**, **Marie Krönauer**, **Amalte Winkler** und **Hermine Felsinger**. Ausschussmitglieder die **Frauen Franziska Ensfelder**, **Sophie Pister**, **Agnes Kobar** und **Marie Spale**. Beiräte **Bürgermeister Ensfelder**, **Pfarrer Spale**, **Oberlehrer Steininger** und **Drechslermeister Marhart**. Werberinnen für **Mollersbach** die **Fräulein Anna Sutterer**, **Luise Lehninger**, **Rosa Freischauf** und **Johanna Stollhofer**. Ausschussmitglied **Frau Anna Köd**. Beiräte **Bürgermeister Köd** und **Oberlehrer Schedl**. — **Am 24. d. M.** findet in **Walchbach** eine Ortsgruppengründung und am **1. Oktober** die Gründung der Ortsgruppe **Klein-Höflein** statt.

(Schuhe für Straßenarbeiter.) Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Wessely beschlossen, den städtischen Straßenarbeitern, welche bereits mindestens sechs Monate im Gemeindedienst stehen, je ein Paar Schuhe aus imprägniertem Stoff mit Holzsohlen unentgeltlich zu überlassen. Die Verteilung wird in den Bezirken mit eigenem Straßenpflegepersonal durch die Bezirksvorsteher, sonst durch die Leitung des städtischen Fuhrwerksbetriebes vorgenommen. Die Kosten belaufen sich auf ungefähr 24,000 K. Die Bestellungen der Schuhe sind bereits erfolgt. — Es ist wahrhaftig nicht einzusehen, warum man eine sechsmonatige Dienstzeit als Voraussetzung für die unentgeltliche Abgabe von einem Paar Schuhe macht.

muß sehr zeitlich mit dem Abkochen der Suppe begonnen werden, auch geeignete Kessel oder Pfannen sind aufzubringen und schließlich auch der Ort der Zubereitung solcher Massenportionen ist zu bestimmen. Die Turnsäle unserer Volksschulen wären wohl sehr geeignete Koch- und Abspeisestätten. Aber die Mehrzahl der Turnsäle ist noch immer anderweitig vergeben und nicht einmal ihrem eigenen Zwecke zugänglich. Wenn in dieser Hinsicht Abhilfe geschaffen wird, wird auch die Frage der Abkochung der Schulfrühstücks gelöst sein.

Wir begrüßen demnach den Vorschlag des „Neuen Wiener Tagblatt“ sehr sympathisch. Die Verabreichung des Frühstücks an bedürftige Schulkinder ist möglich, sobald die Sache gemacht werden trotz aller Schwierigkeiten.“

Dozent Dr. B. Schid,

Erster Assistent der Universitätskinderklinik.

Die Anregung des „Neuen Wiener Tagblatt“ für arme Schüler Wiens ein „Schulfrühstück“ zu ermöglichen, ist von ärztlicher Seite herzlichst zu begrüßen. Schon in Friedenszeiten wäre eine derartige Institution sowohl vom sozialen als auch vom rein ärztlichen Standpunkt aus vorteilhaft gewesen. Wenn wir berücksichtigen, daß die vielgeplagte Mutter eines kleinen Haushaltes zeitlich früh neben der Versorgung ihres Mannes eine oft große Kinderchar zum Schulbesuch waschen, anziehen soll und dabei noch eiligst das Frühstück bereiten muß, so können wir begreifen, daß schon in Friedenszeiten die Mutter sich die Arbeit dadurch vereinfachte, daß sie den Kindern überhaupt kein warmes Frühstück, sondern ein Stück Brot in die Schule mitgab. Die Kinder, morgens im besten Schlaf aus dem Bette gejagt, wurden oft knapp mit den andern Vorbereitungen zur Schule und Waschen sowie Ankleiden fertig und nahmen sich, wie ja bekannt, vielfach nicht die Zeit, das Frühstück in Ruhe aufzueffen, sondern lauten es auf dem Wege zur Schule oder vergaßen in der Eile ganz darauf. In vielen Fällen wurde das Frühstück in der Weise abgekürzt, daß die Kinder den flüssigen Anteil desselben rasch hinunterschluckten und nichts Festes dazu nahmen. Mit leerem oder halbleerem Magen saßen die armen Kinder, die ja meist nicht in der Lage waren, für die große Unterrichtsvorlesung Nahrung mitzunehmen, bis zum Schluß da. Daß unter solchen Umständen Gesundheitszustand und Lehrerfolg leiden mußten, ist verständlich. Uns Kinderärzten ist die Frühstücksfrage der Mütter schon aus Friedenszeiten wohlbekannt. Morgenliches Erbrechen, Ohnmachtsanfälle in der Schule, Abmagerung sowie Unaufmerksamkeit der Kinder waren der Inhalt der Klage.

Daß sich die Schwierigkeiten in der Versorgung der hungrigen Mägen der armen Volksschüler im Kriege vervielfachten, ist leider selbstverständlich. Neben der Preisfrage spielt aber auch eine bedeutende Rolle die Schwierigkeit der Erhältlichkeit derjenigen Nahrungsmittel, die zur Herstellung des Frühstücks dienen. Die Mutter muß sich um verschiedene Nahrungsmittel hundertlang anstellen, und dies gerade in den Morgenstunden, sonst läuft sie Gefahr, die Nahrung des ganzen Tages für die Familie in Frage zu stellen. Wenn wir also den Kindern ein warmes Frühstück in der Schule verabreichen können, so haben wir zwei Vorteile: Entlastung der Mutter und Kräftigung des Kindes.

Welche Form des Frühstücks gewählt wird, ist der Diskussion zugänglich, nur warm soll es auf jeden Fall sein, wenigstens in den Wintermonaten. Jeder von uns weiß die Wohlthat eines warmen Frühstücks gerade in der kalten Jahreszeit zu schätzen. Ich möchte auf die Möglichkeit der Streckung der Milch durch Verdünnung mit einer der Milch im Nährwert gleichen 17prozentigen Zuckerslösung aufmerksam machen; der Lösung kann ja ein kaffeeartiger Geschmack leicht verschafft werden. Diese Art der Milchstreckung hat sich auf Grund ausgedehnter, von meinem Chef der Klinik Professor Freiherr v. Birquet in der Klinik vorgenommener Versuche ausgezeichnet bewährt und leistet uns auch in der unserer Tuberkulosenambulanz angeschlossenen Auspeisung wertvolle Dienste. Als Menge des Frühstücks wären 100 Gramm Milch, 100 Gramm Zuckerslösung und 70 Gramm

Brot, eventuell mit Blaumenmus bestrichen, in Vorschlag zu bringen. Auch die Einführung eines festen Frühstücks wäre in Frage zu ziehen.

Das sind aber leicht zu lösende Aufgaben, wenn es nur gelingt, die Einrichtung des Schulfrühstücks zu ermöglichen. Ich wünsche der Anregung vollen Erfolg. Tausende von Müttern und Kinder werden dafür dankbar sein und auch die Ärzte.

Frühstück für unsere Schulkinder!**Ein Appell an die Gemeinde Wien.**

Einer Anregung mögen die nachfolgenden Zeilen dienen, einem Appell an die Stadtverwaltung, dem sie sich gewiß nicht verschließen wird.

Die Wiener Kinder kommen in tausend Fällen des Morgens zur Schule, ohne vorher ein Frühstück genossen zu haben. Das ist die nackte Tatsache, die vorerst konstatiert werden soll. Sie hat ihre Ursache in den jetzt herrschenden Schwierigkeiten bei der Milchzufuhr. Zur Stunde, da die Schulkinder das Haus verlassen müssen, ist die Milch noch nicht eingelangt, die ihr Frühstück bilden soll. Der Tee aber verlangt einen so großen Zuckerzusatz, daß die meisten Mütter ihn ihren Kindern auch nicht reichen können — ganz abgesehen davon, daß der Tee wahrlich kein passendes Nahrungsmittel für Kinder darstellt, die so recht im Alter des Wachstums und der Entwicklung stehen. Oft steckt die Mutter dem Kind, wenn es früh morgens zur Schule geht, rasch ein Stück Brot zu, oft aber ist auch dieses zu so früher Stunde noch nicht im Hause. So kommt es, daß Hunderte unserer kleinen Sechsz- bis Bierzehnjährigen nüchtern in die Schule

kommen und hier weitere 3 bis 4 Stunden mit leerem Magen sitzen müssen. Daß dies für ihren Gesundheitszustand von den nachteiligsten Folgen begleitet sein muß, ist selbstverständlich.

Die Gemeinde Wien hat sich, dank der Initiative des Bürgermeisters, an die Spitze der Aktionen gestellt, welche die Tuberkulose, die schreckliche „Wiener Krankheit“, eindämmen sollen. Unserer unmaßgeblichen Meinung nach aber gehört vornehmlich eine ausreichende Ernährung unserer Kinder zu den prophylaktischen Maßnahmen im Kampf gegen den grimmigen Feind unserer Stadt. Wenn auch das Ideal: die Einführung allgemeiner Schulküchen, vielleicht noch nicht erreicht werden kann, so liegt es doch im Bereich der Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß jene Kinder, deren Mütter heute nicht in der Lage sind, ihnen vor dem Gang zur Schule eine Mahlzeit zu reichen, sogleich des Morgens ein warmes Getränk in den Magen bekommen — sei es Milch oder Kakao oder eine nahrhafte Suppe. Wenn wir auch gezwungen sind, die Lebensmittel zu „strecken“ und darum bei unserer täglichen Ernährung sparen müssen — in diesem Fall wäre übergroße Sparsamkeit eine Sünde. Sie ist ja auch nicht notwendig. — Gottlob, wir verfügen noch über genügend Mittel, daß wir unsere Schulkinder nicht müssen hungern lassen.

Es sei nun in diesen Zeilen die Anregung gegeben: Die Gemeinde Wien möge als Schulerhalterin dafür sorgen, daß alle Kinder vor Beginn des Unterrichtes ihr Frühstück erhalten. Die Herstellung der kleinen Mahlzeit würde keinerlei Schwierigkeiten bereiten, und die Verteilung könnte recht gut in den geräumigen Turnsälen, über welche die meisten unserer Schulgebäude verfügen, leicht vorgenommen werden. Wo geeignete Räumlichkeiten fehlen, würden sich solche sicherlich in der Schule nahgelegenen Lokalitäten, etwa in einer der Kriegsküchen, für diesen Zweck einrichten lassen. Unsere Lehrer aber, die sich in diesem Krieg stets opferbereit und auf der Höhe jeder Aufgabe gezeigt, würden auch bei der Aufsicht während dieser Schulstunde sich wiederum als die liebevollen Jugendhüter erweisen.

Sicherlich — die Kosten, die der Gemeinde Wien durch die Frühstücksaktion für die Schulkinder erwachsen würden, wären nicht gering. Aber es sind Kriegskosten — und es mag wenig Zwecke geben für aufgewandte Geldsummen, die besser und notwendiger sind als dieser und die so reichen Segen in sich tragen. Nicht nur den Kindern wäre eine Wohltat erwiesen, auch den Müttern, denen die Sorgen um die Ernährung ihrer schulpflichtigen Kleinkinder wenigstens des Morgens abgenommen werden und die leicht und getröstet ihren Geschäften nachgehen könnten, da sie wissen, daß auch die Sorge um die Bestellung des Mittaglichen ihnen durch die Kriegsküchen abgenommen wird.

Durch rasche Durchführung unserer Anregung würde die Gemeinde Wien so das wichtige Problem der Ernährung unserer Kinder im schulpflichtigen Alter einer gedeihlichen Lösung zuführen und eine Aktion ins Leben rufen, die gewiß aus dem Herzen Oesterreichs herausdringen und in vielen andern Städten Nachahmung finden würde.

Wir stehen vor der Eröffnung der Milchzentrale, die die Frage der Milchversorgung regeln soll und deren Verwaltung von der Regierung in die Hände der Gemeinde gelegt wurde. Es ist somit den kommunalen Kreisen die Gelegenheit geboten, Hand in Hand mit der Regelung der Milchfrage auch diese Aktion durchzuführen.

Wir haben bereits davon gesprochen, daß dies sicherlich mit größeren materiellen Opfern verbunden wäre — aber wir sind dennoch sicher, daß die Zentralstelle im Rathaus, die schon Millionen den Armen und durch den Krieg in Not Geratenen zukommen ließ, durch die neue Aktion nicht allzuschwer belastet würde: denn es werden sich Tausende und Tausende unter unsern warmherzigen Wienern finden, die der „Frühstücksaktion für bedürftige Wiener Schulkinder“ gern ihre Unterstützung in Form von Geldspenden werden angedeihen lassen, damit in Zukunft kein Wiener Kind mit hungrigem Magen in der Schule sitzen muß.

Ernst Klebinder.

Der Abend
2/X 1916

160

Schulkinderspeisung.

Anlässlich der gestrigen dankenswerten Anregung im „N. Br. L.“, Schulkindern, die ohne Frühstück zur Schule kommen, ein solches auf Gemeindefkosten zu verabreichen, ist es von Interesse, zu erfahren, daß die Gemeinde Berlin von heute angefangen die Schulkinderspeisung in eigene Verwaltung übernimmt, die sie bisher dem Verein für Kindervolkstüchen unter Gewährung einer hohen Geldbeihilfe übertragen hatte. Schon seit über 30 Jahren erhalten in den Berliner Gemeindefschulen während des Winterhalbjahres die bedürftigen Kinder, die ohne ein zweites Frühstück zur Schule kommen, ein solches aus Mitteln eines Vereines zur Speisung armer Kinder. Seit dem Jahre 1909 bekommen die ärmsten der Kinder aus einer Stiftung des Verlagshändlers Emil Mosse und seiner Gattin ein erstes Frühstück. Endlich hat der von dem bekannten Sozialpolitiker Hermann Abraham ins Leben gerufene Verein für Kindervolkstüchen bedürftigen Kindern in großem Umfange freies Mittagessen gewährt. Im Jahre 1913 wurden für diesen Zweck rund 300.000 Mark, im Jahre 1914 522.000 Mark und im Jahre 1915 rund 800.000 Mark bewilligt.

Vom 2. Oktober d. J. ab werden die Kinder der einzelnen Gemeindefschulen — wie bisher einzelnen Volkstüchen — jetzt bestimmten Schulspeisestellen überwiesen. Diese befinden sich entweder in den Zentralküchen oder in 60 Ausgabestellen — in beiden getrennt von den Erwachsenen — oder in Klassen der Schulen, in deren Turnhalle sich die Ausgabestelle befindet. Die Auswahl der bedürftigen Kinder erfolgt wie bisher durch die Schule mit Hilfe der Armenkommission. Jeder Schule wird genau die Zeit angegeben, an der die Kinder zur Mittagsspeisung zu erscheinen haben, und der Ort, wo diese stattfindet. Der Ausweis der Kinder erfolgt durch die Wochenkarte, von der, wie bisher, die einzelnen Tagesabschnitte in der Speisestelle abgetrennt werden. Bei der Aushändigung der Wochenkarte in der Schule müssen die Kinder ihre Kartoffelkarte vorlegen, von der ein Drittel, vom 16. Oktober ab drei Siebentel abgetrennt und ebenso ihre Fleischkarte, von der drei Zehntel für die Woche entnommen werden. Bei der Knappheit von Kartoffeln und Fleisch muß diese Forderung leider gestellt werden; sie wird hoffentlich dazu beitragen, daß die Kinder regelmäßig zu den Mahlzeiten kommen, während bisher kränkliche, besonders nervöse Kinder, die beim Essen sehr wählerisch sind und sich einbilden, bestimmte Speisen nicht essen zu können, häufig genug nur an einzelnen Tagen erschienen. Die Kinder erhalten durchschnittlich einen halben Liter des in den Zentralküchen hergestellten Essens, das, soweit es für die Kinder bestimmt ist, nicht stark gewürzt sein darf. Die jüngeren Kinder werden etwas weniger als einen halben Liter nötig haben, die älteren etwas mehr. Es wird zugleich Vorsorge getroffen werden, daß Kinder mit besonders starkem Appetit eine Nachgabe erhalten. Die Aufsicht über die Kinder, die Abtrennung der Tagesabschnitte von der Wochenkarte, die Verteilung des Essens erfolgt im Ehrenamte durch Frauen und Mädchen und es ist freudig zu begrüßen, daß die Ehrendamen des Vereines für Kindervolkstüchen ihre reiche Erfahrung auch in den Dienst der städtischen Schulkinderspeisung stellen wollen.

So übernimmt die Stadt Berlin mitten im Kriege eine neue Aufgabe sozialer Fürsorge, die ihr zwar zweifellos höhere Aufwendungen als bisher auferlegt, aber für die Heranziehung eines gesunden und kräftigen Nachwuchses von höchster Bedeutung ist.

Hoffentlich wird dieses rühmenswerte Beispiel unsere Stadtverwaltung anregen, den ärmsten Kindern wenigstens in dem vorgeschlagenen bescheidenen Umfange die so dringende Hilfe zu gewähren.

Die Frühstücksauspeisung der Kinder in Berlin.

Die Frühstücksauspeisung, die nun für die Wiener Schulkinder eingeführt werden soll, besteht in der deutschen Reichshauptstadt schon seit dreißig Jahren während des Winters, und zwar in der Weise, daß die Kinder in den Berliner Schulen außer dem ersten Frühstück auch noch das zweite, das Gabelfrühstück, erhalten. Mit dem gestrigen Tage hat die Stadt Berlin diese Auspeisung, die sie bisher unter Gewährung einer sehr bedeutenden finanziellen Beihilfe dem Verein „Kindervolksküchen“ übertragen hatte, in die eigene Verwaltung übernommen. Eine längere Darlegung, die aus diesem Anlasse der Berliner Stadtschulrath Dr. L. H. Fischer in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht und die mit Rücksicht auf die bevorstehende Wiener Aktion von Interesse ist, führt unter anderem aus:

Schon über dreißig Jahre erhalten in unseren Gemeindeschulen während des Winterhalbjahres die bedürftigen Kinder, die ohne ein zweites Frühstück zur Schule kommen, in der ersten großen Pause durch den Rektor oder eine von ihm beauftragte Lehrkraft eine Schrippe (früher auch statt der Schrippe ein Schmalzbrot). So segensreich auch diese Frühstücksauspeisung in unseren Gemeindeschulen wirkt, so diente sie doch nur denjenigen Kindern, die zu Hause vor dem Antritt des Schulweges ein, wenn auch noch so kärgliches und unzureichendes erstes Frühstück erhalten, aber wegen Armut der Eltern oder aus anderen Gründen ein zweites Frühstück entnehmen müssen, nicht aber denen, die wegen dürftiger häuslicher Verhältnisse oder Faulheit oder Gleichgültigkeit der Mutter mit nüchternem Magen den Weg zur Schule antreten müssen. Da das zweite Frühstück erst in der großen Pause um 10 Uhr verteilt wird, mußten diese Kinder sich hungernd zwei Stunden lang am Unterricht beteiligen. Dieser ärmsten Kinder nahmen sich seit 1909 der Verlagsbuchhändler Emil Mosse und seine Gattin an. Frau Gertrud Mosse traf ein Abkommen mit der Meierei Schweizerhof, wodurch diese sich verpflichtete, vom Oktober 1912 ab die erforderliche Zahl Viertel-Literflaschen mit Vollmilch vor Beginn des Unterrichtes an die einzelnen Schulen zu liefern. Diese Milch hat der Schuldiener oder Heizer in zweckmäßiger Weise zu erwärmen und unter Aufsicht des Rektors beziehungsweise eines Mitgliedes des Kollegiums den ausgewählten Kindern zu übergeben. Die Flaschen sind so eingerichtet, daß aus ihnen die Milch von den Kindern getrunken werden kann. In erster Linie werden für die Versorgung mit diesem Milchfrühstück die Kinder berücksichtigt, die an der unentgeltlichen Mittagspeisung teilnehmen. Die Schuldiener beziehungsweise Heizer erhalten für ihre Mitwirkung eine Entschädigung.

Der Krieg verursachte ein sehr starkes Anschwellen der Teilnehmer an der Schulkinderpeisung. Während Anfang August 1914 7884 Kinder teilnahmen, betrug ihre Zahl Ende August 1914 21.497 und Ende September 1914 sogar 26.700. Dementsprechend erhöhten sich auch die aufgewendeten Kosten. Im Jahre 1915 betragen die Kosten der Schulspeisung 794.280 Mark. Wenn der Magistrat sich jetzt entschlossen hat, die Schulkinderpeisung selbst zu übernehmen, so ist dies geschehen, weil die Stadtverordnetenversammlung diesen Wunsch ausgesprochen hat, dann aber, weil die großzügige Organisation der Volksspeisung ohne Mühe auch die für das Mittagessen der bedürftigen Schulkinder nötigen Portionen liefern kann und die Betriebskosten, je größer der Umsatz ist, anteilig um so geringer werden. Auch war die Erwägung maßgebend, daß wenigstens ein Teil der mit großen Kosten für die Volksspeisung beschafften maschinellen Einrichtungen sowie des Betriebsmaterials nach dem Kriege zweckmäßig für die Schulkinderpeisung weiter benützt werden könnte.

So übernimmt die Stadt Berlin mitten im Krieg eine neue Aufgabe sozialer Fürsorge, die ihr zwar zweifellos höhere Aufwendungen als bisher auferlegt, aber für die Heranziehung eines gesunden und kräftigen Nachwuchses von höchster Bedeutung ist.

Frühstück für Wiener Schulkinder.

Verabreichung in Schulküchen vor dem Unterricht.

Im „Neuen Wiener Tagblatt“ vertweist der gewesene Bezirksvorsteherstellvertreter des 2. Bezirkes Redakteur Ernst Klebinder auf die Notwendigkeit, den Wiener Schulkindern, die dessen bedürfen, in den Turnsälen der Schulen oder in eigenen Schulküchen vor Beginn des Unterrichtes ein warmes Frühstück zu verabreichen. Eine eingehendere Begründung der vorgeschlagenen, überaus dankenswerten Maßregel erscheint für jeden, der die in Betracht kommenden Verhältnisse kennt — und es kennt sie heute wohl jeder, der in Wien lebt — sicherlich überflüssig. Die rauhe Jahreszeit hat unvermittelt eingesetzt, das Anstellen in den frühen Morgenstunden dauert an, unter den Angestellten befinden sich leider noch immer zahlreiche Kinder, und viele Mütter sind überhaupt nicht imstande, ihren Kindern das Frühstück zu geben, ehe die Kleinen den Gang zur Schule antreten. Die Notwendigkeit, diesen Kindern in der Schule selbst oder in einer Schulküche ein warmes Frühstück zu verabfolgen, ist also eine zwingende.

Der Bürgermeister hat sich selbstverständlich bereits für die Durchführung dieser Frühstücksauspeisung ausgesprochen, die Lehrerschaft, die aus eigener Anschauung weiß, unter welchen Verhältnissen heute Tausende von Wiener Kindern leben, ist bereit, sich mit gewohnter Opferwilligkeit in den Dienst der Aktion zu stellen, und so darf man erwarten, daß die erforderlichen Vorarbeiten ehestens abgeschlossen sein werden. Je eher und je umfassender das Frühstück für die Wiener Schulkinder eingeführt wird, desto besser für die Kinder, für ihre Gesundheit und damit für die Tüchtigkeit der heranwachsenden Generation.

Eines wäre allerdings besonders wünschenswert: Daß die Aktion abweichend von der gewohnten Schablone der Privatwohlthätigkeit durchgeführt werde. Die Privatwohlthätigkeit sollte in diesem Falle, so weit sie in Gaben des Mittelstandes und derjenigen Schichten zum Ausdruck kommt, die selbst zu kämpfen haben — und diese werden erfahrungsgemäß bei großzügigen Aktionen gewöhnlich am meisten herangezogen — ganz ausgeschaltet werden.

Die Stadt Wien mit ihrem Jahresbedarf von mehreren hundert Millionen Kronen wird wohl imstande sein, den Wiener Kindern, die ein Frühstück in der Schule brauchen, dieses Frühstück zu geben, genau so wie sie vielen Kindern die Lernmittel gibt. Wenn sich, was zu hoffen wäre, die Wiener Millionäre, jene aus der Friedens-, und die neueren aus der Kriegszeit sowie andere reiche Mitbürger mit entsprechenden Mitteln zur Förderung der städtischen Aktion einstellen werden, desto besser. Man wird die Förderung dankbar annehmen: aber das „Frühstück für die Wiener Schulkinder“ selbst soll eine Kriegsgabe sein, die die Stadt Wien ihren Kindern bietet!

Unendliches Weh zog hin über die Welt seit jener Zeit, da noch die Berge ragten in stiller, unentwehelter Einsamkeit — ein Hort des Friedens, Ziele des weltmüden Strebens nach Glück.

Hütten, die einstmalz standen in freier Bergeshöh, sie fielen in Schutt und Asche, und Trümmerhaufen erzählen von euch und verwehten Stunden.

Aber die Zeit wird kommen, da ihr euch wieder erhebt und verkündet wie einst, daß die Menschen ihr Glück nur im Frieden finden.

Ihr aber, Gefährten bergfroher einsamer Stunden, bleibt still und stumm für ewig.

Doch wenn die Berge verglißen, die ihr so innig geliebt, wenn das Mondlicht silbern über Felsen und Firnen streichelt, dann grüßt ihr aus der Ewigkeit die ewigen Berge.

Ludwig Sinek.

Wirtschaftliches Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen.

Der vorliegende Bericht über die Tätigkeit der obigen Kriegshilfsstelle im ersten Vierteljahr 1916 zeigt eine stetige Zunahme des Geschäftsumfanges.

Die Gesamtzahl der anhängigen Angelegenheiten belief sich in der Berichtsperiode vom 1. Jänner bis 31. März 1916 auf 22,602 gegen 11,553 in der gleichen Periode des Vorjahres, ist mithin um nahezu 100 Prozent gestiegen. Sie ist auch größer als die in der rund viermonatigen Zeit vom 23. August bis 31. Dezember 1915 ausgewiesene Zahl von 22,448 Parteiangelegenheiten. Seit Beginn seiner Tätigkeit (23. August 1914) sind dem Bureau bis 31. März 1916 im ganzen 95,360 Angelegenheiten zugefallen; bis zu den diesjährigen Osterfeiertagen ist die Gesamtzahl auf 100,000 gestiegen. Von den in der Berichtszeit anhängig gewordenen Angelegenheiten entfallen 8072 = 35.71 Prozent auf Unterhaltssachen und damit zusammenhängende Angelegenheiten, 11,481 = 50.8 Prozent auf Wohnungs- und Mietzinsfachen und 3049 = 13.49 Prozent auf sonstige Privatangelegenheiten der Einberufenen. Die Besuchsfrequenz der Hilfsstelle umfaßte in der Berichtszeit 20,653 Parteien, die im Bureau persönlich vorkamen, gegen 10,232 in der gleichen Vorjahrsperiode und 18,141 in der viermonatigen Zeit bis 31. Dezember 1915. Sie ist also gegenüber dem Vorjahr um mehr als 100 Prozent gestiegen. Die höchste Wochenfrequenz seit dem Bestande des Bureaus wurde in der Woche vom 11. bis 17. Februar 1916 mit 1839 Parteien verzeichnet. Die höchste Tagesfrequenz ergab sich am 14. Februar 1916 mit 437 Parteien. Hilfsanrufe aus den hiesigen militärischen Heilanstalten kamen dem Bureau in der Berichtszeit 825, in der gleichen Periode des Vorjahres 741 zu; auf schriftlichem Wege wurden 1124 Privatangelegenheiten von Einberufenen (gegen rund 580 im ersten Quartal des Vorjahres) anhängig gemacht, wovon 37 in der Form von Wunschzetteln aus dem Felde einliefen. Bei der Betätigung ihrer Fürsorgepflege hatte die Kriegshilfsstelle Anlaß, in 87 Fällen um die gerichtliche Bestellung unentgeltlicher Kuratoren, als welche regelmäßig ihre dem Anwaltstande angehörigen Mitglieder und Mitarbeiter bestellt wurden, einzuschreiten. In 166 Fällen wurden gegen ungerechtfertigte Wohnungskündigungen gerichtlich Einwendungen erhoben.

Im Vordergrund der Tätigkeit standen die Unterhaltssachen der Angehörigen von Einberufenen. Das Bestreben des Bureaus, neben der rechtsfreundlichen Hilfeleistung in den Einzelfällen allgemein auf eine dem Geist des Gesetzes und den humanen Absichten der Ressortministerien entsprechende Handhabung der Vorschriften hinzuwirken, begegnete dem einsichtsvollen Entgegenkommen der Unterhaltskommissionen, und seine Anregungen fanden bei den obersten Zentralstellen eine um so dankenswertere Würdigung, als die materielle Lage der Familien der Eingekückten sich infolge der zunehmenden Steuerung immer ungünstiger gestaltete. Manche dieser Anregungen, wie namentlich die Belassung des Unterhaltsbeitrages arbeitender Ehefrauen, die Berücksichtigung der jetzt höheren Lohnverhältnisse bei der Bemessung der Unterhaltsbeiträge, die Zuwendung dieser an Pflegekinder und Pflegeeltern, die Bedachtnahme auf durch den Militärdienst bedingte Verschlimmerung von Krankheitszuständen bei der Superarbitrierung, hatten den Erfolg normaler Regelung der einschlägigen Verhältnisse im Sinne der gestellten Anträge. Wurde so in überaus zahlreichen Fällen den bedrängten Familien der Einberufenen materiell Hilfe gebracht, so darf auch die psychologische Wirkung dieser Hilfsstätigkeit zumal auf die in den Spitälern befindlichen kranken und verwundeten Krieger nicht unterschätzt werden, die in der vergangen Zeit ihrer Heilbehandlung von der

6

Wirtschaftliches Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privat-Angelegenheiten der Einberufenen.

Bericht über die Tätigkeit im ersten Vierteljahre (1. Jänner bis 31. März) 1916.

Die Organisation, der Wirkungskreis, sowie die für die Geschäftsführung der Kriegshilfsstelle maßgebenden Gesichtspunkte und Grundsätze haben in der Berichtsperiode keine Änderung erfahren.

Die im Personalstande infolge Erkrankung oder Einberufung von Referenten zum aktiven Landsturmbienste entstandenen Lücken wurden durch Heranziehung von neuen freiwilligen Mitarbeitern bestmöglich ausgefüllt. Zur raschen Einführung derselben in die Eigenart der Geschäftsbehandlung im Bereiche der Hilfsstelle sowie überhaupt zur leichteren Übersicht des seit Herausgabe der Dienstvorschrift vom 27. Oktober 1914 zugewachsenen Normalienstoffes wurde eine Neuaufgabe der Dienstvorschrift veranstaltet. Sie ist am 1. März 1916 erschienen und enthält den nach Maßgabe der bis dahin erflossenen Nachträge umgearbeiteten Text in 124 Paragraphen, die gebräuchlichsten Formulare und in einem Anhange die Tarife der staatlichen Unterhaltsbeiträge und Militärverforgungsgenüsse sowie die wichtigsten Nachtragsverordnungen zum Unterhalts- und Militärverforgungsgesetze nebst den bei deren Hinausgabe in den Dienstkurrenten des Hilfsbureaus beigefügten Erläuterungen. Auch ist der zweiten Auflage der Dienstvorschrift die am 26. August 1914 beschlossene Geschäftsordnung des Hilfsbureaus und ein alphabetisches Sachregister beigegeben. Die bis Ende Jänner 1916 ergangenen 185 Kurrenten sind, soweit ihnen noch praktische Bedeutung zukommt, insgesamt und von den im Februar 1916 ergangenen die wichtigsten in den Text oder in dem Anhang zu der Dienstvorschrift aufgenommen, so daß dieser Dienstbehelf nunmehr das zu obigem Zeitpunkte in Geltung gestandene Vorschriftenmaterial in übersichtlicher Darstellung zusammenfaßt.

Der gegenwärtige Bericht schließt sich dem Tätigkeitsberichte vom 15. Jänner 1916 über die Geschäftsperiode vom 23. August bis 31. Dezember 1915 auch insofern an, als bezüglich der Gliederung des Stoffes nach den Hauptgruppen der Geschäftstätigkeit der Kriegshilfsstelle die gleiche Einteilung und Reihenfolge beibehalten wird.

I. Geschäftsumfang.

Der Geschäftsumfang der Kriegshilfsstelle hat während der Berichtsperiode weiter zugenommen. Die Gesamtzahl der anhängigen Angelegenheiten beträgt 22.602 gegen 11.553 im gleichen Zeitabschnitte des Vorjahres, ist mithin diesem gegenüber um nahezu 100 Prozent gestiegen. Selbst gegen den in der rund viermonatlichen Berichtsperiode vom 23. August bis 31. Dezember 1915 bezifferten Geschäftsumfang von 22.448 Parteien-Angelegenheiten weist jener der dreimonatlichen Berichtsperiode vom 1. Jänner bis 31. März 1916 eine Zunahme auf. Demzufolge ist bis zu letzterem Zeitpunkte die Gesamtzahl der Geschäftsvorfälle seit Beginn der Tätigkeit des Hilfsbureaus von der mit 31. Dezember 1915 ausgewiesenen Summe von 72.758 auf 95.360 angewachsen.

Die 22.602 Geschäftsfälle der Berichtsperiode verteilen sich auf die verschiedenen Geschäftsgruppen wie folgt:

1. Unterhaltssachen und damit zusammenhängende Angelegenheiten	8.072 = 35,71 Prozent
2. Wohnungs- und Mietzins-sachen	11.481 = 50,80 "
3. Sonstige Privat-Angelegenheiten der Einberufenen	3.049 = 13,49 "
	<hr/>
	22.602 = 100,00 Prozent

Die Anzahl der während der Berichtsperiode im Einlauf protokollierten Geschäftsstücke beträgt 7534, die Zahl der in diesem Zeitabschnitte an die Funktionäre des Hilfsbureaus erlassenen Präsidialkurrenten 16.

Plenar-Sitzungen mit daran sich anschließenden Sitzungen des Unter-Ausschusses für Wohnungsfürsorge fanden 13 (an jedem Freitag um halb 6 Uhr nachmittags) statt.

Die Parteienfrequenz erreichte die Zahl von 20.653 Personen gegen 10.232 im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres, ist also diesem gegenüber um mehr als 100 Prozent gestiegen, und weist auch gegen die Frequenzziffer der rund viermonatlichen Berichtsperiode vom 23. August bis 31. Dezember 1915 mit 18.141 eine Zunahme auf.

Während die oben ausgewiesene absolute Zahl sowie der Prozentualanteil der Unterhaltssachen an dem gesamten Geschäftsumfange in der Berichtsperiode gegen den unmittelbar vorausgegangenen Zeitabschnitt unverändert geblieben sind, ist die Parteienfrequenz namentlich infolge der Zunahme der Wohnungs- und Mietzins-sachen gleichwie schon im Vorjahre im November so auch heuer im Februar stark gestiegen.

Die Wochenfrequenzen sind in dem als Beilage A nachfolgenden Ausweise zusammengestellt. Die höchste Frequenzziffer mit 1859 Parteien wurde in der Woche vom 11. bis 17. Februar 1916 verzeichnet. Sie war die höchste seit dem Bestande des Hilfsbureaus. Die höchste Tagesfrequenz mit 437 Parteien fällt auf den 14. Februar 1916. Im Vorjahre ergab sich die höchste Wochenfrequenz, die in der Woche vom 5. bis 11. November 1915 eintrat, mit 1336, die höchste Tagesfrequenz mit 289 Parteien.

Hilfsanrufe aus den hiesigen militärischen Heilanstalten kamen dem Hilfsbureau in der Berichtsperiode 825 zu. Im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres wurden 741, in der rund viermonatlichen Berichtsperiode vom 23. August bis 31. Dezember 1915 520 aus Spitalsrequisitionen stammende Geschäftsangelegenheiten ausgewiesen.

Auf schriftlichem Wege wurden in der Berichtszeit 1124 Privat-Angelegenheiten von Einberufenen anhängig gemacht, wovon 37 in der Form der Wunschzettel aus dem Felde einliefen. In der gleichen Vorjahrsperiode ergab sich die Anzahl der schriftlich anhängig gemachten Angelegenheiten, die erst seit Februar 1915 statistisch verzeichnet wird, mit rund 580, in der Berichtszeit vom 23. August bis 31. Dezember 1915 mit 1347.

Der wochenweise Einlauf von Spitalsrequisitionen und schriftlich anhängig gemachten Angelegenheiten ist aus den Beilagen B und C ersichtlich.

Um die gerichtliche Bestellung unentgeltlicher Kuratoren zur Wahrung der Rechte abwesender Eingekerkelter ist das Hilfsbureau während der Berichtszeit in 87 Fällen eingeschritten und wurden zu solchen Kuratoren regelmäßig dem Anwaltsstande angehörige Mitglieder oder Mitarbeiter der Kriegshilfsstelle ernannt. Die Anzahl der von dieser erwirkten Kuratelen belief sich in der gleichen Vorjahrsperiode auf 48, in der Berichts-

*Wissenschaftliches Hilfsbüreau der Gemeinde Wien
für kindl. Angelegenheiten der Leibeserziehung.*

periode des zweiten Halbjahres 1915 auf 89. Beilage D zeigt die wochenweise Verteilung der oben angeführten Gesamtzahl. Obwohl materiell in den Bereich der Wohnungsfürsorge gehörig wird des Überblickes halber doch schon hier angeführt, daß das Hilfsbureau während der Berichtsperiode laut Wochenausweis (Beilage E) in 166 Fällen veranlaßt war, gegen ungerechtfertigte Kündigungen in Bestandsachen gerichtlich Einwendungen zu erheben. Die korrele Zahl war in der Berichtsperiode des zweiten Halbjahres 1915 mit 217 ausgewiesen.

II. Unterhaltssachen und damit zusammenhängende Angelegenheiten.

Wie im Abschnitt I erwähnt, hat sich die Geschäftsgruppe der Unterhaltssachen auf gleicher Höhe wie im vorausgegangenen Zeitabschnitt erhalten. Bei ihrer Behandlung war dem Hilfsbureau im Laufe der Berichtsperiode vielfach Anlaß geboten, in den Einzelfällen, in denen seine Hilfeleistung von Einberufenen oder ihren Familienangehörigen angerufen wurde, durch rechtsfreundliche Beratung oder Vertretung gesetzlich begründet erscheinende Ansuchen um Zuerkennung oder Erhöhung von Unterhaltsansprüchen zumal im Wege der Reassumierung vorausgegangenen Entscheidungen der Unterhalts-Kommissionen zur Geltung zu bringen. Außerdem war das Hilfsbureau fortgesetzt in der Richtung tätig, im allgemeinen auf eine dem Geiste des Gesetzes und den humanen Absichten der zuständigen Zentralstellen entsprechende Handhabung der gesetzlichen und den sie ergänzenden nachträglichen Bestimmungen hinzuwirken. Es gereicht dem Hilfsbureau zur hohen Befriedigung, daß seine Anregungen in obiger Hinsicht zumeist dem einsichtsvollen Entgegenkommen der Unterhalts-Kommissionen begegneten und bei den obersten Ressortstellen, dem k. k. Ministerium für Landesverteidigung und dem k. u. k. Kriegsministerium eine überaus dankenswerte Würdigung fanden. So hat eine Reihe von Anregungen des Hilfsbureaus, die zum Teil von diesem selbständig, teils im Zusammenhange mit gleichartigen Anträgen der zuständigen Abteilungen des Wiener Magistrates und namentlich der neugeschaffenen städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide seitens der Gemeinde Wien befürwortet zur Vorlage an die militärischen Zentralstellen gelangten, zu normativen Erweiterungen der Gesetzesauslegung in Sachen der Unterhaltsansprüche und der Militärversorgung geführt. Diese Verbesserungen sind vom sozialen und humanitären Standpunkte um so wärmer zu begrüßen, als die materielle Lage der Familien der Eingerückten sich infolge der zunehmenden Teuerung immer ungünstiger gestaltet und die beim Beginn des Krieges auskömmlich bemessenen Unterhaltsbeiträge derzeit in vielen Fällen zur Bestreitung selbst der bescheidensten Lebenshaltung nicht mehr ausreichen.

Als ganz besonders wertvoller Erfolg der auf die Milderung des Notstandes mancher Familien eingerückter Ernährer abzielenden Bestrebungen ist der noch anhangsweise in die Neuaufgabe der Dienstvorschrift aufgenommene Erlaß des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung vom 11. Februar 1916, Abt. XVII, Nr. 478, hervorzuheben, mit dem unter anderem die Berücksichtigung der seit der Einberufung der Eingerückten eingetretenen Änderungen in den Lohn- und Verdienstverhältnissen ihres Berufsgebietes angeordnet, den Fortbezug des Unterhaltsbeitrages beim Bestande eines Nebenverdienstes für arbeitende

Ehefrauen der Eingerückten zugestanden und der Unterhaltsanspruch der von der Ehefrau des Eingerückten in die Ehe mitgebrachten unehelichen Kinder, sowie der Pflegekinder und Pflegeeltern anerkannt wurde.

Desgleichen hat den den Gegenstand wiederholten Anregungen des Hilfsbureaus und einer von seinem Referenten Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Karl Stiažny verfaßten Denkschrift bildende Antrag, daß eine durch den Militärdienst hervorgerufene Verschlimmerung eines schon vordem bestandenen Leidens im Falle der späteren Dienstuntauglichkeit bei der Superarbitrierung bezüglich der Zuerkennung von Militärversorgungs- und Unterhaltsansprüchen in Betracht zu ziehen sei, durch die Verordnung des k. u. k. Kriegsministeriums vom 21. Februar 1916, Nr. 50456/15, eine der hierseits vertretenen Auffassung entsprechenden affirmative Erledigung gefunden.

Von wesentlichem Nutzen für die Hilfsfürsorge des Bureaus in Unterhaltssachen erwies sich die in besonders verwickelten Fällen geübte Praxis der vorgängigen Rücksprache des Obmann-Stellvertreters des Hilfsbureaus Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Friedrich Frey mit dem Vorstande der hiesigen Unterhalts-Landes-Kommission, wodurch der Entstehung von Differenzen in den beiderseitigen Auffassungen wirksam vorgebeugt wurde. In der Frage der Pflegekinder wurde auf diesem Wege ein volles Einvernehmen erzielt.

Von Soldaten aus den Ländern der ungarischen Krone wurde das Hilfsbureau auch während der Berichtszeit stark in Anspruch genommen. Die Anzahl der von ihnen und ihren Angehörigen anhängig gemachten Angelegenheiten, die vorwiegend Unterhaltsansprüche und Urlaube zur Ordnung ihrer Privatgeschäfte, aber auch Rechts-Angelegenheiten verschiedenster Art betrafen, belief sich auf rund 1160. Es ergab sich hieraus eine umfangreiche Korrespondenz mit ungarischen Behörden, insbesondere Stuhlrichterämtern und Stadtmagistraten, die in 70 bis 80 Prozent der Fälle zum Ziele führte.

III. Wohnungs- und Mietzins-Angelegenheiten.

Zur Darstellung der einigungsamtlichen Wirksamkeit des Hilfsbureaus wird, wie in den früheren periodischen Berichten, auch diesmal eine statistische Übersicht der Kündigungsbewegung vorausgeschickt.

Wie der am Schlusse als Beilage F nachfolgende Ausweis zeigt, fanden in der Berichtsperiode gerichtliche Kündigungen statt:

	von Monatsmieten	von Vierteljahrsmietten
im Jänner 1916	4.560	—
„ Februar 1916	5.266	5.053
„ März 1916	4.156	—
zusammen im ersten Vierteljahre 1916	14.082	5.053

Von diesen Kündigungen, die gegen die Vorjahre eine bedeutende und fortschreitende Abnahme zeigen (Monatskündigungen im ersten Vierteljahre 1915 16.244, 1914 18.459; Vierteljahrskündigungen 1915 7408, 1914 9191) kommen jedoch für die einigungsamtliche Tätigkeit des Hilfsbureaus in der Berichtszeit nur die innerhalb derselben ihre Wirkung äuffernden in Betracht. Es entfallen daher für diese Darstellung die Monatskündigungen im März pro April und die Vierteljahrskündigungen im Februar pro 1. Mai, wogegen die Monatskündigungen vom

*Wirtschaftliches Hilfsbureau der Gemeinde Wien
für Personalangelegenheiten der Einberufenen.*

Dezember 1915 pro 1. Jänner 1916 und die Vierteljahrskündigungen vom November 1915 pro 1. Februar 1916 der Wirkung nach in den Bereich der Berichtsperiode fallen. So ergibt sich für die in der Berichtszeit virulenten Monatskündigungen die Zahl von 13.228
für solche Vierteljahrskündigungen die Zahl von 3.770
zusammen . . . 16.998

Kündigungen als der Rahmen, innerhalb dessen das Hilfsbureau im ersten Vierteljahre 1916 seine einigungsamtliche Tätigkeit zu entfalten hatte.

Obwohl die Kündigungszahl der Berichtszeit gegen die korrespondierende Zahl des letzten Vierteljahres 1915 mit 15.598 Monats- und 5879 Vierteljahrskündigungen, zusammen 21.477 eine namhafte Abnahme aufweist, hat sich doch die in dem leztvorausgegangenen Tätigkeitsberichte vom 15. Jänner 1916 hervorgehobene schwierige Gestaltung der Mietverhältnisse infolge der wegen Zinsrückständen bewirkten Kündigungen seitens der Vermieter im ersten Vierteljahr 1916 weiterhin geltend gemacht und infolge der stetig zunehmenden Teuerung noch erheblich verschärft. Das es unter diesen Umständen auch in der Berichtszeit bei der Menge der Kündigungen nicht zu einer größeren als der in der Beilage F ausgewiesenen minimalen Zahl vollzogener Zwangsräumungen, und zwar im gesamten Wiener Gemeindegebiete im Jänner 1916 zu 56, im Februar 1916 zu 65 und im März 1916 zu 44, zusammen 165 Zwangsräumungen (gegen 154 im letzten Vierteljahr 1915) gekommen ist, darf als ein bemerkenswerter Erfolg der vereinten Bestrebungen bezeichnet werden, die auf die Hintanhaltung solcher die wirtschaftliche und soziale Existenz der betroffenen Mieter gleichwie die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdender Vollstreckungsakte gerichtet sind. Die hierzu mitwirkende einigungsamtliche Tätigkeit des Hilfsbureaus wurde in der Berichtszeit durch die ihm von Seiner Exzellenz den Herrn Bürgermeister eingeräumte und nachträglich erweiterte Ermächtigung wesentlich gefördert, hilfsbedürftigen Eingerückten und ihren Familien wie auch sonstigen infolge des Krieges in Notstand geratenen Mietern die Ordnung ihrer Mietverhältnisse durch Anweisung von Mietzinsbeihilfen bei der Gemeinde Wien zu ermöglichen. Angesichts der, wie vorhin erwähnt, immer schwierigeren Verhältnisse, die sich auch in der bedrängten Lage vieler Hausbesitzer fühlbar machen, mußten die kommunalen Mietzinsbeihilfen, die stets zuhanden der Vermieter zahlbar sind, in steigendem Maße und zum Teil in Form mehrmonatlicher Aushilfen in Anspruch genommen werden.

Der in der Beilage G nachfolgende wochenweise zusammengestellte Ausweis ergibt für die Berichtszeit vom 1. Jänner bis 30. März 1916 die Summe von 3180 Mietzinsbeihilfen, darunter 80 solcher für Geschäftsräume, mit dem Gesamtbetrage von 78.496 K 7 h.

Im Vergleiche zu den früheren Berichten, in denen für das erste volle Geschäftsjahr vom 23. August 1914 bis dahin 1915 3832 Anweisungsfälle mit zusammen 59.295 K 55 h und für die rund viermonatliche Berichtsperiode vom 23. August bis 31. Dezember 1915 2637 Anweisungsfälle mit zusammen 62.859 K 72 h ausgewiesen wurden, zeigt die Statistik der Mietzinsbeihilfen das starke Anwachsen des Umfangs und der Kosten dieses Zweiges der Kriegsfürsorgepflege der Gemeinde Wien. Gleich-

wohl dürfte diese steigende Belastung, die bis 31. März 1916 mit 9649 Fällen den Gesamtaufwand von 200.651 K 34 h erreicht hat, einem Bedenken umsoweniger begegnen, als die angewiesenen Mietzinsbeihilfen, bei deren Behandlung seitens des Hilfsbureaus mit aller Vorsicht und pflichtgemäßen Sparsamkeit vorgegangen wird, nicht nur den Eingerückten und sonstigen hilfsbedürftigen Mietern, sondern namentlich auch den durch die Zahlungsrückständigkeit der Mieter geschädigten Hausbesitzern zugute kommen, was von vielen derselben einsichtsvoll und dankbar anerkannt wird.

Erwägt man ferner, wie weit die bisher in Wien gebrachten finanziellen Opfer hinter den allerdings neben viel niedrigeren staatlichen Unterhaltsbeiträgen einhergehenden gleichartigen Leistungen reichsdeutscher Städte zurückbleiben, und daß diese verhältnismäßig bescheidene Ausgabe wesentlich dazu beigetragen hat, die Aufrechterhaltung des so überaus wünschenswerten Beharrungszustandes im Wohnungswesen der Reichshauptstadt trotz des nunmehr über 20 Monate andauernden Kriegszustandes zu sichern, so wird wohl gegen die dem steigenden Bedürfnis nachkommende Beihilfengewährung kaum ein triftiger Einwand zu erheben sein. Die Statistik der in Bestandsfachen erhobenen Einwendungen wurde schon am Schlusse des den Geschäftsumfang behandelnden Abschnittes I angeführt.

Die Vermittlung der bei der Ordnung der Mietverhältnisse wohlthätig wirkenden unentgeltlichen Einlagerung von Möbeln und Geschäftseinrichtungen hilfsbedürftiger Parteien in städtische Lagerräume, die auch in der Berichtszeit dank der umsichtigen Vorsorge des Vorstandes der zuständigen Magistrats-Abteilung IIIa Magistratsrat Dr. Alois Sagmeister wiederholt durch Zuweisung neuer Räumlichkeiten erweitert wurden, hat das Hilfsbureau in 74 Fällen beschäftigt. Der Wochenausweis folgt in Beilage H. Die periodische Veröffentlichung der Kündigungsstatistik und der vollzogenen Zwangsräumungen („Wiener Wohnungsverhältnisse“) wurde in der Berichtsperiode fortgesetzt.

IV. Sonstige Privat-Angelegenheiten der Einberufenen (Varia).

Den Bemühungen des Hilfsbureaus ist es nunmehr gelungen, dem den gesetzlichen Anordnungen entsprechenden Vorgange bezüglich der Zustellung gerichtlicher Aktenstücke an Eingerückte nunmehr bei allen hiesigen Gerichten Eingang zu verschaffen und damit eine Unsicherheit zu beseitigen, die sich durch die ungleichmäßige Handhabung der erwähnten Vorschriften seitens der Zustellungsorgane zum Nachteil der Eingerückten bei einigen Gerichten störend geltend gemacht hatte.

Der Unterbringung pflegebedürftiger Kinder von Eingerückten wurde fortgesetzt das Augenmerk zugewendet und die Ausführbarkeit der im Berichte vom 15. Jänner 1916 besprochenen Vorsorgen durch mündliches Einvernehmen mit den Organen des Wiener Magistrates möglichst sichergestellt. Zugunsten der Familien eingerückter Bediensteter der städtischen Stellwagen-Unternehmung wurde die Ausdehnung der einigungsamtlichen Hilfsfürsorge der Bureau in Wohnungs- und Mietzins-Angelegenheiten auf diese Kategorien von Hilfsbedürftigen ins Auge gefaßt und zu diesem Zwecke das Einvernehmen mit dem Wiener Magistrate eingeleitet.

W.
Christpflichtiger Selbstversorger der Gemeinde Wien
für Privat-Abgabeleistungen der Einkommensteuer
 9

Im Laufe der Berichtszeit eröffnete sich für das Hilfsbureau die Aussicht, in einem der Epstein-Stiftung gehörigen vom Asylverein für Obdachlose verwalteten Gebäudekomplexe im XII. Bezirke über eine Anzahl derzeit unbenützter Kleinwohnungen und Tagesheimstätten für Kinder verfügen zu können. Hiedurch wäre ein wertvoller Behelf für die vorläufige Unterbringung von Familien von Eingekerkerten, deren Erhaltung in ihrer bisherigen Wohnung sich als untunlich erweist, gewonnen worden.

Die in dieser Hinsicht mit der Stiftung und dem Asylverein eingeleiteten Verhandlungen konnten jedoch zu keinem abschließenden Ergebnisse gelangen, da inzwischen die vorerwähnten Räumlichkeiten zu anderweitigen öffentlichen Zwecken in Anspruch genommen wurden.

V. Schlußbemerkungen.

Das Hilfsbureau wurde am 28. März 1916 von Seiner Excellenz dem Herrn Statthalter in Niederösterreich Octavian Freiherrn Regner v. Bleyleben bei einem längeren Besuche eingehend besichtigt und nahm Seine Excellenz, der für die Einrichtungen und die Arbeitsmethode der Kriegshilfsstelle lebhaftes Interesse bekundete, wiederholt Anlaß, sich über die Tätigkeit des Bureaus und insbesondere der Referenten mit warmer Anerkennung zu äußern.

Einer Anregung der Zentralstelle der Fürsorge im Rathaus entsprechend wurden graphische Darstellungen des Geschäftsumfanges (Parteienfrequenz, Spitalsanrufe, schriftliche Hilfsanfragen), der Anzahl der angewiesenen Mietzinsbeihilfen, der Monats- und Vierteljahrskündigungen und der Zwangsraumungen seit dem Tätigkeitsbeginne des Hilfsbureaus im August 1914 bis Ende März 1916 angefertigt und in einigen Exemplaren vervielfältigt. Die unterfertigte Leitung des Hilfsbureaus spricht den hohen Staatsbehörden und der Gemeinde Wien und insbesondere aber Seiner Excellenz dem Herrn Bürgermeister, sowie den Vorständen der Magistrats-Abteilungen, die mit der Kriegshilfsstelle in näherer Geschäftsverbindung standen, für das auch in der Berichtsperiode fortgesetzt betätigte wohlwollende Entgegenkommen und die feinen Bestrebungen erwiesene Förderung den wärmsten ergebensten Dank aus.

Zu ganz besonderem Danke fühlt sich die unterfertigte Geschäftsleitung dem Präsidium des k. k. Landesgerichtes Wien in Zivilrechtsachen, sowie den Vorständen der hiesigen k. k. Bezirksgerichte dafür verpflichtet, daß dieselben die Güte hatten, auf die Betätigung von Mitgliedern des Richterstandes in dienstfreien Stunden als Referenten im Hilfsbureau fördernd Einfluß zu nehmen.

Beilage A.

Parteienfrequenz:

Vom 1. Jänner bis 6. Jänner 1916	855
vom 7. Jänner bis 13. Jänner 1916	1553
vom 14. Jänner bis 20. Jänner 1916	1767
vom 21. Jänner bis 27. Jänner 1916	1515
vom 28. Jänner bis 3. Februar 1916	1494
vom 4. Februar bis 10. Februar 1916	1600
vom 11. Februar bis 17. Februar 1916	1859
vom 18. Februar bis 24. Februar 1916	1695
vom 25. Februar bis 2. März 1916	1766

vom 3. März bis 9. März 1916	1729
vom 10. März bis 16. März 1916	1721
vom 17. März bis 23. März 1916	1653
vom 24. März bis 30. März 1916	1446
20653	

Spitalsrequistionen:

Beilage B

Vom 1. Jänner bis 6. Jänner 1916	78
vom 7. Jänner bis 13. Jänner 1916	74
vom 14. Jänner bis 20. Jänner 1916	62
vom 21. Jänner bis 27. Jänner 1916	60
vom 28. Jänner bis 3. Februar 1916	84
vom 4. Februar bis 10. Februar 1916	70
vom 11. Februar bis 17. Februar 1916	61
vom 18. Februar bis 24. Februar 1916	70
vom 25. Februar bis 2. März 1916	64
vom 3. März bis 9. März 1916	58
vom 10. März bis 16. März 1916	43
vom 17. März bis 23. März 1916	53
vom 24. März bis 30. März 1916	45
825	

Beilage C.

Anzahl der auf schriftlichem Wege zugewachsenen Angelegenheiten einschließlich der aus dem Felde eingelangten Wunschzettel:

					<small>hievon Wunschzettel aus dem Felde:</small>
Vom 1. Jänner bis 6. Jänner 1916	61	3			
vom 7. Jänner bis 13. Jänner 1916	109	1			
vom 14. Jänner bis 20. Jänner 1916	89	—			
vom 21. Jänner bis 27. Jänner 1916	58	2			
vom 28. Jänner bis 3. Februar 1916	65	—			
vom 4. Februar bis 10. Februar 1916	109	3			
vom 11. Februar bis 17. Februar 1916	85	5			
vom 18. Februar bis 24. Februar 1916	93	5			
vom 25. Februar bis 2. März 1916	88	—			
vom 3. März bis 9. März 1916	105	6			
vom 10. März bis 16. März 1916	103	5			
vom 17. März bis 23. März 1916	83	7			
vom 24. März bis 30. März 1916	76	—			
1124	37				

Auratelen:

Beilage D.

Vom 1. Jänner bis 6. Jänner 1916	5
vom 7. Jänner bis 13. Jänner 1916	6
vom 14. Jänner bis 20. Jänner 1916	5
vom 21. Jänner bis 27. Jänner 1916	6
vom 28. Jänner bis 3. Februar 1916	4
vom 4. Februar bis 10. Februar 1916	9
vom 11. Februar bis 17. Februar 1916	5
vom 18. Februar bis 24. Februar 1916	7
vom 25. Februar bis 2. März 1916	10
vom 3. März bis 9. März 1916	12
vom 10. März bis 16. März 1916	9
vom 17. März bis 23. März 1916	4
vom 24. März bis 30. März 1916	5
87	

Frauen - Hilfsaktion im Spring.

12

5. Antrag des Frauen-Arbeits-Komitees XIX, betreffend die Herausgabe einer Broschüre.

6. Antrag der Frau Helene Granitsch, betreffend die Anstellung beamteter Säuglings- und Wohnungspflegerinnen.

Frau Marianne Hainisch stellt die Beschlussfähigkeit des Zentral-Beirates fest und eröffnet die Sitzung.

Zum Punkte 1 der Tagesordnung teilt Ober-Magistratsrat Dr. Dont mit, daß Frau Eugenie Seidl in einer Zuschrift an den Zentral-Beirat herzlichst dankt für die Ernennung zur Leiterin-Stellvertreterin im XXI. Bezirke.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont gibt ferner bekannt, daß die in der letzten Sitzung beschlossene Besprechung in Angelegenheit der Verwertung der Küchenabfälle stattgefunden habe und er in der Lage war, nachweisen zu können, daß die bisher erstatteten Vorschläge tatsächlich unausführbar sind, die Gemeinde Wien sich also keineswegs der Aktion feindlich in den Weg stelle. In der Besprechung sei beschlossen worden, an Herrn Regierungsrat Häusler wegen Regelung dieser Frage heranzutreten. Frau Gräfin Gerta Walterskirchen wurde gebeten, bei Herrn Regierungsrat Häusler diesbezüglich vorzusprechen.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen teilt mit, daß es ihr bisher leider unmöglich war, diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen, doch hoffe sie in den nächsten Tagen das Versäumte nachholen zu können.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont führt weiters aus, daß in einer der letzten Sitzungen das starke Begießen der Kartoffeln in den städtischen Gartenanlagen bemängelt wurde.

Über seine diesbezügliche Anfrage teilt der Stadtgarten-Direktor folgendes mit:

„Über die mir vorliegende Beschwerde, betreffend angeblichen zu starken Begießens der Kartoffelkulturen in den verschiedenen städtischen Gartenanlagen wird in erster Linie berichtet, daß diese Kartoffelbeete nach gepflanzter Erhebung nirgends eigens bewässert wurden und dürfte daher nur nachfolgender Vorfall zu dieser irrtümlichen Meinung geführt haben.

Am Margaretengürtel, wo größere Flächen mit Kartoffeln bebaut wurden, entstanden infolge des besonders festen Bodens und ebensolcher Grasnarbe beim Pflügen und Umgraben große harte Schollen die trotz des Eggens nicht gänzlich zerdrückt werden konnten.

Nach dem Kartoffellegen kam ein großer Teil dieser Schollen auf die Oberfläche und wurde infolge der andauernden Dürre so hart, das weder das Behacken noch das Anhäufeln recht vorgenommen werden konnte.

Nachdem sich nun zu dieser Zeit kein Regen einstellte, so mußte man, um die erwähnten Schollen zerbrechen und mürbe machen zu können, einige Teile überspritzen, damit die Behackung und Behäufelung, ohne die bereits angewachsenen Kartoffelpflanzen zu beschädigen, leichter und schneller durchgeführt werden konnte; auch wurde zu jener Zeit eine Kopfdüngung vorgenommen und mußte zwecks Auflösung dieses Düngers ebenfalls eine Befechtung vorgenommen werden.

Eine eigentliche Bewässerung, bezw. Bespritzung hat nirgends stattgefunden, da ja jeder der unterstehenden Objektleiter als Gärtner genau weiß, daß bei normalen Verhältnissen eine derartige Begießung überflüssig ist und auch von hieramts alle Organe stets über die auszuführenden Arbeiten entsprechend auf-

geklärt werden. Die erwähnte Bespritzung, bezw. Anfeuchtung, hat jedoch zu dieser Zeit nicht geschadet.

Bemerkt wird noch, daß sich anschließend an die Kartoffelbeete beinahe überall Gehölz- und Rasenflächen befinden, sowie auch am Rande der Kartoffelbeete in Abständen Kürbisse gepflanzt sind und dürfte vielleicht auch die Bewässerung dieser Kulturen zur angeführten irrtümlichen Meinung geführt haben oder auch führen.

Im übrigen muß noch bemerkt werden, daß im heurigen Jahr mangels Arbeitskräfte nicht einmal die Wiesenflächen, wie es nötig wäre, bewässert werden können, umsoweniger würde Zeit übrig bleiben zur Verieselung der Kartoffelfelder.“

Die Zuschrift wird zur Kenntnis genommen.

Im Einlaufe befindet sich weiters eine Zuschrift des Kuratoriums der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für Kriegswitwen an die Zentralstelle. Aus dieser Zuschrift gehe aber nicht hervor, in welcher Art und Weise diese Berufsberatung und Arbeitsvermittlung gedacht sei und bitte er daher um nähere Details.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen, Frau Marianne Hainisch und Frau Dr. Alma Seiz berichten in eingehender Weise über diese Institution und Frau Gräfin Gerta Walterskirchen stellt den Antrag, es möge an die Frauen-Arbeits-Komitees ein blauer Zettel mit der Verständigung hinausgehen, daß die Kriegswitwen, welche anderweitig nicht versorgt werden können und einen Beruf suchen, an das Kuratorium für Berufsberatung und Arbeitsvermittlung gewiesen werden sollen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Frau Emmy Freundlich gibt dem Wunsche Ausdruck, daß dieses Kuratorium sich möglichst bald in eine öffentliche Institution umwandeln möge und schildert in allen Einzelheiten die Notwendigkeit einer Übernahme dieser privaten Fürsorge durch die Stadt, das Land oder den Staat.

Über ihren Antrag wird beschlossen, Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dont zu ersuchen, darüber Erkundigungen einzuziehen, inwieweit die Gemeinde Wien bereit wäre für die Berufsberatung und Arbeitsvermittlung der Kriegswitwen zu sorgen und erst nach Klarstellung dieser Frage den blauen Zettel an die Frauen-Arbeits-Komitees hinauszugeben.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bringt weiters eine Zuschrift des christlichen Verbandes der weiblichen Hausbediensteten in Wien, IV., Mayerhofgasse 5, zur Verlesung, welcher in die Bitte auslautet, die Köchinnenversammlungen zu wiederholen.

Nach längerer Debatte wird beschlossen, sowohl die Köchinnenversammlungen, als auch die bei der Beratung dieser Angelegenheit zur Sprache gekommene Seefischpropaganda auf den Herbst zu verschieben.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont verliest ferner eine Zuschrift des Frauen-Arbeits-Komitees für den XIX. Bezirk wegen Bewilligung zur Herausgabe einer Broschüre über hauswirtschaftliche Anleitungen für den Mittelstand.

Es wird beschlossen, von einem kleinen Komitee, welchem die Damen Marianne Hainisch, Josefina Kurzbauer und Gertha v. Sprung angehören, sowohl diese Broschüre prüfen zu lassen, als auch gleichzeitig ein Programm für die im Herbst abzuhaltenden Köchinnenversammlungen auszuarbeiten zu lassen. Die Köchinnenversammlungen selbst wären mit Rücksicht auf

Frühjahraktion im Kriege.

13

Bericht

über die 33. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege
vom 29. Juli 1915.

Vorsitzende: Frau Marianne Hainisch.

Anwesend die Frauen: Tony Colbert, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Helene Granitsch, Josefina Kurzbauer, Hertha v. Sprung und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Excellenz Berta Weiskirchner, Hanni Brentano, Mathilde Eisler, Anna Raff, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich, Elvira Kott, Dr. Alma Seiz und Gräfin Gerta Walterskirchen.

Beigezogen: Ober-Magistratrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Assistent Drexler.

Frau Marianne Hainisch begrüßt die Versammelten und eröffnet die Sitzung.

Ihre Excellenz Frau Berta Weiskirchner teilt in einem Schreiben mit, daß ihr Gesundheitszustand noch nicht erlaubt, nach Wien zurückzukehren und daß sie daher Frau Marianne Hainisch bitten müsse, den Vorsitz auch in den kommenden Sitzungen zu übernehmen.

Frau Marianne Hainisch erklärt sich gerne bereit, diesem Wunsche nachzukommen, dankt im Namen des Zentralbeirates für die übersandten Grüße und ersucht Ober-Magistratrat Dr. Dont, Ihrer Excellenz diesen Dank zugleich mit dem Wunsche einer recht guten Erholung zu übermitteln.

Ober-Magistratrat Dr. Dont bringt weiters einen an Ihre Excellenz Frau Berta Weiskirchner gerichteten Brief des Redakteurs Siegbert Salter in Berlin zur Kenntnis und fragt an, ob der Zentral-Beirat gewillt sei, der Bitte um Übersendung der Photographien von führenden Frauen Wiens zu entsprechen.

Über Antrag von Frau Emmy Freundlich beschließt der Zentral-Beirat, den Vorschlag dankend abzulehnen, da eine Veröffentlichung derartiger Photographien den Anschein der Befriedigung persönlicher Eitelkeit erwecken könnte, welche Annahme der Siebzehner-Ausschuß unter allen Umständen vermeiden wolle.

Ober-Magistratrat Dr. Dont gibt weiters bekannt, daß das Stadtphysikat sich gegen eine Verteilung von Fliegenfängern durch die Frauen-Hilfsaktion ausspreche und im eigenen Wirkungskreise einen Aufruf wegen der Fliegengefahr an die Bevölkerung erlassen habe. Auch eine Beteiligung der Schulkinder mit Merkblättern sei in Aussicht genommen worden, doch sei es technisch unmöglich gewesen, diese Merkblätter noch vor Schluß fertigzustellen.

Frau Hertha v. Sprung macht aufmerksam, daß mit der Ausgabe der Merkblätter zu Schulbeginn aber sofort begonnen werden solle, denn die Fliegenplage sei in Wien mit Ende Sommer keineswegs vorüber, sondern mache sich im Gegenteil erst in den Monaten September und Oktober recht fühlbar.

Frau Fanni Freund-Marcus teilt mit, das im September und Oktober auch die Kinderlähmung, welche ja meistens auf die Fliegen zurückzuführen ist, besonders stark konstatiert werden könne. Sie sei ebenfalls dafür, die Schulkinder mit Fliegenmerkblättern zu betheiligen.

Frau Emmy Freundlich fragt an, warum das Stadtphysikat die Verteilung der Fliegenfänger ablehne.

Ober-Magistratrat Dr. Dont erwidert, daß ein Grund in dem Berichte nicht angegeben sei, doch werde er das Stadtphysikat fragen, warum es von einer Verteilung der Fliegenfänger abrate und dann in der nächsten Sitzung darüber berichten.

Frau Hertha v. Sprung gibt hierauf noch einige Erfahrungen in Bezug auf die Fliegenplage bekannt und bittet, derartige Erfahrungen in die zur Ausgabe gelangenden Merkblätter aufzunehmen.

Frau Tony Colbert weist darauf hin, daß es zur Verringerung der Fliegengefahr auch sehr gut wäre, wenn die feinerzeitige Verordnung der Polizei, daß jedes Mistkübel einen Deckel haben müsse, wieder so streng gehandhabt werden würde wie früher.

Frau Hertha v. Sprung bittet ferner, durch ein strenges Verbot dafür zu sorgen, daß in der Frühe, wenn alle Straßen bereits gereinigt sind, die Gewölbebesitzer nicht den Staub ihrer Geschäfte ganz einfach auf die Straße kehren und so die ganze nächtliche Reinigungsarbeit wieder illusorisch machen.

Frau Emmy Freundlich gibt der Anschauung Ausdruck, daß derartige Verordnungen sich nur dann in der Bevölkerung einleben, wenn sie streng gehandhabt werden und ersucht Ober-Magistratrat Dr. Dont, in diesem Sinne die Polizeibehörde zu verständigen.

Ober-Magistratrat Dr. Dont erklärt sich bereit, dem Wunsche des Zentral-Beirates zu entsprechen und die Polizei auf die gerügten Übelstände aufmerksam zu machen.

Ober-Magistratrat Dr. Dont führt ferner aus, daß in der letzten Sitzung der Vorgang des Valorisierens auf dem Naschmarke zur Sprache gelangt sei und darauf hingewiesen wurde, daß ein Ingenieur der Wienflußeinwölbung dies bezeugen könne. Die diesbezüglichen Nachforschungen haben ergeben, daß der Ingenieur selbst dies nicht gesehen, sondern nur gehört habe. Auch das Marktamt konnte nichts Positives erfahren, werde aber in Zukunft sein Augenmerk dem erwähnten Vorgange des Valorisierens zuwenden.

Bezüglich der Abendmärkte habe sich zwar das Marktamt nicht gerade ungünstig geäußert, doch haben sich die Vertreter der Gemeinderatsparteien in der Obmänner-Konferenz am 21. Juli einstimmig dagegen ausgesprochen und dabei die Begründung geltend gemacht, daß für die Märkte besonders wichtig die Produzenten seien, diese aber nicht nachmittags auf den Markt kommen werden. Der Abendmarkt würde daher eher höhere Preise zur Folge haben als billigere. Der Bürgermeister, welcher sich für den Abendmarkt sehr interessierte, habe unter solchen Verhältnissen natürlich von der Einführung eines Abendmarktes vorläufig Abstand genommen.

Frau Fanni Freund-Marcus erwidert, daß die Einführung eines Abendmarktes lediglich eine Frage der Organisation sei. Die Abendmärkte, die in deutschen Städten seien, bewähren sich deshalb sehr gut, weil sie die Absatzmöglichkeit für verderbliche Gegenstände bieten, dann auch den Händlern Gelegenheit geben, die Marktreste billig an den Mann zu bringen und drittens sich herausgestellt habe, daß der Abendeinkauf bedeutend günstiger sei. Der Abendmarkt würde auch in Wien für jede arbeitende Frau eine Erleichterung darstellen. Um all dies

23./IV. 1916

1
23

Frauen-Hilfsaktion im Kriege. Bericht

über die 34. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 16. September 1915.

Vorsitzende: Exzellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Toni Colbert, Emmy Freun-
lich, Fanni Freund-Marcus, Sophie Guttmann, Helene
Granitsch, Anna Raff, Josefina Kurzbauer, Dr. Alma
Seiß, Gräfin Gerta Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Hanni Brentano, Mathilde
Eisler, Marianne Hainisch, Durchlaucht Prinzessin
Klementine Metternich und Hertha v. Sprung.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Arztassistenz Drexler.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Beschlußfassung über die Zuweisung von Nähmaschinen.
3. Beratung des Antrages der Frau Helene Granitsch,
betreffend die Anstellung beamteter Säuglings- und Wohnungs-
pflegerinnen.
4. Beratung des Antrages der Frau Helene Granitsch,
betreffend die Einsetzung von Ermittlungs- und Preis-Kontroll-
Kommissionen für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfs-
artikel.
5. Beratung des Antrages der Frau Fanni Freund-
Marcus, betreffend die Einführung von Gutscheinen nach
Brünner Muster.
6. Beratung des Antrages der Frau Hertha v. Sprung,
betreffend die Abhaltung von Unterrichtskursen für bürgerliche
Mädchen.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Ver-
sammelten und eröffnet die Sitzung mit der Bitte, der Zentral-
beirat möge nach den Sommermonaten nunmehr wieder unter
ihrem Voritze zum Wohle der Bevölkerung wie bisher weiter-
arbeiten. Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende führt weiters aus,
daß sie die Absicht gehabt habe, der Stellvertreterin während ihrer
Abwesenheit, Frau Marianne Hainisch, für die Übernahme
des Vorsizes, in der heutigen Sitzung den Dank auszusprechen,
doch konnte der Genannten die Einladung zur heutigen Sitzung
leider nicht zugestellt werden.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen dankt im Namen
des Zentral-Beirates für die freundlichen Worte und gibt der
Versicherung Ausdruck, daß sich alle Damen bemühen werden,
einträchtig weiterzuarbeiten wie bisher. Auch sie müssen bedauern,
daß es Frau Hainisch nicht möglich sei, der heutigen Sitzung
beizuwohnen, denn ihrem Wissen und Glauben nach hätte Frau
Hainisch gerne persönlich die von ihr mit so viel Takt und
Objektivität geführte stellvertretende Leitung des Zentralbeirates
wieder in die Hände Ihrer Exzellenz der Frau Vorsitzenden
zurückgelegt.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont macht sodann auf die von
der Gemeinde Wien herausgegebene Broschüre „Ein Jahr Kriegs-

fürsorge“ aufmerksam und bringt zur Kenntnis, daß er den
Verfasser der Broschüre ausdrücklich gebeten habe, zu betonen,
daß die ermittelten statistischen Daten nicht den vollen Anspruch
auf Richtigkeit und Vollständigkeit erheben können, weil die
gerade zu Beginn der Kriegsfürsorge zu bewältigende Arbeit
im Fürsorgewesen selbst naturgemäß eine Vernachlässigung der
weniger wichtigen Statistik zur Folge hatte.

Frau Helene Granitsch weist darauf hin, daß in der
erwähnten Broschüre einige nicht ganz richtige Daten zu finden
seien und beantragt, ein Komitee zu bilden, welches damit
betraut werden möge, für die weitere Folge dieses Buches alles
vorzubereiten, was in Bezug auf das Frauen-Hilfswesen in der
jetzt erschienenen Broschüre mangelhaft oder gar nicht verzeichnet
erscheine.

Der Zentral-Beirat erklärt sich mit diesem Antrage ein-
verstanden und werden die Frauen Elvira Kott, Dr. Alma
Seiß, Emmy Freunlich und Rosa Wien in dieses
Komitee delegiert.

Zum Punkte I der Tagesordnung „Mitteilungen“ bringt
Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende noch zur Kenntnis, daß
die prachtvollen Gemüsesorten, die zur heutigen Sitzung als Muster
vorgelegt wurden, aus den Kriegsgemüsegärten des Knabenhortes des
XVII. Bezirkes stammen und ihr gestern von einer Abordnung
desselben überreicht wurden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont referiert sodann über
mehrere Ansuchen um Bewilligung von Nähmaschinen und finden
die diesbezüglich gestellten Anträge des Herrn Ober-Magistrats-
rates die Genehmigung des Zentral-Beirates.

Frau Josefina Kurzbauer erörtert die Notwendigkeit
der Herausgabe eigener Verträge zur Sicherung der angekauften
Nähmaschinen und schlägt vor, diesen Vertrag für alle Bezirke
einheitlich festzusetzen.

Nach längerer Beratung beschließt der Zentral-Beirat, in der
nächsten Sitzung an der Hand eines Entwurfes diese Frage
neuerlich in Diskussion zu ziehen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Anstellung beamteter
Säuglings- und Wohnungspflegerinnen“ verliest Herr Ober-
Magistratsrat Dr. Dont die vom Magistrat, beziehungsweise
Stadtphysikat darüber eingelangten Berichte.

Aus diesen Berichten gehe klar hervor, daß vorerst die ge-
setzliche Grundlage für die Ausübung des Amtes der Wohnungs-
inspektion geschaffen werden müßte, was in Kriegszeiten nur in
Form einer kaiserlichen Verordnung oder Ministerial-Verordnung
geschehen könnte.

Frau Helene Granitsch führt in längerer Rede aus,
daß in Deutschland der Wohnungsinspektions- und Pflegedienst
längst eine kommunale Einrichtung geworden sei. Nach ihrem
Wissen habe übrigens knapp vor dem Ausbruche des Krieges
eine Enquete stattgefunden, auf welcher die rechtliche Frage der
Wohnungsinspektion erwogen wurde und die dort versammelten
Rechtsgelehrten zu dem Schlusse gelangten, daß zur Durch-
führung der Wohnungsinspektion keine Abänderung, beziehungs-
weise Neuschaffung eines Gesetzes notwendig sei. Sie glaube
daher, daß es der Gemeinde möglich sein würde, im eigenen
Wirkungskreise die Anstellung von beamteten Wohnungs-In-
spektorinnen vorzunehmen. Wie dringlich die Frage sei, wisse wohl
jede im sozialen Leben arbeitende Frau und verweise sie im be-
sonderen darauf, daß sich durch die Schaffung eines derartigen

Veruses gerade den Intelligenzkreisen der Kriegervitwen, für die sonst keine Erwerbsmöglichkeit gefunden werden könnte, ein Erwerb bietet.

Frau Emmy Freundlich weist darauf hin, daß die Gemeinde Wien auf anderen Gebieten eine ganze Reihe von Verordnungen durchgeführt habe, die über ihren gesetzlich festgelegten Wirkungsbereich hinausgehen und dürfte es ihr insolge dessen auch nicht schwer werden, auf dem Gebiete der Wohnungsinspektion ein Provisorium zu schaffen. Wenn aber die Gemeinde auf dem Standpunkte beharre, es müsse vorerst ein diesbezügliches Gesetz geschaffen werden, so schlage sie vor, beim Minister des Innern deputativ vorzusprechen.

Auch Frau Gräfin Gerta Walterskirchen erörtert die unbedingte Notwendigkeit der Einführung einer Wohnungsinspektion und gibt dem Wunsche Ausdruck, der Beruf der Wohnungsinspektorinnen möge ehestens für die Kriegervitwen erschlossen werden.

Frau Dr. Alma Seiz bespricht die Möglichkeit der Einführung einer Wohnungsinspektion als sanitätspolizeiliche Maßnahme.

Frau Helene Granitsch führt aus, daß die Regelung der Wohnungsinspektionsfrage schon deshalb dringend sei, weil der Verein der Hausbesitzer in Wien sich nunmehr intensiv mit dem gleichen Gegenstande beschäftige und die Gefahr nahe liege, daß dadurch der soziale Standpunkt der Angelegenheit verloren gehe und sich nur eine einseitige Förderung der Hausherrninteressen herauskristallisiere.

Sie stelle daher die Anträge:

1. Eine Deputation zum Minister des Innern zu entsenden, um die Erlassung einer Ministerial-, eventuell kaiserlichen Verordnung zu erwirken.

2. Den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, die Frage der Wohnungsinspektion dadurch fördern zu wollen, daß er die Anstellung einer gewissen Anzahl von Kriegervitwen als beamtete Wohnungsinspektorinnen in Aussicht stelle.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen stellt den Zusatzantrag, für die Kriegervitwen schon während der Zeit des Kurses, welcher der praktischen Tätigkeit unbedingt vorangehen, müsse eine materielle Beihilfe zu gewähren.

Frau Fanni Freund-Marcus ersucht, von dem Worte „Wohnungsinspektorinnen“ Umgang zu nehmen, denn die Eigenart des Wiener stelle sich unter dem Worte „inspizieren“ eine Art unangenehmer Kontrolle vor und wäre es ihrer Ansicht nach besser, das Wort „Wohnungspflegerinnen“ zu gebrauchen.

Frau Elvira Kott führt als Beispiel die Art der Schaffung der Wohnungsinspektion in Troppau an.

Nach längerer Debatte beschließt der Zentral-Beirat, von einer Deputation zum Minister des Innern als Frauen-Hilfsaktion abzusehen und diesen Schritt den einzelnen Organisationen zu überlassen, im übrigen die in Rede stehende Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Zum Punkte 4 der Tagesordnung: Einsetzung von Preisermittlungs- und Preiskontroll-Kommissionen für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel bemerkt Frau Helene Granitsch daß feltamerweise bei der Ermittlung der Preise von den Behörden stets nur die Händler und Produzenten beigezogen werden, während die Konsumenten dabei vollkommen ausgeschaltet seien.

Die Konsumentenschaft wurde bisher stets erst dann von den ermittelten Preisen in Kenntnis gesetzt, wenn diese fix und fertig aufgestellt waren. Sie beantrage daher, wie in Berlin so auch in Wien ein Preisermittlungs-Komitee mit Fach-Ausschüssen einzusetzen, in dem auch die Konsumentenschaft vertreten sei. Als Grundlage hierfür möge der im Jahre 1913 in der Handelspolitischen Kommission bereits durchberatene Antrag gelten. Es müßte also zu diesem Zwecke eine eigene konstituierende Sitzung einberufen werden und hätte der Zentral-Beirat nur den Beschluß zu fassen, daß eine derartige Sitzung abgehalten werde.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen unterstützt diesen Antrag auf das wärmste und gibt der Meinung Ausdruck, daß die hohen Preise auf den Märkten vielfach darauf zurückzuführen seien, daß die Grundpreise, die auf den Markttafeln angeschrieben sind, bereits zu hoch angenommen werden.

Frau Emmy Freundlich betont, daß auch in einer Plenar-Sitzung der Handelspolitischen Kommission der Beschluß gefaßt wurde, für jeden Bezirk ein eigenes Preisermittlungs-Komitee einzusetzen. In Berlin habe man dies allerdings anders organisiert, da bestehe eine Zentral-Kommission mit mehreren Unter-Kommissionen.

Frau Fanni Freund-Marcus gibt bekannt, daß vor Jahren bereits die in Rede stehende Angelegenheit weitgehend erörtert wurde und sogar ein Streit darüber entbrannte, ob eine derartige Kommission Preisermittlungs- oder Preisbestimmungs-Kommission heißen solle. Sie denke, in Kriegszeiten würde eine Preisermittlungs-Kommission genügen. Während des Krieges habe sie wiederholt die Erfahrung gemacht, daß das laufende Publikum durch die Presse gleichsam auf die Temperatur der neugeschaffenen Preise allmählich gebracht werde. Erst würden verjuchweise „ballons d'essai“ steigen gelassen, dann entwickle sich immer bestimmter die Anschauung, daß die in Aussicht genommene Preiserhöhung tatsächlich eine Kriegsnotwendigkeit sei. Die soziale Folge der steten Preiserhöhungen aber werden eine weitgehende Deklassierung der Fixbesoldeten zur Folge haben und es werde in den nächsten Monaten die Hauptaufgabe der Frauen-Hilfsaktion darin liegen, Mittel und Wege zu finden, um dieser drohenden Not des Mittelstandes vorzubeugen.

Der Zentral-Beirat beschließt einstimmig, dem Antrage von Frau Helene Granitsch Folge zu geben und ersucht Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dönt, dem Herrn Bürgermeister über diesen Beschluß ehestens Bericht zu erstatten.

Punkt 5 der Tagesordnung: „Einführung von Gutscheinen nach Brünner Muster“ wird nach längerer Debatte über Wunsch der Referentin vertagt.

Frau Helene Granitsch bespricht die Notwendigkeit einer Leiterinnen-Sitzung und wird über ihren Antrag beschloffen, am Donnerstag den 30. September 1915, um 10 Uhr vormittags, eine Leiterinnen-Sitzung abzuhalten. Die Tagesordnung für diese Sitzung wird in der nächsten Sitzung des Zentral-Beirates festgesetzt werden.

Frau Emmy Freundlich führt aus, daß sich auch die Frage der Arbeitsbeschaffung für die Frauen-Arbeits-Komitees immer schwieriger gestalte und bestehe die Gefahr, daß die Heim-arbeits-Ausgabestelle von den Frauen-Arbeits-Komitees losgetrennt werde, was sehr bedauerlich wäre, da auch in vielen Fällen die zur Verabreichung gelangenden Lebensmittel und Geldunterstützungen nicht ausreichen.

Frauen-Selbstaktion im Winter.

III
25

Frau Emmy Freundlich fragt ferner an, ob es der Zentralstelle bekannt sei, daß die Ausspeisestellen bei den öffentlichen Ausspeisungen Ersparnisse erzielen, welche dann dem Komitee zur Deckung eventueller Defizite überlassen werden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt dies für vollkommen ausgeschlossen und bespricht in längerer Rede den Vorgang der Geldgebarung bei der Ausspeisungsaktion, welcher übermäßige Ersparnisse gewiß dadurch verhindere, daß das ersparte Geld nicht dem Bezirke allein zugute komme, sondern an die Zentralstelle abgeführt werden müsse.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen teilt zur Frage der Arbeitsbeschaffung noch mit, daß Exzellenz Löbl bereit wäre, den Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion im Kriege die Ausbesserungen von Anzügen, welche durch die nunmehr eingeleitete Wollaktion beim Kriegsfürsorgeamt einlaufen würden, zu überlassen. Die Arbeit werde vom Kriegsfürsorgeamt im Taglohne bezahlt und sei gefahrlos, da die Anzüge vorher desinfiziert würden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich gerne bereit, von der Arbeit Gebrauch zu machen und diesbezüglich mit dem Kriegsfürsorgeamt Verhandlungen zu pflegen.

Frau Fanni Freund-Marcus stellt namens der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs den Dringlichkeits-Antrag, die Ausgabe von Heimarbeit wieder in den Bereich der Frauen-Arbeits-Komitees der Bezirke einzubeziehen, da aus den Kreisen der Petentinnen der Frauen-Arbeits-Komitees vielfach Klage darüber geführt werde, daß speziell Mittelstands-Angehörige Anstand nehmen, in die Frauen-Arbeits-Komitees zu gehen, um nicht als Bittstellerinnen gekennzeichnet zu werden und Arbeit daselbst nicht mehr ausgegeben werde.

Zur Begründung führt die Antragstellerin aus, daß die Gründung der Frauen-Arbeits-Komitees seinerzeit ausdrücklich auf dem Prinzipie aufgebaut wurde, dieselben nicht zu Armenstellen, sondern zu Kriegsfürsorgestellen auszubauen und die Ausgabe von Heimarbeit ließ den deutlichen Unterschied zwischen Frauen-Arbeits-Komitee und Armenrat durchblicken. Nunmehr seien aber Anzeichen dafür vorhanden, daß man sich mit der Absicht trage, die Ausgabe der Heimarbeit den Nähstuben anzugliedern.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt demgegenüber, er habe keine Verfügung getroffen, welche eine derartige Annahme rechtfertigen würde und sei die Ausgabe von Heimarbeit wahrscheinlich nur deshalb in vielen Frauen-Arbeits-Komitees eingestellt worden, weil eben keine Heimarbeit mehr zu vergeben war.

Frau Emmy Freundlich regt an, durch einen blauen Zettel die Frauen-Arbeits-Komitees auf die Notwendigkeit der Heimarbeitsausgabestelle aufmerksam zu machen.

Frau Helene Granitsch stellt den Dringlichkeits-Antrag, der Zentral-Beirat wolle beschließen, daß zur Regelung der Kohlenfrage in Wien dem Herrn Bürgermeister der Vorschlag gemacht werde, geeichte Körbe für den Transport der Kohle anzuschaffen und eine Organisation der Frauenarbeit zum Kohlentransporte durchzuführen. Nur auf diese Art und Weise werde es möglich sein, den Wucherpreisen, welche meist den Transport-schwierigkeiten zugeschrieben werden, entgegenzuarbeiten. Auch wäre der Nachttransport mittels Lastwagen der städtischen Straßenbahnen in Erwägung zu ziehen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, auch hierüber dem Herrn Bürgermeister Bericht zu erstatten.

Frau Josefina Kurzbauer teilt mit, daß die Aktion „Kälteschutz“ Wolle nur mehr an freiwillige Strickerinnen abgebe.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen teilt mit, daß die Flüchtlingsausspeisung in Mitterndorf, für welche per Person 90 h gezahlt werde, an Quantität und Qualität weit hinter der Wiener Ausspeisungsaktion zurückbleibe.

Frau Emmy Freundlich ersucht um Zuweisung von Milch für den XII. Bezirk.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont schlägt vor, die Milch an Ort und Stelle zu kaufen und im Bezirke zur Verteilung zu bringen. Das Geld für diese Zwecke könne von dem Frauen-Arbeits-Komitee ausgegeben werden.

Frau Helene Granitsch stellt den Antrag, die Gemeinde Wien möge zur Behebung der Erdäpfelkalamität als Kriegsausnahme die Erlaubnis erteilen, Kartoffel auf Gemüsekarren zu verkaufen. Erwießenermaßen seien Kartoffelbestände in ausreichendem Maße vorhanden, nur sei die Haltbarkeit der derzeit geernteten Kartoffeln noch eine so geringe, daß nur eine rasche Abgabe an das Publikum dieses wichtige Volksnahrungsmittel vor einer weiteren Verteuerung schützen könne. Kartoffelabgaben mittels Gemüsekarren, eventuell Feuerwehrwagen einerseits und andererseits die Kartoffelabgabe an den Bahnhöfen direkt vom Waggon würde eine momentane Erleichterung der Approvisionierung breiterer und durch die Teuerung hart bedrängter Volksschichten bedeuten. Zur Kartoffelabgabe auf den Bahnhöfen direkt vom Waggon und zur Verteilung auf den Feuerwehrwagen oder Gemüsekarren würden sich sicher freiwillige Helferinnen aller Frauenorganisationen finden und könnte der Verkauf gleichfalls mittels geeichter Körbe erleichtert werden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont entgegnet, daß in der gestrigen Sitzung bei Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister beschlossen wurde, größere Mengen Erdäpfel aufzukaufen und auf den Markt zu bringen um dadurch die Händler zu zwingen, ihre Vorräte herauszugeben.

Frau Fanni Freund-Marcus betont, daß dieser Einkauf aber rasch geschehen müsse, denn jeder Tag vergrößere die Kalamität.

Frau Emmy Freundlich fragt an, ob es nicht möglich wäre, die Erdäpfelernte der Gemeinde Wien schon jetzt auf den Markt zu bringen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, auch darüber mit dem Herrn Bürgermeister zu sprechen.

Schluß der Sitzung.

Früher - Jilfraktion im Saing.

II
44

Kriegsgemüsegarten Wien XVII.

Auf einer Fläche von 11.000 m², in 258 Beete à 40 bis 50 m² geteilt, ernteten die Zöglinge:

Gattung	Schüler	Stück	kg	P r e i s	
				einzeln K	zusammen K
1. Bohnen . . .	229	—	1832	0.32	585
2. Erbsen . . .	84	—	21	1.—	21
3. Erdäpfel . . .	239	—	11.950	0.23	2748
4. Gurken . . .	35	500	150	0.25	37
5. Karfiol . . .	50	500	—	0.30	150
6. Kürbisse . . .	30	150	—	0.50	75
7. Kohlrüben . . .	171	5000	—	0.10	500
8. Kraut . . .	175	6050	—	0.20	1210
9. Paradeis . . .	119	—	1000	0.45	450
10. rote Rüben . . .	69	2070	—	0.06	124
11. Salat . . .	178	14.040	—	0.08	1123
12. Zwiebel . . .	57	—	290	0.50	145
13. Kohl . . .	184	6000	—	0.12	720
Summe . . .				7888	

Anmerkung: Außer den angeführten Gattungen wurde noch gebaut: Rettich, Linsen, Mais, Sonnenblumen.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende führt aus, daß der Boden für diesen Kriegsgemüsegarten vorher niemals bebaut worden sei und ganz frisch zur Verfügung gestellt wurde. Es sei bloß im Frühjahr eine Düngung vorgenommen und der Grund mit einem Straßenpfluge umgearbeitet worden. Die Kinder haben vormittags und nachmittags gearbeitet und wurde ein außerordentliches Zusammenarbeiten von Lehrern, Eltern und Kindern erzielt. Die Lehrer betonten, daß vor allem der erzieherische Einfluß auf die Kinder den größten Wert des Gemüsegartens darstelle; es konnte sogar in mehr als einem Falle konstatiert werden, daß der Vater lieber im Kriegsgemüsegarten seines Kindes tätig war, als untätig im Wirtshause zu sitzen. Da aber auch die Kinder ihre Ernte nachhause nehmen durften, die Eltern somit in den meisten Fällen nur Milch, Fett und Mehl zu kaufen brauchen, sei auch der materielle Einfluß auf die Wirtschaftsgebarung mancher ärmlichen Haushaltung nicht zu unterschätzen. Der Herr Bürgermeister habe sich in Anbetracht dieser schönen Erfolge gerne bereit erklärt, die Aktion in Friedenszeiten hinüberzunehmen. Sie könne daher nur die Frauen, welche sich seinerzeit für die Errichtung von Kriegsgemüsegärten so sehr eingesetzt haben, zu den nunmehr kundgewordenen Erfolgen beglückwünschen.

Frau Fanni Freund-Marcus fragt an, ob es nicht möglich wäre, die ungefähre Zahl der Arbeitsstunden in diesen Kriegsgemüsegärten zu erfahren.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erwidert, daß dies schwer möglich sein werde, da ja, wie erwähnt, auch Vater und Geschwister im Gemüsegarten mithalfen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont referiert ferner über das Ansuchen einer Näherin aus dem III. Bezirke um Verleihung einer Nähmaschine und beantragt die Gewährung des Ansuchens. Im gleichen Sinne befürwortet er das Ansuchen einer Näherin aus dem XII. Bezirke.

Der Zentral-Beirat stimmt beiden Anträgen zu.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont gibt weiters bekannt, daß die Ankündigungen des Kuratoriums für die Berufsberatung

für die Kriegserwitwen und Waisen bereits in den Nähstuben und Frauen-Arbeits-Komitees affigiert wurden.

Bezüglich des Antrages wegen Anstellung beamteter Wohnungspflegerinnen habe er bisher nichts unternommen, da er das Ergebnis der Deputation beim Minister des Innern abwarten wollte.

Frau Emmy Freundlich teilt mit, der Minister des Innern habe sich dahin geäußert, daß seiner Anschauung nach die Herausgabe einer kaiserlichen Verordnung nicht notwendig sei, wenn die Wohnungspflege ein Teil der sanitären Obforgen wäre. Sollte sich eine Regelung dieser sozialen Frage tatsächlich als notwendig erweisen, so sei er nicht abgeneigt, der Sache näherzutreten. Er wolle an alle Gemeinden eine diesbezügliche Anfrage richten.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont schlägt vor, das Ergebnis dieser Anfrage abzuwarten.

Der Zentral-Beirat erklärt sich damit nicht einverstanden und wird über Antrag von Frau Elvira Kott beschlossen, über diese Audienz beim Minister des Innern dem Herrn Bürgermeister Bericht zu erstatten.

Frau Emmy Freundlich erörtert in längerer Rede die Vorteile der Wohnungsinspektion in Bezug auf die Grundspeculation, auf die Erhöhung der Bautätigkeit und den sich daraus ergebenden erhöhten Erwerbsmöglichkeiten.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen bemerkt, daß die Gemeinde vorläufig nur die Zusicherung zu geben brauche, daß Kriegserwitwen und Waisen nach dem Kriege als Wohnungspflegerinnen angestellt werden können.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, nach Einholung eines abermaligen Gutachtens des Stadtphysikates dem Herrn Bürgermeister darüber zu berichten.

Bezüglich der in der letzten Sitzung gestellten Anfrage wegen Festsetzung des Nählohnes für die von der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs in Arbeit gebrachten Handtücher könne er mitteilen, daß für die Handtücher stets 4 1/2 h gezahlt wurden und nur für die gleichzeitig zur Ausgabe gelangten Spitalshandtücher per laufenden Meter Saum 2 h gezahlt wurden. Er mache bei dieser Gelegenheit gleich darauf aufmerksam, daß sich dieselbe Erscheinung auch bei dem Strohsacknähen zeigen werde, da für die bisherige Strohsacknäharbeit 18 h (14 h für den Strohsack, 4 h für den Polster) gezahlt worden seien und diese Arbeit nunmehr neben den Gemeinde-Strohsackgarnituren, für welche 22 h bezahlt werden, eine Zeitlang weiterlaufen dürfte.

An Angelegenheit des Antrages wegen Bildung eines Preisermittlungs-Komitees und Einberufung einer konstituierenden Sitzung könne er mitteilen, daß die Sache bereits im Ministerium anhängig sei. Er glaube im übrigen, daß die richtige Stelle die Handelspolitische Kommission wäre, von welcher die Bildung eines derartigen Komitees ausgehen müßte und nicht von der Frauen-Hilfsaktion.

Frau Fanni Freund-Marcus erwidert, daß sie die Anregung wegen Bildung eines Preisermittlungs-Komitees nur darum im Zentral-Beiratsrat zur Sprache gebracht habe, weil auch der nationale Frauendienst in Deutschland Vertreter in die dortigen Preisbildungs-Komitees entsendet habe, mit der Begründung, ein Teil des Krieges müsse auch hauswirtschaftlich und küchenwirtschaftlich geführt werden. Sie glaube, daß auch

toffeln um 8 K verkaufe und dafür Mais zur Verfütterung im Preise von 72 K 50 h einkaufe.

Der Bürgermeister erklärt sich mit der vorgelegten Resolution einverstanden und ersucht, als fünften Punkt dieser Resolution anzufügen, daß die Verordnung auch deshalb undurchführbar sei, weil der Wiener Markt von den ungarischen Lieferungen abhängt. Der tägliche Kartoffelbedarf sei 30 Waggon, also im Monate 900, und in 6 Monaten 5400 Waggon. Ohne Ungarn sei dieses Kartoffelquantum überhaupt nicht aufzutreiben. Es bliebe nur Mähren und Böhmen übrig, außerdem müsse getrachtet werden, Bezüge aus Galizien und Rußisch-Polen einzuleiten.

Nun könne aber der Statthalter von Niederösterreich nur im eigenen Lande Kartoffeln in Beschlag nehmen lassen. Es werde sich also auch die im heutigen Ministerrat in Aussicht genommene Durchführungsverordnung als unzulänglich erweisen.

Der Zentral-Beirat beschließt somit nachfolgende Fassung der Resolution, welche auch die Genehmigung des Herrn Bürgermeisters findet.

„Die Frauen-Hilfsaktion im Kriege hat in ihrer heutigen Sitzung die neue Verordnung über die Höchstpreise für Kartoffeln einer eingehenden Beratung unterzogen.

Die Vertreterinnen aller Organisationen wiesen auf die Gefahren hin, die für die Kartoffelapprovisionnement der Stadt Wien aus dieser neuen Verordnung erwachsen können.

1. Sehen sie in der stufenweisen Steigerung des Höchstpreises eine Gefährdung der Marktbeschickung während der nächsten zwei Monate, da naturgemäß von der Landwirtschaft der Zeitpunkt des höheren Kartoffelpreises abgewartet werden wird. Die Gründe, auf die sich dieser Teil der Verordnung stützt (Schwund und Einlagerungsspesen) sind hinfällig im Hinblick darauf, daß solche Spesen leicht in die allgemeinen Produktionskosten einbezogen werden können und gewöhnlich auch einbezogen werden.

2. Ist die Spannung zwischen Speise-, Industrie- und Futterkartoffel eine zu geringe, so daß die Gefahr besteht, daß die Qualitätsunterschiede nicht gewahrt werden.

3. Die Verfügung, welche der Frauen-Hilfsaktion auf ihre Anfrage bei der zuständigen Behörde mitgeteilt wurde: Daß die Gemeinden bei Eintreten der Kartoffelnot das Recht haben, bei der Statthalterei die Requisition zu verlangen, erscheint nicht ausreichend, da es angesichts der hohen Lebensmittelpreise und der geplanten Vermehrung der fleischlosen Tage nicht nur nicht zu einer Kartoffelnot, sondern nicht einmal zu einer vorübergehenden Kartoffelknappheit kommen darf. Die Frauen-Hilfsaktion im Kriege erblickt in der Beschlagnahme der Kartoffelvorräte die einzige Möglichkeit, dieser Höchstpreisverordnung eine im Sinne der klaglosen Approvisionnement der Stadt gelegene Durchführung zu sichern. Die Beschlagnahme soll in der Form gehandhabt werden, daß die Gemeinden das für ihr Gebiet erforderliche Mindestverbrauchsquantum (in Berücksichtigung der gegenwärtigen Lebenshaltung weitester Bevölkerungsschichten) festlegen, dasselbe bei der Regierung anmelden und von der Regierung die Zusicherung dieses Quantums bei ratenweisem regelmäßigem Abruf verlangen. Durch den Umstand aber, daß die Beschlagnahme durch die Landesstelle nur im eigenen Wirkungsbereich derselben erfolgen kann, das Land Niederösterreich

aber in seiner Kartoffelproduktion passiv ist, ist die Verordnung für Wien wieder völlig unwirksam.

4. In der Bestimmung, daß diese Höchstpreisverordnung der Regierung durch höhere Höchstpreise der einzelnen Produktions- und Konsumentengebiete durchbrochen werden kann, erblickt die Frauen-Hilfsaktion im Kriege einerseits die Gefahr, daß der Preistreibeerei Tür und Tor geöffnet wird und andererseits für jene Gebiete, die sich diesen „Höchstpreisen“ nicht anschließen, eine fortgesetzte Kartoffelnot.

5. Mit Rücksicht darauf, daß für Wien ein großer Teil des notwendigen Kartoffelbedarfes aus Ungarn geliefert wird, in Ungarn aber keine Höchstpreise festgesetzt wurden, dürfte sich die Verordnung für Wien überhaupt als undurchführbar erweisen, da bei dem Mangel an Kartoffelzufuhr nicht nur eine Knappheit, sondern direkt eine katastrophale Kartoffelnot eintreten müßte.“

Über eine Anfrage von Frau Helene Granitsch, ob der Gemeinde Wien bekannt sei, daß in Kielce Ausfuhrbewilligungen privater Händler direkt verlizitiert und an den Meistbietenden vergeben werden, gibt der Herr Bürgermeister bekannt, daß das Militärkommando telegraphisch mitgeteilt habe, die dort vorhandenen Lebensmittel würden für das Militär benötigt und könne nichts abgegeben werden.

Der Zentral-Beirat nimmt diese Ausführungen des Herrn Bürgermeisters dankend zur Kenntnis.

Frau Janni Freund-Marcus fragt an, ob die Arbeiterinnen in den Gemeinde-Nähstuben versichert seien und macht auf die großen Unannehmlichkeiten bei einer allfälligen Nichtversicherung aufmerksam.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t entgegnet, daß er sich diesbezüglich gleich zu Beginn des Krieges bei verschiedenen Versicherungsanstalten erkundigt und in Erfahrung gebracht habe, daß eine Versicherung nicht notwendig sei. Er werde aber neuerlich Erkundigungen einziehen.

Frau Helene Granitsch bespricht sodann in längeren Ausführungen die Erwerbsmöglichkeiten für arme Mittelstandsfrauen und wird über ihren Antrag beschloffen, diese Frage in die Tagesordnung der nächsten Leiterinnensitzung aufzunehmen.

Schluß der Sitzung.

Bisheriges Ergebnis der Kriegssammlungen der „Neuen Freien Presse“

10,004.553 Kronen 94 Heller.

Zahl der Kriegstage: 687.

Zahl der veröffentlichten Ausweise: 562.

Zahl der zur Veröffentlichung der Ausweise und Aufrufe verwendeten Seiten des Blattes rund 1110.

Zahl der Spender rund 148.000.

Zahl der Spender von einer Krone bis einschließlich 100 Kronen rund 119.000.

Wien, 10. Juni.

In der Zeit vom 28. Juli 1914 bis zum 10. Juni 1. J. sind uns aus dem Kreise der Leser der „Neuen Freien Presse“ für die Kriegssammlungen die folgenden Beträge zugekommen:

Notes Kreuz:

Oesterreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz	1,190.618.94	
Tuberkuloseheilstätte des Patriotischen Hilfsvereines	431.575.97	
Für die Aktion „Krankenkost im Felde“	189.034.65	
Für unsere Gefangenen im Feindesland (Bureau des Roten Kreuzes)	123.940.—	
Oesterreichisches Hilfskomitee für das bulgarische Rote Kreuz	114.241.17	
Zusammen		2,049.410.73

Fürsorge für Blinde:

Sammlung für die im Felde erblindeten Angehörigen des Heeres	863.517.49	
Sammlung zur Gründung von Kriegsblindenheimstätten	778.625.—	
Sammlung für die Conrad v. Höhendorf-Stiftung für Kriegsblinde	5.000.—	
Zusammen		1,647.142.49

Sammlung für die U-Boot-Aktion des Oesterreichischen Flottenvereines	779.905.27	
Zur Anschaffung von künstlichen Gliedmaßen für Kriegsinvalide	737.299.82	
Sammlung für den Witwen- und Waisenhilfsfonds der gesamten bewaffneten Macht	457.175.78	
Für die Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge	452.332.74	
Sammlung für die Familien der Einberufenen	415.116.80	
Sammlung für die Hilfsaktionen der Frau Anitta Mäller	387.090.60	
Sammlung zur Schaffung von dauernden Einrichtungen im orthopädischen Spital und den Invalidenthulen des Reservespitals Nr. 11	303.494.35	
Für das Komitee der Kriegspatenschaft	296.014.92	
Für die Aktion zur Rettung der verlassenen Kinder Galiziens	294.908.22	
Sammlung für die Ausspeisungsaktion der Bedürftigen	205.050.48	

Weihnachtsgaben:

Für Soldaten i. Felde 1914	65.046.50	
An unsere Soldaten im Felde 1915	113.121.30	
Zusammen		178.167.80
Sammlung für die armen Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina	161.542.25	
Sammlung für das Hilfskomitee für aus dem Feindesland ausgewiesene Oesterreicher	158.585.—	
Sammlung zur Linderung der Not der durch die Kriegserregnisse betroffenen Juden Galiziens und der Bukowina	132.992.—	
Für die „Kriegslandspende“	103.700.76	
Für das Komitee der Tagesheimstätten für Kriegswaisen und Kinder	100.302.31	
Für den Verein „Waldschule“	77.965.96	
Für das Armenambulatorium des Zionistischen Zentralkomitees für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina	75.874.59	
Für das Mo.arkbild der Kinder	72.545.37	
Für die Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes, „Kälteschutz“	58.222.—	
Für die Aktion der Fürstin Metternich-Sandor „Allgemeine Kunstfursorge“	56.946.92	
Für die Hilfsaktion der Schuhbeschaffung für die Armen Wiens	52.454.79	
Sammlung für die armen Flüchtlinge aus den südböhmischen Grenzgebieten	45.828.05	
Künstlerwidmung des Herrn Salo Cohn, Wien-Meran	40.000.—	
Für den Invalidenfonds des Kriegsfürsorgeamtes	35.507.99	
Für die Hilfsaktionen des Vereines Israelitische Volkshilfe	29.024.47	
Zur Schaffung eines besonderen Fonds für invalide Offiziere zu Händen Erz. FML v. Löbl	28.352.—	
Sammlung für die Verwundetenhilfsaktion der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft	25.965.80	
Für den ottomanischen Roten Halbmond	24.280.53	
Für die Ausspeisungsaktion „Jugendchutz“	21.652.30	
Sammlung für die Schule der Einarmigen	21.455.77	
Teelöffelsammlung für die Arme	21.327.80	
Widmung des Herrn Dr. Alfons Thersch zur Anschaffung künstlicher Gliedmaßen für Verwundete	20.000.—	
Für die Fürsorgeaktion „Bücher ins Feld“	19.728.43	
Für das jüdische Hilfskomitee in Lemberg	18.565.20	
Zur Anschaffung von Liebesgaben für die Kriegsgefangenen im Rußland und Sibirien	18.244.34	

Uebertrag . . . 9,624.174.63

Uebertrag . . .	9,624.174.63	
Für die Flüchtlingsausspeisung Dr. Gustav Kohn	15.832.—	
Für das Adria-Kriegshospiz des Landesverbandes für Fremdenverkehr im Küstenlande	15.123.—	
Von Frau Martha Sch., Wien, 19. Bezirk, diverse Spenden bulgarische Anleihe 15.000 Francs nominale	15.000.—	
Ergebnis der Zehnkrone-Sammlung der „Neuen Freien Presse“	12.940.—	
Für den Verein „Volksspeisehalle Einheit“	12.351.30	
Für die Barackenbewohner in Nikolsburg, Pohrlitz, Gaya und Datsch	12.184.98	
Für den Kriegsfreiwilf des Vereines „Kurfürsorge“	11.091.—	
Für das Frauenhilfskomitee 10. Bezirk für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina	10.109.—	
Für kriegsinvalide Eisenbahner	10.000.—	
Für die Lungenheilstätte der Wiener Kaufmannschaft	10.000.—	
Für die Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide	9.841.—	
Für die Familien der einberufenen Stand-schützen in Tirol	9.335.08	
Sammlung für die galizischen Flüchtlinge in Nikolsburg	8.256.—	
Sammlung für die im Felde stehenden Soldaten (Kriegsfürsorgeamt)	7.955.—	
Zur Unterstützung der Pflege unserer Kriegspferde und -hunde	7.601.50	
Für reichsdeutsche bedürftige Witwen und Waisen nach Gefallenen im Kriege	7.500.—	
Für ungarische bedürftige Witwen und Waisen nach Gefallenen im Kriege	7.500.—	
Für die Aktion „Lorbeer für unsere Helden“	7.294.—	
Für die in Wiener Spitälern befindlichen, invalid gewordenen Krieger als Liebesgabe zum 18. August 1915	7.230.—	
Für das Vereinsreservespital Nr. 11 des Kaiserin Elisabeth-Lehrmädchen- und Arbeiterinnenheims	7.003.56	
Für die Aktion des Ungarnvereines Wien zur Erbauung eines Dorfes „Magyar-Bees“	6.190.—	
Sammlung für Neujahrswunsch-Enthebungstagen zugunsten des l. l. Oesterreichischen Militär-Witwen- und -Waisenhilfsfonds	5.879.—	
Für die Aktion des Universitätsprofessors Dr. H. Schlegler für lungenkranke Soldaten	5.715.30	
Für die 13jährige Pierina Kocianzig aus Görz	5.687.70	
Für die Palästina-Aktion	5.340.—	
Für arme Musiker der Stadt Wien	5.050.—	
Zur Errichtung einer Speiseanstalt für Angehörige des Handels- und Mittelstandes	4.954.50	
Für die Kriegshilfsaktion des Mädchenunterstützungsvereines	4.850.—	
Für die Brotverteilung an galizische Flüchtlinge	4.312.50	
Zur Errichtung eines Gebendehomes für Egon Verch und die Besatzung von U XII	4.178.90	
Für die Ausspeisungsaktion des Frauenvereines „Zukunft“	4.078.10	
Zum Wiederaufbau Ortelsburgs	3.951.—	
Für die Flüchtlings-Unterstützungsaktion des Wiener Verbandes der galizischen humanitären Vereine	3.766.50	
Für die Heimkrippe der „Rohs“	3.702.—	
Sammlung für die Allgemeine Poliklinik	3.424.50	
Für die Aktion „Mütter durch Gewalttätigkeit“	3.382.—	
Sammlung für das interkonfessionelle Hilfskomitee zur Frühstück- und Taufenauspeisung der Flüchtlinge	3.288.04	
Für die Blindenfürsorgeaktion des Zweigvereines Wien-Leopoldstadt vom Roten Kreuz	3.259.60	
Sammlung für das ungarische Rote Kreuz	3.240.—	
Für die Witwe und sieben Waisen nach dem im Kremfierer Spital verstorbenen slowakischen Krieger	3.070.80	
Für Wiener Wohlfahrtsvereine zu Händen Sr. Erzherzogin des Herrn Bürgermeisters	3.000.—	
Für die Frauenhilfsaktion im Kriege	2.958.30	
Für das 19jährige Heldennädchen Verta Kenda aus Tolmein	2.924.30	
Für die Aktion „Wiener Kinder aufs Land“	2.905.—	
Für die Kriegsgefangenen in Tschita, Antipicha und Pestschanka (Aktion der Frauen Stach-Hofmann und Verta Wittmann)	2.804.20	
Flüchtlingshilfsaktion der Wiener Brocken-sammlung für jüdische Arme	2.596.20	
Für die Bäuerin Aloisia Drole in Spitalic	2.477.60	
Für die Gesellschaft des reichsdeutschen Roten Kreuzes	2.170.—	
Für den Mütterheim-Baufonds des Oesterreichischen Bundes für Mütterchutz	2.136.40	
Für die Flüchtlingsfürsorge in Ung.-Grabisch	2.022.63	
Für die Militärpiloten und deren Hinterbliebene	2.000.—	
Für die Gesellschaft vom bulgarischen Roten Kreuz	1.803.—	
Für Sommerliebesgaben an unsere Soldaten im Felde (Kriegsfürsorgeamt)	1.752.98	
Für die Ausspeisungsaktion der Fürstin Adam Maria Luomirska	1.730.—	
Für die l. l. Gesellschaft vom Oesterreichischen Silbernen Kreuz	1.671.33	
Für Liebesgaben an unsere Militärarbeiter-abteilungen	1.575.—	
Zur Anschaffung von Prothesen (Erzellenz Gräfin Anta Bienerth)	1.500.—	
Sammlung für das Reservespital der Darmherzigen Brüder	1.363.—	
Für die Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger	1.300.—	

Uebertrag . . . 9,955.842.44

Uebertrag . . .	9,955.842.44	
Für die Zentralstelle der Gemeinde Wien zur Fürsorge für Soldaten und deren Angehörige	1.300.—	
Für das Wiener Hilfskomitee zur Unterstützung der zurückgebliebenen Familien reichsdeutscher Krieger	1.237.—	
Für den Unterstützungsverein jüdischer Hochschüler aus Galizien in Wien	1.224.—	
Für den Ersten Wiener Volkshilfsverein	1.200.—	
Für die ärztlichen Belegzimmer im Allgemeinen Krankenhause	1.165.—	
Für die notleidende Bevölkerung der befreiten Gebiete Galiziens und der Bukowina	1.149.60	
Für das Komitee zur Anschaffung warmer Unterkleidung für unsere Soldaten im Felde	1.098.—	
Für die galizischen Flüchtlinge in der Gemeinde Pohrlitz	1.084.62	
Für die Aktion des Oesterreichischen Roten Kreuzes „Weihnachten in den Sanitätsanstalten im engeren Kriegsgebiete“	1.050.—	
Für die l. l. Gesellschaft vom Weißen Kreuz	1.040.—	
Für die Hilfsaktion für die Stadt Gorlice	2.020.—	
Zur Aufstellung von Infektionskrankenzügen	1.000.—	
Für die Künstlerfürsorge des Wirtschaftsverbandes bildender Künstler Oesterreichs	1.000.—	
Für die Hinterbliebenen von Angehörigen der l. u. l. Kriegsmarine	1.000.—	
Für die Sanitätsanstalten des Landwehrkommandos im Korpsbereich Wien	1.000.—	
Für die Fürsorge für in Oesterreich arbeitslos Gewordene	1.000.—	
Für die deutsche Landeskommission für Kinder-schutz und Jugendfürsorge, Prag	1.000.—	
Für das Kriegsfürsorgeamt, Prag	1.000.—	
Für das Vereins-Filialspital Nr. 3 vom Roten Kreuz	1.000.—	
Für die Aktion des Präsidiums der Handels- und Gewerbetammer in Triest	1.000.—	
Für den Ladedienst der Südmarmee	1.000.—	
Für bedürftige Soldaten in Wiener Spitälern	1.000.—	
Für den Oesterr. Bund für Mütterchutz	984.—	
Für die Aktion „Hilfsgruppe Werkschne-Uoinsk“	975.—	
Für die Sammelstelle der Fürstin Pauline Metternich-Sandor für weitliegende Spitälern	946.—	
Für die Hilfsaktion der Kinderbeschwerter Nida Zelinet-Bala	875.—	
Zur Unterstützung der in Tadjkent befindlichen Kriegsgefangenen	847.—	
Für unsere Helden an der Front gegen Montenegro	830.—	
Für die an Tuberkulose erkrankte Wiener Pflegeschwester	811.50	
Für das Spital der Universität Wien	780.—	
Für Oesterliebesgaben an unsere Soldaten im Felde (1916)	775.—	
Für den Kriegshilfsfonds des Vereines Reisender Kaufleute	750.—	
Für den Schönaich-Fonds des Oesterreichischen Militär-Witwen- und Waisenhilfsfonds	740.—	
Für die zahnärztliche Abteilung der Allgemeinen Poliklinik	725.—	
Zur Förderung der Einstellung von Hunden bei der Armee im Felde	720.—	
Sammlung für das Ruhspital, Ragran	685.—	
Für die Hilfsaktion der Rumänen	680.—	
Für die Erbauung des Erzherzog Franz Ferdinand- und Herzogin Sophie von Hohenberg-Offiziers-, Witwen- und Waisenheims in Baden	665.—	
Für das Komitee zur Beschaffung von Kriegskrankenschwäche	635.—	
Für das Erzherzog Rainer-Spital	600.—	
Für die Bukowinaer Flüchtlinge	561.—	
Zur Anschaffung von Eisengütern für die Geldengräber an der Landstraße	552.28	
Für die Kriegsfürsorgeaktion des Schutzverbandes der Schwerhörigen und Erlaubten „Vog“	551.—	
Für die Kriegsfürsorgeaktion der Drißgruppe „Afergrund des Arbeitervereines „Kinderfreunde“	550.—	
Für die Aktion der l. l. Gesellschaft der Ärzte	529.—	
Für den Fonds zur Errichtung von Kriegerheimstätten	525.—	
Für die Familie A. Schreier	515.40	
Für Weihnachtsgaben an die Mannschaft unserer Kriegsmarine	500.—	
Für die Armen der Städte Lemberg und Brody	500.—	
Für das Reservespital vom Goldenen Kreuz, Wien, 9. Bezirk	500.—	
Für die heldenmütige Besatzung des U 5	500.—	
Für Liebesgaben an unsere Unterseeboot-mannschaft	487.83	
Zur Beschaffung kühlender Getränke für unsere Soldaten im Süden	457.—	
Für die elf gefangenen Wiener auf Korsika	454.—	
Für die in Not gerotene Mutter, deren Mann in russische Gefangenschaft geraten	440.—	
Zur Anschaffung einer Schreibmaschine für den erblindeten Offizier in der zweiten Augenlinie	410.—	
Für die Hilfsaktion zugunsten der Stadt Bialyflamen	409.30	
Für die Besatzung des U-Bootes, welches den italienischen Kreuzer „Giuseppe Garibaldi“ torpedierte	400.—	
Für die Besatzungen, beziehungsweise deren Hinterbliebene unserer Unterseeboote	400.—	
Für Oesterliebesgaben 1915 für unsere Soldaten im Felde	397.—	
Für die aus Thymienica geflüchtete Witwe und deren Kinder	381.—	

Uebertrag . . . 10,004.553.94

16. VII. 1916

53

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 36. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 14. Oktober 1915.

Vorsitzende: Excellenz Frau Berta Weiskirchner

Anwesend die Frauen: Hanni Brentano, Tony Colbert, Mathilde Eisler, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Anna Raff, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich, Elvira Kott, Dr. Alma Seiß, Hertha v. Sprung, Gräfin Gerta Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt: die Frauen Helene Granitsch und Josefina Kurzbauer.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Magistritz Drexler.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Beschlußfassung über Ansuchen, betreffend die Überlassung von Nähmaschinen.
3. Beschlußfassung über den Antrag Ihrer Durchlaucht der Frau Prinzessin Klementine Metternich, betreffend die Beilebung der Spendentätigkeit.
4. Beschlußfassung über den Antrag der Frau Gräfin Gerta Walterskirchen, betreffend verschiedene Vorkommnisse in den Ankerbrotfilialen.
5. Beschlußfassung über den Antrag der Frau Hertha v. Sprung, betreffend die Abhaltung eines vierstündigen Unterrichtskurses für bürgerliche Köchinnen.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Versammelten und eröffnet die Sitzung.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung teilt Ihre Excellenz die Frau Vorsitzende mit, daß sie, um die Fortführung der

Ausspeisung im bisherigen Ausmaße zu sichern, an begüterte Leute folgendes Schreiben gerichtet habe:

„Als zu Beginn des Krieges die Zentralstelle im Rathause und das Schwarz-gelbe Kreuz geschaffen wurden, war jedermann, arm und reich, bestrebt, sein Scherflein beizutragen, um die herbe Not des Krieges zu lindern. Viele und namhafte Spenden liefen ein und bald konnte die Ausspeisungsaktion täglich 38.000 Bedürftigen die Wohlthat einer warmen Mahlzeit zuteil werden lassen.

Seither ist ein volles Kriegsjahr verflossen und wesentlich anders sind die Verhältnisse geworden. Als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion im Kriege, welcher die Durchführung der Ausspeisung obliegt, und als Ehrenpräsidentin des Schwarz-gelben Kreuzes mußte ich schweren Herzens die Wahrnehmung machen, wie die Zahl der Spenden sich von Tag zu Tag verringerte. Durch die Teuerung ist aber zu befürchten, daß die Zahl der Bedürftigen mehr und mehr anwachsen wird. Schon sind die beiden Fürsorgestellen nicht mehr in der Lage, die nötigen Mittel aufzubringen, denn die Ausspeisungsaktion erfordert einen täglichen Kostenaufwand von 10.000 K und die bange Frage taucht auf: Was soll aus den 38.000 Bedürftigen werden, die bisher die öffentliche Ausspeisung in Anspruch nahmen?

Nur rasche Hilfe kann dem drohenden Unheil Einhalt gebieten und so wende ich mich denn vertrauensvoll an Euer Hochwohlgeboren mit der innigen Bitte, mir beizustehen in dieser schweren Zeit und den wahrhaft menschenfreundlichen Zwecken der Ausspeisungsaktion Ihre werktätige Unterstützung widmen zu wollen. Der Dank vieler tausend Armer in Wien wird Euer Hochwohlgeboren sicher sein.

In der Erwartung, keine Fehlbitte getan zu haben, zeichnet in vorzüglichster Hochachtung

Die Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion:
Berta Weiskirchner m. p.“

Auf Grund dieses Schreibens seien bis zum heutigen Tage, also während eines Zeitraumes von 14 Tagen, ungefähr 120.000 K eingelaufen, darunter eine Zusicherung von 50.000 K, welche in monatlichen Raten zu je 6000 K eingezahlt werden wird.

Der Zentral-Beirat nimmt diese Mitteilung mit großer Freude zur Kenntnis und dankt Ihrer Excellenz der Frau Vorsitzenden für die zugunsten der Ausspeisungsaktion eingeleitete Sammeltätigkeit.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bringt dem Zentral-Beirat zur Kenntnis, daß am Donnerstag den 7. Oktober, um 5 Uhr nachmittags, im Vortragssaale der städtischen Gaswerke, VIII., Josefstädterstraße 10, ein Vortrag über Seefische von Herrn Dozenten Dr. E. Neresheimer gehalten wurde, an welchem sich praktische Demonstrationen anschlossen.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen bespricht ausführlich den Verlauf dieser Veranstaltung, welche sie als sehr gelungen bezeichnen müsse.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont teilt mit, er habe in Erfahrung gebracht, daß sich in absehbarer Zeit eine Knappheit an Seefischen einstellen werde und habe daher eine weitgehende Propagierung von Seefischen gegenwärtig keinen Zweck.

gegeben von den Fräulein Marek, Moser und Travnicek. Kriegsgedichte wurden von Fräulein Kraszil und Bondrigo sowie von Herrn Hotta vorgetragen. Zum Schlusse brachte der Obmann das Hoch auf Papst und Kaiser, der hochw. Herr Pfarrer auf den Kardinal und die Frau Fahnenpatin aus.

Frauenarbeit in großer Zeit.

Ein Buch von der Gattin des Wiener Bürgermeisters.

Anlässlich der kürzlich stattgefundenen 50. Sitzung des Zentral-Damenbeirates der Wiener „Frauenhilfsaktion im Kriege“ überraschte die Vorsitzende, Frau Bürgermeister Berta Weiskirchner, ihre Mitarbeiterinnen durch eine sinnige Gabe: ein zierliches, mit dem Wappen und den Farben Wiens geschmücktes Büchlein, das sie selbst verfasst hat, um das Wirken der Frauenhilfsaktion zu schildern („Die Frauenhilfsaktion Wien. Zur Erinnerung an die 50. Sitzung des Zentral-Damenbeirates der Frauenhilfsaktion im Kriege“, Berta Weiskirchner, Vorsitzende, Kommissionsverlag Gerlach & Wiedling, Wien D.). Die schöne Erinnerungsgabe hat jedoch nicht allein für die Mitglieder der Frauenhilfsaktion einen Wert, sondern ist in ihrer wienerischen Warmherzigkeit und echten Fräulichkeit zugleich ungemein geeignet, der Öffentlichkeit einen Begriff zu geben von dem sich ständig erweiternden Wirkungsbereich und dem unermüdblichen Arbeitseifer der etwa 700 Wiener Frauen aller Parteirichtungen, die sich gleich nach Kriegsbeginn in der Frauenhilfsaktion zusammengefunden haben, „nur geleitet von dem einzigen Wunsch, wo es nottue, Wunden, die nicht von der Waffe geschlagen wurden, zu heilen, Hilfe zu bringen und Tränen zu trocknen“.

„Die Frauenhilfsaktion hat gearbeitet,“ schreibt Berta Weiskirchner, „wirklich gearbeitet, unermüdblich in den Frauen-Arbeitskomitees der einzelnen Bezirke, in den Nähstuben und bei der großen Auspeisefraktion. Sie hat sich aber auch in anderer Weise auf allen Gebieten betätigt. Wo die Stimme einer Frau von Wert ist, hat sie Anregungen hinausgegeben, hat Verbesserungen der Gesehe verlangt und ist direkt in vielen Fällen mit den Ministerien, dem Statthalter und dem Bürgermeister in Fühlung getreten. Es ist natürlich nicht möglich, alle Einzelfälle aufzuzählen, aber wer näheren Einblick in die Arbeit der Frauenhilfsaktion hat, wird ihre Tätigkeit zu würdigen wissen. Excellenz Graf Stürgkh sprach derselben seine volle Anerkennung aus und auch der Bürgermeister hat wiederholt den Leistungen der Frauenhilfsaktion Worte aufrichtigen Lobes öffentlich gezollt.“ Die Verfasserin spricht dann von den verschiedenen Arbeitsgebieten der Frauen und sagt zusammenfassend: „Die Arbeit in den Bezirken zerfällt in die verschiedensten Abteilungen. Der Sitz ihrer Tätigkeit ist meist in den Gemeindefhäusern und hier fanden sich auch jene ein, welche Hilfe brauchen. Hier werden Arbeitslose vorgemerkt, Reservistenfrauen beraten, Freitische verzeichnet und abgelöst, Speisemarken und Speisekarten für die Auspeisefraktion ausgegeben. Hier werden schwangere Mütter beraten und vor Not geschützt, Säuglinge mit Milch versorgt und der städtischen Berufsvormundschaft zugewiesen. Hier werden weiters die Unterstützungsbedürftigen an den Armenrat und an die Zentralfstelle gewiesen und von hier aus werden auch alle Erhebungen für die Bedürftigen gepflogen. Eine Unsumme von Arbeit liegt darin, denn genau und gewissenhaft muß jeder einzelne Fall erhoben und geprüft und je nach dem Ergebnisse der Erhebung in Obhut und Sorge genommen werden. Hier werden auch Hunderte von Familien mit Nahrungsmitteln versorgt, welche teils gesammelt, durch den Ein-Rilo-Tag freiwillig gespendet wurden und jetzt von der Zentralfstelle zur Verfügung gestellt werden. Durch diese Opferwilligkeit der verschiedenen Stände ist es gelungen, anfangs mit der großen Auspeisefraktion etwas zurückzuhalten, doch ist dieselbe nunmehr in vollem Gange und erhalten bereits 52.219 Personen täglich eine warme Mahlzeit, bestehend aus 06 Liter Gemüße und 140 Gramm Brot... Die Zentrale besitzt gegenwärtig 113 Auspeisestellen... Eine Summe von 400.000 Kronen monatlich ist erforderlich, um die einfache Mahlzeit verabreichen zu können. Anfangs reichte die Summe von 20 Sellern per Person aus, doch mußte der Betrag bald auf 25 Seller erhöht werden.“ Im ganzen sind für die städtische Auspeisung schon nahe an 6 Millionen Kronen verbraucht. Das Geld ist durch Sammlungen, Spenden und durch die Unternehmungen des „Schwarzen Kreuzes“ beschafft worden. Außer der täglichen Auspeisung und der gewöhnlichen Verteilung von Lebensmitteln durch die Frauen-Arbeitskomitees haben aber noch zu den beiden Kriegswihnachten, zu Ostern und Pfingsten besondere Lebensmittelbeteiligungen stattgefunden. — Wie auf dem Gebiet der Auspeisung, haben die Frauen auch auf dem der Arbeitsbeschaffung Großes geleistet: „Tausenden von Frauen wurde in den Nähstuben Arbeit und Verdienst geboten und damit die Möglichkeit gegeben, sich und die Familie zu erhalten.“ In den 29 Arbeitsstuben der Frauenhilfsaktion haben in den arbeitsreichsten Monaten über 8000 Frauen und Mädchen Beschäftigung gefunden, selbstverständlich nur gegen Bezahlung, denn: „Freiwillige Kräfte waren ganz ausgeschaltet, es durfte den Notleidenden die Arbeit nicht genommen werden.“ Im ganzen wurden bisher rund 7 Millionen Arbeitsstücke verschiedenster Art angefertigt, zumeist Ausrüstungsgegenstände für die Soldaten. — Die Frauenhilfsaktion hat sich auch noch auf so manchem anderen Gebiet betätigt; sie hat Kochrezepte veröffentlicht, Kochkurse und aufklärende Vorträge für Hausfrauen und Köchinnen halten lassen, für die Bepflanzung freier Plätze mit Gemüße gesorgt, verschiedene Hilfsaktionen für die Wiener Spitäler durchgeführt usw.

Dem Büchlein sind sorgfältig zusammengestellte statistische Tabellen beigegeben, aus denen sich die Leistungen der Frauenhilfsaktion in Zahlen nachweisen lassen und die dereinst, wenn die Geschichte der österreichischen Kaiserstadt im Völkerringen geschrieben werden wird, wertvolles Material liefern werden. Ähnliches gilt von den Photographien, die das Buch schmücken: Darstellungen aus der Alltags-tätigkeit der Frauenarbeitskomitees sowie die Aufnahme einer Sitzung bei der Frau Bürgermeisterin, deren wohlgetroffenes Einzelbild ebenfalls beigelegt wurde.

„Rastlos arbeiten die Frauen Wiens,“ heißt es am Schluß des hübschen und wertvollen kleinen Werkes, „still und bescheiden, und wenn in hoffentlich nicht allzu ferner

88

in der Lage sind, die Verwendung und die Wirkung ihres Gaben selbst zu überlassen. In noch höherem Maße kann auch die Fürsorgetätigkeit nur bei möglichst weitreichender Verzweigung gedeihen. Individuelle Bemühung um die Hilfsbedürftigen und ihre Unterstützung mit Tat und Rat werde in vielen Fällen den Aufwand von Bargeld ersetzen oder doch die vorhandenen Mittel wirksam ergänzen können. Ganz besonders aber müsse Wert darauf gelegt werden, die Fürsorge für die Jugend auf die weiteste Basis zu stellen, indem getrachtet wird, mit allen den zahlreichen, bereits bestehenden charitativen Einrichtungen und Vereinigungen zu immer engerer, einvernehmlicher Zusammenarbeit zu gelangen und keine Mühe zu scheuen, um in allen Kreisen der Bevölkerung Persönlichkeiten, insbesondere Frauen zu gewinnen, welche die beruflichen Organe als deren freiwillige Hilfskräfte in der Erfüllung ihrer Obliegenheiten unterstützen und die Aufgabe auf sich nehmen, die Entwicklung der in unserer Objsorge stehenden Waisen zu überwachen und nach jeder Richtung hin ihre Interessen zu vertreten. Die bereits heute merklich zunehmende Bewahrung der Jugend zeige deutlich, wie die Aufgabe des Militär-Witwen- und Waisenfonds vielfach mit jener des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge im allgemeinen zu sammenfließen werde und daß daher überall dort, wo Organisationen für diese Zwecke bereits bestehen oder in der Einrichtung begriffen sind, der Fonds sich mit ihnen auf das Engste verbinden müsse. Die unter der Leitung des Herrn Dr. Baernreither stehende Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Wien habe dem Witwen- und Waisenfonds schon von Anfang an die wertvollste Förderung gesehen und gleichen Entgegenkommens hatte sich der Fonds bisher auch bei allen Landesorganisationen, mit denen er in Berührung trat, zu erfreuen. Diese Organisationen brüngen gewissermaßen als bestes Gerüste ihre Gliederung und die Mitwirkung der nach Amt und Stellung hiezu berufensten Persönlichkeit mit, während der Fonds hoffen dürfte, daß der alle Herzen erwärmende Gedanke der Sorge für die Kriegerwaisen diesen Organisationen neue starke Impulse verleihen und die wertvollsten neuen Kräfte zuführen werde. Redner hege daher die feste Ueberzeugung, daß sich nur im engen Zusammenschlusse mit der allgemeinen Jugendfürsorge hoffen lasse, das durch die Statuten gesteckte hohe Ziel zu erreichen. Wenn aber weite Kreise der Bevölkerung durch ihre Anteilnahme am Geschehe der Kriegerwaisen auch vertraut werden mit den Aufgaben der Jugendfürsorge im allgemeinen, dann sei wohl zu hoffen, daß sie dieser auch in der weiteren Folge, wenn es sich einst nicht mehr um Kriegerwaisen handeln werde, hoch treu bleiben und ihre Kräfte leihen würden und daß es solcherart dem Witwen- und Waisenfonds beschieden sein werde, durch selbstlose Verfolgung seiner Ziele dauernd mitzuschaffen zum Segen des Vaterlandes.

Der geschäftsführende Vizepräsident Oberleutnant Baron Springer erstattet sodann einen ausführlichen Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vereines, welcher sich auf das Sammelergebnis und die geschäftlichen Unternehmungen vom 31. Oktober v. J. bis zum heutigen Tage erstreckt. Aus demselben geht hervor, daß die Zentrale des Witwen- und Waisenfonds und die mit ihr in Verbindung stehenden Landes- und Bezirksorganisationen seit dem Bestande des Vereines einen Beitrag von zirka 14 Millionen gesammelt haben, von welchem bisher zirka zwei Millionen Kronen Unterstützung ausbezahlt worden sind. Baron Springer erwähnt dann die verschiedenen Sammlungen, welche für die Hinterbliebenenfürsorge von anderen Stellen stattgefunden haben, betont insbesondere die zahlreichen Sammlungen der einzelnen Truppenkörper und Anstalten, welche eine sehr bedeutende Summe ausmachen, und des weiteren die vom Witwen- und Waisenfonds inaugurierten Wehrmann- und Wehrschützaktionen, deren Erträgnis, wenn auch für lokale Zwecke gewidmet, der Hinterbliebenenfürsorge zugute kommen wird. Die Zentralkasse führt bis jetzt 700 derartige Wehrschützaktionen in Evidenz. Er bespricht ferner die von der Zentrale angestrebte einheitliche Verwendung der angeführten vorhandenen Mittel, welche ermöglicht werden soll, in einheitlicher, zweckentsprechender Weise die vom k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und Waisenfonds in Aussicht genommene kombinierte Unterstützungs- und Fürsorgetätigkeit durchzuführen. Er führt ferner eingehend sämtliche geschäftlichen Unternehmungen an, welche der Witwen- und Waisenfonds ins Leben gerufen hat, wobei er besonders die Kriegerversicherungsfaktion, ferner die Theater- und Kinofaktanzuschlagsaktion, den Verkauf der Kriegsschallplatten, die Altpapieraktion sowie die Aktion des Betriebes von Verschluß- und Kontolorentmarken seitens der Oesterreichischen Banken und Bankiers hervorhebt. Anknüpfend an diese Einnahmsquellen und an das Sammelergebnis bespricht er die Erwerbungen, die der Verein betreffs seiner finanziellen Zukunft hegt. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß die Haupttätigkeit des Vereines in der Zukunft auf das Werben von jährlich beitragenden Mitgliedern ausgehen wird, deren Beiträge in Verbindung mit den Zinsen des gesammelten Kapitals, welches ebenfalls in einem Zeitraum von 15 bis 20 Jahren aufgebracht werden soll, zusammen mit den anderen Spenden, Zuwendungen, Erträgnissen aus Veranstaltungen und geschäftlichen Betrieben, einen wichtigen Faktor zu bilden hätte, wodurch ermöglicht würde, erfolgreich dort einzusetzen, wo die staatliche Hilfe erlischt.

Vorstandsmitglied Geheimer Rat Rittmeister v. Reuter erstattet sodann den Bericht über die Organisation und bemerkt einleitend, daß der Militär-Witwen- und Waisenfonds auf dem Standpunkt stehe, die Kriegerwaisen seien im allgemeinen möglichst im Familienverbande, und zwar bei der Mutter zu belassen, beziehungsweise bei Verwandten oder in einer Pflegefamilie unterzubringen; wenn jedoch die Ausnahmefälle eine derartige Versorgung des Kindes im Hinblick auf die physische oder moralische Beschaffenheit unzulässig sei, habe die Unterbringung in einem Waisen- oder Erziehungshause zu erfolgen. Die Beurteilung jedes einzelnen Fürsorgefalles könne nur an Ort und Stelle von jenen Organisationen und Personen geschehen, die mit den örtlichen Verhältnissen vertraut, die erforderliche Erfahrung und Sachkenntnis besitzen. Der Militär-Waisen- und Waisenfonds müsse daher in voller Verwertung der in den einzelnen Kronländern vorhandenen Fürsorgeeinrichtungen jeder Ort seine Organisation auf möglichst breiter Basis ausbauen. Behufs Schaffung dieser Organisation wurden bereits in mehreren Bernaltungsgebieten Verhandlungen gepflogen, die ein zufriedenstellendes Ergebnis erhoffen lassen. Reiches Lob und volle Anerkennung zollt der Referent dem bisherigen Wirken des Vereines Frauenkriegsbeistauer, der den Zweck verfolgt, das Bewußtsein zu wecken, daß es patriotische Pflicht aller Frauen Oesterreichs sei, für die Versorgung der Militär-Witwen- und Waisen reichliche Mittel aufzubringen, was in erster Linie durch eine monatliche Beitragsleistung von 20 S. erreicht werden soll. Von anderen Fürsorgeaktionen, mit denen der Witwen- und Waisenfonds in Fühlung getreten ist, nennt Rittmeister v. Reuter die Kriegspatenschaft, der für die Dauer des Krieges ein monatlicher Betrag von 7200 K. für 300 große Kriegspatenschaften zur Verfügung

Neue Freie Presse

2

Vorstandssitzung des k. k. Oesterreichischen Militärwitwen- und Waisenfonds.

Am 27. d. hat im Beisein des Erzherzogs Leopold Salvator und der Erzherzogin Blanka sowie des Ehrenpräsidenten Ministers für Landesverteidigung Generaloberst Freiherrn v. Georgi eine Vorstandssitzung des k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und Waisenfonds stattgefunden, die insofern besonderes Interesse bot, als hierbei ein allgemeiner Ueberblick über die bisherige Tätigkeit des Vereines wie auch über die Ziele, welche er sich gesteckt hat und auf welchem Wege er sie zu erreichen hofft, gegeben wurde.

Wir erhalten über den Verlauf der Sitzung nachstehenden Bericht:

Nach Begrüßung der Mitglieder des Kaiserhauses und der erschienenen Vorstandsmitglieder widmete Präsident Minister a. D. Graf Wickenburg zunächst dem dahingehenden Vorstandsmitgliede Dr. Leonhard v. Schweigert einen warmen Nachruf, um sodann in großen Zügen die leitenden Gedanken für die Tätigkeit des Fonds zu entwickeln. Er verwies hiebei darauf, daß im Vordergrund natürlich die Sorge stehen werde, den Hinterbliebenen der Gefallenen in der Nothdurft des Lebens beizustehen, insofern die staatliche Unterstützung sich als unzureichend erweisen sollte, daß aber die Aufgabe des Fonds über diese unmittelbare Sorge noch weit hinausreiche und das Ziel seines Strebens sein müsse, den Kindern der Gefallenen nicht nur den Ernährer, sondern, soweit dies nur immer möglich ist, auch den Vater zu ersetzen, ihnen deshalb nicht nur den dürftigen Lebensunterhalt zu gewähren, sondern ihr junges Dasein mit liebevoller Fürsorge zu umgeben, ihr physisches, wie auch ihr moralisches Gedeihen in gleicher Weise zu bedenken, sie fähig zu machen, auf ihren ferneren Lebenswegen den Kampf ums Dasein zu bestehen, ihre Fähigkeiten, wie ihren Charakter auszubilden und dahin zu wirken, daß sie zu braven, ehrenhaften Menschen heranwachsen. Nur wenn mit aller Kraft und im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit diesem Ziele nachgestrebt werde, könne man hoffen, gerecht zu werden dem Gebote der Pietät für die auf dem Felde der Ehre Gefallenen, der Pflicht der Nächstenliebe gegenüber ihren Hinterbliebenen und den Pflichten gegenüber der Allgemeinheit und dem Staate, dessen Kraft und Ehre einst beruhen werde auf der Tüchtigkeit der heranwachsenden Generation. Redner verweist auf die gegenwärtige nicht ungünstige finanzielle Lage des Fonds, betont aber, daß zur Ausbringung größerer Mittel, ebenso wie zur Ausübung einer wirksamen Fürsorgetätigkeit es unbedingt erforderlich sei, alle Kreise der Bevölkerung in allen Teilen des Reiches zur Mitarbeit heranzuziehen. Der Ausbau der Organisation des Fonds sei um so notwendiger, als die Erfahrung immer wieder zeige, daß die Gaben bei weitem reichlicher fließen, wenn diejenigen, denen sie zukommen sollten, dem Gesichtskreise näherstehen und diese

Früher - Hilfsaktion im Winter.

69

Da die Weihnachtszeit herannahe, frage er an, wie im heurigen Jahre die Weihnachtsbeteiligungen in den Frauen-Arbeits-Komitees vorgenommen werden sollen. Er schlage vor, von einer Bewilligung von Geldunterstützungen abzusehen und nur eine Beteiligung mit Lebensmitteln durchzuführen. Mehl und Brot müsse mit Rücksicht auf die umständliche Handhabung der Einsammlung von Brotartenabschnitten von der Beteiligung ausgeschaltet werden. Für alte Leute kämen vor allem Zucker und Kaffee in Betracht, für kinderreiche Familien würde am zweckdienlichsten eine Zusammenstellung verschiedener Lebensmittel wie Trockenmilch, Zucker, Reis, Bohnen, Kakao u. s. w. sein. Ein Kostenvoranschlag ergebe allerdings den ziemlich beträchtlichen Betrag von über vier Kronen per Person, doch sei eben bei der herrschenden Teuerung mit einer geringeren Festsetzung das Auslangen nicht zu finden.

Frau Emmy Freundlich erklärt sich mit einer Naturalbeteiligung einverstanden und fragt an, ob wie im vorigen Jahre von der Gemeinde eine Subvention bewilligt werden würde.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erwidert, daß er um die Höhe einer allfälligen Subvention bestimmen zu können, an die einzelnen Frauen-Arbeits-Komitees die Anfrage gerichtet habe, wieviele Familien in den einzelnen Bezirken für die Weihnachtsbeteiligung in Betracht kommen würden. Nach Einlangung dieser Berichte werde er bei Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister wegen Bewilligung einer Subvention vorstellig werden.

Frau Josefina Kurzbaumer regt an, auch Anweisungen auf Kohle auszugeben.

Durchlaucht Frau Prinzessin Klementine Metternich schlägt vor, auch Kochbeutel zur Verteilung zu bringen.

Der Zentral-Beirat beschließt über Vorschlag des Herrn Ober-Magistratsrates Dr. Dont, in den Frauen-Arbeitskomitees zur Weihnachtszeit nur Lebensmittel zur Verteilung zu bringen und wird folgende Zusammenstellung von Lebensmitteln festgesetzt:

- 1/4 kg Trockenmilch, 1 kg Zucker, eventuell 1/4 kg Kaffee,
- 1/2 kg Reis, 1/2 kg Bohnen, eventuell 1/4 kg Malzaffee,
- 1/8 kg Kakao, eventuell 1/4 kg Fett.

Bezüglich des Ankaufes von Fett empfiehlt Frau Mathilde Eisler die Erwerbung von sterilisiertem Schweinefett trichinöser Schweine, welches billiger und dabei doch nicht von schlechterer Qualität sei als das gewöhnliche Schweinefett.

Frau Emmy Freundlich macht darauf aufmerksam, daß die Firma Schicht noch Pflanzenfett das Viertekilogramm zu 98 Heller verkaufe und schlägt vor, auch dieses Fett für die Weihnachtsbeteiligung anzukaufen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont dankt für beide Vorschläge und erklärt sich bereit, bei Beschaffung von Fett sich derselben bedienen zu wollen. Zur leichteren Durchführung der Lebensmittelverteilung habe er die Absicht, schon die fertigen Palette an die einzelnen Frauen-Arbeits-Komitees abzugeben. Wegen Beschaffung von Kohle werde er in der nächsten Sitzung Bericht erstatten, doch sei er der Meinung, daß die Verteilung der Kohlen unabhängig von der Weihnachtsbeteiligung zur Ausführung gelangen solle.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont verliest sodann die Mitteilung Nr. 92, lautend:

„Handwagendienst, Nordwestbahnhof.

Durch Zustellung von Stückgütern vom Nordwestbahnhof an die Parteien können arbeitslose Personen eine lohnende Beschäftigung finden.

Aufstellungsplätze für Handwagen stehen zur Verfügung, die Polizei-Inspektion Nordwestbahnhof erteilt Bescheinigungen und Legitimationsnummern, für die 1 Krone zu erlegen ist.

Dieser Betrag wird bei Rückstellung der Nummer wieder rückerstattet.

Bewerber haben Dokumente, die ihre Identität erweisen, mitzubringen.

Für das Zuführen ist ein nach Gewicht und Entfernung berechneter Tarif aufgestellt worden.

Ich ersuche Personen, die sich hiezu eignen und einen Handwagen besitzen, auf diese Verdienstmöglichkeit aufmerksam zu machen.“

Hinzuzufügen sei, daß nun auch auf der Nordbahn, Franz-Josef-Bahn, Ostbahn und auf dem Vahnhofe Penzing diese Aktion eingeführt wurde.

Frau Fanni Freund-Marcus fragt zur Frage der Weihnachtsbeteiligung noch an, ob auch eine Beteiligung mit alten Kleidungsstücken in Aussicht genommen sei und wie die Frage der Ausspeisung während der Weihnachtsfeiertage geregelt werden würde.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont entgegnet, daß er wegen der Beschaffung von alten Kleidern mit dem Kriegsfürsorgeamt in Verhandlungen stehe und die Ausspeisung während der Feiertage in gleichem Ausmaße beibehalten werden würde.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont verweist sodann auf die von Gräfin Gerta Walterskirchen zusammengestellte und von ihm etwas vereinfachte Erhebungskarte zur Vormerkung von Arbeitsmöglichkeiten für die durch den Krieg erwerbslos gewordenen Mädchen und Frauen und gibt bekannt, daß er die Erhebungskarten mit einer diesbezüglichen Mitteilung an die Frauen-Arbeits-Komitees hinausgeben werde.

Was nunmehr die Nähstubenarbeit selbst anbelange, so habe er 60.000 Schneemäntel vom Gewerbeförderungsamt zur Ausfertigung für die Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion übernommen. Da der Arbeitslohn im vorhinein durch den Übernahmepreis des Gewerbeförderungsamtes festgesetzt war, habe er die Einberufung des Preisermittlungs-Komitees zu einer Sitzung nicht für notwendig erachtet.

Über Anregung Ihrer Exzellenz der Frau Vorsitzenden habe er an den Leiter des Kriegsfürsorgeamtes wegen Herstellung von Stricksachen nachfolgendes Schreiben gerichtet:

„Zeitungs-nachrichten zufolge beabsichtigt die preußische Heeresverwaltung im Laufe der kommenden Monate eine größere Menge wollener Socken durch Unterstützung bedürftiger Frauen (namentlich Kriegerfrauen) im ganzen Reichsgebiet gegen Lohn stricken zu lassen. Sie wird sich hiebei der Vermittlung des Kriegs-Ausschusses für warme Unterkleidung in Berlin, Reichsratsgebäude, und der Territorialbelegierten der freiwilligen Krankenpflege bedienen und rechnet auf die tätige Mitwirkung gemeinnütziger Vereine und Unternehmungen, die sich die Unterstützung hilfsbedürftiger Frauen zur Aufgabe gemacht haben. Das erforderliche Strickgarn soll aus den Beständen des Kriegsministeriums zum Preise von 8-10 Mark für das Kilogramm zur Verfügung gestellt werden. Dieses Amt erstattet den mit 8-10 Mark für ein Kilogramm Strickgarn gezahlten Kaufpreis

30. VII. 1916

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

70

mit 8-90 Mark für das Kilogramm Soden zurück, so daß der Gewichts- und Garnverlust damit ausgeglichen ist und zahlt außerdem den für Groß-Berlin vom Kriegs-Ausschuß für warme Unterkleidung im übrigen Reichsgebiet vom Territorialbelegierten für seinen Bezirk in ausreichender Höhe festzusetzenden Stricklohn. Bemittelte Kreise werden an der Herstellung der Soden nicht beteiligt. Ein Weiterverkauf des Strickgarns ist unzulässig. Auch für die Anfertigung von Wollfächer-Liebesgaben stellt die Seeresverwaltung den vorgenannten gemeinnützigen Vereinen und Unternehmungen größere Mengen Strickgarn zur Verfügung.

Indem ich mir erlaube, Euer Exzellenz hievon Mitteilung zu machen, ersuche ich, dies dem k. und k. Kriegsministerium zur geneigten Kenntnisnahme bringen zu wollen."

Eine Antwort auf diesen Brief sei nicht eingelangt, doch habe er in Erfahrung gebracht, daß die Strickarbeiten durch Schulkinder, und zwar vorwiegend in tschechischen Schulen hergestellt werden.

Frau Josefine Kurzbauer macht bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß auch heuer wieder der Landes Schulrat die Ausgabe von Strickarbeit an die Schulkinder plane und schlägt vor, alle Schritte zu unternehmen, um dies zu verhindern.

Frau Emmy Freundlich bringt zur Kenntnis, daß auch die Staatsbeamtinnen wieder zur Strickarbeit herangezogen werden sollen.

Nach längerer Debatte beschließt der Zentral-Beirat, durch die Frauen Marianne Hainisch, Josefine Kurzbauer, Emmy Freundlich und Elvira Kott beim Vizepräsidenten des Landes Schulrates vorstellig zu werden und ihm vor Augen zu führen, daß die Frauen-Hilfsaktion einen steten Kampf gegen diese freiwillige Strickarbeit zu führen habe und im Interesse der arbeitslosen Frauen Wiens nie und nimmer zugeben könne, daß Strickarbeiten durch die Schulkinder gefertigt werden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont verliest anschließend daran die von der Aktion „Kälteschutz“ auf seine Anfrage wegen Abgabe von Strickarbeit eingelaufene Antwort:

„In Beantwortung Ihrer Zeilen erlaube ich mir mitzuteilen, daß wir dieses Jahr sehr wenig Wolle zum Verarbeiten haben, daß wir aber gerne bereit sind, mit etwas Arbeit die Frauen-Hilfsaktion zu unterstützen, vielleicht geben Sie uns bekannt, welche Bezirke Ihnen am meisten am Herzen liegen. Wir haben eine große Anzahl Strickerinnen, die aber dann die Bezirke von uns mit Arbeitsausgabe abnehmen müßten. Ich werde den jeweilig für uns arbeitenden Bezirken die Namen unserer Arbeiterinnen bekanntgeben.

Ferner, geehrter Herr Doktor, will ich Ihnen noch sagen, was Sie gewiß freuen wird, daß wir bereits wieder die Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

IV. Bezirk, Rathausnähtube Gubhausstraße (Frau Weikstein),

XI. Bezirk, Simmering,

XIX. Bezirk, Döbling, Billrothstraße,

III. Bezirk, Rathausnähtube Heumarkt 12, mit Strickarbeit versorgen und außerdem bekommt auch die Strickstube III., Heumarkt, Strickarbeit."

Ebenso resultatlos sei seine Anfrage beim Kriegsfürsorgeamt wegen Ausbesserung der noch gebrauchsfähigen Kleider durch die

Frauenarbeits-Komitees verlaufen, wie aus nachstehender Zuschrift zu entnehmen sei:

„Das k. u. k. Kriegsministerium, Kriegsfürsorgeamt, beehrt sich, den Empfang der sehr geschätzten Zuschrift vom 8. Oktober 1916 zu bestätigen und mitzuteilen, daß es gerne an die hervorragende Tätigkeit der Frauenhilfsaktion denken will, falls sich unter den gesammelten Lumpen und Hadern alte Schuhe und vielleicht auch geeignete Bekleidungsstücke für die Kinder vorfinden sollten.

Gerne würde das k. u. k. Kriegsministerium, Kriegsfürsorgeamt, auch der Frage der Ausbesserung der eventuell noch gebrauchsfähigen Gegenstände näher treten, fürchtet jedoch, daß die große Entfernung der Sammellokale in Inzersdorf dieser Intention hinderlich im Wege stehen könnte."

Ihre Exzellenz Frau Berta Weiskirchner schlägt vor, abermals an das Kriegsfürsorgeamt zu schreiben, um zu erkunden, ob die gesammelten Kleider gereinigt und desinfiziert würden, da sonst die allfällige Ausbesserung eine sanitäre Gefahr mit sich bringen würde.

Frau Brentano fragt bei dieser Gelegenheit an, wie die Abgabe von Kleidungsstücken durch die Magistrats-Abteilung XI geregelt wurde und ersucht Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dont, dafür vorzusorgen, daß die Magistrats-Abteilung von nun an nicht mehr alle Fälle abweise.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, der Magistrats-Abteilung XI diesbezügliche Weisungen zu geben und gibt bekannt, daß an Ihre Exzellenz die Frau Bürgermeisterin ein Schreiben der Bürgerschul-Direktorin Heindl in Purkersdorf eingelangt sei, welches die Anregung enthalte, durch die Schulkinder aus Seidenstoffresten Seidenwesten herstellen zu lassen.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende bespricht anschließend daran die Art und Ausführung dieser Seidenwesten und teilt mit, daß sie in dieser Angelegenheit an Frau Direktor Schwarz mit dem Ersuchen herantreten sei, derartige Seidenwesten in ihrer Bürgerschule im IX. Bezirke probeweise herstellen zu lassen.

Der Zentralbeirat nimmt diese Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont legt sodann Muster von Papierjäckchen für Kinder vor und beantragt, die verschiedenen Wohltätigkeitsvereine Wiens auf diese Art der Winterkleidung aufmerksam zu machen, denn seiner Meinung nach würden sich solche Papierjäckchen für die Weihnachtsbeteiligungen sehr gut eignen. Auch könnte durch die Herstellung dieser Jäckchen für die Heimarbeiterinnen Arbeit geschaffen werden.

Frau Emmy Freundlich gibt der Anschauung Ausdruck, daß es am besten wäre, die Wohltätigkeitsvereine von Wien dahin zu verständigen, daß in der Zentralstelle derartige Jäckchen zur Ansicht ausliegen, welche sowohl selbst als auch durch die Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion hergestellt werden können.

Frau Mathilde Eisler regt anschließend daran an, auch die Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge auf diese Überjäckchen aufmerksam zu machen.

Der Zentralbeirat erklärt sich mit den gemachten Anregungen einverstanden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont referiert ferner über mehrere Ansuchen um Bewilligung von Nähmaschinen.

30. / 11. 1916

Fräuen - Hilfsaktion im Winter

Der Zentralbeirat bewilligt diese Ansuchen. Bezüglich eines gestellten Ansuchens wegen Einstellung der Ratenrückzahlungen für eine verliehene Nähmaschine wird beschlossen, diesem Ansuchen nicht Folge zu geben, sondern die Ratenrückzahlungen in kleinsten Teilzahlungen zu bewilligen.

Frau Josefina Kurzbauer beantragt anschließend daran, ein Ansuchen aus dem XVIII. Bezirke um Verleihung einer Nähmaschine abzulehnen, da die Partei nicht bedürftig sei.

Der Zentralbeirat gibt hierzu seine Zustimmung.

Frau Mathilde Eisler fragt an, ob es gestattet sei, durch die Frauen-Arbeits-Komitees Nähmaschinen auszulösen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erwidert, daß dem nichts im Wege stehe.

Zur Frage der Beschaffung von Winterschuhen für arme Kinder teilt Ober-Magistratsrat Dr. Dont mit, daß ein Fabrikant namens Holfeld in Georgswalbe in Böhmen sich bereit erklärt habe, Holzsohlen für 3000 Paar Schuhe zu liefern; weitere 3000 Paar Schuhe werden von ihm fertig zum Preise von 7 bis 9 K per Paar (Kindergrößen) geliefert werden.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung erstattet Frau Hertha v. Sprung nachfolgendes Referat:

Entwurf zur Durchführung des Unterrichtskurses für Köchinnen.

Dauer: 4 Stunden, je zwei in einer Woche, zum Beispiel Montag und Dienstag, 5 bis 6 Uhr abends;

Ort: Im Gemeindefaal jedes der XXI Bezirke;

Anzahl der Vortragenden: 12, das ist drei für jedes der vier Themata.

Probe-Vortrag: Zur Schulung der Vortragenden und zur Vereinheitlichung der Kurse sollen Probenvorträge über den zu behandelnden Stoff abgehalten werden, und zwar je zwei an einem Nachmittag (diese Tage sind zu bestimmen). An diesen Probenvorträgen haben alle Vortragenden teilzunehmen, damit sie, um Wiederholungen zu vermeiden, auch den Stoff der anderen Vorträge kennen lernen. Jede der 12 Personen erhält ein Schema als Unterlage für ihren eigenen Vortrag, an das sie sich zu halten hat. Die Demonstration der Kochliste, die Tabellen und Behelfe aller Art werden schon im Probenvortrage gezeigt und den künftig Vortragenden zur Verfügung gestellt.

Zur Abhaltung der Probenvorträge sind bereit:

1. Was und wie kochen wir im nächsten Winter? (H. v. Sprung).

2. Die Kochliste (M. Schweinburg).

3. Gesundheitspflege und Ernährungslehre (J. Kurzbauer).

4. Einkauf und Marktwesen (Gräfin Walterskirchen).

Propaganda: Die Zentrale kündigt in einem großen Plakate Ort, Tag und Stunde der Kurse gemeinschaftlich an, ohne die Namen der Vortragenden zu nennen. Ganz kleine Zettel, die eine Woche vor Beginn des Kurzes durch die Frauen des betreffenden Bezirks-Komitees den Lebensmittelgeschäften zur Verteilung an die Köchinnen gegeben werden, unterstützen die Plakate.

Turnus der Kurse: Es wird mit drei Kursen, das ist mit drei Bezirken zugleich begonnen und schrittweise in drei weiteren Bezirken vorgegangen.

Vorsitz und Leitung besorgt die Vorsitzende des Bezirks-Frauen-Komitees oder eine ihrer Stellvertreterinnen. Sie eröffnet

und schließt den Kurs mit einer kurzen Ansprache, eröffnet und schließt die einzelnen Unterrichtsstunden, sorgt (eventuell im Einvernehmen mit der Vortragenden) für die Bereitstellung der Lehr- und Anschauungsmittel, sowie durch Hilfskräfte ihres Komitees für das Auflegen und Ausfüllen einer Präsenzliste der Köchinnen.

Nach dem Vortrage, der höchstens dreiviertel Stunden in Anspruch nehmen darf, werden die Anwesenden eingeladen, Erfahrungen, Rezepte, Anfragen u. dgl. vorzubringen. Die Vorsitzende hat die Aufgabe, diese und die sich zwischen den Köchinnen und der Vortragenden entspinneenden Diskussionen in knappen und sachlichen Grenzen zu halten, so daß die angelegte Gesamtzeit von einer Stunde nicht überschritten wird.

Bericht: Nach Schluß des Kurzes hat die Vorsitzende einen kurzen schriftlichen Bericht über Besuch und Verlauf an die Zentrale im Rathause zu richten.

Den Transport der Lehr- und Anschauungsmittel besorgt ein Diener des magistratischen Bezirksamtes in das ihm genau bezeichnete nächste Vortragslokal, zum Beispiel vom ersten in den vierten Bezirk, vom zweiten in den fünften etc., entsprechend dem Wege, den die Vortragenden nehmen. Für die rechtzeitige Beförderung haben die zwei korrespondierenden Vorsitzenden zu sorgen. Das Material für die Beschickung der Kochliste stellt das betreffende Frauen-Hilfs-Komitee aus seinen Lebensmittelvorräten bei und verteilt die erzielten Speisen an seine Armen. Kostproben im Vortrage sind überflüssig.

Abgaben und Aushilfen: Abgaben der Vortragenden, die, um nicht eine höchst peinliche Störung des ganzen Turnus herbeizuführen, tunlichst zu vermeiden sind, müssen spätestens am Vormittage des Vortrages in der Hand der Vorsitzenden sein, damit diese noch rechtzeitig für eine Aushilfe sorgen kann.

Zur Aushilfe stellen sich die vier Probe-Vortragenden, die Frauen Gräfin Walterskirchen, Schweinburg, Kurzbauer und Sprung zur Verfügung, falls sie die Verstärkung spätestens bis 9 Uhr früh des Vortragstages in Händen haben.

Der Zentralbeirat erklärt sich mit diesem Referate grundsätzlich einverstanden, beschließt aber, die Abhaltung des Unterrichtskurses nach dem 6. Jänner 1916 vorzunehmen, da die kommende Weihnachtszeit an die einzelnen Hauswirtschaften erhöhte Anforderungen stelle. Frau v. Sprung wird jedoch ersucht, schon jetzt alle Vorarbeiten zur seinerzeitigen Veranstaltung des Unterrichtskurses durchzuführen und das endgültige Vortrags-Schema den Frauen des Zentralbeirates zur Kenntnis zu bringen.

Frau Hertha v. Sprung bespricht sodann den dritten Punkt der Tagesordnung „Gewinnung neuer Hilfskräfte“ und beantragt die Abhaltung einer großen Versammlung in Verbindung mit dem „Roten Kreuz“.

Ihre Excellenz die Frau Vorsitzende gibt der Anschauung Ausdruck, daß es vor Abhaltung dieser großen Versammlung vorerst nötig wäre, darüber Erkundigungen einzuziehen, ob tatsächlich ein Mangel an Hilfskräften in den Frauen-Arbeits-Komitees sei.

Frau Emmy Freundlich betont, daß die Gewinnung neuer Hilfskräfte Sache der einzelnen Organisationen sei.

Über Antrag der Frau Marianne Hainisch beschließt der Zentralbeirat, den Antrag v. Sprung vorläufig zurückzustellen.

Frau Marianne Hainisch bittet bei dieser Gelegenheit bekanntgeben zu dürfen, daß das Frauen-Arbeits-Komitee da

30. VI. 1916

V.

Summe - Selbstaktion im Sprung.

22

III. Bezirkes in seiner letzten Sitzung den dringenden Wunsch einer Reorganisation der Geschäftsordnung für die Frauen-Arbeits-Komitees geäußert habe.

Frau Emmy Freundlich schlägt vor, eine Muster-Geschäftsordnung auszuarbeiten und diese dann den Frauen-Arbeits-Komitees vorzulegen.

Der Zentralbeirat erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont verliest nachfolgenden Antrag der Damen Freundlich, Raff und Eisler:

1. Die sozialdemokratische Frauen-Organisation hat mit der Unterstützung der Partei eine Aktion eingeleitet, die eine Erhöhung der staatlichen Unterhaltsbeiträge bezweckt. Wir stellen nun den Antrag, daß, wenn eine Erhöhung des staatlichen Unterhaltsbeitrages eintritt, auch die Gemeinde Wien die Unterhaltsbeiträge für jene unehelichen Frauen und Kinder erhöht, die den Beitrag aus den Mitteln der Zentralstelle erhalten. Wir hoffen, daß der Zentralbeirat unsere Wünsche unterstützen und dem Herrn Bürgermeister unterbreiten wird.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß in vielen Fällen, wo die einzelnen Frauen-Arbeits-Komitees für Kinder einreichen, die den staatlichen Unterhaltsbeitrag nicht bekommen, den Kindern nicht mehr 66 h oder 1 K 32 h täglich gewährt wird, sondern ein Pauschalbetrag von 10, 15 oder 20 K. Dadurch werden die Pflegeeltern oder die Mutter der Kinder geschädigt, und wir verlangen deshalb, daß die Pauschalierung aufhört und allen Einreichenden, so wie es in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch der Fall war, der Unterhaltsbeitrag im staatlichen Unterstützungsausmaße gewährt werden möge.

Der Zentralbeirat erklärt sich mit dem ersten Punkte des Antrages einverstanden und wird Herr Ober-Magistratsrat Dr. Dont ersucht, dem Herrn Bürgermeister diesen Antrag zur Genehmigung vorzulegen.

Bezüglich des zweiten Punktes der Eingabe teilt Ober-Magistratsrat Dr. Dont mit, daß seinem Wissen nach nur dann Pauschalbeträge bezahlt wurden, wenn die Frauen-Arbeits-Komitees selbst eine solche Zahlungsart wünschten. Er werde übrigens die Frauen-Arbeits-Komitees auf diesen zweiten Teil des Antrages der sozialdemokratischen Frauen-Organisation aufmerksam machen.

Frau Hertha v. Sprung beantragt, an die Regierung heranzutreten, um von den Geldern der dritten Kriegsanleihe gleich wie in Deutschland einen entsprechenden Betrag für Kriegsfürsorgezwecke zu erhalten.

Ihre Exzellenz Frau Berta Weiskirchner erwidert, daß sie diesbezüglich mit dem Herrn Bürgermeister bereits gesprochen habe.

Nach längerer und eingehender Debatte beschließt der Zentralbeirat, eine Eingabe an den Ministerpräsidenten wegen Zuwendung eines Betrages aus der dritten Kriegsanleihe für Kriegsfürsorgezwecke zu verfassen und werden die Damen Freundlich und v. Sprung ersucht, diese Resolution auszuarbeiten und gemeinsam mit Ihrer Exzellenz der Frau Bürgermeister durchzuberaten.

Frau Eleonora Rott beantragt zur Erleichterung der statistischen Arbeiten dem seinerzeit eingesetzten statistischen Komitee zu gestatten, daß es die notwendigen Aufzeichnungen

und Daten aus den Büchern der einzelnen Frauen-Arbeits-Komitees direkt entnehme.

Schluß der Sitzung.

Wohlfahrtsrundschau

Sonderbeilage der „Täglichen Rundschau“.

Nr. 23

Berlin, Sonntag, den 16. Juli

1916

Die Fürsorge für die Kriegervitwen.

Die staatliche Fürsorge für die Kriegervitwe beschränkt sich in der Hauptsache auf die Rente. Das letzte Wort über deren Höhe und Form ist noch nicht gesprochen; sie wird mit veränderten Zeitverhältnissen wachsen müssen und ist durch Zusatzrenten ausdehnungsfähig. Bei dieser rohesten Form der finanziellen Witwenfürsorge dürfen wir es aber nicht allein bewenden lassen. Die öffentliche Wohlfahrtspflege hat hier weitere Aufgaben zu lösen.

So erhebt sich zunächst die Frage, ob die Kriegervitwe von dieser Versorgungsrente selbst für den Fall einer geringen Zusatzrente ihren Lebensunterhalt bestreiten, insonderheit einen eigenen Haushalt aufrechterhalten kann. Die Witwenrente ist keine Lebensversicherung. Wir können nach dem Kriege noch weniger wie früher Drohnen dulden. Der Kampf um das Dasein muß auch von den Kriegervitwen in einer dem Heldentod ihrer Männer würdigen Weise gekämpft werden. Ob Unwürdige die volle Rente dauernd erhalten sollen, ist eine Frage, die mindestens erwogen werden kann. Den Unselbständigen helfen mannigfache Unternehmungen durch Rat und Tat. Nicht jeder Frau wird es glücken, ihr einsames Leben zu meistern. Nicht jede hat den gleichen eisernen Willen und die gleiche glückliche Hand. Vom Standpunkt gesunder Volkswirtschaft muß es erwünscht sein, daß es nicht nur gelingt, im einzelnen Fall der einzelnen Person durchzuhelfen, sondern daß der Hausstand des gefallenen Kriegers in bescheidener Form erhalten bleibt. Erfahrungsgemäß brechen Witwen erst zusammen oder unterliegen den Versuchen der Einsamkeit, wenn die Not an den Hausstand faßt und die Verlassene zum Wandersfabe greifen mußte. Hier muß, besonders wenn Kinder vorhanden sind, nach Kräften vorgebeugt werden.

Der selbständige Hausstand

ist das Mark des Volkstums.

In unzähligen Fällen ist nun die Witwe nicht nur versorgungsbedürftige Leidtragende, sondern zugleich Erbin des gefallenen Mannes. Die ganze Erbschaftsregulierung liegt ihr ob. Das moderne Wirtschaftsleben hat es mit sich gebracht, daß die Frau in vielen Fällen kaufmännischer Tätigkeit Gehilfin, bevollmächtigte Vertreterin, ja Geschäftsinhaberin während des lang andauernden Krieges war oder wurde. Selbst wenn Schulden vor dem Kriege nicht vorhanden waren, haben doch Geschäftsstodungen, Teuerung und andere Kriegseinflüsse oft zu Stundungen bei Warenlieferungen, kleinen Darlehen, Mietschulden usw. geführt. Einstweilen schützen Notgesetze vor dem geschäftlichen Zusammenbruch. Aber nach dem Kriege, wenn die große Auseinanderrechnung beginnt, stürzt das ganze mühsam aufrechterhaltene Gebäude völlig zusammen. Es mag stürzen in allen solchen Fällen, wo der geschäftliche Zustand nicht mehr zur Gesundung gebracht werden kann. Aber an zwei Wertgebieten darf das Pfändungsrecht der Gläubiger für während des Krieges und durch die Kriegsnot entstandene Schulden auf keinen Fall heranreichen: An die wichtigsten Bestände des eigenen Haushaltes und an die Versorgungsrente.

In den sorgenvollen Unterhaltungen der Tapferen da draußen auf dem Marsch und in den Schützengräben spiegelt sich die Liebe zur Heimat meistens wieder in dem engeren Rahmen der Liebe zum Heim. Letzten Endes kämpfen sie und sterben für dieses Heim. Gewiß weiß jeder einsichtsvolle Krieger draußen, daß sich sein Weib im Falle seines Todes wird einschränken müssen. Die Wohnung wird verkleinert werden, der Tand und Luxus froher Friedenszeit mag fallen. Jedoch voll Bitterkeit faßt jeder Streiter draußen den Gedanken, daß als Entgelt für seinen Opfertod und als die Folge unvermeideter Geschäftsverluste sein ganzes Heim aufzuliegen soll.

Für solchen Fall sind tunlichst jetzt Verordnungen zu treffen, und baldigst muß ein Notgesetz hier einen Riegel vorzuschieben suchen. Schon sind Erwägungen im Gange, ob bei der großen Teuerung im Lande nicht die für Pfändungen des Einkommens bestehende Grenze heraufgesetzt werden müsse. Hier mag man anknüpfen und ganze Arbeit tun.

Der Restbestand an Hausrat, der nach den geltenden Bestimmungen dem Schuldner bleiben muß, gibt nicht das Bild eines deutschen Heimes, für das ein Krieger sein Leben läßt. Man suche hier eine neue Grenze nach oben, die auf den sozialen Stand der Witwe Rücksicht nimmt und besonders Erinnerungsstücke an den Mann von der Pfändung aus-

schließt. Unter den Begriff der so zurückgehaltenen Gläubiger schalte man aber auch den Staat selbst in Form seiner Steuerbehörde ein. Von allen Gedanken der häßlichste: Steuerpfändung bei den Hinterbliebenen eines Kriegsoffiziers. — Einen weiteren Schutz gewähre man der Witwe, wenn es sich bei der Tilgung von Schulden um die Abschätzung ihres Gesamteinkommens handelt. Die Witwe wird in manchen Fällen ein Nebeneinkommen besitzen oder sich einen besonderen Erwerb verschaffen müssen. Dann schließe man bei der Zusammenrechnung die Hinterbliebenenrente aus, so daß nur das überschüssende besondere Einkommen bis zur gesetzlichen Mindestgrenze pfändbar bleibt. Freilich darf dieser Schutz nicht in alle Zukunft für spätere vielleicht gar leichtsinnig aufgenommene Schulden gelten.

Bisweilen kann sich eine Kriegervitwe durch einen entscheidenden Schritt allen weiteren Sorgen entziehen. Sie sucht und findet Gelegenheit zum

Eingehen einer neuen Ehe.

Der Bruchteil dieser Fälle ist nicht sehr groß, weil die Pietät der Kriegervitwe hier in besonderer Maße hinderlich ist. Auch begeben sich selbständige und wertvolle Naturen ungern in eine neue Abhängigkeit, die dadurch eintritt, daß mit der Wiederverheiratung die persönliche Einnahme der Rente erlischt. Die Einstellung der öffentlichen Rentenzahlung ist in den meisten Fällen natürlich, denn in der neuen Ehe ist der Schadenersatz der Witwe vollgültig. Auch wird der so aus dem Recht als Rentenempfängerin ausscheidenden Frau eine Schlussabfindung ausgezahlt, die den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente ausmacht. Leider sind auf ähnlichen Gebieten mit solchen Rentenabfindungen betäubende Erfahrungen gemacht worden. Oft ging das kleine Kapital in der neuen Ehe in unglücklich kurzer Zeit verloren. Vielleicht sind hier Auswege offen zu halten in der Richtung, daß je nach Wahl an Stelle der Abfindung das Recht treten kann, bei etwaigem Eintritt einer zweiten Witwenschaft die Rente von neuem weiterzubehalten. Ein ununterbrochener Weiterbezug der Rente sollte jedoch eintreten, wenn sich die Witwe entschließt, einen notorischen Kriegsverletzten zu ehelichen. In solchem Falle leistet sie eine vaterländische Tat. Sie nimmt dem Staate einen Teil seiner Fürsorgepflicht für den Verletzten ab. Sie verschafft einem verdienstvollen Krieger ein eigenes Heim, ohne selbst vollen Ersatz für die erste Ehe in der zweiten zu finden. In solchen Fällen müßte die Hinterbliebenenrente in vollem Umfange weiter zur Auszahlung gelangen. Mit der Invalidenrente des Mannes käme dann ein Betrag zusammen, der für diese beiden durch den Krieg betroffenen Menschen eine feste Unterlage für einen gesunden Hausstand abgibt.

In den weitaus meisten Fällen wird die deutsche Kriegervitwe einsam weiter ihren Lebensweg gehen und durch Ergreifung eines Berufes oder Nebenerwerbes ihre wirtschaftliche Lage sicherstellen. Hier verlagert die staatliche Hilfe so ziemlich ganz. Es muß die Hilfe von Mensch zu Mensch einsetzen oder die Unterstützung durch Rat und Tat eines besonderen Verbandes. Mit großem Eifer und gestützt auf eine reiche Erfahrung hat hier der deutsche Verein für Armenpflege die Arbeit aufgenommen. Aber auch sonst wird es kaum eine Veranstaltung öffentlicher oder privater Fürsorge geben, die sich nicht zahlreicher Witwen annehmen würde. Genießen doch schon in Friedenszeiten fast 20 v. H. aller Witwen die Hilfe der öffentlichen Armenpflege. Es dürfte kaum zu hoch geschätzt sein, daß im Frieden mehr als die Hälfte aller Witwen öffentliche oder private Fürsorge genießen. Die Aufgaben solcher Fürsorgeorganisationen werden sich sehr mannigfaltig gestalten müssen. Neben der Fürsorge für die einzelnen Frauen durch Gewährung dauernder Zusatzrenten müßte mit Hilfe der Berufsberatungsvereine auch eine gründliche Berufsbildung der Frauen — soweit es möglich ist — ins Auge gefaßt werden, um die Witwen zu einer Anpassung an die veränderte Lebensführung zu erziehen. Für die jüngere Kriegervitwe ist die Uebernahme von Berufsarbeit nicht nur zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, sondern auch aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen wünschenswert. Bei älteren Kriegervitwen muß sorgfältig geprüft werden, ob ihre Kräfte noch zu einer Berufsarbeit ausreichen. Möglichst müssen den meisten Kriegervitwen vorhandene Berufsbildungsanstalten erschlossen werden. Zu vermeiden ist es bei der Annahme von Kriegervitwen, daß eine Lohnbrückerie eintritt zum Schaden derjenigen weiblichen Kräfte, die sich ihren Unterhalt ohne jegliche öffentliche Unterstützung ver-

dienen müssen. Zur Regelung aller dieser Fragen wird mit Recht vom Reich verlangt, daß es ein

Berufsamt für Kriegervitwen

ins Leben rufen möchte.

Völlig verschieden gestaltet sich auch die Berufswahl bei den Witwen der besseren Stände und bei den Witwen der Arbeiterklasse oder den Kriegervitwen auf dem Lande. Ein Neuland für die Kriegervitwen der besseren Stände wäre die Tätigkeit im Staats- und Gemeindefeld. Es müssen solchen Witwen eben die weitesten Arbeitsmöglichkeiten offen stehen. Außer den Arbeitszweigen des reintechnischen Büro- und Kassenwesens kommen vor allem die Berufe des Verkehrsgewerbes, ferner die Verwaltung von Waisenhäusern und Zufluchtsheimen, der Kontroll- und Aufsichtsdienst und die sogenannten sozialen Berufe: Gesundheitspflege, Jugendfürsorge, Wohlfahrtsdienst, Volkserziehung, Fürsorge für straffällige Frauen u. a. in Frage. Bei aller solcher Arbeitsübernahme gilt es, die Schwierigkeit zu lösen, die darin liegt, daß man einerseits die Witwe mit Kindern gegenüber der kinderlosen bezorzogen muß, andererseits für die Unterbringung dieser Kinder während der Tätigkeitszeit der Mutter Sorge tragen muß. Diese Frage der Kinderunterbringung spielt eine noch viel größere Rolle bei den Witwen der Arbeiterklasse. Die Zahl der Kindergärten und Kinderbewahranstalten wird nötigenfalls mit staatlicher Unterstützung vermehrt werden müssen. Auch liegt bei der Arbeiterwitwe eine Gefahr in der augenblicklichen Leichtigkeit, sich in irgendeiner Wertstätte Verdienst zu verschaffen. Wenn aber nach Friedensschluß die großen Heere der gelernten Arbeiter wieder von der Front zurückkehren, dann wird die Frauennarbeit wiederum als minderwertig entbehrlich werden. Darum sind für die Arbeiterwitwen nicht nur Berufsberatungsstellen, sondern auch möglichst für bestimmte Industriezweige Lehrwerkstätten zu errichten. Eine besonders eigenartige Behandlung verlangt die Lage der

Kriegervitwe auf dem Lande.

Dort gilt in den meisten Fällen die Frau nicht als selbständige Arbeitskraft für sich, sondern nur als Bearbeiterin ihres Mannes. So ist auch der für weibliche Arbeit auf dem Lande ausgelegte Barlohn ganz geringfügig, weil die Frau als Teil der Familie an der auf den Namen des Mannes laufenden Ablohnung mit Naturalien teilnimmt. Ferner bildet die Wohnungsfrage Schwierigkeiten, weil der Familie als Arbeitseinheit je eine bestimmte Wohnung zusteht und dem Torsso eines Hausstandes ohne Mann nicht immer Unterkunft gewährt werden kann. Hier werden Ausnahmezustände geschaffen werden müssen, indem die Witwe an der Arbeit eines Witmannes oder Junggesellen teilnimmt und auch einen Teil der Naturalien ausgeliefert erhält. Ferner wird der Wohnungsfrage auf dem Lande mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen, etwa durch Gewährung von Kreisgeldern oder Ritterschaftsgeldern für Neubauten von Arbeiterwohnungen. Besonderer Belehrung bedürfen die ländlichen Witwen über den wirklichen Kaufwert ihrer Rentenbeträge. Für viele solcher Frauen, die den Wert der Naturalienbezüge verkennen, bedeutet die Rente ein Kapital, das sie verlockt, in die Städte abzuwandern und dort das hilflose Proletariat zu vermehren. Solchem törichtem Unterfangen muß nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Der Vorschlag nach Strafsverfözung der Rente bei Fortzug ist undurchführbar. Ebenso wenig ist eine Erhöhung der Rente als Belohnung für Sehaftigkeit durchführbar. Ein wesentliches Bindeglied der Witwe an die Scholle wird die Behandlung sein, die der Arbeitgeber ihr zuteil werden läßt. Bei gutem Willen lassen sich auch ländliche Gewohnheiten und Arbeitsbedingungen durch den Krieg geschaffenen neuen Verhältnissen anpassen. Einen nachahmenswerten Versuch hat die Provinz Brandenburg mit der Ansiedlung von Kriegervitwen auf Grund ihrer festen Rente gemacht. Der Regierungs- und Landesökonomierat Otto-Frankfurt a. O. hat hier besondere Berechnungen angestellt: Beispielsweise erhalte eine Kriegervitwe mit drei Kindern jährlich 904 M. Wenn ein Teil dieser Rente kapitalisiert wird, so kann das zur Abzahlung für die Ansiedlung benutzt werden. Es würden dazu etwa 277 M. jährlich notwendig sein, um der Witwe ein Haus mit drei Morgen Land zu sichern. Der hierbei noch fehlende Unterhalt könnte durch gelegentliche Hilfsarbeit von

21. / 11. 1916

88

Allgemeine Nachrichten.

Bericht

über die 38. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 18. November 1915.

Vorsitzende: Exzellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Hanni Brentano, Toni Colbert, Emmy Freundlich, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich, Elvira Rott, Dr. Alma Seitz und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Mathilde Eisler, Fanni Freund-Marcus, Helene Granitsch, Anna Raff, Josefina Kurzbauer, Hertha v. Sprung, Gräfin Berta Walterskirchen.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Assistent Drexler.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Erschienenen, eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß das Frauen-Arbeits-Komitee des X. Bezirkes in der Ausspeisungsaktion recht schöne Erfolge aufweisen könne, denn es besorge die Recherche für ungefähr 5000 bis 6000 Personen.

Frau Sophie Guttmann betont, daß auch das Verhältnis zur Bezirksvertretung ein sehr gutes sei und die Frauen im besten Einvernehmen mit dem Herrn Bezirksvorsteher tätig seien.

Frau Emmy Freundlich erklärt, daß ihr bezüglich der Ausspeisung Klagen zugekommen sind.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende erklärt sich bereit, die bezüglich Erkundigungen einzuziehen und bringt zur Kenntnis, daß das in der letzten Sitzung angeregte, an den Minister-

präsidenten zu richtende Memorandum bereits ausgearbeitet sei und folgenden Wortlaut habe:

Euer Exzellenz!

Die Frauen-Hilfsaktion im Kriege hat in den 15 Monaten, die die österreichische Bevölkerung unter der Not und dem Leid des Krieges gelebt hat, versucht, soweit es ihre Mittel und ihre Kräfte ermbglich haben, den Frauen und den Kindern zu helfen. Der Opfermut der Bevölkerung hat in den ersten Monaten des Krieges der Zentrale der Fürsorge für die Familien der Eingerückten im Rathause reiche Mittel zur Verfügung gestellt. Es war insolge dessen möglich, vielen Tausenden Familien eine bescheidene Hilfe durch die Verabreichung eines täglichen Mittagessens, durch die Verteilung von Milch und Lebensmitteln und durch die Beschaffung von Arbeit zu bieten. Auch die Not, die die Zahlung der monatlichen Miete mit sich bringt, wurde durch Gelbunterstützungen gemildert.

Je länger aber der Krieg dauert und alle privaten Hilfsmittel der Reservistenfrauen aufgezehrt werden, die Ersparnisse sich verringern, die Möglichkeit des Verkaufens und Verlebens aufhört und die Arbeitslosigkeit in einzelnen Berufen wieder zunimmt, um so größer wird die Zahl derer, die sich um Hilfe an die Frauen-Arbeits-Komitees wenden.

Durch die steigende Teuerung aber werden auch die Hilfsquellen anderer Bevölkerungskreise aufgezehrt und die Spenden, namentlich aus den Kreisen des Mittelstandes, die ehemals am reichlichsten waren, werden kleiner und der Opfermut der Bevölkerung allein genügt nicht, um die steigenden Bedürfnisse zu befriedigen.

Diese Erfahrungen, die die Frauen-Hilfsaktion bei ihrer Tätigkeit gemacht hat, haben auch alle anderen Fürsorge-Aktionen des großen Reiches zu machen Gelegenheit gehabt. Wie dringend eine weitgehende Fürsorgetätigkeit für die Ruhe des Hinterlandes und für die gedeihliche Entwicklung der Volkswohlfahrt und für die Zukunft des Staates ist, beweist die Tatsache, daß Deutschland aus den Mitteln seiner dritten Kriegsanleihe 200 Millionen Mark zur Unterstützung der Fürsorge-Aktionen der Gemeinden gewidmet hat. Die Bevölkerung Deutschlands hat vor dem Kriege in der Zeit einer glänzenden Konjunktur die Möglichkeit gehabt, größere Reserven für die Notlage des Weltkrieges anzusammeln, als es der österreichischen Bevölkerung leider möglich gewesen ist. Da die Teuerung in Österreich dem Grade nach eine viel größere ist als in Deutschland, so ist der Notstand der Bevölkerung in Österreich ein entsprechend größerer und die Kreise der Bevölkerung, welche die Fürsorgetätigkeit in Anspruch nehmen, wachsen in demselben Maße, als die Mittel dieser Fürsorge-Aktionen geringer werden. Die durch die Teuerung herbeigeführte Entwertung des Geldes senkt die Lebenshaltung jener Mittelstandskreise, die sich bei Ausbruch des Krieges noch ohne Hilfe schlecht und recht durchschlagen konnten, so erheblich herab, daß auch diese Kreise öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

Die Frauen-Hilfsaktion wendet sich deshalb mit dem Wunsche an Eure Exzellenz, aus den Milliarden, die die neue Kriegsanleihe gebracht hat und die das angeforderte Maß bedeutend überschreiten, allen Fürsorge-Aktionen in Österreich, die von öffentlichen Institutionen, Ländern, Gemeinden und anderen Verwaltungs-Organisationen ausgehen, einen angemessenen

21. VIII. 1916

81

Allgemeine Mitteilungen

Betrag zur Verfügung zu stellen, damit alle ungehindert durch materielle Rücksichten der notleidenden Bevölkerung in dem Maße helfen können, wie es die steigende Not verlangt.

Wenn die Frauen-Hilfsaktion auch weiß, daß die Anforderungen, die der Krieg an die finanzielle Kraft des Staates stellt, sehr große sind, ist sie doch von der Überzeugung durchdrungen, daß wir die Bevölkerung nur durch eine weitgehende Fürsorgetätigkeit vor den Schäden des Krieges und den Wirkungen der steigenden Teuerung zu schützen vermögen und dadurch Staat und Gesellschaft allein die Möglichkeit bieten, die großen Verluste an Volkskraft, die wir nun erleiden, in den kommenden Jahrzehnten auszugleichen und zu ersetzen.

Im Hinblick auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Maßregel, die eine dringliche Ersiedlung erheischt, ersuchen wir Eure Exzellenz, schon von der dritten Kriegsanleihe die entsprechenden Summen anzuweisen zu wollen.

Der Zentral-Beirat erklärt sich mit diesem Memorandum einverstanden und werden die Frauen Exzellenz Berta Weiskirchner, Marianne Hainisch, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich, Fanni Freund-Marcus und Emmy Freundlich diese Resolution persönlich überreichen.

Ihre Exzellenz, die Frau Vorsitzende gibt ferner bekannt, daß Frau v. Schlumberger nachfolgende Zuschrift in Angelegenheit einer neuerlichen Kriegsmetallsammlung an sie gerichtet habe:

„An die österreichischen Frauen!

Die glänzenden Erfolge unserer wackeren Truppen auf allen Fronten müssen uns im Hinterlande nicht nur mit aufrichtiger Bewunderung erfüllen, sondern es uns auch zur heiligen Pflicht machen, jenen Helden, deren todesmutiger Anopferung wir so unendlich viel verdanken, unsere warme Erkenntlichkeit zu beweisen.

Vor allem müssen wir jener Unglücklichen gedenken, welche im Heldenkampf für unser Vaterland ihre Gesundheit und ihre Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, und unsere erste Aufgabe soll es sein, dafür zu sorgen, daß die Mittellosen unter ihnen nicht der Not und dem Elend verfallen.

Dieser Aufgabe gerecht zu werden ist der Hauptzweck der patriotischen Kriegsmetallsammlung, welche an die Bevölkerung die Bitte richtet, ihr alle Gegenstände aus jenen Metallen, die zur Herstellung von Kriegsmitteln benötigt werden, als freiwillige Spenden zu überlassen, statt dieselben der Metallzentrale zu verkaufen oder etwa die bevorstehende Requisition abzuwarten.

Die patriotische Kriegsmetallsammlung führt die Metallgegenstände an die Heeresleitung ab, nimmt im Namen der Spender den Geldeswert entgegen und verwendet den Erlös zur Errichtung von Heimstätten für invalide Krieger. Wer seine Vaterlandsliebe doppelt betätigen will, lasse demnach alle in seinem Haushalte irgend entbehrlichen Geräte aus Kriegsmetallen der patriotischen Kriegsmetallsammlung zukommen.

Die von der Heeresverwaltung benötigten Metalle sind vor allem: Kupfer, Messing, Nickel, Bronze, doch werden auch Zinn, Zink, Blei und Aluminium gerne entgegengenommen.

Auch Gegenstände, deren hoher Kunst- oder Altertumswert den Metallwert weitaus überwiegt, sind hochwillkommen. Diese werden jedoch nicht eingeschmolzen, sondern von Sachverständigen ausgeschieden, um durch Veräußerung in einer Auktion einen namhaften Beitrag zur Errichtung von Heimstätten für unsere invaliden Krieger zu liefern.

Die patriotische Kriegsmetallsammlung hat bereits Erfolge erzielt, die alle Erwartungen übertrafen. Hunderte von Waggonladungen Kriegsmetalle wurden von ihr schon an die Heeresverwaltung abgeliefert und die hieraus erzeugten Geschosse haben zu den letzten Siegen unserer Truppen beigetragen. Auch ein stattlicher Fonds für die Invalidenheime ist bereits vorhanden. Aber unersättlich ist der Bedarf unseres Millionenheeres und groß ist die Zahl jener Tapferen, für die es zu sorgen gilt.

Die unerschöpflichen Mengen von Metallen, welche täglich bei den staatlichen Einkaufsstellen eingehen, beweisen aber auch, welche große Vorräte immer noch im Privatbesitz vorhanden sind. Die patriotische Kriegsmetallsammlung bittet inständig, diese Vorräte ihr abzuliefern für unsere Invaliden.

Die unerschöpflichen Mengen von Metallen, welche täglich bei den staatlichen Einkaufsstellen eingehen, beweisen aber auch, welche große Vorräte immer noch im Privatbesitz vorhanden sind. Die patriotische Kriegsmetallsammlung bittet inständig, diese Vorräte ihr abzuliefern für unsere Invaliden.

Die Zentral-Leitung der patriotischen Kriegsmetallsammlung.

Der Zentral-Beirat spricht sich mit der Begründung gegen eine neuerliche Metallsammlung aus, daß die bei einer solchen Sammlung in Betracht kommenden Haushaltungen bereits alle Kriegsmetallgegenstände abgeliefert hätten und daher eine neuerliche Sammlung nicht viel Erfolg aufweisen würde.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner erörtert sodann in längerer Rede die von Frau General Porges angeregte freiwillige Kriegsteuer-Sammlung.

Der Zentral-Beirat lehnt es ab, sich mit dieser Anregung näher zu befassen, da sich der Durchführung dieser Idee unüberwindliche technische Schwierigkeiten in den Weg stellen.

Ihre Exzellenz, die Frau Vorsitzende bringt ferner dem Zentral-Beirats zur Kenntnis, daß der IV. Bezirk am Samstag den 20. November 1916 eine Frauen-Arbeitskomitee-Sitzung abhalte und ersucht um Namhaftmachung der Delegierten.

Der Zentral-Beirat beschließt, Frau Elvira Rott und Frau Josefina Kurzbauer zu dieser Sitzung zu delegieren.

Anschließend daran fragt Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Klementine Metternich an, ob der I. Bezirk mit Rücksicht auf den kleinen Kreis der Mitarbeiterinnen von den monatlichen Sitzungen dispensiert werden könnte.

Frau Hanni Brentano gibt der Anschauung Ausdruck, daß in jenen Bezirken, in welchen ein Mitglied des Zentral-Beirates die Leitung innehat, eine monatliche Sitzung nicht notwendig wäre und habe sie den in der letzten Sitzung gefaßten Beschluß auch in diesem Sinne aufgefaßt.

Frau Emmy Freundlich und Frau Elvira Rott betonen demgegenüber eine Notwendigkeit einer zentralen Organisation, welche derartige Ausnahmen nicht zulasse.

Nach längerer und eingehender Debatte beschließt der Zentral-Beirat über Vorschlag Ihrer Exzellenz der Frau Vorsitzenden, über die endgültige Lösung dieser Frage in der nächsten Sitzung schlüssig zu werden.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner gibt weiters bekannt, daß die Leiterin des XVI. Bezirkes, Frau Fackler, nunmehr vollständig genesen sei und die Leitung wieder übernommen habe.

21. VII. 1916

82

Allgemeine Nachrichten

Bezüglich der Weihnachtsbeteiligung teilt Ober-Magistratsrat Dr. Dont mit, daß er an alle Bezirke die Anfrage gerichtet habe, wieviele Familien für die Weihnachtsbeteiligung in Betracht kämen. Nach Einlangen der Antworten werde er die ungefähre Höhe der Subvention festsetzen und um deren Bewilligung bei Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister ansuchen.

In der Frage der Beschaffung von Schuhwerk habe er für Montag eine Besprechung mit den Armen-Instituts-Obmännern anberaunt und werde er von dem Ergebnis dieser Besprechung dem Zentral-Beirat Mitteilung machen.

Auch der Beschaffung von Kleidungsstücken stellten sich mancherlei Hindernisse entgegen, doch glaube er, daß es gelingen werde, von der Aktion „Haus sammeldienst“ Kleidungsstücke zu erhalten.

Frau Emmy Freundlich bemerkt anschließend daran, daß es dem Frauen-Arbeits-Komitee des XIII. Bezirkes bereits gelungen sei, von dem „Haus sammeldienst“ Kleidungsstücke zu bekommen.

Frau Sophie Guttmann regt an, sich direkt an die Leiterin des „Haus sammeldienstes“ Frau Marie v. Schlumberger-Forster, XIX., Heiligenstädterstraße 41, zu wenden.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende bringt in Verantwortung des in der letzten Sitzung gestellten Antrages der Frauen der sozialdemokratischen Frauen-Organisation dem Zentral-Beirats zur Kenntnis, daß Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister einer Erhöhung des Unterhaltsbeitrages, welcher durch die Gemeinde zur Auszahlung gelange, erst dann zustimmen könne, wenn auch der staatliche Unterhaltsbeitrag erhöht werde.

Ferner habe sie mit dem Herrn Bürgermeister wegen einer Kriegszulage für die Gemeindebeamten gesprochen und stehe zu erwarten, daß sich durch diese Kriegszulage auch die Fixbesoldeten der Gemeinde Wien etwas besser stellen würden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont gibt bekannt, daß er auf dem Weihnachtsmarkte eine Markthütte für den Verkauf der Markttaschen der Frauen-Hilfsaktion gemietet habe, ebenso sei eine Hütte auf dem Naschmarkte für den Verkauf eingerichtet worden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont referiert weiters über ein Ansuchen um Verleihung einer Nähmaschine.

Der Zentral-Beirat beschließt, dem Ansuchen Folge zu geben.

Bezüglich der Beschaffung von Strickarbeit teilt Ober-Magistratsrat Dr. Dont mit, daß das Kriegsfürsorgeamt Wolle zum Stricken ausbebe und zahle es den Stricklohn von 1 K per Paar Socken.

Frau Marianne Hainisch berichtet sodann über das Ergebnis der Audienz beim Unterrichtsminister und beim Vize-Präsidenten des Landeschulrates, welche sich im Großen und Ganzen als ein negatives darstelle.

Bei diesem Anlasse habe sie Gelegenheit genommen, wegen der Errichtung von Mädchenhorten anzufragen und für derartige Fürsorgeaktion große Geneigtheit gefunden.

Frau Marianne Hainisch stellt weiters in Stellvertretung von Frau Gräfin Walterskirchen den Antrag, an Direktor Spängler mit der Bitte heranzutreten, den Straßenbahnschaffnerinnen das Sitzen während der Fahrt zu gestatten.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, diesbezüglich mit Direktor Spängler das Einvernehmen zu pflegen und in der nächsten Sitzung darüber Bericht zu erstatten.

Ferner fragt die Genannte im Namen von Frau Gräfin Walterskirchen noch an, ob die Frauen-Arbeits-Komitees für die Berufsberatung für Kriegerwitwen und Waisen Recherchen machen dürften.

Der Zentral-Beirat spricht sich nach längerer Debatte dafür aus, dem Antrage insofern Folge zu geben, als es den Recherchentinnen freigestellt werden solle, derartige Recherchen zu übernehmen.

Frau Marianne Hainisch teilt mit, daß Frau Josefina Kurzbauer schwer erkrankt sei.

Der Zentral-Beirat beschließt, durch Ihre Exzellenz der Frau Vorsitzenden ein Schreiben mit dem Wunsche einer baldigen Genesung an Frau Josefina Kurzbauer richten zu lassen.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner gibt bekannt, daß die Spendensammlung bisher einen Betrag von 190.000 K effektives Geld eingebracht habe.

Der Zentral-Beirat nimmt diese Mitteilung mit großer Befriedigung zur Kenntnis.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont teilt anschließend daran noch mit, daß Frau Professor Brandlmayr bei der Ausspeisungsaktion einen Betrag von 10.000 K erspart habe, und zwar wurde dieses Ersparnis dadurch erzielt, daß die Leiterin äußerst wirtschaftlich die Ausspeisungsaktion leitete.

Schluss der Sitzung

25. VIII. 1916

89

Bericht

über die 39. Sitzung der Zentralstelle der Frauen-
fürsorge in Wien.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen der Vorsitzenden,
2. Lebensmittelverteilung zu den Weihnachtstagen,
3. Straßenbahnschaffnerinnen-Gutachten,
4. Antrag der Frau Gräfin Gerta Walterskirchen:
Fürsorge für die Schaffnerinnen.

Exzellenz Frau Gerta Weiskirchner begrüßt die Versammelten, eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß sie die Weihnachtsausstellungen im XIII. Bezirke (XIII a und b) besucht habe und beide Veranstaltungen sehr sehenswert seien.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont verliest sodann nachfolgenden Ausweis der Zentralstelle der Fürsorge für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich vom 1. Dezember 1915:

Einnahmen.

Spenden für allgemeine Zwecke von verschiedenen Parteien	2,847.705 K
Spenden für allgemeine Zwecke vom Kriegshilfsbureau	875.000 "
Spenden für Auspeisungszwecke von verschiedenen Parteien	915.629 "
Spenden für Auspeisungszwecke von Exzellenz Gräfin Wienert	2,193.163 "
Zinsen der Wertpapiere	24.750 "
Vom Staate noch nicht rückerlegte Vorschüsse an die Flüchtlings-Zentralstelle	57.459 "
Summe	6,913.709 K

Ausgaben.

Fortlaufende Unterstützungen	1,428.242 K
Einmalige Unterstützungen	412.231 "
Auspeisung	3,385.344 "
Näh- und Strickstuben	329.092 "
Subventionen	435.544 "
Auslagen für Porto, Druckorten und dergleichen	20.015 "
Noch nicht rückverrechnete Verläge	37.743 "
Vorschüsse an die Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge	57.459 "
Summe	6,105.673 K

Der Zentral-Beirat nimmt diesen Ausweis zur Kenntnis.

Bezüglich der Beteiligung mit Schuhen gibt Ober-Magistratsrat Dr. Dont bekannt, daß der Herr Bürgermeister angeordnet habe, die Beteiligung ausschließlich durch die Armeninstitute vorzunehmen. Die Frauen-Arbeits-Komitees hätten also nur die recherchierten Fälle an das Armeninstitut des betreffenden Bezirkes zu weisen.

Frau Hanni Brentano fragt an, wie sich die Frauen-Arbeits-Komitees gegenüber den Anboten einer Frau Grünfeld (Abgabe gebrauchter Schuhe) zu verhalten hätten.

Nach einem ausführlichen Berichte, welchen Frau Johanna Kurzbauer über die Art und Weise dieser Schuhbeschaffung gibt, wird Herr Ober-Magistratsrat Dr. Dont ersucht, über diese Schuhbeteiligung nähere Erkundigungen einzuziehen und eventuell mit Frau Grünfeld wegen Beitragsleistung der Zentralstelle zu verhandeln. Die Frauen-Arbeits-Komitees wären sodann durch einen blauen Zettel auf diese Sammlung aufmerksam zu machen.

Frau Emmy Freundlich verweist bei dieser Gelegenheit auf die Zersplitterung in der Sammeltätigkeit und teilt mit, daß in den heutigen Tagesblättern abermals ein neuer Aufruf wegen Beschaffung von Freitischen für erblindete Soldaten zu finden sei.

Frau Elvira Kott erstattet einen ausführlichen Bericht über die Frauen-Arbeits-tätigkeit im IV. Bezirke, welche die volle Anerkennung des Bezirksvorstehers gefunden habe und bittet Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dont, zu veranlassen, daß die bei einer Skontrierung mitgenommenen Bücher ehestens wieder zurückgestellt würden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, das Nötige zu veranlassen.

Frau Tony Colbert fragt an, ob es nicht möglich wäre, aus dem IV. Bezirke Spenden und Arbeitsgelegenheiten für den X. Bezirk zu bekommen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erwidert, daß einer Durchführung dieser Anregung der Lokalpatriotismus gegenüberstehe und würden die meisten Spenden direkt mit der Widmung gegeben, sie nur im Bezirke selbst zu verwenden. Was die Vergebung von Arbeitsgelegenheiten anbelange, so beschäftige bereits die Nähstube des V. Bezirkes sehr viele Näherinnen des X. Bezirkes.

Frau Emmy Freundlich ersucht um Aufklärung darüber, ob der Reinertrag einer Wohltätigkeits-Veranstaltung des Bezirkes der Zentralstelle abgeführt werden müsse.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erwidert, daß ein derartiger Reingewinn, welcher ja ausschließlich durch Spenden aus dem Bezirke zustandekomme, an die Zentralstelle nicht abgeführt zu werden brauche.

Frau Emmy Freundlich fragt ferner an, ob es aber angehe, einen solchen Reingewinn des Frauen-Arbeits-Komitees für Ferienheime zu verwenden, wie es im III. Bezirke der Fall sein solle.

Frau Marianne Hainisch erwidert, daß der III. Bezirk den Reinertrag seiner Veranstaltung keineswegs solchen Zwecken zugeführt habe, sondern liege eine Verwechslung mit dem Vereine „Kinderfürsorge“ vor.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont gibt bekannt, daß er an alle Frauen-Arbeits-Komitees das Ersuchen gerichtet habe, ihm umgehend mitzuteilen, was im Bezirke an Kriegshorten geschaffen wurde (Bekanntgabe der Adressen und der Kinderzahl) und bittet die Mitglieder des Zentral-Beirates, ihn bei dieser statistischen Arbeit zu unterstützen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont referiert ferner über das Ansuchen aus dem VI. Bezirke um Verleihung einer Nähmaschine.

Der Zentral-Beirat erklärt sich mit der Gewährung dieses Ansuchens einverstanden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont berichtet über die vom Kriegsministerium übernommene Arbeit der Anfertigung von Respiratoren, für welche 12 h Nählohn gezahlt werden, macht aber darauf aufmerksam, daß diese Arbeit mit Rücksicht darauf, daß auch Gummischäfte zur Verarbeitung gelangen und die Arbeit selbst äußerst exakt sein müsse, nur an sehr verlässliche Näherinnen abgegeben werden könne.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bringt ferner eine Zuschrift des Kuratoriums für Berufsberatung für Krieger-Witwen und

Frühjahr - Session im Saal 93

sucht, für eine entsprechende Lagerung der Taschen während des Winters Sorge zu tragen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont teilt mit, daß der II. Bezirk am Samstag den 18. d. M. eine Sitzung abhalte und ersucht, ein Mitglied des Zentral-Beirates zu dieser Sitzung zu delegieren.

Der Zentral-Beirat beschließt, Frau Marianne Hainisch für den II. Bezirk zu delegieren.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende ersucht Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dont, eine Tabelle der monatlichen Sitzungen der einzelnen Frauen-Arbeits-Komitees anzulegen und an die Mitglieder des Zentral-Beirates auszusenden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont macht ferner davon Mitteilung, daß die Leiterin des XVIII. Bezirkes um die Ernennung einer dritten Leiterin-Stellvertreterin gebeten habe. Für diese Stelle sei Frau Dr. Ella Walter, XVIII., Scheidlgasse 5, vorgeschlagen worden.

Der Zentral-Beirat gibt hierzu seine Zustimmung.

Ihre Exzellenz Frau Berta Weiskirchner macht weiters Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dont darauf aufmerksam, daß einige Mitglieder der Ausspeisungsaktion noch nicht angelobt wurden und ersucht, diese Frauen dem Herrn Bürgermeister zur Angelobung vorzuschlagen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont berichtet sodann in ausführlicher Weise über die Aktion zur Beschaffung von Schuhen für die bedürftigen Frauen und Kinder. Gleichzeitig mit dieser Aktion sei von der Abteilung XI eine zweite Aktion eingeleitet worden, welche die erstere Aktion nicht konkurrenzieren, sondern ergänzen solle.

Der Zentral-Beirat nimmt diese Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Zur Verlesung gelangt nunmehr der Antrag der Frauen Emmy Freundlich und Anna Raff, betreffend die Zusage der Gemeinde, die Fürsorge im vollen Umfange selbst dann noch aufrecht zu erhalten, wenn Privatmittel und die Geldunterstützungen des Staates versiegen.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende bemerkt, daß sie diesbezüglich bereits mit dem Herrn Bürgermeister gesprochen und dieser erklärt habe, alles tun zu wollen, um so lange als möglich die Kriegsfürsorge im bisherigen Umfange weiterzuführen, doch könne eine bestimmte Zusage nicht gegeben werden, da auch die Gemeinde verpflichtet sei, über ihre Gelder Rechenschaft zu legen.

Um mit den beschränkten Mitteln der Gemeinde aber möglichst lange haushalten zu können, habe sie um eine Audienz in Angelegenheit der staatlichen Zuwendungen beim Minister des Innern und bei dem Finanzminister angefragt und werde sie die Frauen von dem Tage der Audienz rechtzeitig in Kenntnis setzen.

Frau Emmy Freundlich fragt an, ob es dem Zentral-Beirat bekannt sei, daß in einigen Ausspeisestellen des X. Bezirkes eine leere Einbrennsuppe verabreicht werde.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont entgegnet, daß die Zureichung der Lebensmittel zu den einzelnen Ausspeisestellen sich einmal verzögert habe und vielleicht dadurch dieser gewiß außergewöhnliche Zustand hervorgerufen worden sei. Um derartigen Vorfällen in Zukunft vorzubeugen, werde er sämtliche Ausspei-

stellen davon verständigen, daß eine leere Einbrennsuppe unter keinen Umständen verabreicht werden dürfe.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner teilt mit, daß sie der Ausspeisestelle im XVIII. Bezirke, welche für 1400 Personen zu sorgen habe, wie im vorigen Jahre, so auch heuer einen ihr als Spende zugekommenen Hirschen zur Verarbeitung zugewiesen habe.

Frau Mathilde Eisler regt an, für die Köchinnen der Ausspeisestellen einen Kochkurs zu veranstalten und die Suppen- und Teeanstalten neuerlich zu besuchen, auf die Leiterinnen ihrer Ausspeisestellen wegen Herstellung einer besseren Kost einzuwirken.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, diese Anregungen in Erwägung zu ziehen und bittet die Frauen des Zentral-Beirates, die Ausspeisestellen oft zu inspizieren, denn nur dadurch sei es möglich, Unzukömmlichkeiten hintanzuhalten.

Frau Tony Colbert berichtet über die Ausspeisung der Kinder und gibt bekannt, daß die Recherchen für die Ausspeisung der Kinder teilweise von den Lehrern gemacht werden müßten, weil im Frauen-Arbeits-Komitee zu wenig Recherchentinnen tätig seien.

Über Anregung Ihrer Exzellenz der Frau Vorsitzenden wird beschlossen, eine Besichtigung der Verpackungsräume für die Weihnachtspakete der Frauen-Hilfsaktion in der Schule, 1., Bartensteingasse, vorzunehmen.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner schließt daher die Sitzung und bittet die Frauen, wie im alten, so auch im neuen Jahre treu an ihrer Seite auszuharren. Sie könne zu den kommenden Feiertagen nur aufs Allerwärmste wünschen, daß das Jahr 1916 den Frieden bringen möge. Im abgelaufenen Jahre sei große Arbeit geleistet worden und danke sie daher den Mitgliedern der Frauen-Hilfsaktion und vor allem dem Zentral-Beirat für die unermüdete und aufopfernde Tätigkeit. Auch dem Herrn Ober-Magistratsrate Dr. Dont, der sein reiches Wissen in den Dienst der Fürsorge gestellt habe, spreche sie ihren Dank aus.

Frau Marianne Hainisch erwidert, der Zentral-Beirat sei gerne bereit, wie bisher, so auch weiterhin unter dem Vorsitz Ihrer Exzellenz der Frau Vorsitzenden für das Wohl der bedrängten Bevölkerung weiterzuwirken. Im Namen Aller müsse sie aber auf das Innigste und Herzlichste Ihrer Exzellenz danken für die stets vollkommen objektive und kundige Leitung der Sitzungen, für das Wohlwollen und die kräftige Unterstützung, welche sie allen Interessen der Frauen Wiens zuteil werden lasse. Sie bitte auch, Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister den wärmsten Dank der Zentrale zu übermitteln. (Lebhafte Zustimmung.)

(Schluß der Sitzung.)

1. Jan. 1916

T.
99

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 41. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 13. Jänner 1916.

Vorsitzende: Excellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Toni Colbert, Mathilde Eisler, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Anna Kaff, Josefina Kurzbauer, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich, Elvira Rott, Dr. Alma Seig Gräfin Berta Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Hanni Brentano, Helene Granitsch, und Bertha v. Sprung.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Assistent Drexler.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Vergebung von Nähmaschinen.
3. Antrag der Frauen Emmy Freundlich, Mathilde Eisler und Anna Kaff, betreffend Fürsorge-Institutionen für die Kinder der in den Betrieben der Gemeinde beschäftigten Frauen.

Die Vorsitzende Excellenz Frau Berta Weiskirchner eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienenen, dankt für die ihr übermittelten Neujahrswünsche und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch im heurigen Jahre der Segen Gottes auf der Fürsorgearbeit der Frauen-Hilfsaktion ruhe und es gelingen werde, auch fürderhin in gleicher Weise Tränen zu trocknen, Not und Elend zu bannen und Gutes zu tun.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont verliest hierauf die nachstehende, an das Präsidium der Frauen-Hilfsaktion im Kriege gerichtete Zuschrift des Herrn Bürgermeisters:

„Der bevorstehende Jahresluß gibt mir Anlaß, dem geehrten Präsidium sowie sämtlichen Mitgliedern der Frauen-Hilfsaktion für ihre Opferwilligkeit und Ausdauer, mit der sie sich auch im verflossenen Jahre ihren oft sehr schwierigen Aufgaben in selbstloser Weise gewidmet haben, namens der Gemeinde Wien meinen wärmsten Dank auszusprechen und daran die höfliche Bitte zu knüpfen, auch weiterhin im Dienste der Kriegsfürsorge tätig sein zu wollen. Indem ich das geehrte Präsidium ersuche, meinen Dank auch den Bezirks-Arbeits-Komitees bekanntgeben zu wollen, schließe ich für alle geehrten Mitglieder

der Frauen-Hilfsaktion meine aufrichtigsten Weihnachts- und Neujahrswünsche bei und zeichne mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

Weiskirchner m. p.“

In Entsprechung dieses Schreibens habe er an alle Mitglieder des Zentral-Beirates und an sämtliche 23 Frauen-Arbeits-Komitees folgendes Telegramm gerichtet:

„Anlässlich des Jahreswechsels spricht der Herr Bürgermeister sämtlichen Mitgliedern der Frauen-Hilfsaktion für ihre Opferwilligkeit und Ausdauer den wärmsten Dank aus, bittet, auch weiterhin tätig zu sein und knüpft hieran die aufrichtigsten Neujahrswünsche.“

Zu Punkt 1 der Tagesordnung „Mitteilungen“ gibt Ober-Magistratsrat Dr. Dont bekannt, daß die Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen bereits einen Passivstand aufweise.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner berichtet über den Verlauf der Deputation der Frauen-Hilfsaktion beim Minister des Innern und beim Finanzminister und führt aus, daß beide Minister sich äußerst lobend über die Tätigkeit der Frauen-Hilfsaktion ausgesprochen und sich bereit erklärt haben, alles zu versuchen, um aus staatlichen Geldern den Fürsorge-Einrichtungen neue Mittel zur Verfügung stellen zu können.

Frau Emmy Freundlich bemerkt hiezu, daß sie bei einer kürzlich stattgefundenen Ministerkonferenz gleichfalls den Eindruck gewonnen habe, daß die Regierung gewillt sei, auf diesem Gebiete helfend einzugreifen.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner gibt weiters bekannt, daß zirka 200 Mitglieder der Hilfsaktion noch nicht durch den Herrn Bürgermeister angelobt wurden und schlägt vor, diese Angelobung an einem der kommenden Donnerstage anzuberaumen.

Der Zentral-Beirat erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner macht ferner darauf aufmerksam, daß es im Interesse einer geordneten Tätigkeit liegen würde, wenn die Mitglieder des Zentral-Beirates ein für allemal festsetzen würden, welche Delegierte den jeweils stattfindenden Monatsitzungen der einzelnen Frauen-Arbeits-Komitees beizuwohnen habe.

Der Zentral-Beirat gibt dieser Anregung Folge und beschließt nach längerer Beratung an der angeschlossenen Verteilungstabelle festzuhalten:

Sitzungstage mit Angabe der mit der Vertretung betrauten Frauen:

- I a. Bezirk. Jeden zweiten Samstag im Monate um 5 Uhr nachmittags: Frau Elvira Rott.
- I b. Bezirk. Am ersten und dritten Montag jedes Monats um 6 Uhr abends: Frau Emmy Freundlich.
- II. Bezirk. Am dritten Samstag im Monat um 1/4 Uhr nachmittags: Frau Marianne Hainisch.
- III. Bezirk. Am letzten Freitag im Monat um 10 Uhr vormittags: Frau Marianne Hainisch.
- IV. Bezirk. Jeden dritten Mittwoch im Monat um 1/2 5-Uhr nachmittags: Frau Josefina Kurzbauer.
- V. Bezirk. Jeden Monat fallweise: Frau Fanni Freund-Marcus.

1. VIII. 1916

II

Samstag - Sesssion im Saal

- VI. Bezirk. Fallweise: Frau Elvira Rott.
 - VII. Bezirk. Jeden Freitag um 5 Uhr nachmittags: Frau Rosa Wien.
 - VIII. Bezirk. Jeden ersten Montag im Monat: Frau Berta Gräfin Walterskirchen.
 - IX. Bezirk. Fallweise: Frau Mathilde Eisler.
 - X. Bezirk. Jeden ersten Montag im Monat: Frau Tony Colbert, Frau Anna Raff.
 - XI. Bezirk. Jeden ersten Montag im Monat um 6 Uhr abends: Frau Tony Colbert, Frau Dr. Alma Seiz.
 - XII. Bezirk. Jeden dritten Donnerstag im Monat um 3 Uhr nachmittags: Frau Elvira Rott.
 - XIIIa. Bezirk. Fallweise alle 14 Tage: Frau Rosa Wien, Frau Dr. Alma Seiz.
 - XIIIb. Bezirk. Fallweise: Frau Sophie Guttmann.
 - XIV. Bezirk. Jeden zweiten Mittwoch im Monat um 6 Uhr abends: Frau Josefina Kurzbauer.
 - XV. Bezirk. Am 18. jedes Monats; wenn kein Amtstag, dann am nächstfolgenden Amtstag: Frau Berta Gräfin Walterskirchen, Frau Helene Granitsch.
 - XVI. Bezirk. Einmal im Monat fallweise: Frau Helene Granitsch, Frau Anna Raff.
 - XVII. Bezirk. Jeden zweiten Dienstag im Monat um 5 Uhr nachmittags: Frau Sophie Guttmann.
 - XVIII. Bezirk. Jeden ersten Mittwoch im Monat: Frau Rosa Wien.
 - XIX. Bezirk. Jeden letzten Freitag im Monat: Frau Mathilde Eisler.
 - XX. Bezirk. Jeden ersten Montag im Monat. (Falls dieser Tag ein Feiertag ist, wird die Sitzung am darauffolgenden Amtstag abgehalten.): Frau Emmy Freundlich, Frau Berta Gräfin Walterskirchen.
 - XXI. Bezirk. Fallweise: Frau Emmy Freundlich, Frau Fanni Freund-Marcus.
- Frau Josefina Kurzbauer bittet bei diesem Anlasse festzustellen, daß jedes andere Mitglied des Zentral-Beirates, auch ein solches der gleichen Organisation, welches der Sitzung des betreffenden Frauen-Arbeits-Komitees beizuhöhen, nur als Gast zu betrachten sei.
- Der Zentral-Beirat schließt sich dieser Meinung an und wird Herr Ober-Magistratsrat Dr. Dont ersucht, diesen Beschluß der Zentrale den einzelnen Frauen-Arbeits-Komitees bekanntzugeben und ebenso für eine rechtzeitige Verständigung der Einzuladenden zu den fallweisen Sitzungen Sorge zu tragen.
- Frau Marianne Hainisch regt an, über den Verlauf der Sitzungen stets schriftlich dem Zentral-Beirat zu berichten, welcher Bericht dann durch mündliche Ausführungen zu ergänzen wäre.
- Der Zentral-Beirat erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.
- Frau Marianne Hainisch berichtet nunmehr über die von ihr gemachten Erfahrungen im Frauen-Arbeits-Komitee des II. Bezirkes und weist darauf hin, daß das Frauen-Arbeits-Komitee sehr schön arbeite, aber unter dem Mangel an Geld und Lebensmitteln und besonders an Schuhen schwer zu leiden habe.
- Frau Josefina Kurzbauer bespricht die Tätigkeit des Frauen-Arbeits-Komitees für den IV. Bezirk und führt aus, daß

das Frauen-Arbeits-Komitee in schäbster Eintracht arbeite und seine Agenden tadellos besorge.

Frau Fanni Freund-Marcus betont ebenfalls die Einigkeit des V. Bezirkes und äußert sich in Worten des vollsten Lobes über die von diesem Frauen-Arbeits-Komitee für den Bezirk eingeleitete Nähmaschinenaktion und die Rührigkeit in der Veranstaltung von Wohltätigkeitsvorstellungen, deren Reinertrag zum größten Teile zum Kaufe von Schuhen verwendet werde, an welchen im Bezirke ziemlicher Mangel herrsche.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner fügt anschließend daran hinzu, daß der V. Bezirk auch eine große Wohltätigkeitsvorstellung im Apollo-Theater plane. Es sei vereinbart worden, daß die Damen den Kartenverkauf übernehmen und werde der Reingewinn an die Zentralfstelle abgeführt werden. Sie bringe dies dem Zentral-Beirat mit der Bitte zur Kenntnis, für diese Vorstellung weitgehende Propaganda zu machen und wenn möglich, diese Vorstellung auch selbst zu besuchen.

Frau Tony Colbert gibt eine detaillierte Darstellung der Fürsorgetätigkeit im X. Bezirke und führt aus, daß die Frage der Nähstube bereits geregelt sei und die Nähstubeleiterin im Einvernehmen mit dem Frauen-Arbeits-Komitee stehe.

Zum Punkte 1 der Tagesordnung teilt Frau Fanni Freund-Marcus mit, daß der Verkauf von Ansichtskarten des „Schwarz-gelben Kreuzes“ in den Kaffeehäusern manche unliebsame Szene zur Folge habe und ersucht Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende, auf das Komitee des „Schwarz-gelben Kreuzes“ in dieser Richtung einzuwirken.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner nimmt diesen Anlaß wahr und bespricht in ausführlicher Weise die Entstehung und den Verlauf der Sammeltätigkeit für die Zentralfstelle im Rathause, über deren Wirkungskreis die Bevölkerung noch vielfach im unklaren sei. Als die Zentralfstelle im Rathause gegründet wurde, sei gleichzeitig mit der Organisation der Bezirks-Arbeitsstellen und der Frauen-Arbeits-Komitees begonnen worden, welchen unter anderen Funktionen auch die Ausgabe der Sammlung von Geldspenden und Freitischablosungen zufiel. Um diese Freitischablosungen zu erleichtern, sei die Blockidee verwirklicht worden. Um das Erträgnis dieser Sammeltätigkeit reichlicher zu gestalten, habe sich Exzellenz Gräfin Wienertth bereit erklärt, gleichfalls Spenden zu sammeln. Ebenso erboten sich vier Herren des Eisenbahnministeriums, im I. Bezirke ein Komitee zur Veranstaltung einer großen Sammlung im I. Bezirke unter dem Ehrenprotektorate sowohl der Gräfin Wienertth und mir zu bilden. An dieser Sammlung beteiligten sich nahezu 200 Damen und Herren und wurde diese Sammeltätigkeit in dem Zeitpunkte eingestellt, als die vier Herren des Eisenbahnministeriums zur militärischen Dienstleistung einberufen wurden. Das Erträgnis dieser Sammlung wurde an die Zentralfstelle im Rathause abgeführt. Als weitere Sammelstellen blieben also noch die Zentralfstelle im Rathause, die Frauen-Hilfsaktion unter meinem Vorsitze, die Bezirks-Arbeitsstellen in den einzelnen Bezirken und nicht in letzter Beziehung die Fürsorgeeinrichtung von Exzellenz Gräfin Wienertth, welche überaus große Beträge an die Zentralfstelle im Rathause abführte. Angelehnt an diese Sammeltätigkeit bildete sich nunmehr das Komitee des „Schwarz-gelben Kreuzes“, welches von Fräulein Alice Schalek, der Erfinderin des „Schwarz-gelben Kreuzes“, und Herrn Redakteur Siegfried Löwy geleitet

17. VIII. 1916

III

Frauen-Hilfsaktion im Kriege

werde und sich ausschließlich mit dem Verlaufe des „Schwarzgelben Kreuzes“ und den damit verzierten Gegenständen befaßt, aber außerdem auch Veranstaltungen und Konzerte zugunsten der Ausspeisungsaktion ins Leben rief.

Erst in einem späteren Zeitpunkte wurde in diesem Komitee mit der direkten Geldsammlung begonnen. Um den immer geringer werdenden Mitteln der Zentralstelle neue Gelder zuzuführen, habe ich in letzter Zeit in meiner Eigenschaft als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion eine verstärkte Sammeltätigkeit eingeleitet. Die Gelder aller Sammelstellen werden getrennt an die Zentralstelle im Rathause abgeführt und obliegt ausschließlich der Zentralstelle die tatsächliche Durchführung der Ausspeisung, wobei die Damen der Frauen-Hilfsaktion in weitgehender Weise ihre Kräfte zur Verfügung stellen.

Auch das Kuratorium für hungernde Kinder (Leitung Frau Betty Kolm) habe sich mit seinen bereits bestehenden Ausspeisestellen an die Zentralstelle angeschlossen und wurde mit dem Vereine zur Errichtung und Erhaltung der I. Wiener Suppen- und Teeanstalt (Zentral-Verein für Volksernährung, kaiserlicher Rat Lichtenstein) gleichfalls ein Abkommen vereinbart.

Aus dieser Entwicklungsdarstellung gehe also deutlich hervor, daß die Ausspeisungsaktion nicht, wie in der Bevölkerung vielfach die Meinung vorherrscht, ausschließlich eine Institution des „Schwarzgelben Kreuzes“ ist, sondern daß es nur eine der bestehenden Sammelstellen für die große Ausspeisungsaktion der Zentralstelle im Rathause ist.

Der Zentral-Beirat nimmt diesen Bericht dankend zur Kenntnis.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont gibt ferner bekannt, daß die Rechnungszettel in den Gasthäusern von nun an nur zugunsten der Ausspeisung im Rathause ausgegeben werden und ersucht, durch die Organisationen für einen reichlichen Absatz dieser Rechnungszettel einzutreten.

Frau Anna Raff regt an, auch die Hotelrechnungen mit einem kleinen Zuschlag zugunsten der Ausspeisungsaktion zu versehen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, dieser Anregung Folge zu geben.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung referiert Ober-Magistratsrat Dr. Dont über mehrere Ansuchen um Verleihung von Nähmaschinen und werden diese Ansuchen im Sinne der Anträge des Ober-Magistratsrates Dr. Dont durch den Zentral-Beirat genehmigt.

Punkt III der Tagesordnung wird über Ersuchen der Frauen der sozialdemokratischen Frauenorganisation für die nächste Sitzung des Zentral-Beirates festgesetzt.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bringt nunmehr folgendes Schreiben des k. k. n.-b. Landesschulrates zur Verlesung:

„Der Landesschulrat hat die von einer Abordnung der verehrlichen Frauen-Hilfsaktion überreichte Eingabe einer eingehenden Prüfung unterzogen und ist zur Überzeugung gelangt, daß die mitgeteilten Bedenken auf nicht zutreffenden Voraussetzungen beruhen, wie dies auch schon anlässlich der mündlichen Erörterung der Angelegenheit festgestellt werden konnte.

Vor allem muß betont werden, daß der Landesschulrat bei der Heranziehung des Handarbeitsunterrichtes an den niederösterreichischen Schulen für Zwecke der Kriegsfürsorge jederzeit

ausdrücklich an dem Grundsätze festgehalten und in diesem Sinne die unterstehenden Schulbehörden und Schulleitungen wiederholt eindringlich belehrt hat, daß durch die Betätigung der Schuljugend im Dienste der Kriegsfürsorge unter keinen Umständen arbeitswilligen Erwerbslosen eine Konkurrenz geschaffen werden dürfe und daß jede Massen-Erzeugung von Kälteschutzmitteln und Wäsche in den Schulen unbedingt hintanzuhalten sei, da es vor allem nur auf die sorgfältige, der Erziehung und der Ausbildung der Mädchen dienliche Ausführung der Arbeiten ankommen kann.

Wenn nun auch im Vorjahre von den Schulkinderinnen in Niederösterreich eine überraschend große Menge von Kälteschutzmitteln und Wäschestücken hergestellt wurde, so kann diese Menge in Ansehung des für die Truppen tatsächlich notwendigen Bedarfes doch nur als verschwindend klein bezeichnet werden. Überdies mag bemerkt werden, daß in diesem Jahre kaum annähernd soviel wird beigelegt werden können, wie im Vorjahre, da es an dem erforderlichen Arbeitsmaterial gebricht. Weiters erscheint auch aus dem Verhältnis der Menge der erzeugten Stücke und der Anzahl der beim Handarbeitsunterrichte beteiligten Mädchen in keiner Richtung der Schluß zulässig, daß die Kinder mit Arbeit überbürdet werden mußten, um die zutage getretenen Erfolge zu erzielen. Übrigens wurden auch in dieser Beziehung seitens der Schulbehörden die erforderlichen Weisungen erteilt und stets der notwendige Einfluß genommen, um jede Massen-Erzeugung hintanzuhalten.

Wenn aber doch an einzelnen Schulen tatsächlich Überschreitungen in dieser Richtung vorgekommen sein sollten, so würden sie in dem patriotischen Eifer der Lehrkörper und der Schuljugend ihren Grund haben. Jedes wollte sein Bestes geben und gerne Opfer bringen, um unsere tapferen Truppen zu unterstützen.

Wenn aber die Möglichkeit überhaupt geboten war, mehr zu arbeiten, als nach den Erlässen des Landesschulrates der Schuljugend zugedacht ist, so hat dies — wie in Erfahrung gebracht wurde — seinen Grund darin, daß die Organisationen, die für Kriegsfürsorgezwecke wirken, ohne Kenntnis und Zustimmung der Schulbehörden den betreffenden Schulen Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt haben, das dann neben dem von den Eltern oder den Ortsschulräten angeschafften und vom Landesschulrate übergebenen zur Verabreichung gelangte. Die daraus hergestellten Arbeiten wurden nicht an den Landesschulrat abgegeben, so daß die Möglichkeit der Überwachung ausgeschlossen war.

Um diesem etwa noch weiter bestehenden Übelstande abhelfen zu können, ersucht der Landesschulrat dringend, jene Schulen bekanntgeben zu wollen, an welchen nach den Feststellungen der verehrlichen Abordnung der Frauen-Hilfsaktion im Kriege über das zulässige Maß hinaus Arbeiten geliefert werden. Ausdrücklich wird dabei betont, daß durch diese Mitteilnahme nur die Möglichkeit geboten werden soll, dem aus über großem Eifer entsprungenen Übelstand zu steuern und daß dadurch den betreffenden Schulleitungen und Lehrpersonen in keiner Beziehung auch nur der geringste Nachteil erwachsen wird.

Daß der Handarbeitsunterricht, der ja doch auch während der Kriegszeit gepflegt werden muß, überhaupt in den Dienst der Kriegsfürsorge gestellt wurde, erscheint neben ungemein wichtigen erzieherischen und ethischen Erwägungen auch darin

14. Juni 1916

II

Speisen-Exposition im Spring AOA

Inhaltes zu richten, daß die Arbeit in den Nähstuben nur dann durchgeführt werden könne, wenn der Lohn aufgebessert werde.

Frau Fanni Freund-Marcus schließt sich diesem Antrage an und bespricht im Besonderen die Schwierigkeiten in der Ausgabe der Arbeit wegen des großen Gewichtes des Stoffes und die Unmöglichkeit, bei dieser Arbeit elektrische Maschinen zu verwenden.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner gibt bekannt, daß aus dem III., VII., XII. und XVIII. Bezirke Klagen über diese Arbeit eingelaufen seien.

Frau Josefina Kurzbauer macht darauf aufmerksam, daß die Wickelbänder mit Spagat zugebunden werden, was äußerst unhygienisch sei und ersucht, in einer allfälligen Mitteilung an das Kriegsfürsorgeamt auch auf diesen Punkt hinzuweisen.

Frau Emmy Freunlich regt an, dem Kriegsfürsorgeamt nahezu legen, die Frauen-Arbeits-Komitees und Nähstuben in Zukunft nicht mit Arbeiten zu überraschen, sondern vorerst unter Vorlage von Mustern die Zentrale zu verständigen.

Nach längerer Debatte beschließt der Zentral-Beirat, dem Antrag der Frau Gräfin Gerta Walterskirchen erweitert durch die zur Sprache gekommenen Anregungen Folge zu geben und durch Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dönt im Kriegsfürsorgeamt vorstellig zu werden.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner erstattet nunmehr einen ausführlichen Bericht über die Musterküche der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs, I., Bellariastraße 12 und gibt der Anschauung Ausdruck, daß die Musterküche für kleine und mittlere Haushaltungen außerordentlich gut und lehrreich sei, für Massenauspeisungen aber weniger in Betracht komme. Um einen Einblick in die Wirtschaftsführung von Massenauspeisungsküchen zu bekommen, schlägt sie vor, die Auspeisestelle des Kuratoriums für hungernde Schulkinder im X. Bezirke, Quellenstraße 52, zu besichtigen.

Der Zentral-Beirat erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden und wird die Besichtigung für Dienstag den 1. Februar 1916, um $\frac{3}{4}$ 11 Uhr vormittags, anberaunt.

Frau Fanni Freund-Marcus bemerkt, daß die Musterküche der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs sich in dieser Form allerdings nicht für Massenauspeisungen eigne, doch könne auch schon von dieser Küche Manches verwertet werden. Was die Frage der Massenauspeisung überhaupt anbelange, so habe sie die Wahrnehmung gemacht, daß bei den jetzt zur Durchführung gelangenden Massenauspeisungen schwere Fehler in der Organisation geschehen seien. Sie halte eine Dezentralisierung für unbedingt notwendig und wäre nur auf diesem Wege eine Verbesserung der Kost zu erreichen.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen betont, daß ihrer Meinung nach, besonders die Verwertung von Knochen und Blut, welche in der Musterküche der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs demonstriert wurde, auch für Massenauspeisungen zu verwenden wäre.

Frau Fanni Freund-Marcus schildert den Vorgang der Knochenverwertung und weist darauf hin, daß Knochen in Konservenfabriken und bei Militärlieferanten, welche nur ausgelöstes Fleisch liefern müßten, zu billigen Preisen eingekauft werden könnten. Erst nach der Auskochen dürften bei ökonomischer Haushaltung die Knochen in die Knochenmühle wandern. Sie beantrage daher, an den Vorsteher der Fleischhauer-Genossen-

schaft und an die obgenannten Stellen ein Schreiben wegen Abgabe von Blut und Knochen zu richten.

Der Zentral-Beirat gibt zu diesem Antrage seine Zustimmung und wird die Durchführung des Beschlusses Ober-Magistratsrat Dr. Dönt übertragen.

Frau Mathilde Eisler berichtet über die Verkochung schlechter Nährwürfel im III. Bezirke und bemerkt, dieser Vorfall beweise, daß jede Klage über schlechte Kost gewissenhaft nachgeprüft werden müsse.

Frau Emmy Freunlich führt Beschwerde über die mangelhafte Zustellung von Lebensmitteln an die einzelnen Auspeisestellen und beantragt, in allen Bezirken Lebensmitteldepots zu errichten, von welchen die Waren mittels Handwagen im Bedarfsfalle abgeholt werden könnten. Auch halte sie die Anschaffung von gleichen geeichten Schöpflöffeln für alle Speisestellen für dringend notwendig, da dadurch die Größe der Portionen ein für alle mal festgesetzt sei und die Kontrolle wesentlich erleichtert werde. Ebenso würden in allen Bezirken Klagen über das stete Ansteigen der Preise von Lebensmitteln der Gemeinde laut, besonders Schmalz habe sich sehr verteuert. Um den Übelständen in der Massenauspeisung mit Erfolg abzuwehren, beantrage sie weiters die Einberufung einer Sitzung mit den Leiterinnen der Auspeisestellen und die Errichtung einer zweiten Küche im X. Bezirke.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen fragt an, warum das Kuratorium zur Auspeisung hungernder Schulkinder 19 h per Portion erhalte im Gegenfalle zu anderen Auspeisungen, welche nur einen Betrag von 18 h bekommen.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner erwidert, diese Erhöhung sei nur deshalb bewilligt worden, um eine bessere Kost zu ermöglichen.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen weist sodann durch ein Rechenbeispiel nach, wie viele Ersparungen in der Auspeisaktion erzielt werden könnten, wenn alle Auspeisestellen so wirtschaftlich haushalten würden wie die Speisestelle von Frau Professor Brandlmayer im XIV. Bezirke. Sie schlägt daher vor, zur Gewinnung neuer Einblicke auch diese Speisestelle zu besichtigen.

Frau Marianne Painisch schließt sich dem Antrage wegen Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung mit den Leiterinnen der Auspeisung an, da nur auf einem solchen Wege der notwendige Ausgleich zwischen Theorie und Praxis gefunden werde.

Frau Toni Colbert teilt mit, daß die Suppen- und Teeanstalten bereits über Vorratsräume zur Aufspeicherung von Lebensmitteln verfügen, es komme aber dennoch vor, daß schlechte Konserven verwendet würden.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner gibt der Anschauung Ausdruck, die beste Abhilfe aller im Verlaufe der Debatte zur Sprache gelangten Übelstände liege darin, daß eine ständige Kontrolle der Auspeisestellen durch die Organisationen ausgeübt werde und richte sie daher an alle Frauen neuerlich das Ersuchen, die Auspeisestellen oft zu besuchen und über die gemachten Wahrnehmungen unter Angabe genauer Daten dem Zentral-Beirat zu berichten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung fragt Prinzessin Klementine Metternich an, ob es statthaft sei, einer Reichsitalienerin, der Frau eines Internierten, eine Unterstützung zu geben.

4. VIII. 1916

Frauenhilfsaktion im Krieg

12

stätte gegen Bezahlung, welche in keinem Zusammenhange mit der Frauen-Hilfs-Aktion stehe.

Zum zweiten Punkte der Tageordnung referiert Frau Gerta Gräfin Walterskirchen in Stellvertretung von Frau Hertha v. Sprung über die Abhaltung von Hausfrauen- und Köchinnenversammlungen und verliest nachfolgenden Entwurf:

„Vier Abende, zwei jede Woche, je eine Stunde von 5 bis 6 Uhr.

Drei Vortragende gehen von einem Bezirke zum anderen.
Ort: Im Gemeindefaale jedes der XXI. Bezirke.

Probenvortrag: Zur Schulung der Vortragenden und zur Vereinheitlichung der Kurse sollen Probenvorträge über den zu behandelnden Stoff abgehalten werden, und zwar am 14. und 15. Februar 1916 in einem noch zu bestimmenden Saal. An diesen Probenvorträgen haben alle Vortragenden teilzunehmen, damit sie, um Wiederholungen zu vermeiden, auch den Stoff der anderen Vorträge kennen lernen. Jede der 15 Damen erhält ein Schema als Unterlage für ihren eigenen Vortrag, an das sie sich zu halten hat. Die Demonstration der Kochliste, die Tabellen und Behelfe aller Art werden schon im Probenvortrage gezeigt und den künftig Vortragenden zur Verfügung gestellt.

Zur Abhaltung der Probenvorträge sind bereit:

1. Was und wie kochen wir? (Hertha v. Sprung).
2. Die Kochliste (N. Schweinburg).
3. Gesundheitspflege und Ernährungslehre (Josefine Kurzbauer).
4. Einkauf und Marktwesen (Gerta Gräfin Walterskirchen).

Das Schema der Verträge lautet folgendermaßen:

1.

Welche Lebensmittel werden uns zur Verfügung stehen?

Milch und Milchprodukte, die Mehlerzeugung, Fleisch, Selch- und Würstwaren, Wild, Fische, Fette, Eier, Kartoffeln, Gemüse, Obst, Hülsenfrüchte, Reis, Makaroni, Zucker, Kaffee, Schokolade

Ersatzmittel: Trockenmilch, Nährhefe, Eierersatz.

Anschaffen von Vorräten: Vorsicht, um nichts verderben zu lassen, Einsieden, Muse, Gelees, Obstkäse, Eintegen und Trocknen von Gemüse.

Kochvorteile: Erfahrungen aus der bisherigen Kriegsküche, die Mehl- und Brotkarte, die Milchkarte, Zusammenhang der überhöhen Fleisch- und Butterpreise mit dem Milchmangel, Mangel an Futtermehlen, an Arbeitskräften an Fuhrwerk.

Ergebnisse der heurigen Ernte: Zufuhren aus Rumänien, Bulgarien und der Türkei, trotzdem unausgesetzt Sparsamkeit, denn wir wissen nicht, wie die nächste Ernte sein, wie lange noch der Krieg dauern wird. Auch nach Friedensschluß Stockungen, mangelnde Zufuhr, entwertetes Geld, Rückströmen der Soldaten, langamer Ausgleich aller Verhältnisse, Durchhalten!

2.

Die Kohlenzufuhr, Kohlenpreise, Sparen mit Brennmaterial, Kohlen und Gas.

Die Kochliste: Vorteile, Aufertigung (Vorzeigen einer Kiste in ihren verschiedenen Stadien, Vorzeigen von im Handel befindlichen Typen, auch Kochbeutel).

Praktische Vorführung zweier Kisten, eine, die 4 bis 5 Stunden vorher gefüllt wurde, eine, die erst gefüllt wird.

Gasrechard.

Aufzählung einiger besonders geeigneter Gerichte, Zubereitungsdauer, Ersparnisse an Zeit und Arbeit.

3.

Die Pflege der Gesundheit: Aufbau des Körpers, Erhaltung des Gleichgewichtes, Aufgaben der Ernährung, Nährwert, billige und teure Nährstoffe.

Grundsätze einer vernünftigen Ernährung: nahrhaft, schmackhaft, ausgiebig, preiswert (Tabellen Schattensroth). Beispiele von richtigen und falschen Speisezusammenstellungen unter Zugrundelegung von verschiedenem Geldeaufwand. Die Ernährung von Kindern und Kranken in der Kriegszeit, Hygiene der Küche und Vorratskammer, Bekämpfung des Alkoholismus, Bier kein Nährmittel, Verschwendung von Getreide und Kartoffeln durch Brauen und Brennen (Zahlen!), Infektionskrankheiten, Gruppen, Bedeutung der Gesundheit für Volk und Staat.

4.

Wie kommen unsere Lebensmittel auf den Markt?

Fürsorge durch den Staat, Land und Gemeinde; Konsumvereine, Genossenschaften; Lebensmittelkontrolle, Fleischbeschau etc., Markthallen, Groß- und Detailmärkte, Groß- und Kleinhändler, Lagerhäuser, Kühlhäuser, Auffpeicherung von Vorräten, Zufuhr, Tarife.

Berechtigte und unberechtigte Preise und Gewinne, Preistreiberei, Kartelle, Pflicht der Konsumenten, nicht jeden Preis zu bezahlen, Organisationen.

Anzeige beim Markt-Kommissariate oder Bezirksgerichte, strenge Geld- und Arreststrafen.

Einkaufs-Genossenschaft für ausländische Lebensmittel, Kriegsgetreide-Gesellschaft, Futtermittel-Zentrale.

Propaganda: Die Zentrale kündigt in einem großen Plakate Ort, Tag und Stunde der Kurse gemeinschaftlich an, ohne die Namen der Vortragenden zu nennen. Ganz kleine Zettel, die eine Woche vor Beginn des Kurses durch die Frauen des betreffenden Bezirks-Komitees den Lebensmittelgeschäften zur Verteilung an die Köchinnen gegeben werden, unterstützen die Plakate.

Turnus der Kurse: Es wird mit drei Kursen, das ist mit drei Bezirken zugleich begonnen und schrittweise in drei weiteren Bezirken vorgegangen.

Vorsitz und Leitung besorgt die Vorsitzende des Bezirks-Frauen-Komitees oder eine ihrer Stellvertreterinnen. Sie eröffnet und schließt die einzelnen Vorträge, sorgt für die Bereitstellung der Lehr- und Anschauungsmittel sowie durch Hilfskräfte ihres Komitees für das Auflegen und Ausfüllen einer Präsenzliste der Köchinnen.

Nach dem Vortrage, der höchstens drei Viertelstunden in Anspruch nehmen darf, werden die Anwesenden eingeladen, Erfahrungen, Rezepte, Anfragen und dergleichen vorzubringen. Die Vorsitzende hat die Aufgabe, diese und die sich zwischen den Köchinnen und der Vortragenden entspinneenden Diskussionen in knappen und sachlichen Grenzen zu halten, so daß die angelegte Gesamtzeit von einer Stunde nicht überschritten wird.

Bericht: Nach Schluß des Kurses hat die Vorsitzende einen kurzen schriftlichen Bericht über Besuch und Verlauf der Versammlung an die Zentrale im Rathause zu richten.

8. VIII. 1916

104

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Am 3. Februar 1916 nahm Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister in seinem Empfangsalon die Beeidigung der im Laufe des Fürsorgejahres neu hinzugekommenen Leiterinnen, beziehungsweise Leiterinnen-Stellvertreterinnen der Frauen-Arbeits-Komitees, der Nähstuben und der Ausspeisestellen der einzelnen Bezirke vor.

Bei diesem Anlasse hielt der Bürgermeister folgende Ansprache:

„Meine hochverehrten Damen!

Es war im August des Jahres 1914, unmittelbar nach der Kriegserklärung an das Königreich Serbien, als Seine Exzellenz der Herr Statthalter von Niederösterreich, der Landmarschall dieses Kronlandes und ich als Bürgermeister der Stadt Wien daran gingen, die Zentralstelle im Rathause zu schaffen, welcher als Aufgabe die Kriegsfürsorge für die Angehörigen der Einberufenen überwiesen wurde.

Der Wirkungskreis dieser Zentralstelle mußte nach kurzer Zeit erweitert werden und bezieht sich nun auf alle, die durch den Krieg in Not geraten sind. In dankenswerter Weise haben sich Tausende von Frauen und Männern gefunden, welche sich in selbstloser, hingebungsvoller Weise in den Dienst der Kriegsfürsorge stellten und unter meiner Führung fanden sich die verschiedenen Frauenorganisationen auf dem neutralen Boden echter wahrer Nächstenliebe zusammen. Diese Organisation wirkte beispielgebend und mustergültig für alle anderen Städte und ist der Zentral-Beirat der Mittelpunkt der Kriegsfürsorgeaktionen geworden.

Wenn ich mit einigen Zahlen belästigen darf, um Ihre eigene Wirksamkeit ins richtige Licht zu stellen, kann ich anführen, daß gegenwärtig 4000 Personen in Ergänzung des staatlichen Unterhaltsbeitrages die gleich hohen Beträge durch die Gemeinde erhalten. Ich erwähne dies, weil diese Ziffer mir den gewünschten Anlaß gibt, allen Frauen, welche im Recherchendienst tätig waren, den besten Dank zu sagen. Tausende von Recherchen waren notwendig, welche in eifriger und umsichtiger Weise gepflogen wurden, so daß ich wirklich nur meinen besten Dank ausdrücken kann. Ich habe weiter zu melden, daß für die öffentliche Ausspeisung bisher 4 1/2 Millionen Kronen ausgegeben wurden. Diese Ziffer hat genügt, um 47.000 Personen in Wien täglich wenigstens eine warme Mahlzeit zu bieten.

Ich muß auch auf diesem Gebiete allen Frauen nur den besten Dank aussprechen, denn sie haben treu ausgehalten, trotzdem sie wahrlich nicht wußten, daß das Rathaus ihre Kräfte für so viele Monate beanspruchen wird. Für die umfassende Aktion der Näh- und Strickstuben wurden bisher 370.000 K netto ausgegeben und dadurch für Tausende arbeitsbedürftiger Frauen und Mädchen Arbeit geschaffen. Auch diese Aktion hat die Haltung der Bevölkerung in günstigster Weise beeinflusst. Welche Fülle von Arbeit diese Zahlen beweisen, läßt sich jedoch in Ziffern überhaupt nicht ausdrücken, denn die Frauen sind für die Statistik noch zu wenig erzogen. Sie leisten viel, aber sie geben nicht alles statistisch wieder. Die Berichte, welche noch dazu in sehr unregelmäßigen Intervallen einlaufen, geben also nicht das richtige Bild von der umfangreichen Tätigkeit der Frauen, welche sich im Interesse der Öffentlichkeit und der Allgemeinheit außerordentlich verdient machen.

Gestatten Sie daher, daß ich Ihnen heute, meine sehr verehrten Frauen, den besten Dank des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung ausdrücke und daran die Bitte füge: Halten Sie noch weiter aus. Ich bin mir wohl bewußt, welches Opfer ich von Ihnen fordere. Aber, meine hochverehrten Frauen, ich komme eben von der Front und sah dort, daß unsere Soldaten Übermenschliches an Heldennut leisteten, und wir wären im Hinterlande unwürdig dieser Helden, wenn nicht jeder von uns Kriegsoffer bringen würde. Diese eiserne schwere Zeit müssen wir glücklich übertauchen.

Im roten Saale sind heute die Leiterinnen und Leiterinnen-Stellvertreterinnen der Frauen-Arbeits-Komitees, der Nähstuben und der Ausspeisung erschienen und ich habe die Verpflichtung, Ihnen den Eid abzunehmen.

Der Eid ist die feierlichste Form der Übernahme einer Verpflichtung. Ich bin überzeugt, Sie übernehmen ohneweiters diese Verpflichtung, der Sie übrigens bis jetzt auch ohne Eid nach besten Kräften gerecht geworden sind. Der Eid möge Sie daher in Ihrer Stellung stärken, möge Sie legitimieren und mit dazu beitragen, daß wir durchhalten bis zu einem glücklichen Ende.

Ich bitte um Verlesung der Eidesformel.“

Magistratsrat Präsidialvorstand Formanek verliest:

„Sie werden einen Eid zu Gott dem Allmächtigen schwören, daß Sie die Ihnen anvertrauten Obliegenheiten als Mitglieder der Frauen-Hilfsaktion im Kriege treu und gewissenhaft besorgen, die bestehenden Vorschriften genau beobachten, jederzeit alle Ihre Kräfte und all Ihr Können dieser Fürsorgetätigkeit widmen und auch sich in den Dienst der Armenpflege der Stadt Wien stellen, den Anordnungen des Bürgermeisters Folge leisten und das Amtsgeheimnis gewissenhaft wahren werden.“

Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister nahm nun den Eid mit den Worten ab:

Ich bitte die Frauen christlichen Bekenntnisses, die Schwurfinger zu erheben, wie ich es tue, und mir die Worte nachzusagen: „Alles was mir soeben vorgehalten wurde und was ich wohl und deutlich verstanden habe, dem soll und will ich getreulich nachkommen, so wahr mir Gott helfe!“

Nach der Beeidigung der Frauen christlichen Bekenntnisses ersucht der Herr Bürgermeister die Frauen mosaischer Konfession vorzutreten und getreu ihrem Bekenntnisse den Eid mit der rechten Hand auf der Thora abzulegen.

Nach erfolgter Eidesablegung bittet der Bürgermeister die versammelten Frauen die geleistete Eidesablegung durch die Unterschrift zu bestätigen und bei der Angelobung im Gemeinderatssaale zu intervenieren. Er schließt sodann den feierlichen Akt der Beeidigung mit den Worten:

„Bei dieser Gelegenheit glaube ich nicht umhin zu können, insbesondere den Mitgliedern des Zentral-Frauen-Beirates meinen besten Dank für Ihre hervorragende Tätigkeit und Ihr einheitliches Zusammenarbeiten, welches vorbildlich für andere Städte geworden ist, abzustatten. Möge der Burgfriede auch fürderhin über dieser Institution walten.“

Im Anschlusse an die Beeidigung fand im Gemeinderatssaale die Angelobung der übrigen neuhinzugekommenen Mitglieder der Frauen-Hilfsaktion statt.

Fräuen-Fürsorge in Wien

T
M3

meister heranzutreten, die Galerie des Gemeinderats-Sitzungs-
saales an dem ersten Sitzungstage für die Frauen-Hilfsaktion
zu reservieren.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erwidert, eine Abschließung
der Galerie für die Frauen-Hilfsaktion sei nicht möglich, da die
Gemeinderats-Sitzung eine öffentliche Sitzung sei und dem
Publikum der Zutritt nicht verwehrt werden dürfe, doch könne
der Herr Bürgermeister über Wunsch Karten zur Verfügung
stellen.

Der Zentral-Beirat gibt die Anregung wegen Bildung eines
Komitees zur Herausgabe eines Tätigkeitsberichtes Folge und
werden die Frauen Elvira Rott, Dr. Alma Seitz und Emmy
Freundlich in dieses Komitee gewählt, welches alle Vor-
arbeiten zu besorgen hat und dann gemeinsam mit Ihrer Ex-
zellenz der Frau Vorsitzenden den Tätigkeitsbericht verfassen
wird.

Frau Hanni Brentano schildert die Ungleichheit in der
Bemessung des Unterhaltsbeitrages und fragt an, an welche
Stelle offenbar unrichtige Behandlungen zu weisen wären.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont beantwortet diese Anfrage
dahin, daß derartige Fälle am besten der Magistrats-Abteilung XI
zur weiteren Amtshandlung direkt zu übergeben wären.

Ebenso bespricht Frau Gräfin Gerta v. Walterskirchen
einen Vorfall im XX. Bezirke, welcher ihrer Meinung nach nicht
ordnungsmäßig erledigt worden sei.

Frau Emmy Freundlich führt gleichfalls in längerer
Rede die Verschiedenheit in der Behandlung der Unterhalts-
beiträge aus und wendet sich im besonderen gegen den im Ver-
hältnis zu hohen Unterhaltsbeitrag von Offiziersfrauen und
höheren Beamten. Sie weist darauf hin, daß in Breslau der
nationale Frauendienst ein Mitbestimmungsrecht habe und regt
an, auch bei der österreichischen Regierung wegen Aufnahme
von Frauen in die Unterhalts-Landes-Kommissionen vorstellig zu
werden.

Frau Helene Granitsch schließt sich diesem Antrage an
und betont, daß durch eine Aufnahme der Frauen in die Unter-
halts-Landes-Kommissionen auch auf die Art der Auszahlung
bei Beendigung des Krieges Einfluß genommen werden könnte.

Gegenüber den Ausführungen von Frau Emmy Freundlich
gibt Frau Fanni Freund-Marcus zu bedenken, daß gerade
bei den freien Berufen des Mittelstandes, den geänderten Verhält-
nissen mit den schwersten Opfern Rechnung getragen werden müsse,
denn die Frau eines Arztes oder Advokaten dürfe zum Beispiel
die teure Wohnung nicht kündigen, da ja doch der Mann nach
seiner Rückkehr sich nicht einen neuen Klientelkreis suchen könne.

Frau Josefine Kurzbauer stellt den Antrag, alles zu
unternehmen, um jenen Söhnen eingerückter Väter, welche knapp
vor Beendigung des Studiums stehen, eine Fortsetzung des
Studiums zu ermöglichen.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende schließt sich diesem
Antrage an und erweitert denselben durch den Zusatz-Antrag,
diese Fürsorge nicht nur auf die Söhne, sondern auch auf die
im Studium befindlichen Töchter zu erstrecken.

Ober-Magistratsrat Dont erwidert, daß der Herr Bürger-
meister bereits vor längerer Zeit alle städtischen Organe ange-
wiesen habe, bei der Verleihung von Stiftungen und sonstigen

Unterstützungen besonders auf diese Fälle Rücksicht zu nehmen.
Auch sei gegenwärtig ein Antrag im Stadtrate zur Beratung,
welcher eine allgemeine Verlängerung der Fürsorge der Gemeinde
über das 14 Jahr hinaus zum Gegenstand habe. Der Bürger-
meister habe seines Wissens überdies auch im Ministerium für
Kultus und Unterricht wegen der in Rede stehenden Angelegen-
heit interveniert.

Über eine Anfrage von Frau Fanni Freund-Marcus
wird eingehend die Frage eines engeren Zusammenschlusses der
städtischen Berufsvormundschaft und Kriegspatenschaft erörtert
und Herr Ober-Magistratsrat Dr. Dont ersucht, mit Herrn
Magistrats-Ober-Kommissär Gold wegen Regelung der Frage
Verhandlungen zu pflegen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, in der
nächsten Sitzung über das Ergebnis der Verhandlungen aus-
führlich zu berichten.

Frau Tony Colbert macht darauf aufmerksam, daß sie
vernommen habe, es seien noch Vorräte an Kaffee von den
Weihnachtsbeteiligungen vorhanden, über welche noch nicht verfügt
worden wäre.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont entgegnet, daß bereits die
übriggebliebenen Reste abgeholt wurden.

Was den in der letzten Sitzung gestellten Antrag wegen
Errichtung von Lebensmittel-Depots in allen Bezirken anlange,
so müsse er auf die technische Unmöglichkeit der Errichtung
solcher Depots hinweisen. In derartigen Depots müßte mindestens
ein mit der Materialverrechnung betrauter Beamter anwesend
sein und würde es auch schwer fallen, die geeigneten Stellen und
trockenen Lokale zu finden. Er habe aber den Speisestellen nahe-
gelegt, in der nächsten Nähe der Speisestelle oder in dieser selbst
kleine Vorratskammern anzulegen.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen stellt den Antrag,
nächsten Donnerstag eine Besichtigung der Auspeisestelle XIV.,
Felberstraße 8^o, vorzunehmen.

Der Zentral-Beirat erklärt sich mit diesem Antrage einver-
standen und wird die Besichtigung der Auspeisestelle für
Donnerstag den 17. Februar, vormittags, anberaumt. Nach
dieser Besichtigung wird noch eine zweite Auspeisestelle, welche
erst am Tage der Besichtigung bekanntgegeben werden wird,
besucht werden.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende ersucht Herrn
Ober-Magistratsrat Dr. Dont, über den Stand der Vorarbeiten
für die Kochvorträge zu berichten.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bemerkt, daß bereits an
sämtliche Herren Bezirksvorsteher wegen Überlassung des Ge-
meindehaussaales Schreiben hinausgegangen seien, doch wären
noch nicht alle Zustimmungen eingelaufen. Sofort nach Eintreffen
dieser Mitteilungen werde er für eine rasche Indrucklegung und
Affichierung der Plakate Sorge tragen, sodann auch die An-
meldungen bei der Polizeibehörde vornehmen und die Ausgabe
von Flugzetteln durch die Frauen-Arbeits-Komitees veranlassen.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen berichtet sodann
in eingehender Weise über den Verlauf der monatlichen Sitzung
im XX. Bezirke.

Frau Fanni Freund-Marcus erstattet einen Bericht
über das Frauen-Arbeits-Komitee im V. Bezirke.

15. VIII. 1916

MS

B.-R. Lotties regt an, Seine Exzellenz Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner zu ersuchen, er möge bei der Regierung vorstellig werden, daß alle Lebensbedürfnisse beschlagnahmt und die gleichmäßige Verteilung derselben durchgeführt werden solle; in einem Rund-Antrage wären sämtliche Bezirksvertretungen aufzufordern, eine gleichartige Kundgebung zu fassen.

Nach einer eingehenden Besprechung, an der sich die **B.-R. Forster, Krupal, Harrer, Hirsch, Kraus, Löschner, Steger** und **Föderl** beteiligten, ersucht der **Vorsitzende B.-R. Lotties**, einen schriftlichen, ausführlich begründeten Antrag einzubringen.

B.-R. Löschner bespricht einige in den Straßenbahnwagen befindliche Anschläge, die sprachliche Unrichtigkeiten enthalten, und ersucht den Vorsitzenden, die Straßenbahn-Direktion hierauf aufmerksam zu machen.

Der **Bezirksvorsteher** sagt dies zu.

B.-R. Kraus bemängelt, daß die Deckel der Hydranten immer offen bleiben, und es leicht vorkommen könnte, daß seitens der damit spielenden Kinder Beschädigungen an den Hydranten vorgenommen würden; der Straßenarbeiter, der die Strecke beim Hause Nußdorferstraße 3 zugewiesen hat, spritze niemals auf, so daß die Staubentwicklung sehr groß ist.

Der **Vorsitzende** erklärt, er werde die erste Beschwerde dem Fuhrwerksbesitzer, dessen Angestellte schuldtragend sind, zur Kenntnis bringen, und den anderen Übelstand im eigenen Wirkungskreise abstellen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Frauen-Hilfsaktion.

Am 16. März 1916 versammelten sich unter dem Vorsitz Ihrer Exzellenz der Frau Berta Weiskirchner im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates die Mitglieder der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege, die Leiterinnen der in sämtlichen Bezirken bestehenden Frauen-Arbeits-Komitees, sowie die Leiterinnen der Näh- und Strickstuben und Auspeis-Komitees zu einer gemeinsamen Beratung, in welcher sowohl die Vorsitzende als auch Ober-Magistratsrat Dr. Dont einen ausführlichen Bericht über die Arbeitsleistung der Frauen-Hilfsaktion erstatteten.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit nachstehender Ansprache:

„Meine Frauen!

Indem ich Sie auf das Herzlichste begrüße, danke ich zugleich für Ihr zahlreiches Erscheinen. Ich hätte Ihnen gern sagen wollen: der Krieg ist aus, und Ihnen gedankt für alle Mühe. Leider ist das aber noch immer nicht der Fall und ich kann nur danken für alle Mühe, die Sie bisher gehabt haben und daran die Bitte knüpfen, mir auch weiter beizustehen, damit wir Not und Elend lindern können. Der Krieg wütet noch immer, die Lebensmittelzufuhren werden immer geringer, die Not immer

größer. Immer schwerer werden die Zeiten und immer schwerer lassen sich die Armen beruhigen, wenn wir ihnen nicht ausreichend zu essen geben können. Ich bitte darum die Frauen, daß Sie in jeder Hinsicht wirklich alles genau prüfen. Die Leute sind oft in einer verzweifelten Stimmung und aus dieser heraus schreiben sie meinem Manne und mir die schrecklichsten Briefe. Wir müssen daher, wo immer es nur angeht, mit der Lebensmittelverteilung helfen und die Auspeisung etwas mehr ausdehnen. Mit dem Kampfe, der im Felde immer gewaltiger wird, geht auch ein Kampf in der Beschaffung von Lebensmitteln und besonders die Beschaffung von Milch stieß einige Zeit hindurch auf immer größere Schwierigkeiten. Ich weiß nicht, ob Sie eine Ahnung davon haben, wieviel Milch in Wien täglich gebraucht wird. Wir haben in der Friedenszeit 950.000 l täglich an Milch verbraucht. Jetzt, da die Zufuhr abgeperrt ist, ist unser Milchquantum auf 600.000 l zurückgegangen und so ist es denn kein Wunder, wenn die Leute manchmal weggehen müssen und keine Milch bekommen. Sie können sich überhaupt nicht vorstellen, wie schwer es ist, Lebensmittel zu beschaffen. Ich bin hier im Rathause und habe täglich Gelegenheit zu sehen, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind, wie mein Mann oft trostlos hinunterkommt, wenn irgend etwas wieder nicht klappt.

Wir stehen manchmal in harter Bedrängnis und es ist vor allem unsere Aufgabe, einzuwirken, daß die Leute nicht verzweifelt werden, wenn sie nichts bekommen. Aber nicht nur der Kampf um die Lebensmittel bringt dem Zentral-Beiräte schwere Stunden, wir müssen auch oft und oft bittlich werden um verschiedene andere Sachen. So haben wir Bittgänge unternommen, um Geld zu bekommen, denn die Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen hatte fast keine Mittel mehr zur Verfügung.

Die Spenden sind zurückgegangen, der Geldverbrauch aber hat sich immer mehr und mehr gesteigert und so war von den acht Millionen, über die die Zentralstelle anfangs verfügte, im Laufe der Zeit nur mehr ein Betrag von 25.000 K übrig. Ich bin nun heute in der glücklichen Lage, Ihnen eine erfreuliche Mitteilung machen zu können. Es ist unseren unausgesetzten Bemühungen gelungen, über 3 Millionen Kronen zu bekommen, so daß wir wenigstens für die nächste Zeit vor der ärgsten Not geschützt sind und ruhig weiterarbeiten können.

Wir haben aber auch noch andere Schwierigkeiten zu überwinden. Die Arbeitsbeschaffung macht uns große Sorge. Die Armen sind mit der Auspeisung allein nicht zufrieden, sie wollen Arbeitsmöglichkeiten, sie wollen verdienen. Es würde auch unser Budget sehr erhöhen, wenn wir uns nur auf die Auspeisung allein beschränken würden. Wir haben uns daher nach allen Richtungen hin bemüht, allen denen, die sich in ihrer Bedrängnis an uns wenden, Arbeit und Verdienst zu geben. Es werden aber sehr viele Arbeiten an anderer Stelle gefertigt und für die Wiener Nähstuben bleibt wenig übrig, trotzdem habe ich aber einige Arbeiten bekommen und wird Ihnen Herr Ober-Magistratsrat Dr. Dont darüber Mitteilung machen.“

Ober-Magistratsrat Dr. Dont berichtet nun in ausführlicher Weise über die Tätigkeit der Frauen-Hilfsaktion im Monate Jänner 1916 und führt unter anderem folgendes aus: „Anschließend an das Büchlein — Ein Jahr Kriegsfürsorge — in welchem ein Tätigkeitsbericht bis zum Juni 1915 in seinen drei Hauptzweigen enthalten ist, habe ich die Absicht

Lebensmittelverteilung

M6

Von den Nähstuben weg, wende ich mich nun der Ausspeisefraktion zu. Die 113 Stellen, die sich mit der Ausspeisung befassen und die heute schon über 50.000 Personen verköstigen, haben in der Zeit schon 1. Oktober 1914 bis 31. Dezember 1915 fast 15 1/2 Millionen Mahlzeiten verabreicht, mit einem Kostenaufwand von 3.6 Millionen Kronen. Unter diesen 15 1/2 Millionen Mahlzeiten ist eine vollständige Mahlzeit, also Suppe, Gemüse und Brot zusammen, zu verstehen.

Man hört diese Zahlen und kann sich nicht eine rechte Vorstellung davon machen. Man möchte ich Ihnen einige Bilder vor Augen führen, welche die Größe dieser Zahlen so recht anschaulich gestalten. Die 15 1/2 Millionen Portionen Gemüse allein würden einen Raum von 8000 m³ beanspruchen, das heißt, der Kochtopf müßte so groß sein, daß man das Deutsche Volkstheater bequem hineinstellen könnte. Mit dem Gemüse zugleich würde Brot verabreicht. Das Mehl für dieses Brot würde in 222 bis 225 Eisenbahnwaggons kaum Platz finden und das daraus erzeugte Brot würde, zu einem Laib vereinigt, einen stattlichen Laib von 70 m Durchmesser und 5 m Dicke ergeben, oder mit anderen Worten, der Brotlaib müßte so groß sein, wie das Riesenrad im Prater. Würde man die 3.6 Millionen Kronen, welche für die Ausspeisung verausgabt wurden, in 20 h-Stücken einzahlen, so würden diese 20 h-Stücke aufeinandergestapelt eine Säule von 22.731 m 25 cm bilden oder anders dargestellt, 165 Säulen in der Höhe des Stephansturmes müßten errichtet werden, um die Geldstücke aufzustapeln.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es besser ist, wenn einmal ein Unwürdiger der Ausspeisung teilhaftig wird, als daß ein einziger, der die Ausspeisung brauchen würde, sie nicht bekommt. Meldet sich also ein Ausspeisungsbedürftiger beim Frauen-Arbeits-Komitee und kann dieses die Recherche nicht sofort machen, so denke ich mir diesen Übergang dadurch gemildert, daß das Frauen-Arbeits-Komitee ihm einstweilen Speiseanweisungen für die Volksküchen ausfolgt, für einen längeren Zeitraum eventuell auch eine provisorische Anweisung auf 8 oder 14 Tage ausstellt.

Der Herr Bürgermeister hat ferner die Wahrnehmung gemacht, daß es auf den Märkten wiederholt zu aufregenden Szenen gekommen ist. Ich verweise in dieser Beziehung auf die Kartoffelnot, die ja nicht durch die Schuld der Gemeinde Wien entstanden ist. Um diesen Übelständen abzuwehren, hat der Herr Bürgermeister nun angeordnet, die Marktorgane dahin zu verständigen, daß auf den Märkten sich unruhig oder verzweifelt geberdende Frauen an die Frauen-Arbeits-Komitees zu weisen sind. Die Damen werden auf die Frauen beruhigend einzuwirken haben, ihnen vorstellen, daß sie gerne bereit sind, ihnen auf einige Zeit die öffentliche Ausspeisung zugänglich zu machen, daß es keine Schande sei, wenn sie vorübergehend die Ausspeisung in Anspruch nehmen, bis sie wieder Gelegenheit haben, sich die Lebensmittel zu verschaffen.

An die Ausspeisung schließt sich ergänzend an die Einrichtung der Lebensmittelverteilung. Mit der Ausspeisung allein (0.6 l Gemüse und 140 g Brot), ist in vielen Fällen nicht genügend gesorgt, zum Beispiel bei kinderreichen Familien mit Kindern im zarten Alter. In solchen Fällen müsse durch Verabreichung von Lebensmitteln an die Mütter nachgeholfen werden, damit die Mütter daheim Speisen selbst zubereiten können. In der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 31. Dezember 1915 wurden

Lebensmittel im Werte von 59.061 K 35 h verteilt. Die Rechnungen weisen, der fortschreitenden Teuerung entsprechend, eine steigende Tendenz auf und sind daher die Fragen wohl zu erwägen:

Wann soll die Lebensmittelverteilung einsetzen? Wie soll sie durchgeführt werden? Als Ersatz für die Ausspeisung oder als Ergänzung?

Ich würde den Frauen sehr dankbar sein, wenn ich aus Ihren praktischen Erfahrungen heraus Anregungen und Mitteilungen erhalten könnte und würde ich bitten, mir diese Mitteilungen im Laufe der nächsten Woche einzusenden."

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t bespricht weiters die Durchführung der neuen Zuckerkartenverordnung bei der Lebensmittelverteilung im Frauen-Arbeits-Komitee, macht darauf aufmerksam, daß mit Beginn der schönen Jahreszeit auch der Absatz der Marktaschen wieder zu propagieren wäre und mahnt zur Sparsamkeit in Portoauslagen.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t schließt hierauf seinen eingehenden Bericht mit der Verlesung des letzten Ausweises der Zentralstelle, welcher sich folgendermaßen darstellt:

Spenden für allgemeine Zwecke:

- a) Von verschiedenen Parteien 3,013.969 K 24 h,
- b) vom Kriegshilfsbureau 875.000 K.

Spenden für Ausspeisungszwecke:

- a) Von verschiedenen Parteien 1,193.133 K 52 h,
- b) durch Exzellenz Gräfin B i e n e r t h 2,643.591 K 4 h.

Spenden für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Frau B e r t a W e i s k i r c h n e r 3,493.500 K.

Zinsen der Wertpapiere 35.650 K 49 h.

Ersatz für von den Nähstuben geleistete Arbeiten 655.543 K 32 h.

Von dieser Gesamtsumme der Einnahmen im Betrage von 11,910.387 K 61 h wurden verausgabt:

Fortlaufende Unterstützungen	1,780.068 K 93 h
Einmalige Unterstützungen	592.529 " 53 "
Ausspeisung	4,822.614 " 35 "
Näh- und Strickstuben	984.816 " 01 "
Subventionen	480.794 " 03 "
Auslagen für Porto, Druckforten etc.	23.363 " 18 "
Noch nicht rückersehte Verläge	32.549 " 29 "

Summe 8,716.735 K 32 h

Es verbleiben daher noch verfügbar 3,193.652 K 29 h.

Ihre Exzellenz die Frau V o r s i z e n d e dankt Herrn Ober-Magistratsrat Dr. D o n t für die ausführlichen Mitteilungen und eröffnet die Debatte.

Frau F a c k l e r (Frauen-Arbeits-Komitee XVI) bittet um Einschränkung der Recherchen für das wirtschaftliche Hilfsbureau und führt zur Begründung ihrer Bitte an, daß das wirtschaftliche Hilfsbureau nicht einmal bekanntgebe, ob die Zinsaushilfen in den einzelnen Fällen bewilligt wurden oder nicht.

Frau W e i ß (Ausspeisestelle III. Bezirk) fragt an, ob es nicht vielleicht doch möglich wäre, im Verkehre mit Zuckerkarten für die Frauen-Arbeits-Komitees und Ausspeisungen einige Erleichterungen eintreten zu lassen, da ja auch Militärlieferungen ohne Zuckerkarten ausgegeben werden und regt weiters an, die gemeinsamen Sitzungen öfter anzuberäumen.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t beantragt, Ihrer Exzellenz der Frau V o r s i z e n d e n für ihre großen Arbeitsleistungen

Kriegsfürsorge-Einrichtungen für Frauen und Kinder.

(Nachdruck verboten.)

Groß und vielgestaltig ist der Apparat, der seit nunmehr zwei Jahren, ständig ausgebaut und erweitert, in Bewegung ist, um die vielerlei Schäden, die der Krieg für die Heimat und ihre Bewohner im Gefolge hat, zu heilen und zu mildern, ja, er ist so vielgestaltig, daß die meisten von denen, die irgendwelcher Kriegsfürsorge bedürftig sind, sich in seiner Bedeutung nicht zurechtfinden würden und gar manchmal im ungewissen sind, wenn es gilt, einen besonderen Zweig der Kriegsfürsorge in Anspruch zu nehmen. Es ist deshalb vielleicht ganz angebracht, noch einmal kurz auf die hauptsächlichsten Stellen aufmerksam zu machen, die in Hamburg den besonders der Hilfe und des Beistandes bedürftigen, durch den Krieg betroffenen Frauen und Kindern offenstehen.

Unter den verschiedenen Zweigen der Kriegsfürsorge, die zum Teil unter anderem Namen schon vor Kriegsausbruch bestanden, und in diesem Fall nur ausgebaut wurden, und in diesem Fall nur ausgebaut wurden, nehmen die Einrichtungen der Hamburgischen Kriegshilfe, in denen sich auch in der Hauptsache die reiche Fürsorgetätigkeit der verschiedenen Frauenvereine auswirkt, den größten Raum ein. Da sind zunächst die Vorkehrungen für die im Laufe der Zeit immer mehr in den Vordergrund getretene Fürsorge für die Volksernährung und für die notwendige und zweckmäßige Ausgestaltung der kriegsgemäßen Ernährung. In allen die Volksernährungsfürsorge unmittelbar betreffenden Angelegenheiten ist in erster Linie der H. K. Ausschuss für Volksernährung, Mönckebergstraße 13, 4. Stock, zuständig. Ihm unterstehen die rund 90 Kriegsküchen in den verschiedenen Stadtteilen, die Hausfrauenberatungsstellen, der die kriegsgemäße Ernährung fördernde Flugschriftenvertrieb der Zentral-Einkaufsgesellschaft, die Kochvorführungen und ähnliche die Ernährungsfrage betreffende Angelegenheiten. Weiter sind hier zu nennen der Künstlermittagsstisch des Neuen Frauenklubs (Leht Steinstraße 137, 2. Etage), die Lebensmittelunterstützungsstelle des Brodenhauses (Spaldingstraße 212), die Kriegsspeisungen der Heilsarmee, die Kinderspeisungen des Wohltätigen Schulvereins, die Kommission für Kriegsverförmung (Große Johannisstraße 13, 1. Etage, und Börsebrücke 6, 3. Etage), die die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel in der Hand hat und für eine den Verhältnissen angemessene Verteilung sorgt, die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, die Preisprüfungsstelle (Börseanbau) und endlich die verschiedenen Hausfrauenvereine (Bund hamburgischer Hausfrauen, e. V., Notenbaumchauffee 15, 2. Etage; Hambg. Hausfrauenverein, Notenbaumchauffee 93, und Hausfrauenbund des deutsch-österreichischen Frauenbundes, Neubertstraße 47), die ja besonders gegenwärtig an der Lösung der Ernährungsfrage auch praktisch mitarbeiten. Bei dieser Gelegenheit sei auch hingewiesen auf die vom Bund hamburgischer Hausfrauen am 24. Juni 1916 ins Leben gerufene „Stadt und Land“-Genossenschaft zur Beschaffung und Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, auf die wir in einem besonderen Artikel zurückkommen.

Den Maßnahmen der Ernährungsfürsorge schließen sich die der Wohnungsfürsorge an. Jedem der bekannten Bezirke der H. K., in denen auch je eine Frau als Vertrauensdame sitzt, ist eine Mieterschlichtungskommission und eine unentgeltliche Rechtsanwaltsstelle angegliedert, die in allen das Mietrecht angehenden Fragen weitestgehenden Rat erteilt und Hilfe vermittelt. Wohnung und Unterkunft für obdachlose, aus dem Auslande gestückelte Deutsche stellt ein besonderer Ausschuss der H. K. (Trofstraße 1, 2. Etage), mit dem eine Reihe von Berufsorganisationen Hand in Hand arbeiten. Erwähnt sei hier noch das vom Hamburg-Altonaer Verein für Frauenstimmrecht unterhaltene Tagesheim für stellunglose Frauen und Mädchen, das Paulstraße 9, 1. Etage, untergebracht ist.

Die Bekleidungs-fürsorge untersteht der Bekleidungsgruppe der H. K. im Prinz-Heinrich-Hause, Schopentest 20/21, wo sich auch zweckmäßigerweise die Sammelstelle für Bekleidungsstücke befindet. Hier werden alle diejenigen, die berechnigte Wünsche in bezug auf Vervollständigung und Ergänzung ihrer Kleidung haben, selbst aber nichts anschaffen können, befriedigt. Daneben sei auf die Brodenfassung des Brodenhauses hingewiesen und auf die Spenden an Kinderbekleidung des Wohltätigen Schulvereins.

Von außerordentlicher Wichtigkeit sind besonders gegenwärtig die Einrichtungen, die der

Gesundheitsfürsorge dienen. Bis zum 1. Juni dieses Jahres lag die ärztliche Fürsorge für die Kriegerfamilien auch in den Händen der H. K. Nun wird sie vom Reich, und zwar hier durch Vermittlung der Bezirksspolikliniken, an die die Kriegerangehörigen sich in Krankheitsfällen wenden können, ausgeübt. Daneben besteht ein besonderer H. K. Ausschuss für Wöchnerinnenfürsorge vom Hauspflegeverein in der Allgemeinen Armenanstalt WC-Straße 46/47, ferner das Mütterheim (Zoffstedterweg 100 a) und die Anstaltsstelle des Bundes für Mutter-schutz (Paulstraße 9, 2. Etage), die besonders den ledigen Müttern Fürsorge angedeihen lassen.

Sehr umfangreich sind wieder die Maßnahmen, die im Interesse der Arbeitslosenfürsorge getroffen sind. Da sind zunächst die Einrichtungen der H. K., der Ausschuss für Arbeitsbeschaffung und Arbeitsberatung (WC-Straße 37, 3. Etage), die mit der Bekleidungsgruppe (Schopentest 20/21) in Verbindung stehenden Kriegsnähtuben und Werkstätten, die Kriegsnähtuben und Werkstätten des Brodenhauses, der weibliche Arbeitsnachweis der Gesellschaft für Arbeitsnachweis (Anschersplatz 5) und der Ausschuss für Krankenversicherung der Arbeitslosen (Große Bleichen 63). Der Arbeitsbeschaffung dienen daneben die Einrichtungen verschiedener Berufsorganisationen. Ein besonderes Kapitel ist die Fürsorge für jugendliche Arbeitslose, die dem Jugendpflegeausschuss der H. K. (männliche Abteilung Dammtorstraße 25, weibliche Abteilung Armgarstraße 20) untersteht; jeder Bezirk der H. K. hat dazu wieder einen besonderen Sachausschuss für Jugendpflege, durch den für die arbeitslosen Jugendlichen in zweckmäßiger, ihnen und der Allgemeinheit förderlicher Weise gesorgt wird. Aber nicht nur Arbeit gilt es zu schaffen, Beschäftigung zu bieten; in sehr vielen Fällen gestaltet sich die Jugendpflege zum Fortbildungsunterricht, der die Jugendlichen für den weiteren Lebenskampf stärkt und kräftigt. Der Fürsorge für Arbeitslose der freien Berufe dient daneben die Künstlerhilfe des Brodenhauses.

Sehr vielen Arbeits- und Beschäftigungslosen ist freilich mit einer einfachen Arbeitsüberweisung nicht gedient, da ihnen die erforderliche Berufsausbildung abgeht; sie müssen in erster Linie für einen Beruf vorbereitet werden, und es fragt sich für sie nur, auf welchem Wege sie unter Verwertung ihrer Fähigkeiten am schnellsten das gesteckte Ziel erreichen. Auskunft und Rat gibt ihnen allen, auch den Kriegerwitwen, die plötzlich vor die Notwendigkeit des Verdienens gestellt werden, die Zentrale für Berufsberatung (Hofstentwall 12; Sprechstunden täglich, außer Mittwochs und Sonnabends, von 2-5 Uhr).

Häufig kommen auch unsere alleinstehenden Frauen und Mädchen in die Lage, einen Rat in Rechtsangelegenheiten erbitten zu müssen, ohne dafür bezahlen zu können. Ihnen steht der Rechtsschutzverein für Frauen (Leht WC-Straße), die unentgeltliche Rechtsanwaltsstelle des Frauenklubs von 1909 (Große Theaterstraße 21, 2. Etage) neben den bekannten Anwaltsstellen der Gesellschaft Volksheim, e. V., und des Hamburgischen Vereins der gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltsstellen zur Inanspruchnahme zur Verfügung. Für Versicherungsangelegenheiten, die unseren Kriegerfrauen oft große Schwierigkeiten machen, hat die H. K. eine besondere Anwaltsstelle (Ringstraße 15) ins Leben gerufen.

Schon zu Friedenszeiten beschäftigte die Kinderfürsorge in der Großstadt ganz erhebliche Kräfte, und seit Kriegsausbruch haben sich die Ansprüche auf diesem Gebiete noch erheblich erhöht. Alle im Interesse der Kinderfürsorge getroffenen Maßnahmen umfaßt heute der Ausschuss für Kinder und Jugendliche der H. K. (Stadthausbrücke 11), der mit den bestehenden Fürsorge-Anstalten in Verbindung steht.

Der Kriegerwitwen und -waisen nimmt sich der Hamburgische Landesauschuss für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen (WC-Straße 37) an, während die Familienfürsorge für Kriegsbeschädigte einem besonderen Ausschuss (WC-Straße 21) übertragen worden ist. In diesem Zusammenhang sei noch der vornehmlich für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen wichtigen Gründung der Kriegerheimstätten m. b. H. (Geschäftsstelle Hofstentwall 3) gedacht, deren Zweck es ist, Kriegsteilnehmer-Familien in Hamburg oder Umgebung gesunde, zweckmäßig eingerichtete und preiswerte Wohnungen in eigens erbauten oder gekauften Häusern zu beschaffen und kleinere landwirtschaftliche Grundstücke für sie bereitzustellen.

So sind auf den verschiedensten Gebieten durchgreifende Maßnahmen zur Linderung und Heilung der Kriegsschäden getroffen, und eine Reihe segensreicher Einrichtungen sind geschaffen, um vornehmlich auch den besonders in Mitleidenschaft gezogenen Frauen und Kindern Schutz und Fürsorge nach jeder Richtung hin in ausreichender Weise angedeihen zu lassen.

Die Ausstellung für Kriegsfürsorge Köln 1916.

Köln, 19. Aug. 1916.

Die Ausstellung für Kriegsfürsorge Köln 1916 wurde heute vormittag um 11 Uhr feierlich eröffnet. Auch diese Ausstellung kann als ein Zeichen unserer ungeborenen Kraft und starken Zuversicht, die einen jeden einzelnen von uns besetzt, betrachtet werden. Es war wahrhaftig keine Kleinigkeit, dieses Werk, das nun fertig dasteht, in der jetzigen Zeit zu schaffen. Ganz besondere Bewunderung verdient der Umstand, daß es gelang, die Ausstellung am festgesetzten Tage der Öffentlichkeit zu übergeben, und zwar durchaus als in allen Teilen vollendet. Nirgendwo kommt auch nur im geringsten der Eindruck des Unfertigen auf. Der Weg von der Haltestelle der elektrischen Bahn bis zum Brügelmannhaus, in dem die Ausstellung sich befindet, ist eingefaßt von hohen Fahnenstangen, an denen die Flaggen der Bundesstaaten und unserer treuen Verbündeten wehen. Die am Anfang der Straße aufgestellten zerschossenen Kanonen deuten symbolisch auf die Ausstellung hin. Die Ausstellung und das ganze Gelände herum bieten einen imposanten Eindruck dar. Und wenn man die Blicke weiter schweifen läßt, so sieht man die zahllosen Schlote der Fabriken, in denen in rastloser Arbeit Tag und Nacht zerschafft wird. Arbeit heißt das Zeichen der jetzigen Zeit, sei's die Kriegsarbeit, sei's die Arbeit hinter der Front. Und auch die Ausstellung für Kriegsfürsorge legt ein bereites Zeugnis ab für diesen Geist der vorwärtstrebenden Arbeit. Er ist es gerade, um den uns unsere Feinde so beneiden und den zu brechen sie alles aufbieten. An diesem Geiste aber wird ihre Übermacht zerschellen, und dieser Geist gibt uns auch die Kraft, die Wunden des Krieges, soweit es Menschenkräfte vermögen, zu heilen. „Hoffnung aber ist ein starker Mut und neuer Wille.“ Wenn man die Ausstellung betrachtet, muß man sagen, daß wohl die allermeisten Kriegsschädigten, wenn sie diese Worte beherzigen, einer arbeitsfreudigen Zukunft entgegenzusehen können.

Zur Eröffnungsfeier hatten sich außer den Spitzen der Kölner Behörden und Vertretern aller Gesellschaftskreise zahlreiche Ehrengäste eingefunden, u. a.: General der Infanterie v. Gahl, kommandierender General des stello. VII. A.-K. Münster i. W., die Generale der Infanterie Fied, mit dem Orden Pour le mérite geschmückt, Boehm und v. Liebert, die Generalleutnants Pförtner v. der Hölle, Schard, v. Vidtmann und Generalleutnant v. Neßler, Generaloberärzte Dr. Buttersack, Korpsarzt des VIII. A.-K., Dr. Fröh, Koblenz, Dr. Holzhausen, Brügger, die Generalmajore v. Arnim und Stenger, der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. v. Renvers und Regierungspräsident Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Kruse, Düsseldorf.

Die Feier selbst fand im Freien, in der Landhaus-Kolonie, statt. Die Kapelle des Fußartillerie-Regiments Nr. 7 unter Leitung des Obermusikmeisters Trenks eröffnete den Festakt mit dem markigen „Kriegslied der Deutschen“ von Jos. Schwarz. Dann ergriff Oberbürgermeister Wallraf das Wort zu folgender Ansprache:

Die Ansprache des Oberbürgermeisters.

Noch unter dem Donner der Geschütze wird die Kölner Ausstellung für Kriegsfürsorge eröffnet. In solcher Zeit gehört dem Vaterland, seinem Kampf und Sieg jeder Gedanke. Nur ein Werk, das diesem Gedanken dient, konnte die Mühen und Opfer einer Ausstellung rechtfertigen. Aber gerade die, die durch den Krieg am meisten gelitten, und den Sieg mit ihrem Blut erkämpft, sollen den Segen unseres Wertes erfahren. Wie das deutsche Volk mit seinen Verblüdeten sich einig weiß in dem eisenharten Entschluß zum Aushalten, so sind alle unsere Herzen erfüllt von tiefem Dankgefühl gegenüber den Streikern da draußen, die nun zwei Jahre hindurch standhalten in Sonnenglut und Winterfrost, im Feuerregen und im Anprall feindlicher Übermacht und weiter standhalten werden bis zum siegreichen Ende. Und dieser Dank heißt Mitleid mit den Opfern des Krieges. Nun, meine Damen und Herren, die Hilfe ist des Mitleids bester Teil! Helfen wollen auch wir, indem wir die Kenntnis verbreiten und vertiefen über alles, was zur Heilung der Wunden und für die Rückführung der Verletzten in das bürgerliche Leben geschehen kann.

Wer diese Ausstellung betritt, den erfährt der furchtbare Ernst des Krieges, nicht minder aber auch ein stolzes Hochgefühl über das, was verständnisvolle Liebe zu lindern und zu helfen vermag. Jeder, der mit berufen ist, zu diesem großen Werke: der Arzt, der Berater, der Fürsorger, ja über sie hinaus das ganze Volk, kann hier lernen und für seine Mithilfe sich rüsten.

Das Wohlwollen unserer geliebten Kaiserin ist unsern Werken von Anbeginn an zuteil geworden. Viele hundert Köpfe und Hände haben den verdienstvollen Leiter, Herrn Prof. Krautwig, und seinen Vertreter, Herrn Dr. Wagner, bei der Ausstellung in dem Hause unterstützt, das der Großmut des Kölner Kaufmann Dietrich Brügelmann zur Verfügung stellte. Alle diese Helfer nennen, hieß die Behörden des Landes, die großen Kriegsorganisationen und viele Einzelpersonen namentlich aufzuführen. Das kann und will ich nicht; aber einen besondern Dankesgruß möchte auch hier ich entbieten unsern Truppen im Felde, die trotz der Arbeit der Feldsoldaten manch lebenswährendes und lebensfrisches Stück für unsere Ausstellung geschickt.

Wenn gerade die Stadt Köln zu dieser Veranstaltung sich berufen fühlt, so liegt darin ein bescheidener Zoll des tiefen Dankes, den die größte Stadt und Festung der deutschen Westmark für treuen Schutz dem Volk in Waffen schuldet. In vier Stockwerken baut unsere Ausstellung sich auf: über der ärztlichen und gewerblichen Versorgung, dann die Wohlfahrtseinrichtungen des Kriegs und zum Schluß ganz oben die Siegestrophäen. Möge ein solcher Aufstieg aus den Sorgen der Jetztzeit uns allen beschieden sein, möge die deutsche Geschichte dereinst dem heutigen Geschlecht das Zeugnis geben: In größter und schwerster Zeit hast du deine Pflicht getan, zur Wurzel bist du geworden für ein neues großes und glückliches Vaterland!

Die Eröffnung.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Staatsminister Frhr. Dr. v. Rheinbaben, der von der Kaiserin beauftragt worden war, die Ausstellung zu eröffnen, war leider durch ein starkes Unwohlsein in letzter Stunde verhindert, an der Feier teilzunehmen. Wir hoffen, daß Herr v. Rheinbaben, auf dem seit Beginn des Krieges schwere Arbeit im Dienste des Vaterlandes lastet, sich bald wieder erhole und der Rheinprovinz, die ihm so außerordentlich viel zu verdanken hat, noch lange erhalten bleibe.

An seiner Stelle war Oberpräsidialrat Dr. Mommsen erschienen, der die Ausstellung mit folgenden Worten eröffnete:

Zu seinem lebhaftesten und schmerzlichsten Bedauern ist der Oberpräsident kurz vor seiner Abreise von einem Unwohlsein betroffen, das ihn verhindert hat, die Ausstellung für Kriegsfürsorge als Vertreter Ihrer Majestät zu eröffnen, Herr Oberpräsident hat mich beauftragt, in seiner Vertretung den wärmsten Dank und Anerkennung der Stadt Köln zum Ausdruck zu bringen, für das große Werk, das sie mitten in den Kriegstürmen geschaffen hat. Möge von diesem Werke sich ein reicher Strom der Mildtätigkeit und warmherziger Nächstenliebe über ganz Deutschland ergießen. Das ist der Wunsch Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, mit dem ich die Ehre habe die Ausstellung für Kriegsfürsorge zu eröffnen.

Oberbürgermeister Wallraf brachte sodann das Kaiserhoch aus, worauf die Anwesenden die Volkshymne sangen. Zum Schluß spielte die Kapelle das Niederländische Danzgebiet.

An den Kaiser, die Kaiserin, den Reichskanzler, den k. u. g. ungarischen Ministerpräsidenten Stephan Tisza und den Wirkl. Geheimrat Egner, Wien, wurden Ehrenheißungs- bzw. Begrüßungstelegramme abgeschickt.

An diese schlichte und doch so stimmungsvolle Eröffnungsfeier schloß sich unter Führung der Abteilungs- bzw. Gruppenvorsteher ein

Rundgang durch die Ausstellung.

der alle Teilnehmer nicht nur durch die Fülle und Abwechslung des Dargebotenen überraschte, sondern auch durch den überaus glücklichen Aufbau der ganzen Organisation, die geschickte Gliederung, übersichtliche Anordnung und die in allen Teilen so außerordentlich

fesselnde Aufmachung. Auch darin offenbart sich nicht minder wie in der Lösung der Ausnahmsfrage in dem zwar hochmodernen und riesenhaften, aber seiner Zweckbestimmung entsprechend immerhin recht nüchternen Industriegrundstück überhaupt der künstlerische Blick und die liebevollste Sorgfalt des Stadtbauinspektors Stöckh und seines verständnisvollen, emsigen Mitarbeiters, Architekten Heintz Feil. Der Erfrischungsraum, in dem der Festakt stattfand, liegt im Erdgeschoß des in jedem seiner fünf Stockwerke, 1400 Quadratmeter nutzbarer Fläche umfassenden Gebäudes, und daraus ließ sich schon etwas schaffen. Dabei sind die Räume durchaus nicht herb und düster, wie man sie gewohnheitsmäßig in einer Fabrik vermutet, sondern hoch und heiter, von Tageslicht hell durchflutet und weder durch Zwischenwände, noch durch Balkenunterzüge in ihrer Freiheit behemmt. Feuerfester ist natürlich alles von der Kellersohle bis zum Dachboden, und breite, bequeme Steintreppen mit ausgiebigen Bodestufen verbinden in ununterbrochenem Lauf die einzelnen Stockwerke, so daß selbst einem Wasservertreter von A bis Z freie Bahn gegeben ist.

Wir müssen uns auf unsern heutigen Rundgang natürlich auf eine gedrängte Übersicht der wesentlichsten Gesichtspunkte über die einzelnen Abteilungen beschränken, und eine eingehendere Würdigung späteren Aufzügen überlassen. Damit soll der persönliche Augenschein aber durchaus nicht ausgeschaltet sein, im Gegenteil: man muß diese Ausstellung sehen von Gruppe zu Gruppe, von Fach zu Fach, um ihren Reiz zu erkennen, ihren unermeßlichen Wert für unser soziales Leben und nicht zuletzt für die Erinnerung an diese ernste und große Zeit erfassen zu können, und das sei Pflicht für unsere ganze Bürgerschaft und für jeden Deutschen, den sein Weg in diesen Wochen nach Köln führt.

Im Erdgeschoß schließt sich an den Erfrischungsraum mit Bierausgang ein kleines, behagliches Weinzimmer und die geräumige Kleiderablage. Im übrigen beherbergt es Verkaufsstände und Sonderausstellungen von Fabriken, die in diesem Kriege eine namhafte Rolle spielen, und vor allem die Presse. Unter diesem Sammelbegriff ist die Heimat mit einem Depeschensaal der Kölnischen Zeitung vertreten, deren Verlag gleichzeitig ein Bild seiner historischen Entwicklung und seiner typographischen Leistungsfähigkeit bietet. Im übrigen lehrt, mahnt und lacht dort

Die schwarze Kunst unserer Feldgrauen

mit der so schnell berühmt gewordenen und so vielseitigen Viller Kriegszeitung und der Presse-Abteilung des Oberkommandos Ost. Im Gebiete des Oberbefehlshabers Ost erscheinen bisher 15 Zeitungen, davon 7 deutsch, 5 fremd- und 3 Zeitungen reichsprachig. Gleich am Eingange findet man eine Übersicht über das reiche Material, das in Sonderausstellungen, von denen die der Wilnaer Zeitung den gehaltreichsten Eindruck macht, nach den Erscheinungsbereichen Wibau, Mitau, Rowno, Wilna, Grodno und Bialystok in einzelnen dargestellt wird. Sämtliche Zeitungen stehen unter der Presseabteilung beim Oberbefehlshaber Ost, deren vorzügliche Organisation ebenfalls zur Darstellung gelangt und deren Leitung sich in den Händen des Hauptmanns Bertau befindet. Aber nicht nur Prosa und Poesie lassen hier Gutenbergs Bleisoldaten im Ernst und Scherz aufmarschieren, auch der flotte Stifft feldarauer Künstler tritt hier achtunggebend auf den Plan, sei es im sinnigen, gemütvollen Schildern der Natur, von Land und Leuten, sei es mit dem sonnigen und unerwüßlichen Humor des deutschen Soldaten. Gerade diese Presseabteilung macht nach Inhalt und Aufmachung einen sehr prächtigen Eindruck.

Der erste Stock ist die Ruhmeshalle der ärztlichen Kunst in der allgemeinen Fürsorge für die Kriegsschädigten. Mit einem Gefühl von Wehmut tritt man ein, aber mit Trost und hoffnungsvoller Zuversicht geht man wieder hinaus. Man sieht an Wachsabgüssen die furchtbaren Wunden, die dieser entsetzliche aller Kriege in junges, blühendes Leben reißt, die hoffnungslos erscheinenden Verformungen der Gliedmaßen und Entstellungen des menschlichen Antlitzes, aber auch die tausendfachen, wissenschaftlich durchdachten und genial ausgeführten Mittel, mit denen selbst die grauenhaftesten Schäden wieder geheilt, in ihrem Eindruck gemildert, ja bis zur Unmerklichkeit gehoben werden und nicht nur dem Auge dienen diese künstlichen Glieder und sonstigen Körperersatz- und -behelfsteile aus den Werkstätten unserer hochentwickelten Feinmechanik, sondern auch der

Wiedergeburt der Arbeitskraft.

und darin liegt ihr höchster Triumph, dessen Größe so recht vor Augen tritt, wenn man dazu die gleichfalls in diesem Räume ausgestellten Bilder verkrüppelter Streiter aus dem Altertum und Mittelalter, aus dem Dreißigjährigen, Siebenjährigen und den napoleonischen Kriegen in Vergleich zieht. Ein ungeheures Vermögen steckt gerade in dieser Abteilung, an der das Reichsamt des Innern mit Sonderausstellungen der Charlottenburger Kriegsbeschädigten-Fürsorge und des Kaiserin-Friedrich-Hauses, ferner Österreich und Ungarn, sowie eine große Anzahl der bedeutendsten Chirurgen und orthopädischen Werkstätten hervorragend beteiligt sind. Da wird aber auch gezeigt, wie der Kriegsbeschädigte mit Hilfe seiner Erziehung und Arbeitsglieder einen neuen Beruf erlernen, in seinem bisherigen umlernen kann, sei er nun Handwerker, industrieller oder landwirtschaftlicher Arbeiter, Handlungsbevollmächtigter, Beamter oder Gelehrter. Selbst der Taubstummen und Blinden erschließt sich das Segensfeld einer Herz und Gemüt trotz allem Elend entlastenden Betätigung, und wahre Wunder offenbart neben der ärztlichen Kunst der eiserne Wille heldenhafter Kriegsveteranen in den bisher erzielten Erfolgen, die nicht nur in Bildern und Modellen, sondern auch in Schriften und praktischen Arbeiten der Verwundeten und sogar im furchtbaren, pochenden Werkstattbetrieb vorgeführt werden.

Die Kriegswohlfahrtspflege

hat ihre mannigfache Ausstellung im dritten Stockwerk aufgebaut. Dort ist alles zu sehen, was die Fürsorge für die Verwundeten leistet, auf dem Gefechtsverbandsplatz, im Schützengraben-Unterstand, im Feld-, Etappen- und Heimatslazarett. Man blickt auf das blutige, von Granaten zerrissene Schlachtfeld, auf dem Sanitätsoldaten ihre, vom feindlichen Blei getroffenen Kameraden opfermütig bergen, in das Zeltlager der Sanitätskompanie, in eine armselige Wirtsstube, in ein altersgraues Kirchlein mit dem rotglühenden ewigen Licht, und in eine russische Blockhütte, wo die Ärzte ihres schweren Amtes walteten, und in den lichten Frieden der Krankenstuben, wo hoffnungsfreudig das Blümlin Gelingen unter treuen Händen sich entfaltet. Und nicht nur über den Verwundeten, sondern auch über den Gefunden steht das hehre Zeichen des Roten Kreuzes. Es leuchtet über den hygienischen und sanitären Maßnahmen und Einrichtungen, die dazu dienen, unsere Braven draußen gesund, widerstandsfähig und nicht zuletzt auch guten Mutes zu erhalten. Drum haben dort auch die Liebesgaben-Sammlung, die Feldbücherei, die Kölner Volksspende und der Kölner Bauer in Eisen ein weißflüchtiges Gastrecht erhalten, die Gefangenensfürsorge und das Siedlungsweien ihre Hauptbücher aufgeschlagen, und jede Seite zeigt den edelsten Gewinn. Unter der Abteilung „Berufs-Ausbildung und Umbildung“ sei besonders die Darstellung der Provinzialberatungsstelle für Kriegsbeschädigte Handwerker zu Köln erwähnt. Dazu kommt die Schützengrabenkunst mit allerhand, oft aus den einfachsten Stoffen, aber auch oft mit künstlerischem Schwung hergestellten Arbeiten unserer Feldgrauen. Kurz, auch hier bietet sich, wohin man auch blickt, eine Fülle von Befriedigung, Anregung und Belehrung.

Eine Sammlung von Beutestücken, die im vierten Stockwerk untergebracht ist, gibt der Ausstellung unter Dach und Fach den wirkungsvollen Abschluß. Hand- und Feuerwaffen unserer Feinde, Maschinengewehre, Flaks-, Flugzeug-, Abwehr-Kanonen, Minen, Torpedos, Handgranaten, Schanzzeug, zerschossene Proben, Flugzeuge und Kriegsschiffmodelle sind umrahmt von den farbenprächtigsten Uniformen der Belgier, Franzosen, Russen und Engländer. Dort haben auch der Johanniterorden, das deutsche, österreichisch-ungarische und bulgarische Rote Kreuz, und der Rote Halbmond unserer osmanischen Bundesbrüder ihre stattlichen Trachtengruppen aufgebaut, und farbige Modelle, von Bleisoldaten belebt, veranschaulichen einen ganzen Stellungsbahnhof mit allen Schützengraben- und Riegelstellungen, einen Hauptverbandsplatz, ein Haupt-Etappenmagazin, eine Enklaufungsanstalt usw.

Einen Schützengraben

in Natur samt Axt- und Drahtverbau, Horchposten Unterständen, Minenstollen, Riegelstellung und Batterie haben die Kölner Pioniere auf dem Gelände hinter dem Ausstellungsgebäude angelegt. Ehe man an dieses Labyrinth gelangt, kann man in der geräumigen Gartenwirtschaft einen Schluck zur Stärkung nehmen und im Vorbeigehen eine reiche Sammlung erdbeerter Geschiebe verschiedener Kaliber nebst Munitionswagen bewundern. Dahinter liegt der Schienenstrang, auf dem gelegentlich ihrer Rückkehr vor der Front die Kölner Bazarettzüge hin und wieder zur Besichtigung bereitgestellt werden. Wenige Schritte weiter kommt man mitten hinein in den — Frieden, nämlich in die geradezu idyllische

Ländliche Siedlungsanlage

mit ihren üppigen Gemüsegärten, der fatten Weidetrift mit einer glänzenden Kinderherde und ihren schmutzen Häuschen, von denen eins für einen Landwirt, eins für einen Handwerker und das dritte für zwei Arbeiterfamilien aus dem Reiche der Industrie gedacht ist. Schweinestoben, Ziegenstall und Bienenhaus fehlen auch nicht, und dazu blüht und rankt es ringsum im vollen Zauber des deutschen Sommers. Ein stattliches Tor gibt dem Garten seinen Abschluß, nach der Ausstellungsstraße, über der ein Wald von Fahnen aller Farben der Bundesstaaten flattert. Diesen und die gefällige Ausschmückung der Innenräume hat die Firma Adler & Cie. ausgeführt. Um 2 Uhr nachmittags wurde die Ausstellung für den allgemeinen Besuch eröffnet. Möge dieser den berechtigten Erwartungen, der Größe und der Liebe Kölns entsprechen, denn eine Welt von Wunden gilt's zu heilen, und diesem edelsten Menschenwert will ja auch diese Ausstellung dienen. Darum: Glück auf!

[Anregung einer Wienerin.] Eine Dame aus Hochschularreisen schreibt uns: „Es möge einer Wienerin, der ihr teures Vaterland über alles steht, gestattet sein, einige Worte an unsere wackeren Frauen zu richten, die in dem großen und aufgezwungenen Kampfe gegen Heimtücke und Erbärmlichkeit, gegen Lug und Trug freudig ihre Pflicht erfüllen und so im Hinterlande reichlich ihr Teil beitragen, um durchhalten zu können. Auf allen Posten stehen schon heute unsere pflichtbewußten Frauen; aber jetzt, wo die Bemühungen unserer Feinde, die kleinsten noch neutralen Staaten auf ihre Seite zu ziehen, klar erkennen lassen, wie sehr sie zu unterliegen fürchten, jetzt, wo der zehnte heimtückische Feind sich gegen uns erhebt, muß es heißen: Alle Mann an Bord! Auch da können die Frauen mithelfen, können noch mehr tun, um unserer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen und uns einen glücklichen, segensreichen Frieden auf lange Zeit hinaus zu sichern! Es gibt noch Tausende von Mädchen und Frauen in häuslichen Stellungen, die eine gleiche Zahl von Männern ersetzen können, die so, angeeifert durch die Vaterlandsliebe ihrer Frauen, Töchter und Bräute, diesen mit heller Begeisterung ihren Platz überlassen und stolzen Gefühles, in Kaisers Rock und mit starker Hand ihr Heiligstes, das Vaterland, verteidigen werden. Leider hat mich ein mehrjähriges Sichleiden verhindert, mich selbst zur Pflege unserer Tapferen anbieten zu können; da kam mir der Gedanke, ich könne mein Hauswesen allein besorgen und nur ab und zu eine Scheuerfrau benützen; quält das Uebel stärker, so läßt sich Zurückgebliebenes in gesunden Tagen nachholen. Und siehe da, es geht ganz gut. Seit Jahr und Tag habe ich's so gehalten und will es so lange tun, als es mein Leiden erlaubt. Bei solcher Lebensweise denkt man nicht an sein leeres Semmelkörbchen (wörüber ich kürzlich einen Jammergeschrei las), und wenn recht viele Frauen, in diesem Sinne wirkend, ihre Hauskräfte freigeben, wird eine nach Tausenden zählende Frauenschar Männerarbeit verrichten, das Heer aber ebenso viele Kämpfer gewinnen. Was man hiebei im Haushalte spart, kann überdies noch patriotischen Zwecken zugeführt werden. Und wie viel mehr befriedigt es ein Frauenherz, ihren Fleiß als Quelle solcher Spenden zu betrachten, statt sie einfach durch die Bank anzudeckeln, was man ja trotzdem auch weiter pflegen kann. Ist es doch auch ein weit größerer Genuß, einen Berg zu besteigen, als ihn mit einer Bergbahn zu erreichen. Möge jede sich den guttenschen Wahlpruch zueigen machen: Ich hab's gewagt! Ist der angestrebte, ruhmvolle Sieg ersochten, der einem Volke nicht ausbleiben kann, das sich auch heute mit derselben hellen Begeisterung für Kaiser und Vaterland voll einsetzt, mit dem es die ersten Kriegserklärungen aufnahm, so werden die Frauen, die während des Krieges allerlei Männerarbeit verrichteten, gern wieder zu ihren alten Berufen und in die Häuslichkeit zurückkehren. Für die Wackeren, welche die erste rumänische Kanone erobern, sende ich 300 St.

Auch eine Bitte möcht' ich wagen,
Möchte der Jugend gerne sagen:
Brauchet zu viel Seife nicht,
Weil es uns daran gebricht,
Weiße Kleider — ohne Fragen —
Sind gesund und schön zu tragen;
Aber Stief und Zigaretten
Sind im Felde sehr vonnöten.
Da sie dorten beides brauchen,
Sollen Damen — nicht viel rauchen.

Eine, die auf Nachahmerinnen hofft.“

5. IX. 1916

131

Frauen - Hilfsaktion im Kriege.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Versammelten und eröffnet die Sitzung.

Sie teilt mit, daß Ober-Magistratsrat Dr. Dont in das Kriegsministerium wegen der Lieferung von Gewehrrollen berufen worden sei und daher der heutigen Sitzung erst später anwohnen werde. Auch sie müsse noch vor Schluß der Sitzung von Wien abreisen und sie bitte daher Frau Hainisch, dann den Vorsitz zu übernehmen. Da sie längere Zeit von Wien abwesend sein werde, ersuche sie weiters, schon heute den Tag der nächsten Sitzung festzusetzen. Sie halte eine Sitzung vor Ostern für notwendig und glaube daher als günstigsten Tag den 13. April annehmen zu dürfen.

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Festsetzung einverstanden.

Die Vorsitzende bringt hierauf Kohleanweisungen für Braunkohlen an die Mitglieder des Zentral-Beirates zur Verteilung und bittet, mit diesen Zeiteln bedürftige Leute zu beschenken.

Die Vorsitzende gibt weiters bekannt, sie habe veranlaßt, daß die letzte Leiterinnen-Sitzung schon jetzt im Amtsblatte veröffentlicht werde und glaube sie, diese Anordnung im Sinne des Zentral-Beirates getroffen zu haben.

Frau Fanni Freund-Marcus nimmt diesen Anlaß wahr, um darauf hinzuweisen, daß die außerordentliche Tätigkeit der Gemeinde Wien in Bezug auf die Approvisionnement in der Bevölkerung viel zu wenig bekannt sei. Besonders hervorzuheben sei in dieser Beziehung die Versorgung aller Fürsorgeanstalten mit Lebensmitteln direkt durch die Gemeinde. Durch diese Maßnahme würden fast alle Fürsorgeanstalten aus dem gewöhnlichen Marktverkehr ausgeschaltet, was für die Konsumenten von großem Interesse sei. Sie lege daher Wert darauf, daß der Zentral-Beirat als leitender Faktor in der Frauen-Hilfsaktion, Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister für diese hervorragende Tätigkeit ganz besonders danke und bitte sie, dafür Sorge zu treffen, daß die Approvisionnementstätigkeit der Gemeinde Wien in weiten Kreisen bekannt werde, denn dieser Zweig der städtischen Verwaltung verdiene alle Anerkennung und sei auch eine derartige Veröffentlichung geeignet, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken.

Der Zentral-Beirat schließt sich diesem Antrage an und wird Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende ersucht, dem Herrn Bürgermeister diesen Dank zur Kenntnis zu bringen. Der Zentral-Beirat bespricht sodann die Möglichkeit der Heranziehung der Tagespresse zur Veröffentlichung von Approvisionnementberichten.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner dankt für diese Kundgebung, welche den Bürgermeister gewiß freuen werde und bittet die Versammelten, wie bisher so auch weiterhin, wenigstens in den Kreisen der Frauenwelt aufklärend zu wirken.

Die Vorsitzende bringt ferner den nachfolgenden Ausweis der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich zur Verlesung:

1. Spenden für allgemeine Zwecke von verschiedenen Parteien	3,013.969 K — h
Spenden für allgemeine Zwecke vom Kriegshilfsbureau	875.000 „ — „

2. Spenden für Ausspeisungszwecke von verschiedenen Parteien	1,193.133 K — h
Spenden für Ausspeisungszwecke von Exzellenz Gräfin Bienerth	2,643.591 „ — „
3. Spenden für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion im Kriege	3,493.500 „ — „
4. Zinsen der Wertpapiere	35.650 „ — „
5. Ersatz für von den Nähstuben geleistete Arbeiten	655.543 „ 32 „

Ausgaben:

1. Fortlaufende Unterstüzungen	1,780.068 K 93 h
2. Einmalige Unterstüzungen	592.529 „ 53 „
3. Ausspeisung	4,822.614 „ 35 „
4. Näh- und Strickstuben	984.816 „ 01 „
5. Subventionen	480.794 „ 03 „
6. Auslagen für Porti, Drucksorten	23.363 „ 18 „
7. Noch nicht rückersetzte Verläge	32.549 „ 29 „

An laufenden Unterstüzungen für 3351 Personen sind bisher bewilligt pro Monat 91.650 K.

Die Zentralstelle habe daher noch noch einen Betrag von 3,193.652 K 29 h verfügbar.

Hierzu müsse bemerkt werden, daß bei der Post Ausgaben für die Nähstuben noch immer ein Betrag von 120.000 K für die Markttaschen entfalle. Sie bitte daher, zu Beginn der schönen Jahreszeit neuerdings mit einer weitgehenden Propaganda für die Markttaschen einzusetzen.

Frau Emmy Freundlich entgegnet, daß der Preis der Markttaschen zu hoch gegriffen sei und vor allem daran die Kauflust scheitere. Es würde nur dann möglich sein, alle Markttaschen zu verkaufen, wenn für die Taschen ein Einheitspreis von einer Krone angenommen würde.

Die Vorsitzende ersucht, diesbezüglich mit Ober-Magistratsrat Dr. Dont das Einvernehmen zu pflegen, welcher diese Anregung nach Tunlichkeit berücksichtigen werde.

Was nunmehr die anderen Ausgabeposten anbelange, so sei vor allem zur Post „Ausspeisung“ zu erwähnen, daß bereits 51.034 Portionen ausgegeben werden müssen.

Frau Herta v. Sprung fragt an, wie viel Portionen davon auf Kinder entfallen.

Die Vorsitzende erwidert, daß ungefähr zwei Drittel davon an Kinder ausgegeben werden, doch sei dies keine Erleichterung, sondern eher sogar eine Mehrbelastung, denn ein Bub oder ein heranwachsendes Mädchen bringen einen größeren Hunger in die Ausspeiseshalle mit als ein gebrechlicher Greis oder eine alte Frau.

Bezüglich des in der letzten Sitzung von Fräulein Mathilde Eisler zur Sprache gebrachten Vorfalles im Kuratorium der Berufsberatung für Kriegswitwen und -Waisen, sei von dem Kuratorium ein Schreiben eingelangt, aus welchem die Inhaltslosigkeit der vorgebrachten Begebenheiten hervorgehe. Sie ersuche daher, dieses Schreiben zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Die Vorsitzende teilt weiters mit, daß Prinzessin Hohenlohe an den Zentral-Beirat ein Einladungsschreiben für die Wohltätigkeits-Veranstaltung am 30. März 1916, 1/28 Uhr abends, gerichtet habe und bitten lasse, die bemittelteren

Verein „Frauen-Kriegsbeistener für den politis-
chen Bezirk Krems“. Wir erhalten die folgende Aufschrift:
 Die Bezirksleitung Krems a. D., von wo aus Generals-
 gattin Frau Josefa Porges im Sommer vorigen Jahres
 ihren Bedrnf zuerst ertönen ließ und wo eigentlich der
 Grundstein zu den ganz Oesterreich umspannenden Verein
 gelegt wurde, hat bis jetzt einen zusammenschließenden Bericht
 über ihre Tüchtigkeit noch nicht erstattet. Sie hat die Ergeb-
 nisse des ersten Halbjahres 1916 abwarten wollen, um den
 Mitgliedern einen besseren Ueberblick über die bisherigen
 Leistungen zu bieten. Im nachstehenden soll nun dieser Bericht
 über die bisher geschaffenen Ortsgruppen, deren Leistungen,
 Mitgliederanzahl und Sammelergebnisse erstattet werden.

Krems (Frau Johanna Sauer, Frau Maria Raps, Frau
 Hermine Müller, Frau Aloja Steppan) 1679 Mitglieder
 Kr. 7231.99, Stein (Fräulein Rosa Mazetti, Fräulein
 Schmitt v. Ris-Ver, Frau Braunstein, Fräulein Lang) 253
 Mitglieder Kr. 704.60, Mautern (Frau Laura Pins-
 bauer, Frau v. Wittis, Fräulein Bruckley) 179 Mitglieder
 Kr. 1150.70, Furt und Umgebung (Frau Anna von der
 Mülbe) 435 Mitglieder Kr. 797, Draß und Priel
 (Frau Amalie Lechner, Herr Oberlehrer Franz Kurz) 109
 Mitglieder Kr. 305.40, Eisdorf (Frau Boldi Reichel-
 berger, Fräulein Katharine Parth, Fräulein Johanna
 Schuster) 172 Mitglieder Kr. 399.10, Ober- und Unter-
 Plant und Umgebung (Herr Bürgermeister Hans
 Griesler) 105 Mitglieder Kr. 217.60, Schön-
 berg a. S. (Frau Vna Rantsler, Frau Ernestine Jentner,
 Fräulein Nizzi Danbeck) 282 Mitglieder Kr. 679.20,
 Weidling im Tale und Paudorf (Frau Berta
 Brudner, Fräulein Hermine Grasser, Fräulein Anna
 Petri) 84 Mitglieder Kr. 112.18, Freischling
 (Frau Luise Banjel, Frau Therese Dum, Frau
 Antonie Gschandner) 47 Mitglieder Kr. 94.40,
 Gneisendorf, Strahing (Frau Billy von
 Schweiber, Frau Hermine Holzwarth, Frau Thier) 182 Mit-
 glieder Kr. 471.60, Dangelois (Erzelenz Maria Leeb)
 670 Mitglieder Kr. 1649.95, Senftenberg (Frau Julie
 Fischer, Fräulein Clementine Mayr) 109 Mitglieder Kr. 395.82,
 Jmbach (Herr Bürgermeister Josef Weber, Fräulein
 Auguste Kumbacher, Frau Maria Bleiminger) 75 Mitglieder
 Kr. 155.40, Hadersdorf a. S. und Kamern (Frau
 Therese Eder, Frau Maria Weismann, Fräulein Julie
 Jantobek, Frau Serafine Wolf) 139 Mitglieder Kr. 248.40,
 Mitter-Arnsdorf (Frau Berta Henner) 60 Mit-
 glieder Kr. 85, Rossas (Frau Boldi Frisch, Fräulein
 Henriette Wöber, Fräulein Albine Wöber, Frau Geni Fischer)
 200 Mitglieder Kr. 397, Weinzierl am Wald,
 Maigen (Herr Oberlehrer Georg Schardinger, Fräulein
 Anna Rumpelmaier, Fräulein Aloisia Färth) 14 Mitglieder
 Kr. 31.20, Rastfeld und Umgebung (Frau Karoline
 Diem, Frau Maria Granzler) 45 Mitglieder Kr. 167.20,
 Gschl und Umgebung (Frau Maria Kluntzschel, Frau
 Liebenberger, Frau Schweiggöfer, Frau Marie Domandi für
 Sichtenau) 149 Mitglieder Kr. 1434.29, Rohrendorf
 (Herr Oberlehrer Anton Eilenberger) 37 Mitglieder Kr. 140.30,
 Spitz und Umgebung (Frau Hermine Einhorn, Frau

15./X. 1916

11

Spinn- und Färbefabrikation im Winter.

141

und finde in der nunmehrigen Entlassung erst seine Erklärung. Wenn die freiwilligen Pflegerinnen auch entlassen werden würden, weil die Spitäler evakuiert werden, so hätte die ganze Sache einen ganz anderen Anblick. So aber glaube sie, sich dem Antrage E i s l e r in der Form anschließen zu müssen, daß eine Aufforderung an die freiwilligen Pflegerinnen ergehe, überall dort, wo bezahlte Pflegerinnen entlassen werden, die freiwillige Mitarbeit einzustellen.

Die große Pflegerinnensache als solche, insbesondere die Frage der Versorgung nach dem Kriege, müßte aber unbedingt im Wege einer Konferenz mit dem Roten Kreuze gelöst werden, denn es sei dies eine Frage, welche die Frauen aufs lebhafteste berühre. Die Pflegerinnen hätten nach zwei Jahren Krieg das Recht, zu verlangen, daß man ihnen endlich über ihre Zukunft klaren Aufschluß gibt.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t bemerkt, daß in dem schriftlich eingebrachten Antrage nur eine Entlassung der Pflegerinnen aus den Flüchtlingslagern behandelt werde. Derartige Entlassungen fallen aber nicht in den Wirkungskreis des Roten Kreuzes, sondern gehören in die Kompetenz des Ministeriums des Innern. An diesem Unterschiede müsse in der weiteren Beratung festgehalten werden. Einen allgemeinen Aufruf wegen Zurücklegung der freiwilligen Pflegerinnenstellen halte er für nicht tunlich und würde er vorschlagen, vorläufig sowohl an das Rote Kreuz als auch an das Ministerium des Innern die Anfrage zu richten, wie beide Stellen sich zu den zur Sprache gekommenen Entlassungen zu verhalten gedenken. Unterdessen müßte der Zentral-Beirat authentische Daten über tatsächlich stattfindende Entlassungen sammeln und müßte dann aus dem Vergleiche der erhaltenen Auskünfte mit dem gesammelten Tatsachenmaterial ein positiver Antrag gestellt werden.

Der Zentral-Beirat gibt dieser Anregung Folge und wird Ober-Magistratsrat Dr. D o n t ersucht, diesbezügliche Schreiben an die betreffenden Stellen abzusenden.

Anschließend an die Frage der Arbeitsbeschaffung teilt Frau Emmy F r e u n d l i c h mit, daß die Schwierigkeiten in der Arbeitsbeschaffung für Frauen hauptsächlich ihren Grund in dem Mangel an Rohmaterial haben. Auch der Minister des Innern habe kürzlich in einer Audienz dieser Anschauung beigepflichtet.

Frau Marianne H a i n i s c h führt aus, daß sie bezüglich der Arbeitslosigkeit mit Professor S e r i n g e r aus Deutschland gesprochen habe. Auch dieser erklärte, die ganze Arbeitslosigkeit sei in dem Augenblicke behoben, in dem wir Rohstoffe hätten. Seinerzeit habe man, um dem Mangel an Baumwolle abzuwehren, zur Schafwolle gegriffen und zum Leinen und zur Seide Zuflucht genommen. Sie habe sich nun die Frage vorgelegt, ob es nicht auch jetzt möglich wäre, daß die Schafzucht und der Weinbau wieder stärker einsetze.

Frau Emmy F r e u n d l i c h entgegnet, daß eine Hebung der Schafzucht wohl imstande sein dürfte, dem Rohstoffmangel abzuwehren, doch würde sich die Wirkung kaum vor einem Jahre zeigen. Um momentan zu helfen, würde es genügen, wenn Deutschland von seinem großen Rohstoffvorrat, welchen es seinerzeit aus Amerika bezogen habe, an Österreich etwas abgeben würde. Was den Lein- und Flachsbau anbelange, so gehe eine Einführung desselben aus zwei Gründen schwer. Erstens sei der Anbau schwierig und müßte von sachkundigen Leuten besorgt

werden, zweitens gedeihe der Flachsbau und Lein nur in Ländern, die gerade während der Kriegszeit zum Anbaue von Getreide benützt werden müssen.

Frau Fanni F r e u n d - M a r c u s macht darauf aufmerksam, daß die jüngste Verordnung der Regierung wegen Gestattung der Lämmerchlachtung zu Ostern in krassem Widerspruche stehe zur Hebung der Schafzucht, was umsomehr zu bedauern sei, als die Schafe keine Brotfrüchte zur Aufzucht brauchen und somit kein Grund einer Einschränkung vorlag.

Frau Emmy F r e u n d l i c h betont, daß eine Notstandsarbeit für die arbeitslosen Frauen geschaffen werden müsse, zum Beispiel ein Massenartikel, der von den Frauen angefertigt werden könnte. Es wäre weiters notwendig, eine Rundfrage bei allen Ministerien zu veranstalten, was für Arbeiten in der nächsten Zeit gebraucht werden würden, es müßte weiters der Rohstoff gleichmäßig verteilt, für denselben Höchstpreise festgesetzt werden, weiters Löhne vereinbart und überhaupt der ganze Arbeitsmarkt organisiert werden.

Fräulein Mathilde E i s l e r weist darauf hin, daß in der letzten Lieferungsanzeige des Handelsministeriums eine ganze Menge Lieferungen verzeichnet stand, allerdings seien fast alle Arbeiten an private Firmen zur Ausführung übertragen worden. Es wäre Sache der Gemeinde, in der Abteilung XIII des Kriegsministeriums anzufragen, warum private Unternehmer solche Lieferungsaufträge in erster Linie erhalten.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t erwidert, die Abteilung XIII des Kriegsministeriums, deren Leiter er persönlich kenne, tue alles Menschenmögliche, um der Frauen-Hilfsaktion Arbeit zu verschaffen. Die Firmen verfügten aber noch über Rohstoffe und hätten es daher viel leichter, den Aufträgen zu entsprechen. Er habe gestern den Brief gesehen, welchen Ihre Exzellenz Frau Berta W e i s k i r c h n e r an Exzellenz Grafen S t ü r g k h wegen Schaffung von Arbeit für die Nähstuben gerichtet habe und er könne nur sagen, mehr als Ihre Exzellenz in dieser Angelegenheit unternommen habe, könne man ganz einfach nicht mehr tun. Einige Lieferungen seien in Aussicht, so zum Beispiel 600.000 Gewehrrollen, einige tausend Sandsäcke, 6000 Blusen, 6000 Flanellwäschestücke und 30.000 bis 40.000 Sommeruniformen.

Frau Josefina K u r z b a u e r berichtet, daß ihrer Nähstube ein Unternehmer 50.000 Sandsäcke zum Preise von 7 h Nählohn angeboten habe, wobei die Nähstube den Zwirn beizustellen hätte. Sie habe natürlich die Arbeit unter solchen Bedingungen abgelehnt.

Frau Fanni F r e u n d - M a r c u s führt aus, der Zentral-Beirat habe vor einigen Wochen den Antrag gestellt, der Herr Bürgermeister möge in Angelegenheit der Arbeitsbeschaffung eine Enquete mit allen in Betracht kommenden Faktoren abhalten. Diese Enquete wäre sehr notwendig, denn nur auf diesem Wege könne eine Abhilfe geschaffen werden. In Deutschland sei die Frage der Arbeitsbeschaffung für die Frauen bereits geregelt worden. Der nationale Frauendienst stehe direkt unter dem Schutze der Militärbehörden und bekomme alle Lieferungen direkt zugewiesen.

Frau Emmy F r e u n d l i c h fügt hinzu, dieser Schutz gehe sogar soweit, daß der Zustellungsdienst für diese Arbeiten durch das Militär besorgt werde, so daß nicht nur der festgesetzte

19. IX. 1916

145

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 8992, M. A. II, 6252.) Dem I. n. ö. Saanentaler Ziegenzuchtvereine wird für die am 9. September 1916 stattgefundene Ziegenschau wie in den Vorjahren ein Ehrenpreis von 100 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 9021, M. A. II, 6805.) Dem Deutschmeister-Schützenkorps wird für seine Schießhule pro 1916 eine Subvention von 1000 K bewilligt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabrubrik II 4 „Kriegsauslagen“ zu verweisen. (An den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

(Richtigstellung.) Im Amtsblatte Nr. 73 hat es auf Seite 1959, 1. Spalte, Zeile 16 von oben richtig zu heißen: Ingenieur Albert Furch.

Allgemeine Nachrichten.

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 47. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 4. Mai 1916.

Vorsitzende: Exzellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Tony Colbert, Mathilde Eisler, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Helene Granitsch, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Anna Raff, Josefina Kurzbauer, Prinzessin Klementine Metternich, Hertha v. Sprung, Gräfin Berta Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Hanni Brentano, Elvira Rott, Dr. Alma Seiß.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Assistent Drexler.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Neue Arbeitskräfte für die Frauen-Hilfsaktion.
3. Milchversorgung.
4. Bekleidungsfürsorge im Hinblick auf die Stoffknappheit.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Versammelten und eröffnet die Sitzung. Sie dankt Frau Hainisch für die Übernahme des Vorsitzes während ihrer Abwesenheit von Wien und gibt bekannt, daß während dieser Zeit an größeren Spenden für die Zentralstelle im Rathaus zugunsten der Ausspeisung nur ein Betrag von 100.000 K, gewidmet von der Wollzentrale A. G., eingelangt sei.

Frau Emmy Freundlich nimmt diese Gelegenheit wahr, um darauf aufmerksam zu machen, daß die Generalversammlung der Skoda-Werke A. G. beschlossen habe, einen Betrag von drei

Millionen Kronen für Kriegsfürsorgezwecke zu widmen. Die Kriegspatenschaft habe von diesen Geldern bereits eine Summe von 100.000 K bekommen. Es wäre vielleicht auch möglich, für die Hilfsaktion einen größeren Geldbetrag zu erhalten.

Die Vorsitzende dankt für diese Mitteilung und erklärt sich bereit, an den General-Direktor der Skoda-Werke ein bezügliches Schreiben zu richten.

Frau Josefina Kurzbauer regt an, in allen Bezirken halbjährlich Skontrierungen abzuhalten, denn über ein Jahr hinaus könne man sich schwer an einzelne Begebenheiten erinnern.

Frau Emmy Freundlich weist darauf hin, daß in Deutschland die Fürsorge-Arbeit in der Art und Weise geregelt worden sei, daß neben den ehrenamtlich tätigen Frauen stets Bureaukräfte angestellt werden, welche die Buchhaltung und Kanzleiarbeiten besorgen. Sie halte diesen Vorgang für sehr gut, denn es zeige sich immer deutlicher, daß die ehrenamtlichen Frauen während der Zeit ihrer Tätigkeit in der Fürsorgestelle kaum Zeit finden, buchhalterische Eintragungen zu machen und müssen sich naturgemäß durch die späteren Eintragungen Ungenauigkeiten und Fehler ergeben.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont entgegnet, daß es bei Gebrauch der vorschriftsmäßigen Druckformen den Frauen nicht schwer fallen würde, ordnungsmäßig Buch zu führen. In vielen Bezirken sei auch tatsächlich die Buchführung so musterhaft, daß sie von Beamten nicht besser gemacht werden könnte. Über Ersuchen der Frauen aber werde der betreffende Bezirksamtsleiter gewiß gerne bereit sein, Beamte von den Bezirkskanzleien diesen zur Hilfeleistung zuzuweisen.

Was die im Verlaufe der Debatte gebrachte Anregung wegen Vorlage der Bücher bei den monatlichen Sitzungen anbelange, so könne er dieser Anregung nur zustimmen. Wenn es auch unmbglich sei, bei diesem Anlasse die Bücher genau durchzusehen, so könne doch immerhin das Fortlaufen der Aufzeichnungen festgestellt werden.

In der letzten Sitzung sei ferner darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Frauen-Arbeits-Komitee des XI. Bezirkes keine Bücher führe. Demgegenüber müsse er richtigstellen, daß bereits im Herbst eine Skontrierung stattgefunden habe, bei welcher nur die gemeinsame Verrechnung von Frauen-Arbeits-Komitee und Nähstube bemängelt wurde. Gestern sei abermals eine Skontrierung vorgenommen worden, welche einen tadellosen Verlauf genommen habe.

Zum Punkte I der Tagesordnung bringt Ober-Magistratsrat Dr. Dont sodann nachfolgende Zuschriften des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern in Angelegenheit der Arbeitsbeschaffung für die Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion dem Zentral-Beiräte zur Kenntnis.

„Guer Exzellenz!

Mit Beziehung auf das geschätzte Schreiben vom 5. März 1916 beehre ich mich, mitzuteilen, daß ich die Försprache Guer Exzellenz Frau Gemahlin um die Ermittlung von Arbeitsaufträgen für die Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion im Kriege zum Anlaß genommen habe, um sowohl bei den beiden militärischen Zentralstellen als auch bei den in Betracht kommenden zivilen Ressorts auf die tüchtigste Berücksichtigung

Frauen-Selbstaktion in Kriege.

146

welche zu einem Preise von 1 K 80 h durch das Rathaus bezogen werden könne, für mehr als 100 Stück reiche, so ergäbe sich ein reiner Lohn von mindestens 3.2 h, welcher gegenüber dem von Privatunternehmern gezahlten Preise von 1.85 h gewiß als gut bezeichnet werden müsse. Eine flinke Näherin sei imstande, an einem Tage 100 Stück fertig zu bringen, könne sich somit zirka 3 K 20 h täglich verdienen.

Frau Fanni Freund-Marcus und Frau Emmy Freundlich weisen in weiterer Ausführung der von Ober-Magistratsrat Dr. Dont vorgebrachten Berechnungen darauf hin, wie sehr einerseits der Stoffwucher und andererseits die Vergütung der Arbeiten durch private Unternehmer auf den Arbeitslohn drücken.

Zur Frage der Arbeitsbeschaffung für die arbeitslosen Frauen regt Frau Freundlich ferner an, die Blumenkörbe der elektrischen Bogenmasten in Wien, welche derzeit aus Mangel an Arbeitspersonal nicht geschmückt werden, durch Frauen versehen zu lassen, ebenso können Frauen von der Gemeinde Wien bei den Gartenarbeiten verwendet werden.

Gräfin Gerta Walterskirchen fügt hinzu, daß auch eine größere Verwendung der Frauen beim Reinigungsdienst in den Straßen gut wäre; besonders in der Inneren Stadt klage man sehr über die mangelhafte Straßenreinigung.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont gibt zum Punkte „Mitteilungen“ noch bekannt, daß er an die einzelnen Bezirks-Komitees ein Schreiben mit dem Ersuchen gerichtet habe, die Leiterin des Bezirkes möge die für ihren Bezirk delegierten Frauen des Siebzehner-Komitees zu den monatlichen Sitzungen stets schriftlich einladen. Auch dem Frauen-Arbeits-Komitee des XXI. Bezirkes habe er den Sitzungs-Beschluß vom 13. April wegen Abhaltung einer monatlichen Sitzung mitgeteilt.

Bezüglich der Teerung, respektive Bespritzung der Straßen in Ottakring habe er Erkundigungen eingezogen und erfahren, daß eine Teerung wegen Mangels an Teer unmöglich sei. Die Besprengung der Straßen in Ottakring sei einem Fuhrwerksunternehmen übertragen, welches verpflichtet sei, die größeren Straßen täglich zwei- bis dreimal, die kleineren Gassen mindestens einmal im Tage zu bespritzen.

Auch bezüglich des Antrages von Fräulein Eisler wegen Schaffung von Anmeldestellen für die vierte Kriegsanleihe in den Frauen-Arbeits-Komitees habe er sich mit dem Direktor der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien ins Einvernehmen gesetzt und habe dieser die Anschauung vertreten, daß eine Anmeldung ohne gleichzeitiger Leistung einer Anzahlung ziemlich wertlos sei. In Anbetracht dieses Gutachtens habe er von weiteren Schritten abgesehen.

In Angelegenheit der Entlassung von Berufspflegerinnen, sei von der Vereinsleitung des „Roten Kreuzes“ nachstehendes Schreiben eingelangt:

„In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 14. d. M. erlaubt sich die gefertigte Vereinsleitung mitzuteilen, daß die Berufspflegerinnen in den Vereins-Reservehospitälern des Patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuze für Niederösterreich fast ausschließlich geistlichen Orden angehören. Die zur Unterstützung derselben tätigen freiwilligen Hilfskrankenpflegerinnen waren zu Beginn des Krieges größtenteils unentgeltliche Kräfte. Viele Personen und Mädchen, welche den Pflegedienst ehrenamtlich versahen, sind aber seither aus verschiedenen Gründen zurück-

getreten oder mußten eine Remuneration ansprechen, weshalb die Zahl der unentgeltlichen Pflegerinnen derzeit eine sehr geringe ist.

Ihre Anregung, diese verdienstvollen Pflegerinnen auszuscheiden und an deren Stelle besoldete Berufspflegerinnen anzustellen, ist nicht durchführbar.

Bisher ist uns noch unbekannt, in welchem Umfange Vereins-reservehospitäler des Roten Kreuzes zur Auflassung gelangen sollen. Auf Militär- und Zivilkrankenanstalten steht uns keine Kompetenz zu.

Für die Vereinsleitung:

Franz Graf Thurn m. p.“

Außerdem habe der Sektionsrat des Ministeriums des Innern Dr. Marquet mitgeteilt, daß die Zivilpflegerinnen in Gmünd bei einer Masernepidemie völlig versagt haben und darum Entlassungen erfolgt seien.

Frau Hertha v. Sprung erwidert, daß diese Mitteilung nicht ganz zutreffend sei, denn nach ihren Informationen hätten sich von hundert Pflegerinnen nur zwanzig nicht bewährt. Auch seien statt der entlassenen Zivilpflegerinnen nicht geistliche Schwestern, sondern deutsche Pflegerinnen aufgenommen worden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont teilt weiters mit, daß sich kaiserlicher Rat Lichtenthal bereit erklärt habe, im III. Bezirke an Wöchnerinnen täglich Milchspeisen abzugeben.

Frau Emmy Freundlich bemerkt, daß sich die Klagen über zu geringe Kostportionen mehren und sie daher nochmals auf ihren Antrag wegen Anschaffung von geeichten Schöpf-löffeln zurückkommen müsse.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont berichtet ferner über die Osterbeilegung mit Maisgrieß und Kondensmilch und gibt bekannt, daß 13.430 kg Maisgrieß und 12.096 l Kondensmilch zur Verteilung gebracht wurden.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung „Neue Arbeitskräfte für die Frauen-Hilfsaktion“ bemerkt Ober-Magistratsrat Dr. Dont, daß es notwendig sein werde, während der Ferienmonate nicht nur einen Turnus einzuführen, sondern auch neue Arbeitskräfte aufzunehmen.

Nach längerer und eingehender Beratung beschließt der Zentral-Beirat, durch Ober-Magistratsrat Dr. Dont, in den einzelnen Frauen-Arbeits-Komitees den Bedarf an Hilfskräften feststellen zu lassen, im übrigen aber an dem Grundsätze festzuhalten, daß für die Beistellung neuer Hilfskräfte die Organisationen aufzukommen haben.

Zum dritten Punkte der Tagesordnung „Milchversorgung“ führt Ober-Magistratsrat Dr. Dont aus, daß er wegen Einführung einer Milchkarte sowohl mit Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister, als auch mit dem zuständigen Magistratsreferenten Dr. Samböck gesprochen habe. Der Herr Bürgermeister sei nicht abgeneigt, eine Milchkarte für Kinder unter zwei Jahren einzuführen und werde einen diesbezüglichen Vorschlag der Obmänner-Konferenz unterbreiten.

Anläßlich der Beratung über die Milchversorgung bringt Ihre Exzellenz Frau Berta Weiskirchner dem Zentral-Beiräte zur Kenntnis, daß sich im III. Bezirke ein Komitee von Frauen gebildet habe, welches ohne Fühlungnahme mit dem Zentral-Beiräte, selbständige Schritte in der Angelegenheit der Milchversorgung unternehme. Sie müsse aus organisatorischen

26. IX. 1916

150

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 48. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 18. Mai 1916.

Vorsitzende: Erzellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Tony Colbert, Mathilde Eisler, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Helene Granitsch, Sophie Guttmann, Marianne Hainisch, Anna Raff, Josefine Kurzbauer, Dr. Alma Seiz, Gräfin Gerta Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Hanni Brentano, Durchlaucht Prinzessin Klementine Metternich und Hertha v. Sprung.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Assistent Drexler.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Antrag Granitsch: Bekleidung und Mode.
3. Fahrbare Küchen.

Ihre Erzellenz die Frau Vorsitzende begrüßt die Versammelten und eröffnet die Sitzung.

Zum Punkte 1 der Tagesordnung „Mitteilungen“ bespricht Frau Fanni Freund-Marcus die Durchführung der Sandsacknäharbeit in den einzelnen Nähstuben und ersucht Ober-Magistratsrat Dr. Dont, mit Rücksicht auf das große Gewicht der Sandsäcke, die Heimarbeiterinnen etwas besser im Lohne zu stellen als die Nähstubenarbeiterinnen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt sich bereit, noch einmal darüber Berechnungen zu pflegen, ob es möglich sei, diesem Wunsche zu entsprechen. Bei dieser Gelegenheit müsse er aber betonen, daß es nicht angehe, zum Nähen der Sandsäcke statt Zwirn Wolle zu nehmen, wie dies in einigen Nähstuben geschehen sei.

Frau Emmy Freundlich macht darauf aufmerksam, daß die Allgemeine Österreichische Viehverwertungs-Gesellschaft laut dem in den Tagesblättern erschienenen Rechenschaftsberichte einen Reingewinn von 5³/₄ Millionen Kronen aufzuweisen habe und regt an, an diese Gesellschaft mit der Bitte heranzutreten, einen angemessenen Teilbetrag der Fürsorgeaktion im Rathause zu widmen und gibt weitere diesbezügliche Anregungen.

Ihre Erzellenz die Vorsitzende erklärt sich bereit, die von Frau Freundlich gemachten Anregungen in Erwägung zu ziehen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bringt sodann dem Zentral-Beiräte zur Kenntnis, daß Frau Elvira Rott im Hinblick darauf, daß sie aus dem Vorstande der „Rohö“ ausgetreten sei, ihre Stelle im Zentral-Beiräte zurücklegte.

Frau Fanni Freund-Marcus und Frau Helene Granitsch geben ihrem Bedauern über diesen Entschluß Ausdruck und fragen an, ob es nicht möglich wäre, daß Frau Rott im Zentral-Beiräte weiter tätig sein könne.

Erzellenz Frau Berta Weiskirchner entgegnet, daß Frau Rott als Delegierte der „Rohö“ im Zentral-Beiräte gewirkt habe und nur in dieser Eigenschaft weiter tätig sein könnte. Würde also ihr Rücktritt so aufzufassen sein, daß sie aus der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs gänzlich ausscheide, so wäre eine weitere Tätigkeit im Zentral-Beiräte unmöglich. Sie bitte daher die Mitglieder der „Rohö“, diesbezüglich mit Frau Rott nochmals das Einvernehmen zu pflegen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont teilt ferner mit, daß er bereits an alle Frauen-Arbeits-Komitees Schreiben wegen der Arbeitseinstellung in den Ferienmonaten gerichtet habe, bisher aber noch keine Antwort eingelangt sei.

Bezüglich der in der letzten Sitzung gestellten Anfrage wegen Ausschmückung der Beleuchtungsmaste mit Blumen durch arbeitslose Frauen müsse er darauf hinweisen, daß ein Stadtrats-Beschluß bestehe, demzufolge die Ausschmückung der Beleuchtungsmaste während der Kriegszeit zu unterbleiben habe.

Frau Emmy Freundlich fragt an, ob die bei der Gemeinde Wien angestellten weiblichen Hilfskräfte die gleiche Bezahlung erhalten wie die männlichen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erwidert, daß er in der nächsten Sitzung darüber Bericht erstatten werde.

Derselbe bringt ferner einen von der Magistrats-Abteilung VI vorgelegten Bericht betreffend die Aufnahme von weiblichen Kräften bei der städtischen Straßenpflege gegen einen Taglohn von mindestens 2 K 85 h zur Verlesung.

Frau Fanni Freund-Marcus macht darauf aufmerksam, daß es vielleicht gut wäre, wenn das Papiersammeln vom Straßengehen getrennt werden würde.

Frau Marianne Hainisch regt an, das von den Frauen gesammelte Papier nach Gewicht zu bezahlen.

Ihre Erzellenz die Vorsitzende unterstützt diese Anregung und gibt gleichfalls der Anschauung Ausdruck, daß es viele Frauen geben werde, welche zwar gerne Papier sammeln würden, aber nicht zugleich die Straßen kehren wollen.

Fräulein Mathilde Eisler ersucht, zwischen den einzelnen Frauen-Arbeits-Komitees und dem städtischen Fuhrwerksbetrieb ein Einvernehmen dahin herzustellen, daß der städtische Fuhrwerksbetrieb vor allem die von den Frauen-Arbeits-Komitees vorgeschlagenen Frauen bei Aufnahme von neuen Hilfskräften berücksichtige.

Frau Emmy Freundlich führt aus, daß es vielen Frauen nicht möglich sei, beim städtischen Straßensäuberungsdienst Arbeit zu suchen, weil der Arbeitsbeginn um eine Stunde früher sei, als die Tagesheimstätten für die Kinder geöffnet werden. Sie stelle daher den Antrag, den Arbeitsbeginn für die Frauen um eine Stunde später anzusetzen.

Frau Tony Colbert betont die Notwendigkeit der Schaffung von Papiersammelstellen, denn nur dann könne die Sammlung von Papier zweckentsprechend durchgeführt werden.

26./IX. 1916

1150

Frauen-Hilfsfunktion im Spring.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t erklärt sich bereit, in dieser Angelegenheit weitere Erkundigungen einzuziehen.

Frau Fanni Freund-Marcus teilt mit, daß der XXI. Bezirk nunmehr doch eine Sitzung abhalte. Die Einladung zu dieser Frauen-Arbeits-Komitee-Sitzung sei erst gestern an ihre Adresse gelangt und bitte sie, dafür vorzusehen, daß die Einladungen zu den Frauen-Arbeits-Komitee-Sitzungen bereits früher zur Aussendung gelangen, denn es sei für eine Frau, welche in einer Organisation tätig sei, oft schwer, solchen spät übermittelten Einladungen nachzukommen.

Frau Marianne Hainisch berichtet hierauf in ausführlicher Weise über die Tätigkeit des Frauen-Arbeits-Komitees im III. Bezirke und hebt besonders hervor, daß der dritte Bezirk sogar mehr Mitarbeiterinnen aufzuweisen habe als im Vorjahre. Im April dieses Jahres wurden 132 Erhebungen gepflogen und 42 Familien beteiligt. Milch werde von privater Seite im monatlichen Ausmaße von 150 Litern beigelegt und gelangen überdies 196 Liter Milch, welche die städtische Berufsvormundschaft beistelle, zur Verteilung.

Frau Sophie Gutmann berichtet anschließend über die am 10. Mai d. J. stattgefundene Sitzung des Frauen-Arbeits-Komitees im XVII. Bezirke und führt aus, daß dieser Bezirk im Monate April 110 Erhebungen und 74 Anmeldungen erledigt und Waren im Werte von 685 K zur Verteilung gebracht habe. Außerdem wurden zum Ankaufe von Trockenmilch 210 K und und 1089 K für Schuhe verwendet. Das Frauen-Arbeits-Komitee bringe täglich 20 Liter Milch zur Verteilung.

Dieselbe erstattet ferner einen ausführlichen Bericht über die Fürsorge des Frauen-Arbeits-Komitees XIII b und bringt dem Zentral-Beirats zur Kenntnis, daß sich dieser Bezirksteil im Verhältnisse zum Bezirksteile XIII a benachteiligt fühle. Sie ersuche daher Ober-Magistratsrat Dr. D o n t, dieser Angelegenheit nachzuforschen.

Dieselbe verliest weiter einen ihr zugekommenen anonymen Brief über die schlechte Ausspeisung im III. Bezirke, Keilgasse 2, und bemerkt erläuternd hierzu, daß in letzter Zeit die Klagen über schlechte Ausspeisung wieder merklich zugenommen haben.

Frau Fanni Freund-Marcus erwähnt, daß auch im XVII. Bezirke über schlechte Ausspeisung Klage geführt werde.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t erwidert, daß er die Ausspeisestelle im XVII. Bezirke wiederholt inspiziert und sich nie ein Übelstand ergeben habe. Anonymen Zuschriften dürfe nicht viel Beachtung geschenkt werden, er bitte vielmehr, recht oft die Ausspeisestellen zu besuchen, um sich persönlich von der verabreichten Kost zu überzeugen.

Ihre Exzellenz die Vorsitzende bittet gleichfalls die Frauen des Zentral-Beirates, so oft als möglich die Ausspeisestellen zu inspizieren und etwa sich ergebende Übelstände an die Zentralstelle sofort zu berichten.

Frau Emmy Freundlich macht darauf aufmerksam, daß auf den Märkten sehr viel Gemüse weß werde und verderbe; sie frage an, ob es nicht möglich wäre, dieses Gemüse für die öffentliche Ausspeisung aufzukaufen.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t entgegnet, daß er bereits vor Jahresfrist das Marktamt ersucht habe, derartige Restbestände für die Ausspeisung aufzukaufen, doch sei bisher kein einziges Anbot gestellt worden.

Frau Tony Colbert teilt mit, daß der X. Bezirk nicht imstande sei, die vielen Erhebungen, welche in letzter Zeit notwendig geworden seien, zu pflegen und fragt an, ob das Frauen-Arbeits-Komitee dieses Bezirkes die Ausspeisung auch ohne Nachforschung anweisen dürfe.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t erwidert, daß mit Rücksicht auf die außerordentlichen Verhältnisse in diesem Bezirke die Ausspeisung in besonders dringlichen Fällen auch ohne Nachforschung gegeben werden könne.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t bringt dem Zentral-Beirats zur Kenntnis, daß die Anzahl der am Samstag den 6. Mai 1916 verabreichten Portionen 53.957 betrug, insgesamt waren an diesem Tage 63.535 Portionen angewiesen.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t referiert weiters über ein Ansuchen um Ankauf einer Nähmaschine durch die Frauen-Hilfsaktion und wird dieses im Sinne des gestellten Antrages angenommen.

Frau Josefina Kurzbauer berichtet über die Übertragung einer von der Zentrale bereits bewilligten Nähmaschine an eine andere bedürftige Näherin.

Der Zentral-Beirat gibt hierzu seine Zustimmung.

Zum Punkte 2 der Tagesordnung „Bekleidung und Mode“ beantragt Frau Helene Granitsch eine Kleideraufnahme in den privaten Haushaltungen.

Der Zentral-Beirat bedauert, sich diesem Antrage nicht anschließen zu können.

Frau Helene Granitsch stellt nunmehr den Antrag, ein Komitee einzusetzen, welches gemeinsam mit Sachverständigen ein Höchstmaß an Stoff für die Kleider festsetzt, denn es müsse der Stoffvergeudung unbedingt in irgendeiner Form entgegengetreten werden.

Über Vorschlag Ihrer Exzellenz Frau Berta Weiskirchner beschließt der Zentral-Beirat, eine derartige Aktion vorläufig noch ruhen zu lassen und abzuwarten, welche Erfolge die Schritte haben werden, die von anderer Seite gegen die Stoffvergeudung in nächster Zeit unternommen würden.

Zum 3. Punkte der Tagesordnung „Fahrliche Küchen“ berichten Gräfin Berta Walterskirchen, Fanni Freund-Marcus und Helene Granitsch über die bisher unternommenen Schritte in dieser Angelegenheit. Der Minister des Innern habe die prinzipielle Geneigtheit ausgesprochen, die Fahrliche Küchen nach dem Muster der Gulaschkanonnen in Berlin, in Wien einzuführen, doch wäre ein Hand in Hand gehen mit der Gemeinde im Interesse der Sache wünschenswert. Der Vertreter des Kriegsministeriums, welcher der im Ministerium des Innern stattgefundenen Sitzung beiwohnte, habe sich bereit erklärt, 12 bis 15 Fahrliche Küchen samt Bespannung und Personal zur Verfügung zu stellen. Auch die Vertreter der Konservenfabrik Wegler, der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und der „Miles“ erklärten ihre Bereitwilligkeit, Gelder für diesen Zweck zu widmen. Das Ministerium habe die Absicht, vorläufig die Bezirke XV, XVI und XIV mit Fahrlichen befahren zu lassen und sei der Wunsch ausgesprochen worden, die Gemeinde möge mit der Fahrlichenangelegenheit im X. Bezirke beginnen. Es sei in nächster Zeit eine neuerliche Besprechung in Aussicht genommen, zu welcher auch die Gemeinde Wien eine Einladung erhalten werde.

Ober-Magistratsrat Dr. D o n t erstattet hierauf einen Bericht über die im Auftrage des Herrn Bürgermeisters unter-

Allgemeine Nachrichten.

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 49. Sitzung der Centrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege

vom 2. Juni 1916.

Vorsitzende: Exzellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Hanni Brentano, Tony Colbert, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Sophie Guttmann, Anna Kaff, Josefina Kurzbauer, Prinzessin Klementine Metternich, Dr. Alma Seih.

Entschuldigt die Frauen: Mathilde Eisler, Helene Granitsch, Marianne Hainisch, Hertha v. Sprung Gräfin Gerta Walterskirchen, Rosa Wien.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Assistent Drexler.

Exzellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Versammelten und eröffnet die Sitzung.

Die Vorsitzende berichtet sodann ausführlich über den Stand der Angelegenheit der fahrbaren Küchen und teilt mit, daß sie in Verfolgung des letzten Sitzungsbeschlusses an den Minister des Innern folgendes Schreiben gerichtet habe:

„Euer Durchlaucht!

Die Frauen-Hilfsaktion im Kriege hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, daß bei den Fahrküchen sich nicht die Frauenorganisationen direkt, sondern die Frauen-Hilfsaktion zu beteiligen hat. Da nun Euer Durchlaucht beabsichtigen, in nächster Zeit eine Besprechung über die Einführung von Fahrküchen in Wien mit den Vertretern der Gemeinde abzuhalten, stelle ich das Ersuchen, außer den bereits designierten Frauen der Organisationen auch Frau Marianne Hainisch, Frau Freundlich und mich als Delegierte der Frauen-Hilfsaktion einladen zu wollen.

Mit besonderer Hochachtung“

Dieses Schreiben sei aber dahin mißverstanden worden, als ob die Frauen-Hilfsaktion im Kriege beschlossen habe, die Aktion der Fahrküchen in die Hand zu nehmen und selbständig durchzuführen. Sie habe daher neuerlich folgendes Schreiben an den Minister des Innern gerichtet:

„Euer Durchlaucht!

Indem ich den Empfang des geschätzten Schreibens vom 20. Mai bestätige, bedauere ich, Euer Durchlaucht mitteilen zu müssen, daß ein arges Mißverständnis unterlaufen sein muß.

Die Frauen-Hilfsaktion hat nämlich niemals beschlossen, die Aktion der Fahrküchen in die Hand zu nehmen, sondern vielmehr den Beschluß gefaßt, an Stelle der einzelnen Frauenorganisationen sich an der Aktion des Ministeriums als Frauen-Hilfsaktion zu beteiligen und mit der Bitte an Euer Durchlaucht heranzutreten, die Delegierten derselben zu der von Euer Durchlaucht meinem Manne zugesagten Besprechung über die Einführung von Fahrküchen einladen zu wollen.

Als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion erlaube ich mir, gleichzeitig mitzuteilen, daß die Frauen-Hilfsaktion nie im

selbständigen Wirkungskreise diese verantwortungsvolle und äußerst schwierige Aktion durchführen könnte und muß ich daher bitten, die Zusage für eine Besprechung aufrechtzuhalten.

Ich sehe daher einer Einladung Euer Durchlaucht entgegen und zeichne mit besonderer Hochachtung“

Eine Antwort auf dieses Schreiben sei nicht eingelangt, doch traf in einigen Tagen eine Einladung zu einer Sitzung bei der Statthalterei in dieser Angelegenheit ein. In dieser Sitzung, welche unter dem Voritze Ihrer Exzellenz der Frau Statthalter stattgefunden habe, wurde nach Anhörung der Meinung der Vertreter der Behörden und der einzelnen Organisationen der Beschluß gefaßt, von einer Durchführung der Fahrküchen-Angelegenheit abzusehen, dafür aber eigene Speisestellen gegen Entgelt zu schaffen. Die Idee der Fahrküchen sei also fallen gelassen worden, den weiteren Ausbau der zu errichtenden „Kriegsküchen“ (so benannt über Vorschlag der Berichterstatterin) habe aber ein Komitee unter dem Voritze der Frau Statthalter übernommen, und zwar habe die Berichterstatterin sich bereit erklärt, die faktische Durchführung der Kriegsküchenidee auszuarbeiten, unter der Bedingung, daß die für die Fahrküchen gemachten Zusagen auch für die „Kriegsküchen“ aufrechtblieben. Nach längeren Beratungen mit Ober-Magistratsrat Dr. Dont wurde beschlossen, durch die Brot-Kommissionen die notwendigen Vorarbeiten, Erhebungen u. s. w. pflegen zu lassen. Der Entwurf der Durchführung sei bereits ausgearbeitet und werde der Statthalterei zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Programm sei auf dem Grundsätze aufgebaut, eine zweckmäßige Einrichtung könne nur dann geschaffen werden, wenn vorerst der Bedarf nach dieser Neuinstitution festgestellt werde. Es sei also gedacht, durch die Brot-Kommissionen nachstehende unverbindliche Anfrage an alle Haushaltungsvorstände verteilen zu lassen:

„Unverbindliche Anfrage, betreffend die Errichtung von Kriegsküchen.

An die Wiener Haushaltungsvorstände!

Da sich die Einrichtung von Fahrküchen in verschiedenen größeren Städten nicht bewährt hat, beabsichtigen mehrere deutsche Städte, wie Berlin, Köln u. a. Kriegsküchen ins Leben zu rufen, die warme Mahlzeiten zu geringem Preise an breite Bevölkerungsschichten abgeben sollen.

Da eine solche Einrichtung das ökonomische Haushalten mit den vorhandenen Lebensmitteln nur fördern kann, soll festgestellt werden, ob und in welchem Umfange die Einführung von Kriegsküchen dem Bedürfnisse in Wien entspräche.

Die Haushalte müßten mit ihren Gefäßen die Speisen aus den Kriegsküchen abholen und bar bezahlen.

Ausgegeben würden voraussichtlich:

0,3 l Suppe (Gemüse-, Erbsen-, Bohnen-, Konserven-Suppe) zum Preise von etwa 10 h, 0,5 l Gemüse zum Preise von etwa 20 bis 25 h, 20 bis 30 dkg Mehlspeise zum Preise von etwa 30 bis 35 h.

Ein Komitee, das unter dem Voritze Ihrer Exzellenz der Statthalterin Baronin Vleyben steht, richtet daher an alle Haushaltungsvorstände in Wien die ganz unverbindliche Anfrage, ob Sie oder Ihre Familienmitglieder regelmäßig Speisen aus einer solchen Kriegsküche beziehen würden.

Wenn dies der Fall wäre, wollen Sie die entsprechende Erklärung auf der bei Ihrer Brot-Kommission zu diesem

29./X. 1916

153

Frauen-Hilfsaktion im Springe

und sei von diesem die Antwort eingelangt, daß es das seinerzeitige Ersuchen in Evidenz halte, doch fände das auf die Märkte gebrachte Gemüse immer Verwendung und blieben keine nennenswerten Mengen zurück.

Bezüglich des Antrages wegen Kontrolle des Ausverkaufes von Geschäftsläden berichte das Marktamt, daß die Marktamtsorgane schon seit längerer Zeit angewiesen seien, derartige Kontrollen vorzunehmen und sei es auch wiederholt vorgekommen, daß über Anordnung der Marktamtsorgane die Tafeln „Ausverkauft“ wieder entfernt werden mußten.

Wegen Einführung leichter Klappen für die Schaffnerinnen sei bisher von der Direktion der städtischen Straßenbahnen eine Antwort nicht eingelangt. Auch der Bericht dieser Direktion über den Kinderhort in Speising sei noch ausständig.

Die Vorsitzende teilt mit, sie habe auf Grund der Anregung von Frau Freundlich an die Allgemeine österreichische Viehverwertungs-Aktiengesellschaft ein Schreiben gerichtet, auf welches 1000 K eingelaufen seien.

Das vor geraumer Zeit an die Österreichisch-ungarische Bank anlässlich des hundertjährigen Bestandes gerichtete Schreiben mit der Bitte um eine Spende für die Frauen-Hilfsaktion, sei unbeantwortet geblieben, doch habe sie aus den Tagesblättern erfahren, daß in der Generalversammlung dieser Bank beschlossen wurde, nur für die Kriegsinvaliden-Fürsorge Beiträge auszusetzen.

Ebenso sei das Schreiben an die Skoda-Werke noch ausständig.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont gibt bekannt, daß die Großschlächterei seit einigen Wochen allwöchentlich 400 kg Fleisch für die öffentliche Ausspeisung zur Verfügung stelle, welche er an die größeren Auspeisestellen in Teilquantitäten abgebe.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bringt nunmehr einen von Frau Dr. Granitsch gestellten Antrag wegen Beiziehung eines Frauen-Beirates der Frauen-Hilfsaktion in die interministerielle Kommission für Ernährungsfragen, welcher Hofrat Keller vorstehe, zur Beratung.

Der Zentral-Beirat lehnt es ab, diesem Antrage zu entsprechen.

Frau Emmy Freundlich teilt mit, daß das Frauen-Arbeits-Komitee für den XII. Bezirk am 3. Juni eine Wohltätigkeits-Akademie am Tivoli veranstalte und lädt Ihre Exzellenz Frau Berta Weiskirchner und die Mitglieder des Zentral-Beirates zu dieser Veranstaltung ein.

Ihre Exzellenz die Vorsitzende verliest eine vom Leiter der Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge an sie gerichtete Einladung wegen Besichtigung der Fürsorge-Einrichtungen dieser Aktion und schlägt vor, diese Fürsorge-Einrichtungen am nächsten Donnerstag, 1/2 11 Uhr vormittags, gemeinsam zu besichtigen.

Der Ort der Zusammenkunft werde im Falle der Zustimmung der Zentral-Beirates noch rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Der Zentral-Beirat erklärt sich mit der Besichtigung an diesem Tage einverstanden.

Frau Josefine Kurzbauer bittet, auch das am 1. Juli im Türkenschanzparke stattfindende Wohltätigkeitsfest, dessen Reinertragnis zu gleichen Teilen für die Frauen-Hilfsaktion, für das rote Kreuz und zum Ankaufe von Schuhen zur Verwendung gelangen werde, recht zahlreich zu besuchen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont berichtet noch zum Punkte Mitteilungen, daß das Quantum von tausend halben Litern Milch, welches bisher für die Kinder unter zwei Jahren vorbehalten wurde, nunmehr an die Kinder über zwei Jahre, welche besonders bedürftig seien, ausgegeben werde, da der erwähnte Vorbehalt durch die Einführung der Milchkarte gegenstandslos geworden sei.

Frau Tony Colbert erstattet nun einen eingehenden Bericht über die Speisestelle im XVII. Bezirke und betont, daß sie die Auspeisestelle wiederholt besucht und stets das Essen vorzüglich gefunden habe. Um aber die notwendige Verständigung zwischen dem Frauen-Arbeits-Komitee und der Speisestelle vermitteln zu können, bitte sie, an Stelle von Frau Guttmann als Delegierte der Zentrale bei der nächsten Sitzung des Arbeits-Komitees intervenieren zu dürfen.

Dieselbe fragt ferner an, ob es tatsächlich unerlässlich sei, bei der Aufnahme in die Speisestelle den Impfszettel mitzubringen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont entgegnet, daß der Impfszettel allerdings notwendig sei, doch könne die Aufnahme stattfinden, wenn sich die Partei verpflichte, den Impfszettel ehestens nachzubringen.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende gibt bekannt, daß den Pfingstspenden, welche durch die Frauen-Arbeits-Komitees zur Verteilung zu bringen seien, auch Maisgrieß beigegeben wurde. Die Aufteilung der den Frauen-Arbeits-Komitees zur Verfügung gestellten Lebensmittelmengen werde nach dem gleichen Schlüssel wie zu Weihnachten vorgenommen.

Über Vorschlag von Frau Sophie Guttmann spricht der Zentral-Beirat seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister für die reichlichen Pfingstgaben den herzlichsten Dank aus und wird die Frau Vorsitzende ersucht, diesen Dank an den Herrn Bürgermeister weiterzuleiten.

Schluß der Sitzung.

Die Gewährung von Kriegsteilnahmeauslagen befristet. 25. 9. 1916

itung.

1916

30. September

Freispeisung von Schulkindern.

Von

Dr. L. S. Fischer,
Stadtschulrat in Berlin.

Am 1. Oktober dieses Jahres übernimmt Berlin die Schulkinder-
speisung in eigene Verwaltung, die sie bisher dem Verein für
Kindervolksküchen unter Gewährung einer hohen finanzi-
ellen Beihilfe übertragen hatte. Wenn sich Berlin jetzt
entschlossen hat, die Schulkinderspeisung wie früher das Rettungs-
wesen zu verstadtlischen, so liegt der Grund nicht etwa in unzu-
reichenden Leistungen des Vereins für Kindervolksküchen. Zwar ist
die städtische Verwaltung nicht immer mit den Maßnahmen dieses
Vereins einverstanden gewesen und es hat, wie nur natürlich,
nicht an Reibungen zwischen ihr und dem Verein gefehlt, aber es
herrscht doch in städtischen Kreisen die Ueberzeugung, daß wir dem
Verein für Kindervolksküchen und seinem tatkräftigen und organi-
satorisch reich begabten Vorsitzenden Herrmann Abraham zu leb-
haftem Danke verpflichtet sind. Der Verein hat lange vor Helene
Simon den Grundsatz vertreten, daß die Schulpflicht die Forderung
einschleife, die bedürftigen Volksschulkinder, die aus irgendwelchen
Gründen zu Hause kein warmes Mittagbrot erhalten, durch Ge-
währung freier Mittagsspeisung zu befähigen, an dem Unterricht er-
folgreich teilzunehmen. Weiter aber hat der Verein der Stadt
große Summen dadurch erspart, daß er lange Jahre, bevor die
Stadt sich entschloß, ihm die Speisung unter Gewährung einer
Vergütung für jede einzelne gelieferte Portion zu übertragen, ohne
jede städtische Unterstützung bezw. mit nur geringer städtischer Bei-
hilfe zahlreichen Kindern Mittagessen gereicht hat.

Schon über dreißig Jahre erhalten in unseren Gemeindefschulen
während des Winterhalbjahrs die bedürftigen Kinder, die ohne ein
zweites Frühstück zur Schule kommen, in der ersten großen
Pause durch den Rektor oder eine von ihm beauftragte Lehrkraft
eine Schrippe (früher auch statt der Schrippe ein Schmalzbröt).
Ein kleiner Teil der Kosten für diese Frühstückverteilung wird
aus den Zinsen des für diesen Zweck der Schuldeputation zur Ver-
fügung stehenden Rudolf-Fonds und Heinrich-Fonds bestritten. Die
übrigen nicht unerheblichen Kosten gewährt der Verein zur
Speisung armer Kinder und Notleidender, der
seit dem Jahre 1885 die Frühstückverteilung an bedürftige Ge-
meindefschulkinder in sein Arbeitsgebiet aufgenommen hat. Seit
1891 erhält der Verein eine städtische Unterstützung, die aber nur
annähernd die Hälfte der gemachten Aufwendungen beträgt.

So segensreich auch diese Frühstückverteilung in unseren Ge-
meindefschulen wirkt, so diente sie doch nur denjenigen Kindern,
die zu Hause vor dem Antritt des Schulwegs ein, wenn auch noch
so lärgliches und unzweckmäßiges erstes Frühstück erhalten, aber
wegen Armut der Eltern oder aus anderen Gründen ein zweites
Frühstück entbehren müssen, nicht aber denen, die wegen dürftiger
häuslicher Verhältnisse oder Faulheit oder Gleichgültigkeit der
Mutter mit nüchternem Magen den Weg zur Schule antreten müssen.
Da das zweite Frühstück erst in der großen Pause um zehn Uhr

Die Ansicht der maßgebenden Kreise.

Wir haben die oben wiedergegebene Anregung den kompetenten Faktoren unterbreitet und können mit aufrichtiger Genugtuung konstatieren, daß man an den maßgebenden Stellen der Angelegenheit mit dem größten Wohlwollen gegenübertritt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat die Anregung des „Neuen Wiener Tagblatt“ auf das wärmste begrüßt, und über seinen Auftrag werden bereits die nötigen Beratungen wegen ihrer Durchführung gepflogen. Doktor Weiskirchner kann des wärmsten Dankes der Bevölkerung sicher sein. Die Aktion dürfte in die bewährten Hände des Obermagistratsrates Dr. D o n t, des trefflichen Organizers unsres Kriegsküchenwesens, gelegt werden. Auch von der Regierung und dem Ernährungsamte werden die Bemühungen, die von uns angeregte Aktion ins Leben zu rufen, sicherlich die tatkräftigste Unterstützung finden. Im nachstehenden seien Äußerungen wiedergegeben, die zu unsrer Anregung Stellung nehmen.

Universitätsprofessor Dr. Hermann Schlesinger.

Vorstand im Allgemeinen Krankenhaus.

Die Anregung des „Neuen Wiener Tagblatt“, die bedürftigen Schulkinder Wiens mit einem Frühstück zu betheilen, wird, ich bin dessen sicher, die ungeteilte Zustimmung der gesamten Bevölkerung finden.

Die Aerzte dürfen aber noch außerdem auf ihre reiche Erfahrung hinweisen, die sie namentlich in der letzten Zeit in bezug auf die Zunahme von Krankheiten bei den Kindern im schulpflichtigen Alter gesammelt haben. Jedem Laien ist bekannt, wie wichtig eine systematische Ernährung für die körperliche und geistige Entwicklung der heranwachsenden Kinder ist. Ich behaupte auch, daß die moralische Ausbildung des Kindes von der Ernährung abhängig ist, denn ein unterernährtes Kind ist den Widerständen weniger gewachsen als die rationell, also auch nicht übermäßig genährten kleinen Wesen.

Wie wichtig aber erst das Frühstück ist, kann wohl jedermann an sich selbst ermesen. Nur erst bei Schulkindern, die aufmerksam einem Unterricht folgen sollen, der nicht geringe Anforderungen an ihr noch nicht entwickeltes Denkvermögen stellt. Ein hungriger Magen studiert nicht gern, sagt ein bekanntes lateinisches Sprichwort, aber mit leerem Magen am Morgen in die Schule zu gehen, dort zu sitzen, achtsam zu bleiben, auf Fragen zu antworten und immer wieder den nagenden Hunger zu fühlen — ist eine Pein, deren Vorstellung allein schon große Qualen bereitet.

Wie viele arme Schulkinder in Wien mögen heute diese Pein durchmachen müssen? Die Ziffer ist noch nicht erhoben, sie dürfte mit 20,000 nicht zu hoch gegriffen erscheinen, wahrscheinlich noch dieselbe überschreiten. Die Steigerung der Zahl der „frühstücklosen Kinder“ ist ein Ergebnis der allerletzten Zeit. Die Milch ist in den Morgenstunden nicht immer erhältlich; dies wäre der mildeste Fall. Schlimmer aber ist, daß sieben- und achtjährige Kinder sich „anstellen“ müssen, um die Mutter zu entlasten, die in die Arbeit gehen muß, da der Vater im Kriege ist. Kinder versehen gegenwärtig die Funktionen einer Hausfrau oder eines Diensthboten. Sie stellen sich vor den Geschäften an, stehen von Morgen grauen bis zum Schulbeginn stundenlang vor einem Geschäftsladen, um eine kleine Menge

Mehl zu erlangen, ein bißchen Schmalz zu erwerben, und haben sie so den Haushalt versorgt — müssen sie in die Schule, wenn auch der Magen knurrt. Ein solches Hausmütterchen im Alter von acht Jahren sah ich kürzlich in den frühesten Morgenstunden bei einer Fahrt in der Straßenbahn, die mich zur Südbahn führte. Das Kind schleppte einen schweren Korb mit Gemüse und allerlei billigen Lebensmitteln, und als es seine Last sich entledigen und auf den Sitz gleiten konnte, zitterten die kleinen Hände. „Schnell noch nach Hause nach Favoriten und dann in die Schule“, lautete die Antwort des Kindes auf meine diesbezügliche Frage. „Hast du schon gefrühstückt?“ „Nein.“ Die Episode, die mich tieferschütterte, dürfte leider kein Einzelfall sein.

Doch nun zur praktischen Lösung der schätzenswerten, weil richtigen Anregung des „Neuen Wiener Tagblatt“.

Ich bin für ein warmes Frühstück. Ich kann nicht bestimmen, ob Milch in genügender Menge für die Schulkinder vorhanden sein wird, auch dürfte ich der Zustimmung aller Leier sicher sein, daß jetzt die Milch an Nährwert sehr verloren hat. Schwarzen Kaffee darf man den Kindern nicht geben. Auch Kakao, mit Wasser zubereitet, entbehrt der Nährkraft, denn entöltter Kakao hat seinen wichtigsten Nährstoff eingebüßt und Wasser statt Milch ist kein Ersatz.

So bin ich denn für die Verabreichung von Einbreiessuppe, die übrigens auch mehr Nährwerte enthält als der Milchkaffee. Ein Stück Brot mit der Einbreiessuppe gibt ein erträgliches Frühstück und den hungernden Schulkindern ist damit gedient. Diese Vorzüge vereint eine kräftige Einbreiessuppe. Sie wird namentlich im Winter den Kindern eine willkommenere Mahlzeit bieten und den Erwachsenen ermöglichen, die heranwachsende Jugend besser zu ernähren.

Die Ausspeisung muß natürlich in der Schule erfolgen und wird sich gewiß unter der Aufsicht von Lehrpersonen in gerechter Weise vollziehen.

Bürgerschullehrer Hugo Eder,

Obmann des Ottakringer Lehrerhilfskomitees.

Der Vorschlag des „Neuen Wiener Tagblatt“, den Schulkindern ein warmes Frühstück in der Schule selbst zu bieten, wird von der Wiener Lehrerschaft freudig begrüßt und gefördert werden. Wir Lehrer haben einen Anspruch, in dieser Angelegenheit unsre Meinung abzugeben, da wir über eine große, leider recht traurige Praxis verfügen. Den Ottakringer Lehrern — in andern Bezirken Wiens wird es vermutlich nicht anders sein — fällt es schwer, den Unterricht zu leiten, wenn ein Kind zusammenfällt. Wir haben im Ottakringer Lehrerhilfskomitee seit Kriegsbeginn einen täglichen Stand von 1700 Kindern in der Ausspeisung. Da bekommen die Kinder einen halben Liter gut gekochtes Gemüse und ein großes Stück Brot als Mittagessen. Von 25,000 Schulkindern, die die vierzig Volksschulen und Bürgerschulen Ottakrings besuchen, waren also bisher 1700 Kostgänger. Seit einiger Zeit haben die Anmeldungen, die uns das Frauenhilfskomitee des Bezirkes zuweist, die Zahl von 2000 überschritten.

Leider fehlt uns ein sicherer Anhaltspunkt darüber, wie viel Kinder ohne Frühstück den Vormittagsunterricht mitmachen. Wird einem Kinde unwohl, ist immer die erste Frage des Lehrers: „Hast du auch gefrühstückt?“ „Nein, ich hab' mich angestellt.“ — fast stets die Antwort.

Die Schulkinder als „Ansteller“. Man denke doch, mit welcher Teilnahme ein solches Kind dem Unterricht folgen kann.

Wenn die Kinder ein warmes Frühstück in der Schule erhalten können, werden die armen Eltern eine Sorge weniger und die Kinder selbst eine Freude mehr haben. Ich bin für die Verabreichung von Einbreiessuppe. Sie ist leichter herzustellen als Milchkaffee, wie ich nun schon aus eigener Erfahrung als Leiter der Ausspeisestelle und der Kriegsvolksküche Nr. 10 in der Lorenz Mandlgasse weiß. Auch ist die Einbreiessuppe meiner Meinung nach nahrhafter als der nun erhältliche Milchkaffee.

Ich bin mir der Schwierigkeiten bewußt, die der Durchführung der Verabreichung des warmen Schulfrühstücks entgegenstehen. Es

Beginn des Unterrichtes ein warmes Frühstück vorzusehen. Der Vorschlag ist, so lapidar er klingt, sehr inhaltsreich. Er bedarf deswegen einer längeren Begründung. Man weiß es: Tausende und Tausende von armen Kindern gehen heute zur Schule, mehr als die Hälfte davon nicht von der elterlichen Wohnung weg, sondern von der Straße her, wo sie stundenlang mit der Mutter oder mit der älteren Schwester vor einem Lebensmittelgeschäft gestanden waren. Wenn man diesen armen, halberhungerten Kindern ein Frühstück bietet, so tut man es nicht nur im Interesse der Ermöglichung des erfolgreichen Unterrichtes, sondern um die armen Geschöpfe vor dem Zusammenbrechen zu bewahren.

Die armen Schulkinder Wiens leiden nicht erst seit Kriegsausbruch Not. Im Frieden bereits mußten die Lehrer Geschichten zu erzählen, die dem, dessen Phantasie noch nicht ganz erstorben ist, das Herz zusammenkrampfen machte. In den äußeren Bezirken besonders, wo das Proletariat zu Hause ist, kamen tausende Kinder in die Schule, wo sie vier und fünf Stunden zuzubringen hatten, ohne auch nur einen Tropfen warmer Milch oder warmen Kaffees genießen zu haben. In der Zwischenstunde holten sie aus der Schultasche oder aus einem zerknüllten Paket ein stückchen trockenes Brot, um den Hunger zu stillen. Die Erkenntnis, daß diese Zustände im Frieden schon die Voraussetzung zu der verheerendsten Volksseuche schufen, zur Tuberkulose und Schwindsucht, hat schon damals einsichtige Menschen zu einem „Kuratorium zur Auspeisung hungernder Schulkinder“ zusammengeführt, die an den fatten Menschen appellieren, der hungernden nicht zu vergessen. Das Kuratorium führte die rasch in Wien bekannt gewordenen gelben Zwei-Seller-Rechnungszettel in den Gasthäusern ein, deren Erträgnis zur Schaffung von Fonds verwendet wurde, aus denen Auspeisungsgeldern in den Schulen der Vororte bestritten wurden.

Als der Krieg ausbrach, überfönte die Sorge für unsere Helben im Felde, für ihre Angehörigen im Hinterlande das Interesse für die hungernden Schulkinder und die gelben Rechnungszettel machten weißen Platz, die die Anwendung der zwei Seller für die Kriegsfürsorgezwecke vorsahen. Die Mittel des Kuratoriums waren bald erschöpft und damit auch die Möglichkeit, ein begonnenes, schönes Werk der Barmherzigkeit fortzuführen.

Nun währt der Krieg mehr als zwei Jahre und die dringenden Sorgen für das Hinterland treten heute wieder in den Vordergrund. Der Anreger der Aktion zur Auspeisung hungernder Schulkinder hat gewiß lediglich das ausgesprochen, was sich Tausende dachten. Um wieviel dringender ist die Befolgung seines Rates heute geworden, als vor zwei Jahren. Heute können die verlassen, von Sorge geplagten Mütter ihren armen Kindern, die zur Schule wollen, auch nicht mehr das Stückchen trockenes Brot mitgeben, das früher wenigstens dazu hinreichte, den nagenden Hunger zu stillen. Da die Frage nun einmal in der Öffentlichkeit aufgerollt ist, wird sie gewiß nicht zur Ruhe kommen, bis sie gelöst ist. Der Bürgermeister hat sich bereits — selbstverständlich — in zustimmendem Sinne geäußert, die Schulbehörden, denen der Vorschlag offenbar schon früher vorlag, haben zu der Anregung Stellung genommen und eine Besprechung der Bezirksschulinspektoren noch für diese Woche veranlaßt, um die nötigen organisatorischen Arbeiten zu leisten und auch die Regierung hat zu verstehen gegeben, daß sie mit allen verfügbaren Kräften das Gelingen der Aktion anstreben wird.

Es kann wohl kaum lange dauern, es darf auch nicht lange dauern, bis der Vorschlag durchgeführt ist. Der Winter steht vor der Tür, und das Bewußtsein, daß die armen Kinder, die jetzt vielleicht stundenlang an der Hand ihrer Mütter vor den Geschäften gestanden waren, nimmehr außer Hunger und Durst auch noch die grimme Kälte ertragen sollen, ist ganz einfach nicht erträglich. Und noch eines: Wir sind es den Helben, die eines Tages doch aus dem Felde heimkehren werden, schuldig. Damit sie, die den Tod und Verderben speienden Granaten entgangen sind, nicht erfahren, daß ihre Kinder den Tod an Hunger und Erschöpfung gestorben sind, dank Nächstenliebe und Fürsorge. . . .

Frühstück für unsere Schulkinder.

Unser Appell an die Gemeinde Wien als Schülerhalterin, dafür zu sorgen, daß die Schulkinder vor Beginn des Unterrichtes Nahrung erhalten, hat in der breiten Öffentlichkeit lebhaften Widerhall gefunden. Zahlreiche Zuschriften an unser Blatt äußern die Zustimmung zu den im gestrigen Blatte gemachten Vorschläge.

Die „Wiener Sonn- und Montagszeitung“ schreibt: Gestern wurde die öffentliche Aufmerksamkeit Wiens auf eine Frage von sehr großer lokaler Bedeutung gelenkt, auf die unerläßliche Vorsorge für das Frühstück unserer Schulkinder. Im „Neuen Wiener Tagblatt“ stellt Redakteur Ernst Klebinder zunächst die Tatsache fest, daß es unter den heute obwaltenden Umständen in vielen, ja vielleicht in den meisten Fällen unmöglich ist, die Kinder, welche in den Frühstunden zur Schule gehen müssen, mit ihrem Frühstück zu versehen. Die physische Schädigung unserer Jugend infolge dieser Unmöglichkeit bedeutet eine ernste Gefahr und muß unter allen Umständen beseitigt werden. Zu diesem Zwecke schlägt Herr Klebinder die Einführung allgemeiner Schulküchen vor, durch welche die Möglichkeit geboten werden soll, daß alle Kinder vor Beginn des Unterrichtes ihr Frühstück erhalten. Die Herstellung der kleinen Mahlzeit würde keinerlei Schwierigkeiten bereiten, und die Verteilung könnte recht gut in den geräumigen Turnsälen, über welche die meisten unserer Schulgebäude verfügen, leicht vorgenommen werden. Wo geeignete Räumlichkeiten fehlen, würden sich solche sicherlich in der Schule nahegelegenen Lokalitäten, etwa in einer der Kriegsküchen, für diesen Zweck einrichten lassen. Unsere Lehrer aber, die sich in diesem Krieg stets opferbereit und auf der Höhe jeder Aufgabe gezeigt, würden auch bei der Aufsicht während dieser Schulstunde sich wiederum als die liebevollen Jugendhüter erweisen.

Man muß diesen Vorschlag mit großer Freude begrüßen, und wir sind überzeugt, daß alle maßgebenden Behörden und namentlich die Gemeindeverwaltung von Wien alles daransetzen werden, um ihn zu verwirklichen. Außerdem wird sich der Wohltätigkeitsfunds der bestehenden Kreise Wiens auch in diesem Falle bewähren, um die Gemeinde in der schwierigen Frage der Kostenbeschaffung zu entlasten, damit, wie Herr Klebinder betont, in Zukunft kein Wiener Kind mit hungrigem Magen in der Schule sitzen muß.

Der „Morgen“ schreibt: Im „Neuen Wiener Tagblatt“ machte gestern der ehemalige Bezirksvorsteherstellvertreter des zweiten Bezirkes in Wien, Herr Ernst Klebinder, den Vorschlag, den armen Schulkindern Wiens vor

61